

Jus Publicum. Beiträge zum öffentlichen Recht

Die Schriftenreihe *Jus Publicum. Beiträge zum öffentlichen Recht (JusPubl)* soll den öffentlich-rechtlichen Habilitationsschriften, aber auch Monographien der Ordinarien, eine ansprechende Heimstatt geben. Die Reihe deckt die »klassischen« Felder des öffentlichen Rechts ab, insbesondere also das Verfassungsrecht (einschließlich Grundrechtstheorie, Methodenlehre und Allgemeiner Staatslehre) und das Verwaltungsrecht. Das schließt fächerübergreifende, aber auch fachgebietsübergreifende Themenstellungen nicht aus, solange der Schwerpunkt der Arbeit im Öffentlichen Recht zu finden ist. Kaum eine Arbeit beschränkt sich auf das deutsche Recht, denn die Fragestellungen sind oft vom Europarecht beeinflusst und auch der rechtsvergleichende Blick in fremde Rechtsordnungen gewinnt zunehmend an Bedeutung; dies gilt auch für das Völkerrecht. Die anspruchsvolle und auch äußerlich ansprechende Reihe bietet mehr als nur einen zufälligen Ausschnitt gegenwärtiger Forschung im öffentlichen Recht: Sie spiegelt auch den Standard dessen wider, was (öffentlich-rechtliche) Rechtswissenschaft gegenwärtig in Deutschland bedeutet und ist deshalb schon in kurzer Zeit im In- und Ausland zu einem Begriff geworden.

Ansprechpartnerin:
Daniela Taudt, LL.M. Eur.
Programmleitung Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht, Grundlagen

ISSN: 0941-0503 - Zitiervorschlag: JusPubl

Stand: 26.09.2020. Preisänderungen vorbehalten.

Jetzt bestellen:
https://www.mohrsiebeck.com/schriftenreihe/jus-publicum-juspubl?no_cache=1
order@mohrsiebeck.com
Telefon: +49 (0)7071-923-0
Telefax: +49 (0)7071-51104

Spiecker gen. Döhmman, Indra

Staatliche Entscheidungen unter Unsicherheit

2021. Ca. 600 Seiten.
erscheint im März

ISBN 9783161502781
Leinen ca. 110,00 €

ISBN 9783161582585
eBook PDF ca. 110,00 €

Entscheidungen unter Bedingungen des Nicht-Wissens werden immer mehr zum Normalfall staatlichen Handelns. Offen geblieben ist allerdings eine Auseinandersetzung mit den rechtlichen Bedingungen der vorangegangenen staatlichen Entscheidungen bei Nicht-Wissen und ihrer Kontrolle. Indra Spiecker entwickelt hierzu eine eigenständige Dogmatik, die den Besonderheiten der Nicht-Wissens-Entscheidung gerecht wird und ihre Rechtsstaatlichkeit absichert. Diese Dogmatik der Unsicherheitsentscheidung unter Einbeziehung ökonomischer und verhaltenstheoretischer Einsichten richtet den Blick verstärkt auf das Verfahren der Entscheidung, etwa die Informationssuche und ihre Beendigung, Maßnahmen zur Konstruktion von Sicherheit bis hin zur Identifikation und Umsetzung von sog. Unsicherheitsregeln. Diese werden neu eingeführt und zeigen Gesetzgeber und Verwaltung auf, wie das fehlende Wissen in die Entscheidung eingeht.

Broemel, Roland

Interaktionszentrierte Grundrechtstheorie

2021. Ca. 680 Seiten.
erscheint im Februar

ISBN 9783161558849
Leinen ca. 120,00 €

ISBN 9783161558856
eBook PDF ca. 120,00 €

Soziale Interaktionen prägen die Rahmenbedingungen der Grundrechtsausübung. Trotz ihrer Bedeutung werden diese Zusammenhänge dogmatisch bislang nur punktuell verarbeitet. Roland Broemel entfaltet grundrechtsübergreifend eine interaktionszentrierte Perspektive. Diese beschreibt die wissensgenerierende Funktion von Interaktionszusammenhängen und deren ambivalente Effekte typisierend. Sie zieht auf nationaler Ebene dogmatische Konsequenzen nach sich, etwa für die Konzeption mittelbarer Grundrechtseingriffe oder die Ausgestaltung grundrechtlicher Schutzbereiche. Auf Unionsebene akzentuiert sie die Bedeutung von Interaktionen für den Binnenmarkt. Die interaktionszentrierte Perspektive grenzt dabei die Grundrechte konzeptionell von den Grundfreiheiten ab und entwickelt methodische Grundsätze des Grundrechtsschutzes, auch bei der Verzahnung mit den Gewährleistungen der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Mangold, Anna Katharina

Demokratische Inklusion durch Recht

Antidiskriminierungsrecht als Ermöglichungsbedingung der demokratischen Begegnung von Freien und Gleichen

2020. Ca. 500 Seiten.
erscheint im November

ISBN 9783161552786
Leinen 109,00 €

ISBN 9783161552793
eBook PDF 109,00 €

Mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist 2006 erstmals kategorialer Diskriminierungsschutz in das deutsche Privatrecht eingeführt worden – für die einen bedeutet dies einen Frontalangriff auf die Privatautonomie, für die anderen den lang erhofften Rechtsschutz gegen Diskriminierung. Der vermeintlich fundamentale Widerspruch zwischen Privatautonomie einerseits und verfassungsrechtlichem Gleichheitsversprechen andererseits wirft die Frage nach Voraussetzungen und Implikationen von Antidiskriminierungsrecht auf. Aus verfassungstheoretischer Perspektive untersucht Anna Katharina Mangold dessen Legitimation. Ihre These lautet: Antidiskriminierungsrecht, auch privatrechtlicher Schutz vor Diskriminierung, dient der Sicherung demokratischer Inklusion. Verbote von diskriminierendem Verhalten im Privatrecht sind Ermöglichungsbedingung der demokratischen Begegnung von Freien und Gleichen auf Augenhöhe.

Finke, Jasper

Krisen

Ein Erklärungsversuch dynamischer Rechtsentwicklungen in Krisenzeiten

2020. Ca. 230 Seiten.
erscheint im Dezember

ISBN 9783161565571
Leinen 84,00 €

ISBN 9783161565588
eBook PDF 84,00 €

Krisen werden regelmäßig als Ausnahmen wahrgenommen. Dies erklärt auch, warum sich die rechtliche Auseinandersetzung mit Krisen auf Notstandskonzepte konzentriert. Gleichzeitig hat der Ausnahmezustand im Sinne Carl Schmitts Konjunktur, um bestimmte Krisenphänomene zu erklären. Zu diesen Phänomenen gehört, dass sich das Verständnis und damit der Inhalt bestehender Rechtsnormen in Krisen wandelt. Diese Auslegungsänderungen, häufig auch als Rechtsbrüche angeprangert, werden vor allem durch nichtrechtliche Einflüsse erklärt. Jasper Finke hingegen versteht Auslegungsänderungen in Krisenzeiten als Teil des Rechts. Ausgangspunkt hierfür ist ein Krisenverständnis, für das der Begriff der Erwartung zentral ist. Bei Krisen handelt es sich um Anpassungsprozesse dieser zunächst enttäuschten Erwartungen. Als Normalitätserwartung sind sie aber auch Bestandteil der Auslegung einer Norm. Ändern sich die Erwartungen, spiegelt sich dies im Inhalt der Norm wider.

Grosche, Nils

Die unsichtbare Hand des Staates

Untersuchung zu Möglichkeiten der Gestaltung hoheitlicher Preisbeeinflussung im Recht

Band 293
2020. XI, 395 Seiten.
erscheint im November

ISBN 9783161594946
Leinen 94,00 €

ISBN 9783161594953
eBook PDF 94,00 €

Während Gestaltung immer eine Antwort auf ein Problem darstellt, können die Probleme, auf die eine konkrete Gestaltung antwortet, verschiedenartig sein. Dies gilt auch für den gestaltenden Staat, dem es bei der Auswahl seiner Mittel und Formen nicht nur um das Erzielen eines Erfolgs in der Wirklichkeit gehen muss. Nils Grosche behandelt die Begrenzungen des Rechts als denkbaren Problem Mittelpunkt gestalterischen Handelns eines Trägers von Hoheitsgewalt. Er wirft die Frage auf, wie die Wirklichkeit durch einen Träger von Hoheitsgewalt beeinflusst werden kann, obwohl das Recht den Zugriff eigentlich zu versperren scheint. Die spezifische, auf das Recht bezogene Art gestalterischen Handelns wird konzeptionell wie terminologisch erschlossen. Dabei zeigt der Autor Muster auf, mit deren Hilfe der gestaltende Hoheitsträger die Sichtbarkeit eines offenen Normwiderspruchs vermeiden kann.

Münkler, Laura

Expertokratie

Zwischen Herrschaft kraft Wissens und politischem Dezisionismus

Band 292
2020. XVI, 749 Seiten.
erscheint im November

ISBN 9783161596421
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161596438
eBook PDF 139,00 €

Der modernen Demokratie werden derzeit gleichermaßen expertokratische wie auch populistische Tendenzen attestiert. Ähnliches gilt für das Recht. Dies macht deutlich, dass weder in einem zu ausgeprägten Vertrauen in Experten noch in einer Abwendung bzw. Ausblendung von Expertenwissen ein gangbarer Weg für moderne Demokratien liegt. Vor diesem Hintergrund muss der Frage nachgegangen werden, wie Entscheidungen vollständig informiert, zugleich aber demokratisch legitimiert getroffen werden können. Laura Münkler erforscht, auf welche Weise es gelingen kann, wissenschaftsbasiert und demokratisch zu entscheiden und dabei weder populistischen noch expertokratischen Neigungen zu erliegen. Sie untersucht, wie eine funktional sinnvolle Beteiligung von Experten an hoheitlicher Entscheidungsfindung stattfinden kann und welche institutionellen Vorkehrungen hierfür zu treffen sind.

Kulick, Andreas

Horizontalwirkung im Vergleich

Ein Plädoyer für die Geltung der Grundrechte zwischen Privaten

Band 291
2020. XVIII, 480 Seiten.

ISBN 9783161594038
Leinen 109,00 €

ISBN 9783161594045
eBook PDF 109,00 €

Viel ist zur Wirkung der Grundrechte zwischen Privaten geschrieben worden. Jedoch offenbaren jüngere Entwicklungen in der Rechtsprechung – vgl. Stadionverbotsbeschluss (BVerfG) und Egenberger-Urteil (EuGH) – und in der Lebenspraxis – Stichwort: soziale Medien –, dass viele Fragen weiterhin ungeklärt bleiben oder neu gestellt werden müssen. Andreas Kulick nähert sich der Horizontalwirkung der Grundrechte und ihren Lösungsansätzen aus sechs Perspektiven: analytisch, dogmatisch, anwendungspraktisch, staatsorganisationsrechtlich, ethisch und demokratietheoretisch. Dieser Vergleich offenbart erhebliche Schwächen der vorherrschenden Auffassung und zeigt, dass die Vorbehalte gegenüber einem unmittelbaren Grundrechtsverhältnis zwischen Privaten weitgehend ins Leere gehen. Der Autor plädiert stattdessen für einen modifizierten Ansatz der Grundrechtsgeltung zwischen Privaten. Er sichert ihn theoretisch und dogmatisch ab und weist seine Realisierung primär der Fachgerichtsbarkeit zu.

Peters, Birgit

Legitimation durch Öffentlichkeitsbeteiligung?

Die Öffentlichkeitsbeteiligung am Verwaltungsverfahren unter dem Einfluss internationalen und europäischen Rechts

Band 290
2020. XXIV, 421 Seiten.

ISBN 9783161591600
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161591617
eBook PDF 99,00 €

Im Gegensatz zum deutschen Gesetzgeber erkannten das europäische und internationale Recht früh, dass die Öffentlichkeit bei Entscheidungen über die Planung und Genehmigung von Infrastrukturprojekten beteiligt werden müsse. Die Auswirkungen dieses Trends sind auch in Deutschland mittlerweile unübersehbar. Zahlreiche Vorschriften bedingen die frühe oder allgemeine Beteiligung der Öffentlichkeit. Fehlende Beteiligungen können vor den Verwaltungsgerichten gerügt werden. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wirft Birgit Peters die Frage auf, ob die durch internationale wie europäische Normen begründete Mitwirkung der Öffentlichkeit das demokratische Fundament des Verwaltungsverfahrens beeinflusst. Ermöglicht die Teilhabe der Öffentlichkeit demokratische Mitbestimmung im Sinne des Grundgesetzes? Und wenn ja, inwieweit? Die Autorin unterzieht das herrschende Demokratieverständnis einer kritischen Prüfung und zeigt auf, ob und wie im internationalen und europäischen Recht verankerte Beteiligungsrechte in die Demokratiekonzeption des Grundgesetzes miteinbezogen werden können.



Thiemann, Christian

Verluste im Steuerrecht

Verfassungs- und unionsrechtliche Bedingungen legislativer Gestaltung

Band 289
2020. XXIII, 579 Seiten.

ISBN 9783161549649
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161549663
eBook PDF 119,00 €

Die Frage nach der Berücksichtigung von Verlusten im Rahmen der Besteuerung steht nicht nur im Zentrum des Ertragsteuerrechts, sondern sie betrifft auch in exemplarischer Weise die allgemeinere Frage nach den Regeln einer steuerlichen Verteilungsgerechtigkeit und ihrer Vor- und Überformung durch das höherrangige Recht. Der Gesetzgeber, der diesen Regelungsbereich zu fassen sucht, bewegt sich innerhalb eines Systems verschiedener, teils konkurrierender Regelungsprinzipien. Christian Thiemann arbeitet die Fundamente und Inhalte des einfachen Steuerrechts heraus und identifiziert diejenigen verfassungs- und unionsrechtlichen Bedingungen einer Gestaltung, die der Gesetzgeber bei dessen Ausformung zu beachten hat. Er will dabei nicht nur einen Beitrag zu den Grundlagen einer steuerrechtlichen Dogmatik leisten, sondern auch auf die konkreten Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der steuerlichen Verlustberücksichtigung stellen, konkrete Antworten geben.

Barczak, Tristan

Der nervöse Staat

Ausnahmestand und Resilienz des Rechts in der Sicherheitsgesellschaft

Band 288
2020. XXXI, 828 Seiten.

ISBN 9783161590832
Leinen 149,00 €

ISBN 9783161590849
eBook PDF 149,00 €

Was ist ein nervöser Staat? Vor dem Hintergrund der sicherheitsrechtlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts entwirft Tristan Barczak ein facettenreiches, als kritische Analyse konzipiertes Staatsbild. Skizziert wird ein Staat, der aus ständiger Angst, den letzten Zeitpunkt rechtzeitigen Handelns zu verpassen, schon in der Normallage so handelt, als befände er sich im Ausnahmestand. Unter den Bedingungen einer von Globalisierung, Digitalisierung und Dynamisierung geprägten Risiko- und Sicherheitsgesellschaft tritt an die Stelle des verfassungsrechtlichen Ausnahmeregimes ein permanent abrufbares Präventionsrecht, das der Verhinderung der Krise weit im Voraus konkretisierter Gefahren dient. Vorverlagerung, Verstetigung und Vergesetzlichung wirken auf Form und Struktur des Ausnahmestands zurück. Sie erfordern neue rechtliche Bindungen, die ebenso stabil wie elastisch, ebenso rigide wie flexibel sein müssen. Nur so erweist sich das Recht resilient gegenüber einem antizipierten Ausnahmestand und ebnet dem Staat den Weg aus der Antizipationsfalle.

Kleinlein, Thomas

Grundrechtsföderalismus

Eine vergleichende Studie zur Grundrechtsverwirklichung in Mehrebenen-Strukturen – Deutschland, USA und EU

Band 287
2020. XXXIX, 627 Seiten.

ISBN 9783161548161
Leinen 124,00 €

ISBN 9783161548673
eBook PDF 124,00 €

Thomas Kleinlein analysiert die unterschiedlichen Potentiale für eine dialogische und pluralistische Grundrechtsjudikatur, die föderalen Grundrechtssystemen innewohnen. Gegenstand seiner Untersuchung sind Deutschland, die USA und die EU. Als Alternative zu einem verbreiteten staats- und souveränitätszentrierten Verständnis schlägt er eine föderale Theorie der Mehrebenen-Grundrechtsjudikatur vor. Mit einer solchen föderalen Sichtweise lassen sich dogmatische Figuren, über die Anwendungsbereiche, Kontrollmaßstäbe und -intensität definiert werden, als Ausdruck der institutionellen Strukturen und der Interaktion der beteiligten Gerichte begreifen. Praktischer Ertrag der Forschung sind Vorschläge, die Gerichten in Mehrebenen-Strukturen Orientierung bieten können, vor allem angesichts der aktuellen Herausforderungen, mit denen der Grundrechtsschutz in Europa konfrontiert ist.

Peuker, Enrico

Verfassungswandel durch Digitalisierung

Digitale Souveränität als verfassungsrechtliches Leitbild

Band 286
2020. XX, 408 Seiten.

ISBN 9783161582103
Leinen 104,00 €

ISBN 9783161582110
eBook PDF 104,00 €

Die als Digitalisierung bezeichnete umfassende gesellschaftliche bzw. kulturelle Transformation lässt auch das Grundgesetz nicht unberührt. Die Fortentwicklung der Lehre vom Verfassungswandel ermöglicht es, die verfassungsrechtlichen Dynamiken als einen strukturellen Verfassungswandel zu beschreiben, der sich am Leitbild digitaler Souveränität orientiert. Das Leitbild steht für die Verantwortung und die Legitimität des Staates unter den Bedingungen der Digitalisierung. Enrico Peuker entfaltet es exemplarisch in den verfassungsrechtlichen Kontexten der digitalen Infrastrukturen sowie der »digitalen« Grundrechte. Er plädiert für eine erweiterte Lesart der staatlichen Infrastrukturverantwortung als Optimierungsrecht hinsichtlich des Breitbandausbaus und der IT-Sicherheit und verortet die Grundrechtsentwicklungen in einem Drei-Stufen-Modell aus Interpretation, Innovation und Kodifikation.

Kaiser, Anna-Bettina

Ausnahmeverfassungsrecht

Band 285
2020. XV, 416 Seiten.

ISBN 9783161564123
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161564130
eBook PDF 99,00 €

Der Ausnahmezustand ist das schillerndste Institut der Rechtsordnung. Es soll dem Staat in existentiellen Ausnahmelagen mithilfe flexiblen Rechts den Weg zurück in die Normalität ermöglichen, gleichzeitig staatlichem Handeln noch in der Krise Grenzen setzen. Diese paradoxe Struktur macht den Ausnahmezustand missbrauchs anfällig. Das »Ausnahmeverfassungsrecht« des Grundgesetzes versucht einen Ausweg zu finden, der freilich nur vor dem Hintergrund der deutschen und französischen Verfassungs- und Ideengeschichte zu verstehen ist. Doch gelingt die grundgesetzliche Gratwanderung? Anna-Bettina Kaiser analysiert die Stärken und Schwächen der ausnahmeverfassungsrechtlichen Strukturen des Grundgesetzes. Dabei erweist sich der Umgang mit den Grundrechten im Ausnahmezustand als entscheidend.

Hestermeyer, Holger

Eigenständigkeit und Homogenität in föderalen Systemen

Eine vergleichende Studie der föderalen Ordnungen der Bundesrepublik Deutschland, der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union

Band 284
2019. XXII, 532 Seiten.

ISBN 9783161583292
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161583308
eBook PDF 114,00 €

Das Spannungsverhältnis zwischen Einheit und Vielfalt durchzieht und charakterisiert föderale Systeme. Holger P. Hestermeyer arbeitet dieses anhand des Gegensatzpaares Eigenständigkeit und Homogenität auf. Dabei werden die föderalen Systeme Deutschlands, der USA und der EU verglichen und der Vergleich um den historischen Kontext bereichert. Vier, die Eigenständigkeit der Gliedstaaten betonende Topoi und drei, die Verfassungsräume eines föderalen Systems homogenisierende Mechanismen werden untersucht, Verfassungsrhetorik von Verfassungsrealität getrennt und gezeigt, welches Gleichgewicht zwischen zentripetalen und zentrifugalen Kräften die Systeme gefunden haben. Dabei geht der Verfasser davon aus, dass keine »optimale« Balance zwischen den beiden Polen existiert, sondern vielmehr jede Generation für sich neu entscheiden muss, welches Maß an Homogenität und welches Maß an Eigenständigkeit der Gliedstaaten ihr angemessen erscheint.

Valta, Matthias

Staatenbezogene Wirtschaftssanktionen zwischen Souveränität und Menschenrechten

Band 283
2019. XVII, 280 Seiten.

ISBN 9783161555268
Leinen 89,00 €

ISBN 9783161555275
eBook PDF 89,00 €

Von Staaten können Gefahren ausgehen und Völkerrechtsbrüche begangen werden, auf die andere Staaten zum Schutz ihrer selbst und ihrer Bewohner reagieren müssen. Zugleich sind die Staaten durch die Globalisierung wirtschaftlich auf das Engste vernetzt und vom grenzüberschreitenden Handel abhängig geworden. Damit sind Wirtschaftssanktionen das Mittel der Wahl, um Gefahren zu begegnen und das Völkerrecht durchzusetzen. Staatenbezogene Sanktionen treffen zuerst die Bevölkerung des Zielstaates. Das traditionelle formale Verständnis der Staatensouveränität konnte keine effektiven rechtlichen Rahmenbedingungen hervorbringen. Neuere völkerrechtliche Entwicklungen stellen das Individuum generell in den Vordergrund, materialisieren die Souveränität vor dem Hintergrund der responsibility to protect mit menschenrechtlichen Schutzpflichten und betonen die Frage der Verhältnismäßigkeit. Matthias Valta behandelt das Welthandelsrecht, das Interventionsverbot, das Recht der Gegenmaßnahmen und die Grund- und Menschenrechte, differenziert zwischen Völkerrecht, Europarecht und deutschem Recht und betrachtet exemplarisch vier Fallstudien aus dem Irak, Iran, Kuba und Russland.

Hofmann, Claudia

Jenseits von Gleichheit

Gleichheitsorientierte Maßnahmen im internationalen, europäischen und nationalen Recht

Band 282
2019. XXI, 364 Seiten.

ISBN 9783161559914
Leinen 89,00 €

ISBN 9783161559921
eBook PDF 89,00 €

Menschliches Zusammenleben ist geprägt durch Auseinandersetzungen um knappe Güter. Seien es materielle Ressourcen, politische Macht, soziale Anerkennung oder andere gesellschaftlich relevante Positionen: Die Frage nach ihrer gerechten Verteilung steht seit jeher im Zentrum philosophischer Diskurse, politischer Debatten und sozialer Konflikte. Welche Antworten haben im Recht ihren Niederschlag gefunden? Claudia Hofmann untersucht hierzu gleichheitsorientierte Maßnahmen im internationalen, europäischen und deutschen Recht. Diese Maßnahmen, so wird deutlich, zielen einerseits primär auf Rechts- und Chancengleichheit; substantielle Gleichheit steht selten im Mittelpunkt. Andererseits generieren sie erneut Ungleichheiten. Dies wirft die Frage auf, wie man mit dieser möglicherweise nie endenden Gleichzeitigkeit von Gleichheit und Ungleichheit umgehen sollte.



Meinel, Florian

Selbstorganisation des parlamentarischen Regierungssystems

Vergleichende Studien zu einem Verfassungsproblem der Bundesrepublik Deutschland

Band 281
2019. XIV, 481 Seiten.

ISBN 9783161562037
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161562044
eBook PDF 114,00 €

Das Staatsorganisationsrecht organisiert den Prozess politischer Willensbildung, sagt man. Doch die Staatsorgane organisieren sich auch fortwährend selbst, bestimmen dadurch ihr Verhältnis untereinander und erzeugen auf diese Weise zugleich wirkungsmächtige Selbstbeschreibungen. Das gilt insbesondere für das Zentrum der Verfassung, das parlamentarische Regierungssystem. Florian Meinel untersucht das Verfassungsrecht dieses Regierungssystems aus der indirekten Perspektive der oft als bloße Geschäftsordnungsautonomie missverstandenen parlamentarischen Selbstorganisation. Sie ist nie nur introvertierte Selbststeuerung des parlamentarischen Lebens, sondern immer auch Zugriff auf die parlamentarisch verantwortliche Regierung. Dies führt zurück zu höchst unterschiedlichen Begründungen jener Autonomie seit dem Revolutionszeitalter, demonstriert die Langlebigkeit spätkonstitutioneller Muster im deutschen Verständnis des Parlaments und weist voraus auf die Zukunftsfrage der parlamentarischen Regierungssysteme: ihre institutionelle Anpassungsfähigkeit.

Lampert, Steffen

Investitionsschutz im Zulassungsrecht

Band 280
2019. XXVIII, 556 Seiten.

ISBN 9783161543340
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161562914
eBook PDF 119,00 €

Privatwirtschaftliche Initiative steht vielfach unter dem Vorbehalt vorheriger staatlicher Zulassung. Angesichts der Abhängigkeit unternehmerischer Tätigkeit vom Fortbestand der Zulassung drängt sich die Frage auf, wie die getätigten Investitionen bei Erteilung, Änderung und Aufhebung der Zulassung geschützt werden. Steffen Lampert analysiert die überaus heterogene Ausgestaltung des Investitionsschutzes in ausgewählten Bereichen des öffentlichen Wirtschaftsrechts. Auf diese Weise wird ein modularer Aufbau des Zulassungsrechts offengelegt, bei dem einzelne Regelungsinstrumente wie etwa Befristungen, Aufhebungen und nachträgliche Anordnungen nach Maßgabe der sachbereichsspezifisch verfolgten öffentlichen Interessen ausgestaltet und kombiniert werden. Damit wird eine in sich konsistente und folgerichtige Ausarbeitung mit privaten Interessen am Schutz des investierten Kapitals ermöglicht und eine freiheitssichernde Regulierung gewährleistet.

Wendel, Mattias

Verwaltungsermessen als Mehrebenenproblem

Zur Verbundstruktur administrativer Entscheidungsspielräume am Beispiel des Migrations- und Regulierungsrechts

Band 279
2019. XXIX, 511 Seiten.

ISBN 9783161566875
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161566882
eBook PDF 114,00 €

Entscheidungsspielräume der Verwaltung sind ein Grundbaustein des Öffentlichen Rechts. Während die Frage nach dem behördlichen 'Ermessen' klassischerweise auf ein Problem der horizontalen Gewaltenteilung im Verfassungsstaat verweist, konzipiert Mattias Wendel das Verwaltungsermessen als ebenenübergreifende Verbundstruktur. Im modernen Mehrebenensystem werden Begründung, Ausübung, Begrenzung und Kontrolle diskretionären Verwaltungshandeln erst im Zusammenspiel von Rechtsschichten und Hoheitsträgern verschiedener Ebenen bestimmbar. Diese föderative Dimension leuchtet Mattias Wendel anhand des Migrations- und Regulierungsrechts aus. In beiden Referenzgebieten stellt sich die Frage nach Funktion und Legitimation behördlicher Letztentscheidungskompetenzen im Mehrebenensystem mit einer besonderen Dringlichkeit. Dies gilt für die Diskussion um die Eigenständigkeit der Verwaltung im Asyl- und Aufenthaltsrecht ebenso wie für die Debatte um das Regulierungsermessen im Telekommunikationssektor.

Hong, Mathias

Todesstrafenverbot und Folterverbot

Grundrechtliche Menschenwürdegehalte unter dem Grundgesetz

Band 278
2019. XIX, 274 Seiten.

ISBN 9783161569289
Leinen 89,00 €

ISBN 9783161569296
eBook PDF 89,00 €

Die verfassungsgebende Gewalt wollte aus der Menschenwürde konkrete rechtliche Folgerungen ziehen und einen Menschenwürdegehalt aller Grundrechte als abwägungsfest, aber zugleich in Grenzen entwicklungsfähig der Verfassungsänderung entziehen. Die Menschenwürde als Verfassungsbegriff ernst zu nehmen heißt deshalb, ihren Sinn gleichsam induktiv, von den nachfolgenden Grundrechten her, zu erschließen. Die vorliegende Schrift legt Einzelstudien zu zwei konkreten grundrechtlichen Menschenwürdegehalten vor – dem Todesstrafenverbot und dem Folterverbot. Sie ergänzt zwei weitere Untersuchungen, die unter den Titeln »Der Menschenwürdegehalt der Grundrechte – Grundfragen, Entstehung und Rechtsprechung« und »Abwägungsfeste Rechte – Von Alexys Prinzipien zum Modell der Grundsatznormen« veröffentlicht werden.

An der Todesstrafendebatte lässt sich nicht nur die These einer entstehungsgeschichtlich gewollten Dynamik der Menschenwürdegehalte überprüfen. An ihrer historischen und rechtsvergleichenden Entwicklung lässt sich außerdem untersuchen, wie auch dort, wo die Todesstrafe als solche befürwortet wird, gleichwohl abwägungsfeste Schranken des Strafs mit dem Tode begründet werden. Das Folterverbot nimmt für die These abwägungsfester Rechte eine Schlüsselstellung ein: Wenn selbst das Recht auf Freiheit von Folter im Extremfall Ausnahmen zuließe – wie sollten sich dann noch absolut geschützte Rechte begründen lassen, die sich gegen weniger intensive Grundrechtseingriffe richten? Die drei Bände (JusPubl 276, 277, 278) sind sowohl einzeln als auch zum Setpreis erhältlich.



Hong, Mathias

Abwägungsfeste Rechte

Von Alexys Prinzipien zum Modell der Grundsatznormen

Band 277
2019. XIX, 197 Seiten.

ISBN 9783161566264
Leinen 79,00 €

ISBN 9783161566271
eBook PDF 79,00 €

Mathias Hong verteidigt die norm- und begründungstheoretische Möglichkeit abwägungsfester Rechte gegen den grundlegenden Einwand Robert Alexys, dass in Zweifelsfällen stets Grund und Gegengrund gegeneinander abgewogen werden müssen. Er schlägt vor, Alexys Prinzipientheorie zu einem Modell der Grundsatznormen fortzuentwickeln, in dem sich das Abwägen von Gründen und die Festlegung auf einzelfallübergreifend geltende definitive Norminhalte miteinander vereinbaren lassen. Nach Alexy sollen nur Prinzipienabwägungen in Zweifelsfällen – exklusiv – eine rationale juristische Begründung sicherstellen können (»Alexysche Exklusivitätsthese«). Alexys Prinzipien zeichnen sich dabei jedoch durch eine spezifische inhaltliche Nachgiebigkeit im Einzelfall aus (»Alexysche Unschärfe«). Weil diese weitreichende inhaltliche These über die Verteilung der Gewichte im Raum der Gründe zu verwerfen ist, bedarf Alexys Prinzipientheorie entscheidender Korrekturen. Sein Kollisionsgesetz und seine Abwägungsgesetze müssen entsprechend ergänzt werden. Rechte können sich der Abwägung von Grund und Gegengrund stellen, aber zugleich beanspruchen, in einer solchen Abwägung mit hinreichender Sicherheit in allen Fällen den Vorrang zu behalten und deshalb absolut geschützt zu sein: Sie gelten dann abwägungsfest.

Das Werk ergänzt zwei Untersuchungen, die unter den Titeln »Der Menschenwürdegehalt der Grundrechte – Grundfragen, Entstehung und Rechtsprechung« und »Todesstrafenverbot und Folterverbot – Grundrechtliche Menschenwürdegehalte unter dem Grundgesetz« veröffentlicht werden. Die drei Bände (JusPubl 276, 277, 278) sind sowohl einzeln als auch zum Setpreis erhältlich.

Hong, Mathias

Der Menschenwürdegehalt der Grundrechte

Grundfragen, Entstehung und Rechtsprechung

Band 276
2019. XXXIX, 777 Seiten.

ISBN 9783161569265
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161569272
eBook PDF 139,00 €

Die verfassungsgebende Gewalt wollte aus der Menschenwürde konkrete rechtliche Folgerungen ziehen und einen Menschenwürdegehalt aller Grundrechte als abwägungsfest, aber zugleich in Grenzen entwicklungsfähig der Verfassungsänderung entziehen (Art. 1 Abs. 1 i.V. mit Art. 79 Abs. 3 GG). Die Menschenwürde als Verfassungsbegriff ernst zu nehmen heißt deshalb, ihren Sinn gleichsam induktiv, von den nachfolgenden Grundrechten her, zu erschließen. Das schließt einen egalitären Mindeststandard gleicher Freiheit ein: Jedes Freiheitsgrundrecht kann in seinem Menschenwürdekern verletzt sein, wenn es auf schwerwiegend diskriminierende Weise beschränkt wird. Die Verfassung knüpft damit an die Ideen von 1776 und 1789 an und erneuert das unerfüllte Versprechen der Freiheit und Gleichheit aller Menschen in ihren unveräußerlichen Rechten.

Mathias Hong widmet sich methodischen und verfassungstheoretischen Grundfragen des Menschenwürdegehalts (1. Kap.). Er analysiert eingehend die Entstehungsgeschichte von Art. 1 und Art. 79 Abs. 3 GG (2. Kap.) und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Menschenwürde (3. Kap.). Auf dieser Grundlage entwickelt er Grundzüge einer verfassungsrechtlichen Dogmatik der Menschenwürdegehalte (4. Kap.). Das Werk wird durch zwei weitere Untersuchungen ergänzt, die unter den Titeln »Abwägungsfeste Rechte – Von Alexys Prinzipien zum Modell der Grundsatznormen« und »Todesstrafenverbot und Folterverbot – Grundrechtliche Menschenwürdegehalte unter dem Grundgesetz« veröffentlicht werden.

Die drei Bände (JusPubl 276, 277, 278) sind sowohl einzeln als auch zum Setpreis erhältlich.

Hong, Mathias

Der Menschenwürdegehalt der Grundrechte – Abwägungsfeste Rechte – Todesstrafenverbot und Folterverbot

(3 Bände)

Band 276-278
2019. 1325 Seiten.

ISBN 9783161575891
Leinen 249,00 €

Die drei Bände (JusPubl 276, 277, 278) sind als Set erhältlich.

Kluckert, Sebastian

Zuwendung und Gesetz

insbesondere zu Grund und Grenzen der Außenwirkung von Haushaltsgesetz und Haushaltsplan



Mohr Siebeck

Jus Publicum.
Beiträge zum öffentlichen Recht
Stand: 26.09.2020

Seite 7 von 74

Band 275
2018. XXXIII, 611 Seiten.

ISBN 9783161557194
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161557200
eBook PDF 119,00 €

Sebastian Kluckert ergründet die normativen Steuerungspotentiale für die Vergabe von Subventionen und anderen Zuwendungen. Dazu nimmt er einen Bereich staatlicher Tätigkeit in den Blick, in dem einem mit dem »Gesetz im nur formellen Sinne« eine eigene Normspezies begegnet. Dieser wird apriorisch die Eigenschaft abgesprochen, im Verhältnis zwischen Bürger und Staat verbindliche Regelungen zu setzen, sie soll zugleich aber in Gestalt des Haushaltsplans eine ausreichende Rechtsgrundlage bilden. Vor dem Hintergrund, dass die Struktur des Haushalts(verfassungs)rechts in ihren wesentlichen Elementen seit dem Konstitutionalismus mehr oder weniger unverändert geblieben ist, wird eine moderne Theorie entwickelt, die eine Steuerung der Zuwendungsvergabe über den Haushaltsplan auch mit verbindlicher Außenwirkung ermöglicht und legitimiert, zugleich aber vermeidet, dass bisherige Pfade vollkommen verlassen werden.

Schwerdtfeger, Angela

Krisengesetzgebung

Funktionsgerechte Organstruktur und Funktionsfähigkeit als Maßstäbe der Gewaltenteilung

Band 274
2018. XVI, 429 Seiten.

ISBN 9783161556364
Leinen 104,00 €

ISBN 9783161556371
eBook PDF 104,00 €

In Krisen geraten Gesetzgebung und Gesetzgebungswissenschaft unter Druck. Dies veranschaulicht die europäische Finanz- und Staatsschuldenkrise. Krisengesetze bilden jedoch keinen neuen Gesetzestyp. Vielmehr stellt Krisengesetzgebung ein konzentriertes Abbild der allgemeinen Gesetzgebung dar. Ihre Untersuchung liefert daher Erkenntnisse über Krisen hinaus. Ausgehend von einer Bestandsaufnahme der Krisenphänomene des Gesetzgebungsverfahrens und der Gesetzesgestaltung entwickelt Angela Schwerdtfeger eine gewaltenteilige Perspektive auf Krisengesetzgebung, die auch supra- und internationale Entscheidungsstrukturen berücksichtigt. Diese legt zum einen verfassungsrechtliche Anforderungen an das Zusammenwirken von Parlament und Regierung im Gesetzgebungsverfahren offen. Zum anderen zeichnet sie verfassungskonforme Vorschläge für eine gute Gesetzesgestaltung im Sinne der Gesetzgebungslehre vor.

Seckelmann, Margrit

Evaluation und Recht

Strukturen, Prozesse und Legitimationsfragen staatlicher Wissensgewinnung durch (Wissenschafts-)Evaluationen

Band 273
2018. XXVII, 685 Seiten.

ISBN 9783161543906
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161546280
eBook PDF 129,00 €

Wie verschaffen sich Gesetzgebung und Verwaltung Wissen über die Wirkungen ihrer Regelungsprogramme und über die Effekte und Erfolge der von ihnen gewährten Fördergelder? Und müssen sie dies überhaupt? Margrit Seckelmann geht dem Einsatz von evaluativen Verfahren als Instrumenten staatlicher Wissensgewinnung und Wirkungsüberprüfung nach. Dabei behandelt sie die Genese von Evaluationen als *policy*-Elementen, die Frage nach dem Bestehen einer »Beobachtungs-« oder »Evaluationspflicht« und die Probleme von Evaluationsklauseln als Elementen einer *„sunset legislation“*. Exemplifiziert anhand der Wissenschaftspolitik untersucht sie dann die bei Evaluations- und Akkreditierungsverfahren zugrunde gelegten Methoden und setzt sich mit den von ihnen jeweils ausgehenden Gefahren einer Fehlsteuerung sowie den mit ihrem Einsatz verbundenen Rechtsfragen auseinander. Die vorliegende Habilitationsschrift wurde mit dem Preis für Wissenschaftsrecht 2018 und 2019 des Vereins zur Förderung des deutschen & internationalen Wissenschaftsrechts ausgezeichnet.

Polzin, Monika

Verfassungsidentität

Ein normatives Konzept des Grundgesetzes?

Band 272
2018. XVI, 251 Seiten.

ISBN 9783161556432
Leinen 84,00 €

ISBN 9783161556449
eBook PDF 84,00 €

Das Konzept der Verfassungsidentität ist seit dem Lissabon-Urteil und der nachfolgenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts derzeit (wieder) in aller Munde. Das Besondere daran ist, dass dieses Konzept im Grundgesetz nicht ausdrücklich geregelt ist und es sich gerade verselbstständigt. Es stellen sich daher die grundlegenden Fragen, ob und inwieweit das Grundgesetz überhaupt ein rechtlich relevantes Konzept der Verfassungsidentität vorsieht, und ob die Verwendung des Begriffs der Verfassungsidentität im Rahmen des Grundgesetzes angemessen ist. Diesen Kernfragen geht Monika Polzin nach. Sie untersucht zunächst die verfassungshistorische Herkunft des Konzepts der Verfassungsidentität und überprüft dann seine Validität in verfassungstheoretischer und verfassungsrechtlicher Hinsicht. Das Ergebnis ist eine Entmystifizierung der Verfassungsidentität und der zentrale Befund, dass es sich nicht um ein normatives Konzept des Grundgesetzes handelt.

Edenharter, Andrea

Grundrechtsschutz in föderalen Mehrebenensystemen

Inspiration des EU-Grundrechtsschutzes durch die Grundrechtsentwicklung in Deutschland und der Schweiz sowie durch die EMRK

Band 271
2018. XL, 1088 Seiten.

ISBN 9783161560132
Leinen 164,00 €

ISBN 9783161560149
eBook PDF 164,00 €

Andrea Edenharter arbeitet heraus, auf welche Art und Weise in den föderal aufgebauten Systemen Deutschlands und der Schweiz sowie ihren jeweiligen historischen Vorläufern Grundrechtsschutz gewährleistet wurde bzw. wird. Auf dieser Basis gewinnt sie Ansätze für die Weiterentwicklung des Grundrechtsschutzes in der EU. Dabei zeigt sie, wie einerseits die Rechtseinheit gewahrt, gleichzeitig aber auch eine rechtliche, gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt ermöglicht und eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen den beteiligten Gerichten erreicht werden kann. Außerdem untersucht die Autorin, inwieweit sich das vom EGMR entwickelte Konzept der *margin of appreciation* -Doktrin auf den unionalen Grundrechtsschutz übertragen lässt und welche Konsequenzen eine derartige Übertragung auf die Grundrechtsjudikatur des EuGH hätte.

Marsch, Nikolaus

Das europäische Datenschutzgrundrecht

Grundlagen – Dimensionen – Verflechtungen

Band 270
2018. XXIV, 407 Seiten.

ISBN 9783161554223
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161554230
eBook PDF 99,00 €

Das Datenschutzgrundrecht in Art. 8 EU-Grundrechtecharta wird vielfach als ein Recht auf informationelle Selbstbestimmung nach deutschem Vorbild verstanden. Nikolaus Marsch verdeutlicht, dass neben entstehungsgeschichtlichen und systematischen auch grundrechtstheoretische Argumente gegen ein solches Verständnis sprechen. Er rekonstruiert Art.8 GRC als eine den Gesetzgeber treffende Pflicht zum Erlass und zur grundrechtsadäquaten Ausgestaltung von datenschützenden Regeln. Zu einem Abwehrrecht erstarkt Art.8 GRC nur, wenn sich das Datenschutzgrundrecht mit dem Grundrecht auf Schutz des Privatlebens in Art.7 GRC verbindet; als Kombinationsgrundrecht schützt es vor Datenverarbeitungen mit besonderem Gefährdungspotential. Die Abstufung in eine weit ausgreifende, aber in ihrer Schutzwirkung schwächere Ausgestaltungs- und eine engere, aber schutzintensivere Abwehrdimension ermöglicht eine Balance zwischen Innovationsoffenheit des einfachen Datenschutzrechts auf der einen und effektivem Grundrechtsschutz auf der anderen Seite. Die Arbeit wurde von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg mit dem Werner-von-Simson-Preis 2018 und dem Wissenschaftspreis 2018 der Deutschen Stiftung für Recht und Informatik (DSRI) ausgezeichnet.

Grimm, Dieter

Verfassung und Privatrecht im 19. Jahrhundert

Die Formationsphase

Band 269
2017. IX, 244 Seiten.

ISBN 9783161555572
Leinen 89,00 €

ISBN 9783161556616
eBook PDF 89,00 €

Verfassungsgeschichte und Privatrechtsgeschichte gehen gewöhnlich getrennte Wege. Doch werden sie damit ihren Gegenständen nicht gerecht, denn Verfassung und Privatrecht stehen in enger Beziehung zueinander, und das nicht erst, seit im 20. Jahrhundert die Drittwirkung der Grundrechte entdeckt wurde. Die Beziehungen wechseln freilich mit den Begleitumständen. Sie stellten sich in Frankreich, wo der Übergang von monarchischem Absolutismus und ständisch-feudaler Gesellschaftsordnung zur bürgerlichen Staats- und Sozialordnung in einem revolutionären Akt des bereits emanzipierten Bürgertums herbeigeführt wurde, anders dar als in Deutschland, wo die Umstellung von der Obrigkeit ausging und sich in einem langen, rechtsförmigen Prozess evolutiv vollzog. Die Formationsphase der bürgerlichen Gesellschaft zwischen Revolutionen und Restauration enthält dafür vielfältiges Anschauungsmaterial, das auch die Grundlage für Analysen der weiteren Entwicklung des Verhältnisses der beiden Rechtsgebiete bietet.

Kreuter-Kirchhof, Charlotte

Personales Eigentum im Wandel

Band 268
2017. XXI, 635 Seiten.

ISBN 9783161546464
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161546853
eBook PDF 119,00 €

Die in Art. 14 GG garantierte Eigentümerfreiheit sichert dem Eigentümer einen Freiheitsraum im vermögensrechtlichen Bereich zur eigenverantwortlichen Gestaltung. Die Privatnützigkeit und die Herrschafts- und Verfügungsbefugnis des Eigentümers begründen als Kernelemente der Eigentümerfreiheit personales Eigentum. Sie bilden die Grundlage der Eigentümerversantwortung. Heute bestimmen Eigentumsformen das Wirtschaftsleben, die anders als das klassische Grund- und Sacheigentum vom Eigentumsgegenstand oder der Person des Eigentümers abstrahieren. Es stellt sich die Frage, welche Wirkungen diese Abstraktion auf den personalen Gehalt dieser Eigentumsformen und damit auf die Intensität des verfassungsrechtlichen Schutzes des Eigentums haben. So kennt das geistige Eigentum – bereits begrifflich – keinen Eigentumsgegenstand. Art. 14 GG ordnet dieses entmaterialisierte Eigentum dem Urheber als geistiges Werk aufgrund seiner schöpferischen Leistung rechtlich zu und schützt es gerade in diesem intensiven Persönlichkeitsbezug, ist aber gleichzeitig auf die Begegnung mit einem allgemeinen Publikum angelegt. In der juristischen Person ist eine Rechtseinheit ohne die eigenständige Personalität des Menschen Träger der Eigentümerfreiheit. Beim Hedgefondseigentum ist diese Entpersonalisierung durch die starke Stellung der Fondsmanager, die risikoreichen Anlagestrategien und die gleichzeitig schwache Stellung der Anleger besonders



ausgeprägt. Dieser geringere personale Gehalt als tragender Grund des Schutzes der Eigentümerfreiheit führt zu einem weniger intensiven Schutz aus Art. 14 GG. Die Entmaterialisierung und Entpersonalisierung von Eigentum wird durch weltweite Kommunikationstechnologien und weltweites Wirtschaften verstärkt. Die vorliegende Arbeit sucht den Schutz des Eigentums, den das nationale Verfassungsrecht, die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und die Europäische Menschenrechtskonvention gewährleisten, gegenwartsgerecht zu erneuern.

Kempny, Simon

Verwaltungskontrolle

Zur Systematisierung der Mittel zur Sicherung administrativer Rationalität unter besonderer Berücksichtigung der Gerichte und der Rechnungshöfe

Band 267
2017. XXIV, 344 Seiten.

ISBN 9783161549458
Leinen 89,00 €

ISBN 9783161552403
eBook PDF 89,00 €

So gegenwärtig der Begriff der Kontrolle in der rechts- und verwaltungswissenschaftlichen Diskussion ist, so unscharf sind seine Konturen. Definitionen unterbleiben nicht selten, gerade auch unter Hinweis auf die Vielgestaltigkeit des Vorgefundnen. Simon Kempny unternimmt es, die Kontrolle der Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union, wie sie durch Gerichte, Rechnungshöfe, verschiedene Beauftragte und weitere Stellen wahrgenommen wird, auf der Grundlage eines Satzes scharf definierter Begriffe systematisierend zu erfassen. Jeweils unter einer von sieben Leitfragen wird zunächst der rechtstheoretische Zusammenhang ausgeleuchtet, sodann der Rechtsstoff dogmatisch aufgearbeitet und schließlich unter verwaltungswissenschaftlichem Blickwinkel gezeigt, inwieweit Kontrolle zur Herstellung und Sicherung administrativer Rationalität beitragen kann.

Braun Binder, Nadja

Rechtsangleichung in der EU im Bereich der direkten Steuern

Analyse der Handlungsformen unter besonderer Berücksichtigung des Soft Law

Band 266
2017. XVIII, 254 Seiten.

ISBN 9783161552823
Leinen 84,00 €

ISBN 9783161552830
eBook PDF 84,00 €

Nadja Braun Binder untersucht die Handlungsformen der Rechtsangleichung in der EU im Bereich der direkten Steuern. Zu diesem Zweck analysiert sie die primärrechtlich vorgesehenen Maßnahmen und eruiert die tatsächlich genutzten Instrumente. Dazu gehören neben den Richtlinien, den Formen der negativen Rechtsangleichung durch die Rechtsprechung des EuGH oder den Beihilfenaufsichtsverfahren auch die Maßnahmen des Soft Law. Die Autorin zeigt auf, dass die tatsächlich verwendeten Handlungsformen verschiedentlich miteinander gekoppelt sind und sich teilweise gegenseitig in ihrer Wirkung verstärken. Dies trifft in besonderer Weise für die Soft-Law-Maßnahmen und die Rechtsprechung des EuGH zu. Damit diese Korrelationen in den Blick genommen und in ihrer Tragweite erfasst werden können, ergänzt die Autorin die bislang häufig dualistisch ausgerichtete Einteilung in positive und negative Rechtsangleichung um Kategorien der legislativen, judiziellen und exekutiven Rechtsangleichung.

Payandeh, Mehrdad

Judikative Rechtserzeugung

Theorie, Dogmatik und Methodik der Wirkungen von Präjudizien

Band 265
2017. XXII, 551 Seiten.

ISBN 9783161550348
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161550355
eBook PDF 114,00 €

Gerichte entscheiden nicht nur konkrete Streitigkeiten, sie tragen auch maßgeblich zur Auslegung, Konkretisierung und Fortbildung des Rechts bei. Der rechtliche Stellenwert dieses Beitrags der dritten Gewalt in der Rechtsordnung ist jedoch unklar: Müssen Gerichte die Rechtsprechung anderer Gerichte und insbesondere die höchstrichterliche Rechtsprechung zur Kenntnis nehmen oder gar befolgen? Wirken Gerichtsentscheidungen ähnlich wie Rechtsnormen? Und wie verhält sich judikative Rechtserzeugung zu legislativer Rechtsetzung? Mehrdad Payandeh nähert sich diesen Fragen aus rechtstheoretischer und verfassungsrechtlicher Perspektive. Aufbauend auf dem Rechtsstaatsprinzip sowie dem Demokratieprinzip wird die judikative Rechtserzeugung in der grundgesetzlichen Funktionenordnung verortet, dogmatische Fragen der Präjudizienwirkung werden rekonstruiert, und Grundzüge des methodischen Umgangs mit Präjudizien werden entwickelt.

Hanschmann, Felix

Staatliche Bildung und Erziehung

Ganztagsschule, Bildungsstandards und selbständige Schule als Herausforderungen für das Verfassungs- und Schulrecht

Band 264
2017. XV, 442 Seiten.

ISBN 9783161548093
Leinen 104,00 €

ISBN 9783161548796
eBook PDF 104,00 €

Der so genannte »PISA-Schock« im Jahre 2000 hat zu dramatischen Veränderungen im deutschen Schulwesen geführt. In erstaunlicher Geschwindigkeit wurde die Steuerungstechnologie um output-orientierte Instrumente ergänzt, für bestimmte Schulfächer bundesweit geltende Bildungsstandards eingeführt, die in Deutschland lange dominierende Halb- zunehmend in eine Ganztagschule umgewandelt und den einzelnen Schulen in Schulgesetzen mehr Selbständigkeit bei der Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages versprochen. Diese Maßnahmen werfen grundlegende verfassungs- und schulrechtliche Fragen und Probleme auf. Betroffen ist nicht nur das neu zu bestimmende Verhältnis Eltern, Schüler und Staat, sondern auch der Bildungsföderalismus sowie Inhalt und Grenzen des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrages. Felix Hanschmann geht diesen Fragen und Problemen unter Einbeziehung bildungssoziologischer und erziehungswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie internationaler Bezüge nach.

Steinbach, Armin

Rationale Gesetzgebung

Band 263
2017. XVI, 396 Seiten.

ISBN 9783161551529
Leinen 89,00 €

ISBN 9783161552113
eBook PDF 89,00 €

Gesetze müssen rational sein – so eine häufig erhobene Forderung. Gleichzeitig sind die Mängel an Gesetzen vielfältig, ihre Irrationalität wird oft beklagt. Doch was macht ein rationales Gesetz aus? Rationalität ist kein genuin juristischer Begriff, jede Disziplin kennt einen anderen Rationalitätsbegriff. Anliegen dieser Arbeit ist es, die außerjuridischen Rationalitätskonzepte so aufzubereiten, dass sie in rechtswissenschaftlichen Kategorien verwertbar und hinsichtlich ihrer verfassungsrechtlichen Verankerung überprüfbar werden. Außerjuridisch lautet die Frage: Welchen Sinngehalt entfaltet die Rationalität in Abhängigkeit ihres disziplinspezifischen Ursprungs in Bezug auf Gesetzgebung? Rechtstheoretisch kann auf dieser Grundlage jedes Rationalitätspostulat individuell auf einen normativen Aussagewert für Gesetzgebung untersucht werden. Welche Überschneidungen, welche Widersprüche lassen sich daraus für rationale Gesetze ermitteln? Verfassungsrechtlich stellt sich die Frage: Finden diese außerjuridischen Rationalitätsattribute normativ in der Verfassung Verankerung? Der komplementäre und aufeinander aufbauende Ansatz soll eine konstruktive Zusammenarbeit der Wissenschaftsdisziplinen ermöglichen.

Die Arbeit wurde mit dem Wissenschaftspreis 2018 der Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung e.V. ausgezeichnet.

Aust, Helmut Philipp

Das Recht der globalen Stadt

Grenzüberschreitende Dimensionen kommunaler Selbstverwaltung

Band 262
2017. XXIII, 479 Seiten.

ISBN 9783161547041
Leinen 104,00 €

ISBN 9783161550867
eBook PDF 104,00 €

In einer Zeit rapider Urbanisierung werden Städte und Gemeinden zunehmend zu international relevanten Akteuren. Ob in Fragen der nachhaltigen Entwicklung und des Klimaschutzes, der Gewährleistung von Sicherheit oder zur Durchsetzung von Menschenrechten: Städte und Gemeinden haben zahlreiche internationale Netzwerke gegründet, kooperieren mit internationalen Organisationen und verschreiben sich der Durchsetzung völkerrechtlicher Normen. Helmut Philipp Aust untersucht diese Entwicklung und ordnet sie in die verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Zusammenhänge ebenso ein wie in die völker- und europarechtlichen Rahmenbedingungen. Der Autor formuliert zugleich einen Beitrag zu einer zeitgemäßen Auslegung des Grundsatzes der kommunalen Selbstverwaltung, die diese internationale Bedingtheit städtischen und gemeindlichen Handelns rezipiert.

Lohse, Eva Julia

Rechtsangleichungsprozesse in der Europäischen Union

Instrumente, Funktionsmechanismen und Wirkparameter effektiver Harmonisierung

Band 261
2017. XLI, 752 Seiten.

ISBN 9783161545559
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161545986
eBook PDF 139,00 €

Eva Julia Lohse befasst sich mit grundlegenden Fragen der Rechtsangleichung in der Europäischen Union. Nach welchen rechtlichen Mechanismen läuft diese ab? Lassen sich beim Vergleich verschiedener (historischer) Angleichungsprozesse in unterschiedlichen Mitgliedstaaten Muster der Rechtsangleichung erkennen? Lassen sich aus diesen Mustern wiederum Parameter erkennen, die zum Erfolg oder Misserfolg eines Angleichungsvorgangs beitragen können? Liegen diese auf unionaler oder auf mitgliedstaatlicher Ebene? Wie muss ein Angleichungsinstrument letztlich gestaltet werden, um erfolgreich zu sein? Ist es wichtiger, nationale Eigenheiten zu schützen oder von europäischer Ebene genaue Vorgaben zu machen und diese auch kontrollieren zu können? Betrachtet werden sowohl Richtlinien als auch primärrechtliche (»negative«) Harmonisierungsprozesse; der Schwerpunkt liegt bei Angleichungsvorgängen in Deutschland und England. Als Deutungsmuster wird zum einen das Paradigma der »legal transplants« verwendet, zum anderen rechtssoziologische Modelle der »Akzeptanz« und kulturtheoretische Überlegungen.

Siehr, Angelika

Das Recht am öffentlichen Raum

Theorie des öffentlichen Raumes und die räumliche Dimension von Freiheit

Band 260
2016. XXXIV, 770 Seiten.

ISBN 9783161524509
Leinen 134,00 €

ISBN 9783161525544
eBook PDF 134,00 €

Der urbane öffentliche Raum wird heute zunehmend durch Shoppingmalls und privatisierte Verkehrsflächen (Bahnhöfe, Flughäfen, auch ganze Stadtquartiere) geprägt. Diese Privatisierungstendenzen stellen eine neue rechtstheoretische und (grund)rechtsdogmatische Herausforderung dar: Wie kann der öffentliche Raum, dessen Existenz Voraussetzung für die Ausübung von (Kommunikations)Grundrechten ist, rechtlich rekonstruiert werden? Welche Bedeutung kommt insoweit dem Eigentum in öffentlicher Hand in einer demokratischen Ordnung zu? Vor dem Hintergrund eines republikanischen Demokratieverständnisses leitet Angelika Siehr aus dem Eigentum in öffentlicher Hand ein Recht am öffentlichen Raum ab, das die räumliche Dimension der allgemeinen Handlungsfreiheit schützen soll. Umgekehrt nimmt sie auch zu der Frage Stellung, welchen Bindungen das Eigentum Privater in semi-öffentlichen Räumen unterliegt.

Kaufhold, Ann-Katrin

Systemaufsicht

Anforderungen an die Ausgestaltung einer Aufsicht zur Abwehr systemischer Risiken – entwickelt am Beispiel der Finanzaufsicht

Band 259
2016. XX, 433 Seiten.

ISBN 9783161543494
Leinen 94,00 €

ISBN 9783161543654
eBook PDF 94,00 €

Systemische Risiken gefährden die Funktionsfähigkeit zentraler gesellschaftlicher und natürlicher Systeme, so etwa die Stabilität des Finanzsystems und der klimatischen Systeme. Wie kann der Staat effektiv vor Systemrisiken schützen? Mit den tradierten rechtlichen Mechanismen der Risikoabwehr ist das nicht möglich. Das ist zuletzt in der Finanzkrise der Jahre 2008/2009 deutlich geworden.

Ann-Katrin Kaufhold bestimmt die Eigenheiten, die systemische Risiken von den vertrauten Phänomenen der Gefahr und des Risikos unterscheiden, und definiert einen rechtswissenschaftlichen Systemrisikobegriff. Auf seiner Grundlage entfaltet sie am Beispiel der Finanzaufsicht die Anforderungen, denen eine hoheitliche Aufsicht zur Abwehr systemischer Risiken genügen muss, und sie konkretisiert den rechtlichen Rahmen, den der Gesetzgeber bei der Ausgestaltung einer solchen Aufsicht beachten muss. Die Systemaufsicht wird damit als eine neue und eigenständige Grundform der Aufsicht etabliert.

Berger, Ariane

Die Ordnung der Aufgaben im Staat

Zum Verfassungsgrundsatz getrennter Verwaltungsaufgaben

Band 258
2016. XIII, 370 Seiten.

ISBN 9783161548086
Leinen 89,00 €

ISBN 9783161548680
eBook PDF 89,00 €

Die Aufgaben der deutschen Verwaltung sind nicht zuletzt aufgrund föderaler, unionaler und internationaler Vorgaben vielfältig miteinander verflochten. Angesichts dieses Befundes stellt sich die Frage, ob der Ordnung der Aufgaben im Staat ein bestimmtes verfassungsrechtliches Modell zugrunde liegt. Ariane Berger bestimmt die verfassungsrechtlichen Komponenten einer solchen Aufgabenordnung und definiert als verfassungsrechtliches Ordnungsmodell die Idee des einen richtigen Entscheidungssubjektes. Auf seiner Grundlage entfaltet sie die Anforderungen an eine punktgenaue, parzellenscharfe und arbeitsteilige Aufgabenordnung, die der Gesetzgeber bei der Ausgestaltung der Aufgabenordnung beachten muss. Ob und inwieweit die gesetzliche Ausgestaltung diesen Anforderungen genügt, untersucht die Autorin anhand verschiedener nationaler, unionaler sowie internationaler Aufgabenverflechtungen der Verwaltung.

Korte, Stefan

Standortfaktor Öffentliches Recht

Integration und Wettbewerb in föderalen Ordnungen am Beispiel der Gesetzgebung

Band 257
2016. XXV, 531 Seiten.

ISBN 9783161534942
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161539855
eBook PDF 114,00 €

Stefan Korte erörtert auf Basis eines ökonomischen Wettbewerbsmodells, ob es zwischenstaatliche Konkurrenz mit dem Mittel des Rechts gibt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass sie nur als sogenannter Standortwettbewerb möglich ist. Diese Form zwischenstaatlicher Konkurrenz verlangt allerdings nach einer Wettbewerbsordnung im übergeordneten Recht, um funktionsfähig zu sein. Sie besteht aus fünf Geboten zwischenstaatlicher Konkurrenz. Misst man das Unionsrecht und das bundesdeutsche Verfassungsrecht daran, so zeigt sich, dass nur das Unionsrecht als Ordnung mitgliedstaatlicher Konkurrenz begriffen werden kann. Aus dieser Klassifikation können dann rechtliche Schlüsse im Sinne einer kompetitiven Interpretation der Verträge gezogen werden. Sie erklärt beispielsweise die grundsätzlich hohe Kontrolldichte des EuGH im Rahmen der Prüfung der Grundfreiheiten.

Schaefer, Jan Philipp

Die Umgestaltung des Verwaltungsrechts

Kontroversen reformorientierter Verwaltungsrechtswissenschaft

Band 256
2016. XIV, 514 Seiten.

ISBN 9783161540684
Leinen 104,00 €

ISBN 9783161541094
eBook PDF 104,00 €

Die Häutungen des Leviathan vom bürokratisch-bewirkenden zum gewährleistend-aktivierenden Staat rufen eine »Neue Verwaltungsrechtswissenschaft« auf den Plan. In der Auseinandersetzung mit der Europäisierung der Rechtsordnung, der Privatisierung öffentlicher Ressourcen und dem Formwandel des politisch-administrativen Systems stellt sie Prämissen des Verwaltungsrechts und somit die analytische Differenzierung von Staat und Gesellschaft sowie von Staat und Union in Frage. Anhand konsensual operierender Staatlichkeit und privater Rechtsetzung, Auffangverbänden zwischen Zivilrecht und öffentlichem Recht, Privatisierungs- und Regulierungsverwaltungsrecht werden Innovationspotentiale reformorientierter Verwaltungsrechtswissenschaft ausgeleuchtet, werden hermeneutische und kulturwissenschaftliche Varianten der Jurisprudenz gegeneinandergestellt. Ausgehend von Max Webers paradigmatischer Beschreibung des hierarchischen Verwaltungsstaates werden Trennungs- und Verbindungslinien zu moderneren Beschreibungskontexten – Steuerungs- und Governance-Theorie, Systemtheorie, ökonomische Analyse des Rechts – aufgezeigt.

Vosgerau, Ulrich

Staatliche Gemeinschaft und Staatengemeinschaft

Grundgesetz und Europäische Union im internationalen öffentlichen Recht der Gegenwart

Band 255
2016. XXIII, 401 Seiten.

ISBN 9783161524356
Leinen 104,00 €

ISBN 9783161524363
eBook PDF 104,00 €

Dem Grundgesetz ist eine verfassungsrechtliche Grundentscheidung für die internationale Zusammenarbeit zu entnehmen, und auch das Demokratieprinzip des Grundgesetzes soll erst im Lichte der Eingliederung des durch das Grundgesetz verfassten Staates in die Staatengemeinschaft zu verstehen sein. Gleichzeitig soll es sich aber bei dieser Grundentscheidung nicht um eine Unterwerfung unter fremde Mächte handeln, sondern um eine freiwillige, gegenseitige und gleichberechtigte Bindung, die den Frieden sichert und die politischen Gestaltungsmöglichkeiten durch gemeinsames koordiniertes Handeln stärkt. Was aber bedeuten diese allgemein akzeptierten verfassungsrechtlichen Programmsätze in der Sache, und wie hat man sich die Rechtsnatur dieses Eingliederungsverhältnisses eigentlich vorzustellen? Zur Beantwortung dieser Fragen entwickelt Ulrich Vosgerau eine grundlegende Geltungstheorie des Völker- und Europarechts im Geiste des Selbstbestimmungsrechts der Völker als »idée directrice«.

Holzner, Thomas

Konsens im Allgemeinen Verwaltungsrecht und in der Demokratietheorie

Untersuchungen zur Phänomenologie gruppenpluraler Konsensverwaltung unter besonderer Berücksichtigung des Sozialrechts als Referenzgebiet

Band 254
2016. XXXII, 652 Seiten.

ISBN 9783161543302
Leinen 124,00 €

ISBN 9783161543388
eBook PDF 124,00 €

Thomas Holzner untersucht konsensuale Handlungs- und Organisationsformen sowie den Einbezug Privater in diese auf ihre Gemeinsamkeiten. Dabei werden nicht nur das Sozialrecht, sondern auch andere Rechtsgebiete, wie z.B. das Hochschul-, Wirtschafts-, Lebensmittel- und Medienrecht als Referenzgebiete herangezogen. Der Autor versucht, diese mit der Kategorisierung als gruppenplurale Konsensverwaltung dogmatisch zu erfassen und in das System des Allgemeinen Verwaltungsrechts zu integrieren. Gleichzeitig stellt er eine Theorie zur demokratischen Legitimation dieser Phänomene vor, die es unter Fortbildung des klassischen Legitimationsmodells ermöglicht, die demokratische Legitimation von Organisationsformen wie dem Gemeinsamen Bundesausschuss, aber auch z.B. den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, der Filmförderungsanstalt oder der Lebensmittelbuch- und der Gendiagnostik-Kommission zu begründen.

Simon, Sven

Grenzen des Bundesverfassungsgerichts im europäischen Integrationsprozess

Band 253
2016. XVII, 352 Seiten.

ISBN 9783161541599
Leinen 89,00 €

ISBN 9783161541605
eBook PDF 89,00 €

In keinem Mitgliedstaat der Europäischen Union ist die Vorstellung von verfassungsrechtlich vorgegebenen Grenzen der europäischen Integration derart stark ausgeprägt wie in Deutschland. Zwar haben auch andere Verfassungsgerichte den Integrationsprozess flankiert. Aber kein Gericht hat im Gewaltenteilungsgefüge eine vergleichbar dominante Rolle eingenommen wie das Bundesverfassungsgericht. Der europäische Integrationsprozess ist zu seiner größten institutionellen Herausforderung geworden. In einem historischen Moment, in dem die demokratische Qualität der Integrationsvertiefung offen in Frage gestellt wird, kommt dem Bundesverfassungsgericht im Institutionengefüge der Bundesrepublik Deutschland eine besondere Verantwortung zu. Sven Simon nimmt eine Bestimmung der Kompetenzgrenzen für die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vor und skizziert den verfassungsrechtlichen Rahmen für zukünftige Entscheidungen.

Kau, Marcel

Rechtsharmonisierung

Untersuchung zur europäischen Finalität dargestellt am Beispiel des Grenzkontroll-, Ausländer- und Asylrechts

Band 252
2016. XXXIII, 772 Seiten.

ISBN 9783161535949
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161536939
eBook PDF 139,00 €

In den 1980er Jahren begann auf dem Gebiet des europäischen Grenzkontroll-, Ausländer- und Asylrechts eine rechtliche Angleichung, die in der Folgezeit fortgesetzt und intensiviert wurden. Während rechtliche Gestaltungsmittel zunächst noch als bloße Instrumente der Europäischen Wirtschaftsintegration angesehen wurden, gelangte zunehmend die Überzeugung zum Durchbruch, dass die Harmonisierung des Rechts mittlerweile ein eigenständiges Ziel der Europäischen Union geworden war. Dadurch geriet automatisch auch die Finalität Europas in den Blick. Wie wirkt sich die von der Europäischen Union seitdem forcierte Schaffung eines »Europäischen Rechtsraums« mit der Ausgestaltung einer »europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik« auf den gegenwärtigen Entwicklungszustand der Europäischen Union aus? Welche Folgen haben die Integration »im Recht« und die Ausbildung einer gesamteuropäischen »rule of law« für die zukünftig erreichbare europäische Finalität?

Schröder, Meinhard

Genehmigungsverwaltungsrecht

Band 251
2016. XVIII, 624 Seiten.

ISBN 9783161536892
Leinen 124,00 €

ISBN 9783161537370
eBook PDF 124,00 €

Genehmigungsvorbehalte durchziehen das gesamte öffentliche Recht und finden eine deutlich weitere Verbreitung, als es die gängige Differenzierung zwischen präventiven und repressiven Verboten mit Erlaubnisvorbehalt suggeriert. Meinhard Schröder entfaltet das Genehmigungsverwaltungsrecht als eine Querschnittsmaterie des öffentlichen Rechts aus verwaltungs-, verfassungs- und europarechtlicher Perspektive. Ausgehend von einer Bestandsaufnahme, die die Vielfalt der Funktionen von Genehmigungsvorbehalten im geltenden Recht zeigt und ihre gesetzgeberische Ausgestaltung analysiert, werden die verfassungs- und europarechtlichen Rahmenbedingungen für das Genehmigungsverwaltungsrecht ermittelt und eine neue Systematisierung vorgenommen. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse bilden die Basis dafür, die gesetzgeberischen Handlungsoptionen im Bereich des Genehmigungsverwaltungsrechts auszuloten und auch rechtspolitische Impulse namentlich für die »Kodifikationsfrage« zu geben.

Reimer, Philipp

Verfahrenstheorie

Ein Versuch zur Kartierung der Beschreibungsangebote für rechtliche Verfahrensordnungen

Band 250
2015. XXXIII, 573 Seiten.

ISBN 9783161542312
Leinen 124,00 €

ISBN 9783161542329
eBook PDF 124,00 €

Das Verfahrensrecht ist eng mit der Rechtsstruktur verknüpft; zugleich erscheint es als Rechtsgebiet tendenziell immer vernachlässigt, weil ihm gegenüber dem materiellen Recht immer der vermeintliche Makel des Sekundären, Technischen, »bloß Formalen« anhaftet. Philipp Reimer wirkt diesem Eindruck entgegen, indem er zunächst wissenschaftstheoretisch herausarbeitet, welche unterschiedlichen Fragestellungen in Bezug auf Verfahrensrecht verfolgt werden (können) – außer anwendungsbezogen-dogmatischen auch beobachtend-theoretische verschiedenster Art. Unter letzteren, den »verfahrenstheoretischen«, lassen sich neben wirklichkeits- auch normwissenschaftliche Forschungsfragen identifizieren. Diese juristische Verfahrenstheorie kann Rechtsnormen in Kontexte stellen und deuten und insoweit als Reflexions- und Relaisdisziplin fungieren. Den hier möglichen Ansätzen widmet sich die Arbeit im Weiteren historisch und systematisch.

Bäcker, Carsten

Gerechtigkeit im Rechtsstaat

Das Bundesverfassungsgericht an der Grenze des Grundgesetzes

Band 249
2015. XVI, 344 Seiten.

ISBN 9783161539169
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161539176
eBook PDF 99,00 €

Das Bundesverfassungsgericht betrachtet die Gerechtigkeit als zentrales Element des Rechtsstaatsprinzips; eines Prinzips, das in der Rechtsprechungspraxis des Gerichts zur Begründung weitreichender verfassungsrechtlicher Entscheidungen herangezogen wird. Carsten Bäcker untersucht diese gewachsene Praxis aus rechtsdogmatischer und rechtsphilosophischer Perspektive. Der rechtsdogmatische Befund lautet, daß das Grundgesetz und insbesondere das Rechtsstaatsprinzip die Gerechtigkeit als rechtliches Argument nicht enthält. Rechtsphilosophisch stellt sich der Autor auf den (positivistischen) Standpunkt, daß das Recht die Gerechtigkeit als Argument auch nicht enthalten sollte. Insgesamt plädiert Carsten Bäcker dafür, das Hüten des Grundgesetzes nicht zugunsten des Hüten der Gerechtigkeit zu vernachlässigen.

Ingold, Albert

Das Recht der Oppositionen

Verfassungsbegriff – Verfassungsdogmatik – Verfassungstheorie

Band 248
2015. XXIII, 738 Seiten.

ISBN 9783161536557
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161536687
eBook PDF 139,00 €

»Das Recht der Oppositionen« birgt ein mehrwertiges Spektrum: einerseits haben Oppositionen Rechte, andererseits sind Oppositionen ein Recht. Doch wie werden Rechte und Berechtigung von Oppositionen verfassungsrechtlich konfiguriert? Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen parlamentsrechtliche Oppositionseinschreibungen, exekutive Oppositionsstrukturen sowie gesellschaftliche Oppositionsfreiheiten. Das Panorama der Oppositionspotentiale wird konflikt- und kontingenzorientiert als Pluralität des Opponierens verstanden: verfassungsrechtsdogmatisch vor allem in Form eines oppositionsbezogenen Freiheitsstatus und der Entfaltung von Oppositionen. Daraus entwickelt Albert Ingold eine Konzeption von Oppositionen als prozeduralisierte und pluralisierte Elemente des Verfassungsrechts, die insbesondere deren Legitimationsbedeutung hervorhebt und in der Grundlegung einer Verfassungstheorie der Oppositionen mündet.

Bäcker, Matthias

Kriminalpräventionsrecht

Eine rechtsetzungsorientierte Studie zum Polizeirecht, zum Strafrecht und zum Strafverfahrensrecht

Band 247
2015. XXII, 595 Seiten.

ISBN 9783161537387
Leinen 124,00 €

ISBN 9783161537394
eBook PDF 124,00 €

Das Recht der polizeilichen Kriminalprävention befindet sich in einer Regelungskrise. Einerseits soll die Polizei immer weitergehende Präventionsbedürfnisse befriedigen: Sie soll komplexe kriminelle Strukturen des Terrorismus und der organisierten Kriminalität eindämmen. Zudem soll sie gesellschaftliche Funktionszusammenhänge wie den öffentlichen Raum mitgestalten, um Straftaten dort bereits im Keim zu ersticken. Hierzu soll sich die Polizei an Handlungskonzepten orientieren, welche über die herkömmlichen Muster hoheitlicher Sicherheitsgewähr erheblich hinausgehen. Andererseits ist bisher weitgehend ungeklärt, wie sich diese erweiterte Präventionstätigkeit wirksam regulieren lässt. Dieses konzeptionelle Defizit führt fast zwangsläufig zu mangelhaften Regelungen, die vielfach verfassungsrechtliche Anforderungen verfehlen. Matthias Bäcker arbeitet die erweiterten kriminalpräventiven Handlungskonzepte der Polizei heraus und untersucht, wie diese Handlungskonzepte rechtlich ermöglicht und zugleich so begrenzt werden können, dass die Grundrechte der Betroffenen gewahrt bleiben. Dazu zeigt er materiellrechtliche und verfahrensrechtliche Erweiterungsansätze im Strafrecht, im Polizeirecht und im Strafverfahrensrecht auf. In einer Gesamtschau ordnet er diese Erweiterungsansätze und Regime einander zu und stellt so die Grundlagen eines leistungsfähigen Kriminalpräventionsrechts bereit. Die Arbeit wurde mit dem Preis der Deutschen Hochschule der Polizei 2016 ausgezeichnet.

Klement, Jan Henrik

Wettbewerbsfreiheit

Bausteine einer europäischen Grundrechtstheorie

Band 246
2015. XXIX, 645 Seiten.

ISBN 9783161528767
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161537608
eBook PDF 119,00 €

Die europäische Wettbewerbsgemeinschaft ist in Bewegung geraten. Unter dem Panier des »More Economic Approach« und des Regulierungsrechts wird nicht mehr der unsichtbaren Hand vertraut, sondern mit sichtbarer Hand regiert. Der Wettbewerb, früher Inbegriff einer herrschaftsfreien Ordnung, wird als Mittel zur Herstellung von Gemeinwohl thematisiert. Taugt der Schutz des freien und unverfälschten Wettbewerbs noch als positives Ziel und normativer Fluchtpunkt des europäischen Wirtschaftsrechts? Oder sind die Europäische Union und ihr Wettbewerbsrecht von den Grundrechten her neu zu denken? Gibt es gar ein eigenes Grundrecht auf Wettbewerbsfreiheit? Jan Henrik Klement wendet sich dagegen, Freiheit und Ordnung in einem institutionellen Freiheitsbegriff zu amalgamieren und das europäische Recht zu vergrundrechtlichen. Am Beispiel des Kartellrechts zeigt er aber auch, dass die Grundrechte nicht bloß »systemfremde« Zutaten des Wettbewerbsrechts sind. Seine auf einem individuellen Freiheitsverständnis beruhende Grundrechtstheorie versteht die Grundrechte vielmehr als eigenständige Faktoren im Entdeckungsverfahren der Rechtszeugung, das zwischen den Zielen der Freiheit, Gerechtigkeit und Nützlichkeit vermittelt.

Spilker, Bettina

Behördliche Amtsermittlung

Band 245
2015. XX, 460 Seiten.

ISBN 9783161538674
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161538681
eBook PDF 129,00 €

Das Rechtsstaatsprinzip fordert von staatlichen Organen, ein Verfahren zu garantieren, in welchem Gesetze gleichmäßig, gerecht und verhältnismäßig angewendet werden. Dies kann nach einhelliger Auffassung nur durch die vollständige Ermittlung des entscheidungserheblichen Sachverhalts von Amts wegen – als Voraussetzung für jede Verwaltungsmaßnahme – erreicht werden. Bettina Spilker widmet sich in diesem Zusammenhang zum einen dem Spannungsfeld zwischen der behördlichen Pflicht zur Aufklärung der materiellen Wahrheit und den damit kollidierenden Verfahrensgarantien des Beteiligten, weil letztere keine Wahrheitsermittlung *„um jeden Preis“* zulassen. Dabei zeigt sie entsprechend Grenzen der Amtsermittlung auf. Zum anderen geht es um das Spannungsfeld zwischen der Amtsermittlungspflicht einerseits und den Mitwirkungspflichten der Beteiligten bei der Sachverhaltsermittlung andererseits. Die Autorin analysiert verschiedene Kategorien von Mitwirkungspflichten im öffentlichen Recht auf ihre Vereinbarkeit mit dem Amtsermittlungsgrundsatz und im Hinblick auf behördliche Grenzen für die Inpflichtnahme eines Beteiligten.



Towfigh, Emanuel V.

Das Parteien-Paradox

Ein Beitrag zur Bestimmung des Verhältnisses von Demokratie und Parteien

Band 244
2015. XV, 286 Seiten.

ISBN 9783161536977
Leinen 89,00 €

ISBN 9783161536984
eBook PDF 89,00 €

Demokratien weisen überall in der Welt Krisensymptome auf: Wahlbeteiligung, Akzeptanz politischer Entscheidungen und Vertrauen in die politischen Institutionen sinken stetig. Doch der Verdruss gilt nicht Demokratie und Politik, sondern Parteien und Politikern. Hier setzt Emanuel V. Towfigh an und geht der Frage nach, in welchem Verhältnis die grundgesetzliche Konzeption von Demokratie zu ihrer institutionellen Umsetzung steht. Zunächst rekonstruiert er das vorherrschende Leitbild der demokratischen Ordnung, demzufolge der politische Wettbewerb widerstreitende Interessen zu gemeinwohldienlichen Entscheidungen aggregiert. Aber auch negative Wirkungen der politischen Parteien lassen sich, gleichsam spiegelbildlich, auf das überkommene Leitbild zurückführen. Politische Parteien haben also eine paradoxe Wirkung: Demokratische Entscheidungen lassen sich heute nicht ohne sie legitimieren, aber sie bescheren gleichzeitig dramatische Legitimationsprobleme. Will man die negativen Wirkungen der Parteien reduzieren, bedarf es einer Neuausrichtung des Leitbildes von Demokratie, für die die Arbeit erste Fluchtpunkte formuliert.

Schubert, Mathias

Maritimes Infrastrukturrecht

Band 243
2015. XXIV, 409 Seiten.

ISBN 9783161535147
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161535796
eBook PDF 99,00 €

Mit dem Topos »Terranisierung des Meeres« wird unter anderem ein Phänomen bezeichnet, welches gegenwärtig im Gefolge der »Energiewende« einen neuen Höhepunkt erreicht hat: die Inanspruchnahme der Meere als Infrastrukturräum, mit der eine erhebliche Zunahme von Nutzungs- und Schutzkonflikten in einem zwar unbesiedelten, gleichwohl ökologisch hochsensiblen Gebiet einhergeht. Das zur Steuerung jener Konflikte berufene Recht vermag gegenwärtig seinen Auftrag nur unzureichend wahrzunehmen – es erweist sich als zersplittert, lückenhaft und zum Teil nicht hinreichend auf die spezifischen Gegebenheiten seines maritimen Anwendungsbereichs zugeschnitten. Mathias Schubert untersucht die vorhandenen Regelungsansätze im Völker-, Europa- und nationalen Recht und entwickelt auf der Basis einer Defizitanalyse Grundstrukturen eines konsistenten und leistungsfähigen nationalen Meeresinfrastrukturrechts.

Nolte, Jakob Julius

Die Eigenart des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes

Grund und Grenzen der Anwendung des Zivilprozessrechts im Verwaltungsprozess

Band 242
2015. XX, 678 Seiten.

ISBN 9783161528378
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161528385
eBook PDF 139,00 €

Bis heute gibt es keine vollständige Prozessordnung für den Verwaltungsprozess. Die VwGO verweist dort, wo sie keine eigenen Regelungen enthält, auf das Zivilprozessrecht. Die Übernahme des Zivilprozessrechts stößt aber an ihre Grenzen, wenn die Regelungen sich nicht mit den Funktionen des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens vertragen. Dies wird von den Gerichten von Fall zu Fall entschieden, ohne dass dabei eine klare Linie erkennbar wäre. Jakob Nolte widmet sich den rechtlichen Grundlagen und den Grenzen für die Übertragung des Zivilprozessrechts auf das verwaltungsgerichtliche Verfahren. Dabei geht es um eine dogmatisch einwandfreie Systematisierung der selektiven Übernahme des Zivilprozessrechts. Der Autor zieht eine klare Linie zwischen den Funktionen und den Grundsätzen des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens und der Lösung der Anwendungsprobleme im Einzelfall. Hierbei achtet er insbesondere auf eine klare Dogmatik bei der Anwendung des differenzierten Verweisungssystems der VwGO.

Kemmler, Iris

Geldschulden im Öffentlichen Recht

Entstehung, Erlöschen und Verzinsung von Zahlungsansprüchen im Abgabenrecht, Sozialrecht und Allgemeinen Verwaltungsrecht

Band 241
2015. XXXIII, 829 Seiten.

ISBN 9783161536540
Leinen 159,00 €

ISBN 9783161536755
eBook PDF 159,00 €

Seien es Steuerschulden, Sozialleistungsansprüche oder sonstige staatliche Zuwendungen: die Regeln zur Entstehung und Abwicklung öffentlich-rechtlicher Zahlungsansprüche sind im öffentlichen Recht nicht einheitlich normiert. Iris Kemmler untersucht diese Regeln für die Bereiche der Anspruchsentstehung, der Erfüllung, der Aufrechnung, des Verzichts, der Verjährung, der Verwirkung und der Verzinsung. Sie systematisiert die bestehende Rechtslage in der Abgabenordnung, den Büchern des SGB sowie im Verwaltungsverfahren und gewinnt aus deren gemeinsamen Regeln einen Allgemeinen Teil des öffentlich-rechtlichen Geldschuldrechts. Weitergehend zeigt Iris Kemmler die Divergenzen der schuldrechtlichen Regeln sowohl innerhalb der einzelnen Rechtsgebiete als auch rechtsgebietsübergreifend auf und weist auf die unterschiedliche Behandlung staatlicher Forderungen im Vergleich zu den Forderungen Privater gegen den Staat hin. Am Ende stehen sowohl aus rechtlichen als auch aus rechtspolitischen Gründen Wünsche zur Nachbesserung der bestehenden Regeln für die Abwicklung von Zahlungsansprüchen.



Wapler, Friederike

Kinderrechte und Kindeswohl

Eine Untersuchung zum Status des Kindes im Öffentlichen Recht

Band 240
2015. XXIV, 631 Seiten.

ISBN 9783161533754
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161533761
eBook PDF 129,00 €

Die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen enthält umfassende Menschenrechtsgarantien für Minderjährige und verlangt, bei Entscheidungen über Belange des Kindes dessen Wohl vorrangig zu berücksichtigen. Auch im Verfassungsrecht ist das Kind als Träger von Grund- und Menschenrechten anerkannt. Im Detail ist jedoch vieles unklar: Kann das Kind seine Rechte selbst wahrnehmen oder müssen Dritte dies zu seinen Gunsten tun? Erlangt es aus einem Recht eine autonome Entscheidungsmacht oder ist »ein Recht zu haben« für das Kind gleichbedeutend mit einem Anspruch auf Schutz und Hilfe durch andere?

Friederike Wapler geht diesen Fragen aus öffentlich-rechtlicher wie rechtsphilosophischer Perspektive nach. Im Mittelpunkt steht eine Theorie der dynamischen Entwicklung der kindlichen Selbstbestimmungsfähigkeit, die dem Kind einen Anspruch verleiht, an der Entscheidung über seine eigenen Angelegenheiten in jedem Lebensalter angemessen beteiligt und in seinen individuellen Belangen berücksichtigt zu werden.

Hornung, Gerrit

Grundrechtsinnovationen

Band 239
2015. XXVII, 674 Seiten.

ISBN 9783161532276
Leinen 149,00 €

ISBN 9783161534799
eBook PDF 149,00 €

Grundrechtstexte und ihre Auslegung weisen gegenüber sonstigen Rechtsnormen eine höhere Stabilität auf, unterliegen aber dennoch dem Wandel. Gerrit Hornung untersucht die Grundrechtsentwicklung unter einer innovationstheoretischen Perspektive. Er arbeitet den Begriff der Grundrechtsinnovation als signifikante Veränderung von Text oder Bedeutung einer Grundrechtsnorm heraus, die als umwälzende Basisinnovation oder inkrementelle Innovation auftritt. Die Abhandlung beschreibt Innovationsanlässe und -bedarf, Innovationsgegenstände, Innovatoren und Innovationsprozesse und macht so Erkenntnisse der wirtschafts-, sozial- und rechtswissenschaftlichen Innovationsforschung für das wissenschaftliche Verständnis und die normative Bewertung der Grundrechtsentwicklung fruchtbar. Auf dieser Basis werden Schlussfolgerungen für die Verfassungsdogmatik gezogen, die das Verhältnis der Grundrechte zueinander und zu »neuen« Grundrechten, die Innovationskompetenz zu deren Erschaffung und die Wirkungen im Mehrebenensystem betreffen. Schließlich ergeben sich auch verfassungspolitische Erkenntnisse über den Wert und die Grenzen eines aktuellen Grundrechtskatalogs.

Petersen, Niels

Verhältnismäßigkeit als Rationalitätskontrolle

Eine rechtsempirische Studie verfassungsgerichtlicher Rechtsprechung zu den Freiheitsgrundrechten

Band 238
2015. XIV, 334 Seiten.

ISBN 9783161535642
eBook PDF 99,00 €

Verfassungsgerichtsbarkeit befindet sich auf der Schnittstelle zwischen Recht und Politik. Vielen Verfassungsgerichten wird der Vorwurf gemacht, politischen Aktivismus zu betreiben. Als eines der Hauptinstrumente eines solchen verfassungsgerichtlichen Aktivismus wird – zumindest in der deutschen Diskussion – die Abwägung im Rahmen der Verhältnismäßigkeit ausgemacht. Diese sei juristisch nicht rationalisierbar und eröffne Verfassungsrichtern daher politische Handlungsspielräume. Niels Petersen spürt dieser These nach. Zu diesem Zweck unterzieht er die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, des südafrikanischen Verfassungsgerichts und des kanadischen Supreme Court einer empirischen Untersuchung. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die untersuchten Gerichte neben dogmatischen auch institutionellen Schranken unterliegen und sich daher bei der Abwägung eher zurückhalten. Verhältnismäßigkeit wird vielmehr als Instrument zur Rationalitätskontrolle des Gesetzgebers verstanden.

Nowrot, Karsten

Das Republikprinzip in der Rechtsordnungsgemeinschaft

Methodische Annäherungen an die Normalität eines Verfassungsprinzips

Band 237
2014. XIX, 847 Seiten.

ISBN 9783161531149
Leinen 159,00 €

ISBN 9783161534416
eBook PDF 159,00 €

Das Republikprinzip wird in der Rechtswissenschaft regelmäßig als eine besonders prekäre und vor diesem Hintergrund in einem negativen Sinne singuläre Bestimmung des Verfassungsrechts angesehen. Demgegenüber basiert die vorliegende Untersuchung auf der Annahme, dass gerade die entgegengesetzte Wahrnehmung der Republik als ein normales Verfassungsprinzip eine geeignete Ausgangsperspektive darstellt, um diese verfassungsgestaltende Grundentscheidung in rechtswissenschaftlich anschlussfähiger Weise inhaltlich konkretisieren und normstrukturell erfassen zu können. Die Normalität des Republikprinzips als Arbeitshypothese ermöglicht eine Rückführung der Republik und der rechtswissenschaftlichen Auseinandersetzung mit ihr in die allgemeinen Diskurse über die juristische Erschließung von Verfassungsprinzipien. Auf diese Weise lässt sich überdies das Potential des Republikprinzips als Ordnungsidee für die sich herausbildende Rechtsordnungsgemeinschaft des innerstaatlichen, supranationalen und internationalen Rechts verdeutlichen.



Schladebach, Marcus

Lufthoheit

Kontinuität und Wandel

Band 236
2014. XXIX, 531 Seiten.

ISBN 9783161534423
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161534430
eBook PDF 114,00 €

Die Lufthoheit des Staates bildet das Grundprinzip des internationalen Luftrechts. Sie hat sich völkergewohnheitsrechtlich entwickelt und im Chicagoer Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt von 1944 eine multilaterale Kodifizierung erfahren. Während die jedem Staat in seinem Luftraum zustehende Lufthoheit in diesem Abkommen als 'voll und ausschließlich' bezeichnet wird, sind immer mehr völker- und europarechtliche Tendenzen zu beobachten, die einen Wandel der Lufthoheit bewirken. Marcus Schladebach untersucht erstmals umfassend den gegenwärtigen Gehalt des Lufthoheitsprinzips, identifiziert neuere Regelungen zur Einschränkung und Ausdehnung der Lufthoheit und systematisiert die offengelegten Wandlungstendenzen. Im Ergebnis stellt er einen erheblichen Bedeutungsverlust fest und plädiert daher für eine Neubestimmung dieses luftrechtlichen Grundprinzips.

Proelß, Alexander

Bundesverfassungsgericht und überstaatliche Gerichtsbarkeit

Prozedurale und prozessuale Mechanismen zur Vermeidung und Lösung von Jurisdiktionskonflikten

Band 235
2014. XVII, 342 Seiten.

ISBN 9783161532795
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161532801
eBook PDF 99,00 €

Alexander Proelß widmet sich der Vermeidung und Lösung von Rechtsprechungskonflikten zwischen dem Bundesverfassungsgericht einerseits und der überstaatlichen Gerichtsbarkeit, insbesondere dem Gerichtshof der Europäischen Union, dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und dem Internationalen Gerichtshof andererseits. Diese Konflikte können sich aus der Überlagerung gerichtlicher Zuständigkeiten im Rahmen des bestehenden Mehr-Ebenen-Systems der friedlichen Streitbeilegung ergeben. Vom Standpunkt des positiven Rechts aus analysiert der Autor Anwendbarkeit, dogmatische Verortung, Reichweite und Konsequenzen von prozeduralen und prozessualen Mechanismen, die den verfassungsgerichtlichen Prüfungsmaßstab bzw. die entsprechende Kontrolldichte und damit letztlich die Kompetenzen des BVerfG determinieren.

Engels, Andreas

Die Verfassungsgarantie kommunaler Selbstverwaltung

Eine dogmatische Rekonstruktion

Band 234
2014. XXVIII, 682 Seiten.

ISBN 9783161533556
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161534171
eBook PDF 139,00 €

Die Aktualität der Herausforderungen kommunaler Selbstverwaltung steht in deutlichem Gegensatz zur dogmatischen Entfaltung des Art. 28 Abs. 2 GG. Andreas Engels hat daher das Anliegen, mit Hilfe einer dogmatischen Rekonstruktion eine belastbare Basis zur Bewältigung der Herausforderungen kommunaler Selbstverwaltung zu schaffen. Der entwickelte Neuansatz erhebt dabei erklärtermaßen nicht den Anspruch, alle Fragestellungen zu beantworten. Wohl aber sollen Unzulänglichkeiten beseitigt werden, die auf Schwächen der bisherigen dogmatischen Deutungsmuster zurückzuführen sind. Der Autor will zur Rationalisierung der Argumentationsprozesse und zu einer höheren Konsistenz der Bereichsdogmatik beitragen.

Müller, Thomas

Wettbewerb und Unionsverfassung

Begründung und Begrenzung des Wettbewerbsprinzips in der europäischen Verfassung

Band 233
2014. XXXI, 681 Seiten.

ISBN 9783161526831
Leinen 149,00 €

ISBN 9783161528507
eBook PDF 149,00 €

Thomas Müller geht eine der grundlegendsten europäischen Rechts- bzw. Verfassungsfragen an: Welche Rolle spielt der wirtschaftliche Wettbewerb im Unionsrecht? Diese Fragestellung ist angesichts der aktuellen sozialen und krisenpolitischen Herausforderungen in der Europäischen Union brisant. Auf Basis einer prinzipienorientierten Theorie und einer aktuellen Dogmatik der europäischen Wettbewerbsverfassung analysiert der Autor die EuGH-Rechtsprechung und Anwendungspraxis der Kommission. Er weist nach, dass beide in den Bereichen Daseinsvorsorge, Sozial- und Krisenpolitik die Ausnahmebestimmungen, mithin aber auch schon die Verbotstatbestände des europäischen Wettbewerbsrechts zu Knotenpunkten relativ offener Abwägung zwischen Wettbewerbs- und Solidaritätsprinzipien ausgebaut haben. Derartige Anpassungsprozesse des europäischen Wettbewerbsrechts werden eingehend analysiert und kritische dogmatische Problemstellungen gelöst.



Klatt, Matthias

Die praktische Konkordanz von Kompetenzen

Entwickelt anhand der Jurisdiktionskonflikte im europäischen Grundrechtsschutz

Band 232
2014. XXIII, 471 Seiten.

ISBN 9783161530173
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161530500
eBook PDF 114,00 €

Kompetenzkonflikte sind in Mehrebenensystemen allgegenwärtig, zumal in einer globalisierten Welt. Erstmals begreift Matthias Klatt Kompetenzen nicht als Regeln, sondern als Prinzipien. Anhand der Leitidee einer praktischen Konkordanz von Kompetenzen analysiert er die Jurisdiktionskonflikte im europäischen Grundrechtsschutz. Neben einer neuen Typologie dieser Konflikte wird eine Theorie formeller Prinzipien vorgelegt, die Ansätze in der von Alexy begründeten Prinzipientheorie weiterentwickelt. Mit ihrer Hilfe formuliert der Autor ein Abwägungsmodell der Kompetenz. Dieses verteidigt einen Mittelweg zwischen starren Hierarchien und Appellen an richterliche Zurückhaltung. Damit wird eine flexible Lösung präsentiert, die anders als bloß beschreibende Beobachtungen normative Leitlinien entwickelt. Gegen einen skeptischen Pluralismus wird ein kraftvolles Plädoyer für einen pluralistischen Konstitutionalismus entfaltet.

Herbst, Tobias

Gesetzgebungskompetenzen im Bundesstaat

Eine Rekonstruktion der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts

Band 231
2014. XVI, 412 Seiten.

ISBN 9783161519963
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161530258
eBook PDF 114,00 €

Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu den Gesetzgebungskompetenzen hat bis heute einen eher kasuistischen Charakter. Tobias Herbst unternimmt eine Rekonstruktion dieser Rechtsprechung und eine Systematisierung der Kompetenzabgrenzung: Im Zentrum der Betrachtung stehen dabei nicht die Einzelkompetenzen in ihrer Vielfalt, sondern die methodischen und dogmatischen Gemeinsamkeiten bei deren Abgrenzung im Konfliktfall. Das Spektrum der behandelten Fragen umfasst unter anderem den Stellenwert der historischen Methode bei der Auslegung von Kompetenznormen, die Kompetenzneutralität des materiellen Verfassungsrechts, die Berücksichtigung des Kontextes einer Regelung bei ihrer kompetentiellen Qualifikation, die Auflösung von Kompetenzkonkurrenzen, »ungeschriebene« Kompetenzen, materiellrechtliche Kompetenzausübungsschranken sowie den kompetenzbezogenen Einschätzungsspielraum des Gesetzgebers.

Bickenbach, Christian

Die Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers

Analyse einer Argumentationsfigur in der (Grundrechts-)Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts

Band 230
2014. XXII, 572 Seiten.

ISBN 9783161528262
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161528873
eBook PDF 129,00 €

Christian Bickenbach untersucht einen im Zentrum der Staatsordnung der Bundesrepublik Deutschland stehenden Kompetenzkonflikt zwischen dem Gesetzgeber und dem Bundesverfassungsgericht, der sich an der Kontrolle von Entscheidungen unter Unsicherheit und Prognosen entzündet. Er unternimmt es, die Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers auf ausgewählten Gebieten des Verfassungsrechts zu typologisieren und zu analysieren und macht einen Vorschlag für die Operationalisierung. Im Mittelpunkt stehen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Abwehr- und zur Schutzdimension der Grundrechte und ihre sachgeprägte hermeneutische Konkretisierung durch das Übermaß- und das Untermaßverbot. Die durch Art. 1 Abs. 3 GG garantierte Positivität der Grundrechte setzt dabei dem staatlichen Zugriff auf die Zukunft partiell mehr Schranken als die gegenwärtige Praxis des Bundesverfassungsgerichts vermuten lässt.

Thiele, Alexander

Finanzaufsicht

Der Staat und die Finanzmärkte

Band 229
2014. XVII, 620 Seiten.

ISBN 9783161529221
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161529238
eBook PDF 119,00 €

Die Finanzkrise und die spätestens seit 2010 einsetzende Eurokrise haben die Frage nach der Rolle des Staates in einer Marktwirtschaft im Allgemeinen und auf den Finanzmärkten im Besonderen wieder auf die Tagesordnung der gesellschaftlichen Diskussion gesetzt. Der »laissez-faire-Kapitalismus« der Finanzmärkte steht zunehmend in der Kritik, das richtige Maß staatlicher Intervention und deren Ausgestaltung im Einzelnen bleiben aber umstritten. Alexander Thiele untersucht in diesem Zusammenhang erstmals umfassend den grundgesetzlichen Rahmen für mögliche nationale Reformen der staatlichen Finanzaufsicht. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, dass der nationale Gesetzgeber insoweit nur wenigen konkreten verfassungsrechtlichen Vorgaben unterliegt. Dieser hat mithin einen weiten Spielraum für die Ausgestaltung »seiner« Aufsicht, der auch durch europäische und internationale Regelungen kaum begrenzt wird.



Saurer, Johannes

Der Einzelne im europäischen Verwaltungsrecht

Die institutionelle Ausdifferenzierung der Verwaltungsorganisation der Europäischen Union in individueller Perspektive

Band 228
2014. XXII, 550 Seiten.

ISBN 9783161519581
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161524790
eBook PDF 119,00 €

Mit den Normativitätsschüben der Verträge von Maastricht und Lissabon ist der Einzelne in den Mittelpunkt des europäischen Verwaltungsrechts gerückt. Ausgehend von dieser Beobachtung schlägt Johannes Saurer einen Perspektivenwechsel vor. Er kontrastiert den tradierten institutionell-organisationsbezogenen Zugriff auf die Verwaltungsarchitektur der Europäischen Union mit einer Betrachtung aus individueller Sicht. Dabei erschließt sich der Begriff des 'Einzelnen' als normative Konstruktion, die eine Vielzahl sozial und ökonomisch höchst unterschiedlicher Akteure zusammenführt: Privatpersonen, kleine und mittlere Unternehmen, transnationale Konzerne und verschiedene Interessengruppen. Weitere Schwerpunkte betreffen die ambivalente Zweckstruktur subjektiv-öffentlicher Rechte im Unionsrecht, Verfahren und Rechtsschutz in den komplexen Vollzugsstrukturen und das Prinzip der institutionellen Verantwortungsteilung, das Unionsgerichte und Unionsgesetzgeber gleichermaßen für die Individualrechtssicherung in die Pflicht nimmt.

Augsberg, Ino

Informationsverwaltungsrecht

Zur kognitiven Dimension der rechtlichen Steuerung von Verwaltungsentscheidungen

Band 227
2014. XI, 351 Seiten.

ISBN 9783161528101
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161528880
eBook PDF 99,00 €

»Informationsverwaltungsrecht« bezeichnet weder ein neues Teilgebiet des Besonderen Verwaltungsrechts noch eine spezifische Umakzentuierung des Allgemeinen Verwaltungsrechts. Angesprochen ist damit vielmehr das Verwaltungsrecht unter den Bedingungen der modernen, globalisierten Wissensgesellschaft. Das Informationsverwaltungsrecht ist in diesem Sinne ein Recht, das sich reflexiv auf die wechselweise Beeinflussung seiner normativen und seiner kognitiven Dimension einstellt und es unternimmt, diesen Vorgang aktiv zu gestalten: als die rechtliche Anleitung einer angemessenen Informationsverarbeitung der Administrative, die zugleich zur rechtsinternen Wissenskonstruktion beiträgt und damit als prozedurales Gesamtarrangement eine neue Form von Entscheidungsfindung qua Rechtsanwendung ermöglicht. Ino Augsberg skizziert die wesentlichen theoretischen und dogmatischen Konsequenzen, die aus dieser Ausgangslage folgen.

Fraenkel-Haeberle, Cristina

Die Universität im Mehrebenensystem

Modernisierungsansätze in Deutschland, Italien und Österreich

Band 226
2014. XIX, 455 Seiten.

ISBN 9783161525780
Leinen 109,00 €

ISBN 9783161526060
eBook PDF 109,00 €

Universitas semper reformanda est: Die Entwicklung einer Institution, welche die abendländische Kultur entscheidend mitgeprägt hat, wird anhand von drei europäischen Fallbeispielen (Deutschland, Österreich und Italien) dargelegt. Cristina Fraenkel-Haeberle untersucht dabei die sich abzeichnenden Internationalisierungsprozesse sowie die Mehrebenenstruktur des Hochschulwesens, das von der globalen Dimension bis hin zur Landes- bzw. Regionalebene reicht. Nach einer Schilderung der mittelalterlichen Entstehung der *universitas* als tradierte europäische Institution beleuchtet sie das immerwährende Spannungsverhältnis zwischen universitärer Selbstverwaltung und staatlicher Aufsicht rechtsvergleichend. Ebenfalls rechtsvergleichend analysiert sie die sich gegenwärtig abzeichnenden Entwicklungen unter dem Stichwort »Wettbewerbsgedanke im Hochschulwesen« im Verhältnis zur traditionellen »Ordinarienuniversität«.

Ismer, Roland

Klimaschutz als Rechtsproblem

Steuerung durch Preisinstrumente vor dem Hintergrund einer parallelen Evolution von Klimaschutzregimes verschiedener Staaten

Band 225
2014. XXX, 629 Seiten.

ISBN 9783161531668
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161531675
eBook PDF 139,00 €

Klimaschutz stellt eine der bedeutendsten globalen Herausforderungen dar. Gleichwohl konnte hier bisher keine umfassende globale Einigung erreicht werden. Vielmehr bildet sich derzeit auf supranationaler, nationaler und subnationaler Ebene eine Vielzahl von Instrumenten heraus, die durch finanzielle Signale Anreize zur Verminderung von Treibhausgasemissionen setzen sollen. Roland Ismer analysiert diese Instrumente aus juristischer Perspektive, wobei der Schwerpunkt auf rechtspolitischen Optimierungsmöglichkeiten liegt. Am Beispiel des Stromsektors untersucht er dazu zunächst den EU-Emissionshandel, die Stromsteuer sowie die Förderung von Erneuerbaren Energien und von Kraft-Wärme-Kopplung. Anschließend werden die Handlungsmöglichkeiten im internationalen Kontext dargestellt, die sich aus der parallelen Entwicklung der Klimaschutzregimes der verschiedenen Staaten ergeben.



Palm, Ulrich

Person im Ertragsteuerrecht

Band 224
2013. XXIV, 684 Seiten.

ISBN 9783161520372
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161523083
eBook PDF 139,00 €

Die juristische Person ist ein Rechtsbegriff, um den ein jahrhundertealter Theorienstreit geführt wird. Der Terminus rechtfertigt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts den Dualismus der Unternehmensbesteuerung, obwohl sein Inhalt bis heute nicht geklärt ist und mehr denn je in Frage steht. Ulrich Palm analysiert das Rechtssubjekt und dekonstruiert die juristische Person. Zugleich untersucht er die Stellung des Menschen als Person im Recht anhand der geistesgeschichtlichen Entwicklungslinien. Auf dieser Grundlage gibt er Antwort auf die Frage, wer als Subjekt im Sinne des verfassungsrechtlichen Leistungsfähigkeitsprinzips zu qualifizieren ist. Dabei arbeitet er auch die ertragsteuerrechtlichen Grundbegriffe des Unternehmens und der Einkunftsquelle auf. Seine kritische Abhandlung schließt mit dem Appell, das Recht vom Topos der juristischen Person zu befreien und den Dualismus der Unternehmensbesteuerung aufzugeben.

Germelmann, Claas Friedrich

Kultur und staatliches Handeln

Grundlagen eines öffentlichen Kulturrechts in Deutschland

Band 223
2013. XL, 834 Seiten.

ISBN 9783161524097
Leinen 154,00 €

ISBN 9783161524103
eBook PDF 154,00 €

Die Kultur genießt seit jeher ein hohes politisches Interesse; im Selbstverständnis des deutschen Staates spielt sie eine wichtige Rolle. Kulturelle Betätigung ist dabei in hohem Maße auf staatliche Unterstützung angewiesen. Da sich in ihr die Persönlichkeit des Kulturschaffenden verwirklicht, steht sie gleichzeitig in einem natürlichen Spannungsverhältnis zum staatlichen Einfluss. Claas Friedrich Germelmann untersucht und systematisiert die Rahmenbedingungen für zulässige und notwendige staatliche Maßnahmen im kulturellen Bereich. Dies betrifft die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Kulturrechts ebenso wie die zentralen verwaltungsrechtlichen Steuerungsmechanismen. Er liefert eine umfassende Untersuchung des öffentlichen Kulturrechts, das sich in den letzten Jahrzehnten erheblich gewandelt hat. Mehr noch als internationale und europarechtliche Vorgaben haben die verstärkten Aktivitäten des Bundes die föderale deutsche Kulturlandschaft nachhaltig verändert.

Hartmann, Bernd J.

Öffentliches Haftungsrecht

Ökonomisierung – Europäisierung – Dogmatisierung

Band 222
2013. XIX, 484 Seiten.

ISBN 9783161525254
Leinen 124,00 €

ISBN 9783161525261
eBook PDF 124,00 €

Das Staatshaftungsrecht, das besser Öffentliches Haftungsrecht hieße, ist ein verrufenes Rechtsgebiet, chaotisch und zersplittert, ein »Flickenteppich« und ein »Durcheinander« zugleich. Diese Abhandlung sinnt auf Abhilfe. Sie schlägt eine neue Dogmatik vor, die das Öffentliche Haftungsrecht zu systematisieren sucht und der ein ökonomisch informierter und unionsrechtlich inspirierter Einheitsanspruch zu Grunde liegt. Der Einheitsanspruch berücksichtigt die Konvergenzen, die im herkömmlichen Staatshaftungsrecht zu beobachten sind, und nimmt Vorwürfe der Sach- und Zeitwidrigkeit auf, die gegen das überkommene Staatshaftungsrecht erhoben werden. Die Schrift wurde in Münster mit dem Habilitationspreis der Juristischen Studiengesellschaft und dem Nachwuchsförderpreis der Universitätsgesellschaft ausgezeichnet.

Glaser, Andreas

Die Entwicklung des Europäischen Verwaltungsrechts aus der Perspektive der Handlungsformenlehre

Band 221
2013. XXXI, 700 Seiten.

ISBN 9783161522604
Leinen 149,00 €

ISBN 9783161524851
eBook PDF 149,00 €

In den Rechtsordnungen der EU-Mitgliedstaaten sind den Formen des Verwaltungshandelns bestimmte Rechtsfolgen in Bezug auf das Verwaltungsverfahren, die Wirksamkeit von Verwaltungshandlungen, die Auswirkungen von Rechtsverstößen und den Rechtsschutz zugeordnet. Ausgehend hiervon untersucht Andreas Glaser die Einwirkungen der als Unionsverwaltungsrecht bezeichneten Vorgaben des EU-Rechts auf die jeweilige Handlungsformenlehre des nationalen Rechts. Weitere Schwerpunkte der Analyse bilden die Handlungsformen der EU-Eigenverwaltung auf der Grundlage des Vertrages von Lissabon sowie das Zusammentreffen nationaler und unionaler Handlungsformen im Rahmen des Europäischen Verwaltungsverbundes. Anhand dieser Betrachtungen benennt der Autor übergreifend Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen den Rechtsordnungen. Abschließend zeigt er das rechtspolitische Entwicklungspotenzial auf.

Lenski, Sophie-Charlotte

Öffentliches Kulturrecht

Materielle und immaterielle Kulturwerke zwischen Schutz, Förderung und Wertschöpfung



Band 220
2013. XXVII, 548 Seiten.

ISBN 9783161520440
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161523076
eBook PDF 114,00 €

Wie verhält sich der tatsächliche Befund eines maßgeblich von öffentlichen oder jedenfalls öffentlich geförderten Kultureinrichtungen geprägten kulturellen Lebens zu dem künstlerischen und kulturellen Freiheitsparadigma, das dem Grundgesetz zugrunde liegt? Sophie-Charlotte Lenski rekonstruiert vor dem Hintergrund dieser Frage ein einheitliches Recht der Kulturverwaltung, in dessen Mittelpunkt die Zeichenfunktion von Kulturwerken als zentrales Unterscheidungsmerkmal steht. Den politischen wie rechtlichen Widerstreit zwischen der Bewahrung von Vorhandenem und der Schöpfung von Neuem, zwischen Schutz und Förderung von Kultur, löst sie dabei über das verbindende Element der geistigen Wertschöpfung und legt so den Blick frei auf den Konflikt zwischen gesellschaftlicher Funktionalisierung der Kultur und kultureller Freiheitsentfaltung des Einzelnen.

Fetzer, Thomas

Staat und Wettbewerb in dynamischen Märkten

Eine juristisch-ökonomische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der sektorspezifischen Telekommunikationsregulierung in Deutschland und den USA

Band 219
2013. XX, 465 Seiten.

ISBN 9783161503764
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161523502
eBook PDF 119,00 €

Das Verhältnis von Staat und Wettbewerb zählt zu den fundamentalen Spannungsfeldern moderner Staatlichkeit. Im Vordergrund steht dabei heute die Frage, unter welchen Voraussetzungen und wie intensiv der Staat regulierend in grundsätzlich wettbewerblich organisierte Märkte eingreifen soll und darf. Die Finanzmarktkrise hat dieser Fragestellung Aktualität von beispiellosem Ausmaß verschafft. Thomas Fetzer leistet einen interdisziplinären und rechtsvergleichenden Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion über das Verhältnis von Staat und Wettbewerb am Beispiel der sektorspezifischen Regulierung von ehemals monopolistischen Märkten in Europa und den USA, wobei Referenzgebiet der Telekommunikationssektor ist. Die hierbei gefundenen Ergebnisse bieten die Grundlage für die Formulierung eines allgemeinen Konzepts für das Verhältnis von Staat und Wettbewerb in dynamischen Märkten, d.h. Märkten mit einem ausgeprägten insbesondere technischen Innovationspotenzial.

Drüen, Klaus-Dieter

Die Indienstnahme Privater für den Vollzug von Steuergesetzen

Die gesetzliche Indienstnahme Privater hat Tradition. Im Jahre 1950 hat *Hans Peter Ipsen* diese Rechtsfigur entdeckt und das Bundesverfassungsgericht hat sie bald rezipiert. Sie ist auch in der Staatsrechtslehre auf fruchtbaren Boden gefallen, aber kaum vertieft beleuchtet worden. Bislang zu wenig hinterfragte Rechtfertigungsschleifen begreift der Gesetzgeber augenscheinlich als Einladung, Bürgern und Wirtschaft neue Pflichten im öffentlichen Interesse oder zur Entlastung des Staates aufzuerlegen, obwohl die Politik sich den Bürokratieabbau auf die Fahnen geschrieben hat. Ausgehend vom Referenzgebiet der Indienstnahme Privater für den Steuervollzug, das *Ipsen* historisch mit dem Lohnsteuerabzug durch den Arbeitgeber vor Augen stand, zeigt Klaus-Dieter Drüen verfassungsrechtliche Strukturen und Typen dieser Rechtsfigur auf. Der Autor liefert einen Baustein zum vielschichtigen Indienstnahmerecht, um das derzeit wissenschaftlich intensiv gerungen wird.

Band 218
2012. XX, 450 Seiten.

ISBN 9783161503405
Leinen 109,00 €

ISBN 9783161524202
eBook PDF 109,00 €

Kielmansegg, Sebastian Graf von

Grundrechte im Näheverhältnis

Eine Untersuchung zur Dogmatik des Sonderstatusverhältnisses

Band 217
2012. XXIX, 606 Seiten.

ISBN 9783161522475
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161523069
eBook PDF 139,00 €

Näheverhältnisse zwischen Staat und Bürger bereiten der Grundrechtslehre seit jeher Schwierigkeiten. Als 'besondere Gewaltverhältnisse' standen sie traditionell im Kontrast zur rechtsstaatlichen Normalität des Staat-Bürger-Verhältnisses. Die Überwindung dieser Figur hat diesen Sonderstatus, so scheint es, weitgehend eingegeben. In Wirklichkeit jedoch sind die Probleme damit eher verschleiert als gelöst. Noch immer gilt, dass die Eingliederung des Bürgers als Amtsträger oder Anstaltsnutzer mit Strukturmerkmalen einhergeht, auf die die Schablonen der allgemeinen Grundrechtsdogmatik nicht zugeschnitten sind. Noch immer gilt, dass die rechtsstaatliche Ausbalancierung individueller Freiheit und funktionaler Einbindung hier andere Schwierigkeiten aufwirft als im gewohnten Distanzverhältnis. Auf der Grundlage rechtshistorischer und rechtsvergleichender Untersuchungen unternimmt es der Autor, diese Anomalien systematisch zu erfassen und zu einem Gesamtbild der Grundrechtsdogmatik im Näheverhältnis zusammenzuführen. Diese Arbeit wurde mit dem Preis 'Sprache und Wissenschaft' der Universität Mannheim ausgezeichnet.

Schiedermaier, Stephanie

Der Schutz des Privaten als internationales Grundrecht

Band 216
2012. XIII, 460 Seiten.

ISBN 9783161519369
Leinen 104,00 €

ISBN 9783161521645
eBook PDF 104,00 €

Der Schutz des Privaten als internationales Grundrecht bietet einen umfassenden Überblick über die internationalen Regelungen und die internationale Rechtsprechung zum Thema *Privacy*. Im Gegensatz zum deutschen Verfassungsrecht formuliert das Völkerrecht den Schutz des Privaten als einheitliches Grundrecht. Die Auslegung dieses Grundrechts durch den Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen thematisiert insbesondere den Schutz der Familie, etwa bei drohender Abschiebung eines Familienmitglieds, den Schutz der räumlichen Privatsphäre vor unbefugtem Eindringen, die Vertraulichkeit der Korrespondenz sowie private Handlungen, etwa homosexuelle Kontakte. Dieselben Grundthemen spiegeln sich in der Rechtsprechung des EGMR und des EuGH zum Schutz des Privaten wider. Stephanie Schiedermairs Analyse stellt damit auch die grundrechtliche Basis für zukünftige völkerrechtliche Verträge zum Schutz des Privaten vor.

Hanschel, Dirk

Konfliktlösung im Bundesstaat

Die Lösung föderaler Kompetenz-, Finanz- und Territorialkonflikte in Deutschland, den USA und der Schweiz

Band 215
2012. XXIII, 723 Seiten.

ISBN 9783161507588
Leinen 149,00 €

ISBN 9783161521935
eBook PDF 149,00 €

Wie löst der deutsche Bundesstaat im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und der Schweiz seine systemimmanenten Konflikte? Dirk Hanschel konzentriert sich auf die Lösung von Konflikten der Kompetenzverteilung (Kompetenzkonflikte), der Verteilung der Finanzhoheit (Finanzkonflikte) und der Verteilung der Gebietshoheit (Territorialkonflikte) und folgt damit der Logik der jüngeren Reformansätze. Neben der Konfliktlösung durch allgemeine Grundsätze sowie durch die Verteilung verfassungsrechtlicher Kompetenzen und Hoheitsrechte analysiert er Mechanismen verfassungsgerichtlicher Streitbeilegung sowie institutionalisierter Beteiligung und Kooperation, autoritative Instrumente des Befehls und Zwangs, aber auch rein informelle Konfliktlösungen durch Verhandlung. Aus dem Staatenvergleich zieht der Autor Schlussfolgerungen im Hinblick auf die bestehenden Mechanismen der Konfliktlösung im deutschen Bundesstaat und entwickelt eigene Reformvorschläge im Lichte aktueller Herausforderungen.

Jungheim, Stephanie

Medienordnung und Wettbewerbsrecht im Zeitalter der Digitalisierung und Globalisierung

Die Medienlandschaft verändert sich derzeit schneller als je zuvor. Die faktischen Änderungen der Medienwelt, zu der auch Änderungen der Mediennutzung gehören, werfen die Frage auf, wie unter Zugrundelegung des verfassungsrechtlichen Vielfaltsgebots künftig eine deutsche Medienordnung ausgestaltet werden kann, die sich in die Vorgaben des europäischen und internationalen Rechts einfügt. In Abkehr von dem bisherigen Ansatz des Bundesverfassungsgerichts, den Rundfunk separiert als eigenständigen Mikrokosmos zu betrachten, in dem eine gleichgewichtige Vielfalt zu gewährleisten ist, wird das Vielfaltsgebot als Rechtsprinzip interpretiert, welches auf die Vielfalt im gesamten Mediensystem abstellt. Dadurch rückt die Verhinderung vorherrschender Meinungsmacht in den Mittelpunkt und ist der Leitfaden für den Entwurf des künftigen Nebeneinanders von Medienkonzentrationsrecht, Kartellrecht und Telekommunikationsrecht.

Band 214
2012. XXI, 761 Seiten.

ISBN 9783161509285
Leinen 159,00 €

ISBN 9783161520174
eBook PDF 159,00 €

Krausnick, Daniel

Staat und Hochschule im Gewährleistungsstaat

Das Leitbild der Staatsverwaltung hat sich vom Leistungs- zum Gewährleistungsstaat gewandelt. Die Politik setzt dies um, indem sie den Staat durch Privatisierung und Ökonomisierung entlastet, zugleich aber gesellschaftliche Verantwortung stärkt. Diese Entwicklung hat fundamentale Auswirkungen auf die Beziehung des Staates zu den Hochschulen: Die neueren Landeshochschulgesetze schaffen Hochschulräte als Vermittlungsinstanz zwischen Staat, Hochschule und Gesellschaft, verschieben die hochschulinterne Machtbalance zugunsten der Leistungsebene, ersetzen ministeriale Weisungen durch Zielvereinbarungen und sehen z. T. sogar neue Rechtsformen vor. Daniel Krausnick zeigt auf, welche Grenzen die Wissenschaftsfreiheit, das Demokratieprinzip und insbesondere die landesverfassungsrechtlichen Garantien der Hochschulselbstverwaltung solchen Veränderungen von Hochschulpolitik und Hochschulrecht ziehen.

Band 213
2012. XX, 548 Seiten.

ISBN 9783161507380
Leinen 124,00 €

ISBN 9783161519413
eBook PDF 124,00 €

Dann, Philipp

Entwicklungsverwaltungsrecht

Theorie und Dogmatik des Rechts der Entwicklungszusammenarbeit, untersucht am Beispiel der Weltbank, der EU und der Bundesrepublik Deutschland



Band 212
2012. XIX, 450 Seiten.

ISBN 9783161507175
Leinen 104,00 €

ISBN 9783161519406
eBook PDF 104,00 €

Die Entwicklungszusammenarbeit ist ein wesentliches Instrument zum Abbau globaler Ungleichheiten, das seit Jahrzehnten von großen Verwaltungsbehörden betrieben und von Politik- wie Wirtschaftswissenschaften untersucht wird. Allein die Rechtswissenschaft hat diese Thematik bislang weitgehend vernachlässigt. Um diese Lücke zu schließen, konturiert Philipp Dann zunächst das Gebiet eines Entwicklungsverwaltungsrechts, analysiert anschließend seine Genese und formuliert wesentliche Prinzipien. Vor diesem Hintergrund untersucht er sodann vergleichend das einschlägige Recht zentraler Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, nämlich der Weltbank, der EU und Deutschlands. Im Kontext der Diskussion um Global Governance und internationales Verwaltungsrecht werden so die Konturen eines neuen Rechtsgebiets erkennbar und eine Vielzahl neuer Forschungsfragen aufgeworfen.

Breuer, Marten

Staatshaftung für judikatives Unrecht

Eine Untersuchung zum deutschen Recht, zum Europa- und Völkerrecht

Band 211
2011. XXVIII, 726 Seiten.

ISBN 9783161505355
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161517624
eBook PDF 139,00 €

Die Frage nach der Staatshaftung für judikatives Unrecht betrifft eine besonders komplexe Thematik. Einerseits besteht offenkundig die Gefahr, durch Zulassung der Haftung des Staates (nicht des Richters als Individuum) für behauptete richterliche Fehlentscheidungen den regulären Instanzenzug zu unterlaufen und einen *"regressus ad infinitum"* zu eröffnen. Andererseits sehen sowohl die deutsche als auch die meisten europäischen Rechtsordnungen in gewissen Fallkonstellationen eine Haftung für judikatives Unrecht vor. Erforderlich ist daher ein dogmatisches Modell, das Grund und Grenzen der Staatshaftung für judikatives Unrecht zu bestimmen vermag. Marten Breuer entwirft dieses Modell zunächst für die deutsche Rechtsordnung und untersucht anschließend dessen Übertragbarkeit auf das Europa- und Völkerrecht. Hierdurch erfährt die Thematik erstmals eine rechtsordnungsübergreifenden Analyse.

Dietz, Andreas

Das Primat der Politik in kaiserlicher Armee, Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr

Rechtliche Sicherungen der Entscheidungsgewalt über Krieg und Frieden zwischen Politik und Militär

Band 210
2011. XXVII, 780 Seiten.

ISBN 9783161508653
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161518546
eBook PDF 139,00 €

Nach Clausewitz ist das Militär nur ein Mittel der Politik. Die Stellung der Streitkräfte im Staat folgt daher dem Primat der Politik, in dem die zivile Führung die Entscheidungsgewalt über Krieg und Frieden hat. Dies zu sichern, ist Aufgabe einer Verfassung mittels Subordination des Militärs unter die zivile Exekutive, beider Legitimation durch das Parlament und seiner Integration in die Wertegemeinschaft. Defizite des Primats haben fatale Folgen, wie die Kriege Deutschlands bis heute zeigen. Andreas Dietz entwickelt die rechtlichen Vorgaben des Primats und misst an ihnen die Verfassungslage im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, im »Dritten Reich«, in der Bundesrepublik und in der DDR. An den Auslandseinsätzen der Bundeswehr zeigt er aktuelle Defizite des Primats auf und fordert u. a. eine nationale Sicherheitsstrategie als Grundlage der Bundeswehrreform und künftiger Einsatzentscheidungen.

Windoffer, Alexander

Verfahren der Folgenabschätzung als Instrument zur rechtlichen Sicherung von Nachhaltigkeit

Trotz langjähriger Debatte um das Nachhaltigkeitskonzept erlangt dieses klarer Konturen; gleichermaßen bleiben Verfahren der Folgenabschätzung als Implementationsinstrument unterbelichtet. Vor diesem Hintergrund arbeitet Alexander Windoffer die Wesensmerkmale nachhaltiger Entwicklung heraus. Er fundiert diese Merkmale sowie die Verpflichtung der Staatsgewalten zur Folgenabschätzung im Unions- und Verfassungsrecht. Anschließend analysiert er den bestehenden gesetzlichen Rahmen einer Vielzahl nachhaltigkeitsrelevanter Folgenabschätzungsverfahren im Bereich von Rechtsetzung und Verwaltung. Ausgehend von verfassungsrechtlichen und verwaltungswissenschaftlichen Determinanten zeigt er weiteren Regelungsbedarf auf und erarbeitet Vorschläge zur Überführung abstraktionsfähiger Regelungselemente in eine allgemeine Verfahrensordnung für nachhaltigkeitsorientierte Folgenabschätzungen der Legislative und Exekutive.

Meyer, Stephan

Juristische Geltung als Verbindlichkeit

Band 209
2011. XXI, 739 Seiten.

ISBN 9783161508455
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161517617
eBook PDF 139,00 €



Band 208
2011. XV, 380 Seiten.

ISBN 9783161507311
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161512896
eBook PDF 99,00 €

»Juristische Geltung« bedeutet die Beachtlichkeit einer Norm für die Adressaten. Erzeugt werde sie durch »ordnungsgemäße Setzung«. Die geltende Norm sei »rechtssystemintern« verbindlich. Ihre objektive Verpflichtungskraft sei eine außerjuristische Frage. Stephan Meyer zeigt, dass das Geltungsprädikat so nur unzureichend verstanden wäre. Die Erfüllung seiner pragmatischen Funktion verlangt nach echter Verbindlichkeit. Die angloamerikanische Gegenwartsphilosophie wird nach Verbindlichkeitsbegründungen befragt, ihre analytische Tiefe der Rechtswissenschaft im deutschen Sprachraum systematisch verfügbar gemacht. Auch widmet der Verfasser sich der Grundnormlehre und ersetzt *Kelsens* erkenntnispragmatische Geltungsvoraussetzung der Wirksamkeit durch die der Aktualität des Erteiltseins von Rechtsbefehlen. Die Frage, ob das Recht aktuelle Befehle zu erteilen vermag, wird am Ende an die Philosophie des Geistes gerichtet.

Bast, Jürgen

Aufenthaltsrecht und Migrationssteuerung

Band 207
2011. XIV, 340 Seiten.

ISBN 9783161507267
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161512889
eBook PDF 99,00 €

Jürgen Bast schlägt vor, das überkommene Ausländer- und Asylrecht als ein modernes, sozialgestaltendes Migrationsrecht zu verstehen, dessen Zentrum die ordnungsrechtliche Steuerung der Zuwanderung bildet: das Aufenthaltsrecht. Seine Analyse nutzt rechtsgeschichtliche, politikwissenschaftliche und soziologische Erkenntnisse, um fünf konkurrierende Perspektiven auf das Migrationsgeschehen zu identifizieren, die im Recht aufeinandertreffen. Auf dieser Grundlage entfaltet er die völker- und verfassungsrechtliche Rahmenordnung für deutsche und europäische Gesetzgebung und zeigt Ordnungsmuster der verwaltungsrechtlichen Steuerung der Arbeits-, Familien- und Fluchtmigration auf. Als Entscheidung von großer Tragweite erweist sich, dass das geltende Aufenthaltsgesetz allen Zuwanderern Passagen zur Einwanderung eröffnet, indem es ein Daueraufenthaltsrecht in Aussicht stellt.

Desens, Marc

Bindung der Finanzverwaltung an die Rechtsprechung

Bedingungen und Grenzen für Nichtanwendungserlasse

Band 206
2011. XXVI, 563 Seiten.

ISBN 9783161505607
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161512872
eBook PDF 129,00 €

Mit Nichtanwendungserlassen verfügt die Finanzverwaltung, BFH-Urteile nicht über den Einzelfall hinaus anzuwenden. Das löst nicht nur bei Betroffenen Unverständnis und Ärger aus, sondern bietet einem grundlegenden Problem der Rechtswissenschaft ein praktisches Anwendungsfeld: Es geht um die Wirkung richterlicher Präjudizien in unserer Rechtsordnung im Verhältnis zwischen Staat und Bürger sowie zwischen vollziehender Gewalt und Rechtsprechung, die zwar gleichermaßen an »Gesetz und Recht« (Art. 20 Abs. 3 GG) gebunden sind, aber dennoch vom Grundgesetz unterschiedliche Funktionen zugewiesen bekommen. Marc Desens analysiert dieses Phänomen, zeigt methodische, einfachrechtliche und verfassungsrechtliche Bedingungen und Grenzen auf, arbeitet Pflichten für die Herausgabe und Zugrundelegung von Nichtanwendungserlassen heraus und geht Möglichkeiten eines Primär- und Sekundärrechtsschutzes nach.

Thiel, Markus

Die »Entgrenzung« der Gefahrenabwehr

Grundfragen von Freiheit und Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung

Band 205
2011. XIV, 568 Seiten.

ISBN 9783161505768
Leinen 124,00 €

ISBN 9783161512865
eBook PDF 124,00 €

Das Recht der inneren und äußeren Sicherheit scheint an Kontur zu verlieren. In verschiedenen Bereichen ist eine »Entgrenzung« der Tätigkeit der Polizei- und Verfassungsschutzbehörden und der Streitkräfte festzustellen: Eingriffsbefugnisse werden zeitlich in das Gefahrenvorfeld verlagert, die Tätigkeitsbereiche der Behörden überschneiden sich zunehmend, neuartige, auch internationale Kooperationsformen und ein umfassender Informationsaustausch werden genutzt, um die Aufgaben der Sicherheitsgewährleistung zu erfüllen. Markus Thiel untersucht, ob der vor allem infolge der Bedrohungen durch internationalen Terrorismus und organisierte Kriminalität stattfindende Wandel der Sicherheitsarchitektur verfassungsrechtlichen Bedenken begegnet. Dazu beleuchtet der Autor insbesondere die grundrechtlichen und staatsorganisationsrechtlichen Direktiven, die der neueren Judikatur des Bundesverfassungsgerichts zu entnehmen sind.

Brosius-Gersdorf, Frauke

Demografischer Wandel und Familienförderung

Band 204
2011. XXIX, 806 Seiten.

ISBN 9783161503917
Leinen 149,00 €

ISBN 9783161512858
eBook PDF 149,00 €

Der demografische Wandel in Deutschland hat erhebliche Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft. Er stellt u.a. die Finanzierbarkeit der Sozialversicherungssysteme in Frage und schwächt die Volkswirtschaft. Vor diesem Hintergrund befasst sich Frauke Brosius-Gersdorf mit der Frage, ob der Staat durch Familienförderung gezielte Anreize für eine Erhöhung der Geburtenrate setzen darf und welche Steuerungsziele und -instrumente hierbei zum Einsatz kommen müssen. Dabei greift die Autorin über rechtswissenschaftliche Fragestellungen hinaus und zeigt unter Verwertung ökonomischer, sozial-, bevölkerungs-, und verwaltungswissenschaftlicher Erkenntnisse, dass nur eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik, in deren Mittelpunkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer steht, wirksame Impulse für die Geburt von mehr Kindern setzen kann. Auf der Grundlage ihrer Untersuchung entwickelt sie Reformvorschläge für ein neues System der Familienförderung und legt damit Grundlagen für ein öffentliches Familienrecht.



Aulehner, Josef

Grundrechte und Gesetzgebung

Band 203
2011. XXVI, 523 Seiten.

ISBN 9783161494239
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161512841
eBook PDF 119,00 €

Die Grundrechte sichern in einer kommunikativ konstituierten Welt den Zugang des Einzelnen zu Recht und Politik als Teilsystemen. Die Paradoxie der wechselseitigen Verweise zwischen Recht und Politik spiegelt sich dabei im Verhältnis zwischen Grundrechten und Gesetzgebung wider. Josef Aulehner definiert das bislang im Zentrum der Betrachtungen stehende eindimensionale und bipolare Verhältnis zwischen dem Staat und einem Grundrechtsträger als (zu) stark vereinfachten Ausnahmefall und verweist es an den Rand der Betrachtungen. Im Zentrum seiner Untersuchung steht stattdessen das mehrdimensionale und multipolare Verhältnis aller Beteiligten in einer bestimmten Situation mit deren jeweils tangierten Grundrechten und Verfassungspositionen. Für das Verhältnis von Grundrechten und Gesetzgebung erweist sich dabei die Offenhaltung der Zukunft als entscheidend.

Lewinski, Kai von

Öffentlichrechtliche Insolvenz und Staatsbankrott

Rechtliche Bewältigung finanzieller Krisen der öffentlichen Hand

Band 202
2011. XLIII, 611 Seiten.

ISBN 9783161507007
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161512834
eBook PDF 139,00 €

Die Insolvenz der öffentlichen Hand ist inzwischen wieder eine reale Möglichkeit. Denn die finanziellen Mittel juristischer Personen des öffentlichen Rechts wie auch die des Staates selbst sind begrenzt. Kai von Lewinski beschreibt die rechtlichen Regeln, die im Falle einer Zahlungsunfähigkeit der öffentlichen Hand und im Staatsbankrott gelten. Er beginnt bei den Frühformen der finanziellen Krise innerhalb des Haushalts, um dann die selbstständigen unterstaatlichen öffentlichen Rechtsträger in den Blick zu nehmen und schließlich die Zahlungsunfähigkeit des Staates im staatsrechtlichen, bundesstaatlichen, europäischen und internationalen Kontext zu betrachten. Es zeigt sich, dass der Staatsbankrott nicht das Ende des Rechts oder auch nur des Rechtsstaats ist, sondern dass das Verwaltungsrecht, das Staatsrecht, das Europa- und das Völkerrecht Regelungen für die rechtliche Bewältigung der Insolvenz der öffentlichen Hand bereithalten.

Menzel, Jörg

Internationales Öffentliches Recht

Verfassungs- und Verwaltungsgrenzrecht in Zeiten offener Staatlichkeit

Band 201
2011. XIV, 974 Seiten.

ISBN 9783161512827
eBook PDF 164,00 €

Jedes Rechtsgebiet hat sein Grenzrecht. Ein Internationales Öffentliches Recht (mit den Teilgebieten Internationales Verfassungsrecht und Internationales Verwaltungsrecht) ist genauso erforderlich wie ein Internationales Privatrecht oder ein Internationales Strafrecht. Deutsches Öffentliches Recht muss die Frage seines Wirkungskreises definieren und es muss klären, in welchem Umfang ausländisches öffentliches Recht im eigenen Wirkungsbereich zugelassen wird. Jörg Menzel erarbeitet die Grundlagen und Themen eines Internationalen Öffentlichen Rechts und liefert damit die erste Gesamtdarstellung auf diesem Gebiet. Er widmet sich nach ausführlicher Grundlegung den überstaatlichen (völker- und europarechtlichen) Vorgaben und sodann im Einzelnen dem deutschen Internationalen Verfassungs- und Verwaltungsrecht. Hierbei verfolgt er einen Ansatz, der auf dem Prinzip des offenen Staates und der daraus resultierenden grundsätzlich positiven Grundeinstellung der Rechtsordnungen zueinander beruht, die auch das öffentliche Recht nicht ausspart. Der Autor zeigt auf, dass Internationales Privatrecht und Internationales Öffentliches Recht weniger gegensätzlich sind als häufig kolportiert, weil die ihnen zugrunde liegenden Grundgedanken nicht verschieden sind. Er geht den Strukturen eines Internationalen Öffentlichen Rechts ebenso nach wie vielfältigen Details und weist nach, dass es im Öffentlichen Recht Prinzipien zu diskutieren gibt – auch wenn dort die Strukturen zum Teil anders sind als im IPR.

Funke, Andreas

Umsetzungsrecht

Zum Verhältnis von internationaler Sekundärrechtsetzung und deutscher Gesetzgebungsgewalt

Band 200
2010. XXVI, 466 Seiten.

ISBN 9783161505362
Leinen 109,00 €

ISBN 9783161512810
eBook PDF 109,00 €

Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen oder die Europäische Union geben den Mitgliedstaaten zunehmend konkrete Rechtsetzungsziele vor. Paradebeispiel ist die Richtlinie des Unionsrechts. Eine wichtige Rolle spielen auch Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Die deutsche Gesetzgebung ist dabei doppelt gebunden, an das Völkerrecht und an die Verfassung. Dabei stellen sich zwei zentrale Fragen: Was ist, wenn eine Umsetzung der völkerrechtlichen Verpflichtung gegen die Verfassung, insbesondere gegen Grundrechte, verstoßen würde? Und welche Auswirkungen hat eine schlichte Umsetzung internationaler Vorgaben auf die demokratischen und rechtsstaatlichen Funktionen der Gesetzgebung? Andreas Funke geht diesen Fragen nach und zeigt, wie sich die Gestalt der vom Grundgesetz verfassten auswärtigen Gewalt verändert. Letztlich lässt sich Umsetzungsrecht durchaus als eine eigene Art von Recht ansehen.



Will, Martin

Selbstverwaltung der Wirtschaft

Recht und Geschichte der Selbstverwaltung in den Industrie- und Handelskammern,
Handwerksinnungen, Kreishandwerkerschaften, Handwerkskammern und Landwirtschaftskammern

Band 199
2010. XLII, 977 Seiten.

ISBN 9783161507052
Leinen 174,00 €

ISBN 9783161512803
eBook PDF 174,00 €

Die Selbstverwaltung der Wirtschaft ist mit ihrer im Mittelalter wurzelnden Geschichte die traditionsreichste Form der Selbstverwaltung. Heute verwalten Millionen von Berufsträgern und Unternehmen in 80 Industrie- und Handelskammern, 53 Handwerkskammern, 320 Kreishandwerkerschaften, 5500 Handwerksinnungen und 7 Landwirtschaftskammern einen umfangreichen wirtschaftlichen Aufgabenkreis. Die Partizipation erschöpft sich dabei nicht in der Wahl der Repräsentativversammlungen. Vielmehr engagieren sich zehntausende von Berufsträgern aktiv ehrenamtlich in den Organen der Selbstverwaltungskörperschaften. Erstmals wird das Recht der Selbstverwaltung der Wirtschaft in seiner historischen Entwicklung und seinem aktuellen Stand konsequent aus dem Blickwinkel der Partizipation analysiert. Damit geraten zugleich die demokratischen Potentiale der Selbstverwaltung der Wirtschaft ins Blickfeld.

Vöneky, Silja

Recht, Moral und Ethik

Grundlagen und Grenzen demokratischer Legitimation für Ethikgremien

Band 198
2010. XX, 699 Seiten.

ISBN 9783161504853
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161512797
eBook PDF 139,00 €

Gerade in Gesellschaften und Ordnungen, für die bestimmte Grade der Pluralität faktisch bestehen und normativ anerkannt sind, muss die Erörterung gemeinsamer Werte erfolgen, damit auf deren Basis Normsetzung und Normanwendung erfolgen können. Silja Vöneky zeigt, unter welchen Voraussetzungen Ethikgremien durch ihre Stellungnahmen in gerechtfertigter Weise einen Korridor ethischer Normsetzung aufzeigen können, der von Rechtsetzungs- und Entscheidungsorganen genutzt werden kann. Im Mittelpunkt ihrer Argumentation steht dabei das Verständnis der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland als materiell-ethische. Nur solange und soweit die Gremien ihre Erörterungen in den Grenzen und auf der Grundlage der rechtlich maßgeblichen Prinzipien führen, kann verhindert werden, dass deren Ethisierung des Diskurses den vorrangig menschenrechtlich geprägten Rechtsdiskurs unzulässig untergräbt.

Groh, Kathrin

Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik

Von der konstitutionellen Staatslehre zur Theorie des modernen demokratischen Verfassungsstaats

Band 197
2010. XVIII, 648 Seiten.

ISBN 9783161502224
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161512780
eBook PDF 129,00 €

Das demokratische Denken von Weimarer Staatsrechtslehrern findet erst seit kurzem die ihm gebührende Aufmerksamkeit in den Wissenschaften. Kathrin Groh analysiert hier die Werke der »großen Fünf«: Hugo Preuß, Gerhard Anschütz, Richard Thoma, Hans Kelsen und Hermann Heller. Sie untersucht, mit welchen Staats- und Verfassungskonzepten die im Kaiserreich sozialisierten Staatsrechtslehrer auf den Umbruch zur Weimarer Republik reagierten und welche Ideen sie entwickelten, um deren Krisen im demokratischen Geist der Verfassung zu lösen. Trotz aller Unterschiede im Detail werden ihre Antworten auf zentrale Herausforderungen der Republik – wie Staatsbild, Führung, Parteienstaat, Pluralismus, Regierungssystem und Grundrechte – von ihrem Rechtsstaatsdenken bestimmt. Sie fügen sich zu einer Synthese aus Rechtsstaat und freiheitlicher Demokratie zusammen, zum modernen demokratischen Verfassungsstaat.

Wollenschläger, Ferdinand

Verteilungsverfahren

Die staatliche Verteilung knapper Güter: Verfassungs- und unionsrechtlicher Rahmen, Verfahren im
Fachrecht, bereichsspezifische verwaltungsrechtliche Typen- und Systembildung

Band 196
2010. XXX, 759 Seiten.

ISBN 9783161504846
Leinen 124,00 €

ISBN 9783161512773
eBook PDF 124,00 €

In den unterschiedlichsten Sachbereichen obliegt es der Verwaltung, knappe Güter in Konkurrenzsituationen zu verteilen, etwa Studienplätze, öffentliche Aufträge oder Telekommunikationsfrequenzen. Dieser Aufgabe dienende Verwaltungsverfahren lassen sich trotz der Heterogenität der Materien als neuer Verfahrenstyp deuten: als Verteilungsverfahren. Ferdinand Wollenschläger analysiert den verfassungs-, europa- sowie einfachrechtlichen Rahmen der staatlichen Verteilungstätigkeit, arbeitet die Grundstrukturen ausgewählter Verfahren des Fachrechts heraus und entfaltet auf dieser Basis den Typ »Verteilungsverfahren«. Mit dieser bereichsspezifischen Weiterentwicklung der Verfahrenslehre, die gleichzeitig dem allgemeinen Verfahrensrecht neue Perspektiven erschließt, ist nicht nur eine für Wissenschaft und Praxis gleichermaßen bedeutsame Ordnungsleistung erbracht; vielmehr gestattet die Typenbildung eine Bewertung existenter Verteilungsverfahren und stellt dem Gesetzgeber Bausteine für die Gestaltung neuer Modelle zur Verfügung.



Shirvani, Foroud

Das Parteienrecht und der Strukturwandel im Parteiensystem

Staats- und europarechtliche Untersuchungen zu den strukturellen Veränderungen im bundesdeutschen und europäischen Parteiensystem

Band 195
2010. XVI, 574 Seiten.

ISBN 9783161503924
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161512766
eBook PDF 129,00 €

Die politischen Parteien gehören zu den tragenden Eckpfeilern der demokratischen Grundordnung. Seit der Entstehung des Grundgesetzes haben die Parteien das Verfassungssystem nachhaltig geprägt. Dabei hat das deutsche Parteiensystem verschiedene Stadien durchschritten und war strukturellen Veränderungen ausgesetzt. Während der vergangenen Jahrzehnte hat sich zudem auf europäischer Ebene ein Parteiensystem herausgebildet. Beide Parteiensysteme sind bestrebt, sich auf die veränderten gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und medialen Kontextbedingungen einzustellen, weisen aber gleichwohl Funktions- und Leistungsdefizite auf. Foroud Shirvani analysiert die einschlägigen Entwicklungen und zeigt die rechtsdogmatischen Konsequenzen für die Parteienrechtslehre auf. Die Arbeit verfolgt das Ziel, einen Beitrag zur Ausdifferenzierung und Systematisierung des Parteienrechts zu leisten.

Kment, Martin

Grenzüberschreitendes Verwaltungshandeln

Transnationale Elemente deutschen Verwaltungsrechts

Band 194
2010. LVI, 913 Seiten.

ISBN 9783161504207
Leinen 164,00 €

ISBN 9783161512759
eBook PDF 164,00 €

Die trennende Wirkung nationaler Grenzen schwindet durch die globale Komplexität vielfältiger Regelungsgegenstände. Der Staat ist angehalten, auf die variantenreich gestalteten grenzüberschreitenden Sachprobleme adäquat zu reagieren. Dabei ist die hoheitliche Aufgabenerfüllung zwangsläufig an einen instrumentellen Rahmen gekoppelt, der auf der Ebene des Verwaltungsrechts in Gestalt bestimmter Handlungsformen zur Verfügung steht. Martin Kment legt dar, wie die klassischen Bauformen des deutschen Verwaltungsrechts für ein grenzüberschreitendes Miteinander und rücksichtsvolles Nebeneinander der Staaten kultiviert werden können, welche Potenziale in ihnen ruhen und wie methodische und dogmatische Hindernisse, die sich bei ihrer grenzüberschreitenden Aktivierung zeigen, zu überwinden sind. Als Pendant zu einer breit geführten *governance*-Debatte soll so dem klassischen verwaltungsrechtlichen Instrumentarium eine neue Perspektive gegeben werden.

Knauff, Matthias

Der Regelungsverbund: Recht und Soft Law im Mehrebenensystem

Band 193
2010. XX, 622 Seiten.

ISBN 9783161504266
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161512742
eBook PDF 129,00 €

Soft Law kommt eine hohe praktische Bedeutung zu. Es dient auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene in unzähligen Ausprägungen als Gestaltungsinstrument jenseits des Rechts und entfaltet vielfältige Wirkungen. Matthias Knauff befasst sich aus juristischer Perspektive mit dem Ziel einer theoretischen Grundlegung mit diesem umstrittenen Regelungsphänomen. In Gegenüberstellung zum Recht arbeitet der Autor auf Grundlage eines instrumenten- und ebenenübergreifenden Ansatzes die Strukturelemente von Soft Law heraus und nimmt eine Systematisierung seiner Erscheinungsformen vor. Anhand zentraler normativer Maßstäbe werden die Zulässigkeit seiner Verwendung und seine rechtliche Relevanz hinterfragt. Darüber hinaus werden die Möglichkeiten des Zusammenwirkens von Recht und Soft Law als Regelungsverbund in den Blick genommen.

Grote, Rainer

Der Verfassungsorganstreit

Entwicklung, Grundlagen, Erscheinungsformen

Band 192
2010. XXI, 469 Seiten.

ISBN 9783161483592
Leinen 109,00 €

ISBN 9783161512735
eBook PDF 109,00 €

Rainer Grote zeichnet zunächst die Entwicklung und Funktion der im staatsrechtlichen Positivismus und in Auseinandersetzung mit ihm vertretenen Organlehren für die Interpretation staatsorganisatorischer Grundstrukturen nach. Anschließend erstellt er eine umfassende Bestandsaufnahme der Hauptanwendungsgebiete verfassungs- und verwaltungsrechtlicher Organstreitverfahren im geltenden Recht unter Einbeziehung rechtsvergleichender und europarechtlicher Aspekte. Auf dieser Grundlage wird im dritten Teil der Versuch einer Klärung von Inhalt, Funktion und Durchsetzungsmodalitäten subjektivierter innerorganisatorischer Rechtspositionen unternommen. Der Autor untersucht, ob und in welchem Umfang konkrete innerorganisatorische Berechtigungen sich materialen Organisationsprinzipien wie dem Demokratie- und dem Gewaltenteilungsprinzip zuordnen lassen, die über ihre kompetenzielle Ausformung im Staats- und Verwaltungsorganisationsrecht den zuständigen Verfassungs- und (Selbst-) Verwaltungsorganen ein jeweils abgestuftes Maß an politischer oder zumindest funktionaler Autonomie vermitteln und damit als regulative Prinzipien der intra- und zwischenorganschaftlich ablaufenden Kommunikationskreisläufe fungieren. Er zeigt auf, welche Folgerungen sich daraus für eine Weiterentwicklung der prozessualen Grundlagen des Organstreits ergeben.



Droege, Michael

Gemeinnützigkeit im offenen Steuerstaat

Band 191
2010. XVI, 616 Seiten.

ISBN 9783161501654
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161512728
eBook PDF 129,00 €

Das Steuerrecht bietet mit dem Gemeinnützigkeitsrecht einen Anreiz zum freiwilligen gemeinwohldienlichen privaten Engagement. Es ist allerdings durchsetzt von Wertungswidersprüchen und auf die Einbettung des deutschen Steuerstaates in den europäischen Binnenmarkt kaum vorbereitet. Vor diesem Hintergrund befasst sich Michael Droege mit den theoretischen Grundlagen und der rechtswissenschaftlichen Dogmatik des Gemeinnützigkeitsrechts. Er greift über den steuerrechtlichen Bereich hinaus und legt Grundlagen für ein öffentliches Recht des Raums zwischen Staat und Markt unter den Bedingungen der Europäisierung des Rechts. Zugleich zeigt er, dass das Gemeinnützigkeitsrecht dann eine Zukunft hat, wenn es der doppelten Öffnung des Staates hinreichend Rechnung trägt. Rechtssetzung, -dogmatik und -anwendung müssen sich auf die Rahmenbedingungen eines pluralen und europäisierten Gemeinwohls einstellen.

Spranger, Tade M.

Recht und Bioethik

Verweisungszusammenhänge bei der Normierung der Lebenswissenschaften

Band 190
2010. XVI, 445 Seiten.

ISBN 9783161503283
Leinen 124,00 €

ISBN 9783161512711
eBook PDF 124,00 €

Obwohl umfassendere Kodifizierungsprozesse zu den Lebenswissenschaften erst seit etwa zwanzig Jahren zu registrieren sind, wurde in dieser vergleichsweise kurzen Zeit bereits ein dichtes Netz spezifischer Regulierungen geschaffen. Dabei lässt sich der Umstand, dass die jeweiligen Regelungsgegenstände sowohl unter rechtlichen als auch unter bioethischen Gesichtspunkten Gegenstand der Diskussion sind, häufig auch im Ergebnis des Regulierungsprozesses ablesen. Bioethische Prinzipien entfalten so nicht mehr nur normitierende oder normkonkretisierende, sondern auch unmittelbar positivrechtliche Effekte; Risiken ergeben sich hieraus für den Normunterworfenen oder -anwender, aber auch hinsichtlich einer möglichen Instrumentalisierung ethischer Reflexion. Vor diesem Hintergrund befasst sich Tade Matthias Spranger mit dem Begriff der Bioethik im Kontext nationaler, europäischer und internationaler Rechtssetzung und Rechtsprechung und unterzieht diese einer kritischen Bewertung.

Jaeckel, Liv

Gefahrenabwehrrecht und Risikodogmatik

Moderne Technologien im Spiegel des Verwaltungsrechts

Band 189
2010. XIV, 379 Seiten.

ISBN 9783161512704
eBook PDF 99,00 €

Die naturwissenschaftlichen Erkenntnisfortschritte und technischen Realisierungsmöglichkeiten des 20. und 21. Jahrhunderts stellen das Recht vor neue Herausforderungen. Wie lassen sich die Chancen und Risiken, die neuartige Verfahren, Anwendungen und Produkte mit sich bringen, verwaltungsrechtlich angemessen bewältigen? Liv Jaeckel schlägt eine Systematik vor, die die Besonderheiten des modernen Risikorechts in einem gemeinsamen Grundgedanken verankert und strukturelle Leitlinien für die Beurteilung von Einzelfallentscheidungen aufzeigt. Möglich wird dies durch eine Gegenüberstellung von objektivem Gefahrbegriff und (normativ-) subjektivem Risikobegriff. Dabei knüpft die Autorin an eine Beurteilung des Wissens und Handlungsvermögens der verantwortlichen staatlichen Ebenen anhand verschiedener Wissenshorizonte an. Auf dieser Grundlage ist die Unterscheidung von Gefahr und Risiko nicht mehr auf die schwierige Differenzierung der Begriffe anhand von Wahrscheinlichkeit und Möglichkeit angewiesen, die nur gradueller Art ist und sich daher kaum systematisch fassen lässt. Vielmehr ergibt sich ein Gesamtbild, das sich ungeachtet vielschichtiger Details immer wieder auf ein einheitliches Grundmuster zurückführen lässt: auf die Gegenüberstellung von Objektivität und Subjektivität. Mithilfe dieser Unterscheidung können Gefahr und Risiko strukturell unterschieden und die Besonderheiten im Umgang mit neuartigen naturwissenschaftlich-technischen Risiken aufgezeigt werden.

Thym, Daniel

Migrationsverwaltungsrecht

Band 188
2010. XIII, 451 Seiten.

ISBN 9783161501043
Leinen 124,00 €

ISBN 9783161512698
eBook PDF 124,00 €

Das Migrationsrecht zielt auf eine rechtliche Steuerung des Zuzugs und der Integration von Ausländern. Mit Blick auf diese Zielsetzung entwickelt Daniel Thym systemleitende Ordnungsmuster für die eigenständige Aufgabenwahrnehmung durch die Migrationsverwaltung. Es geht um die handlungsorientierte Bezeichnung von Regelungsoptionen bei der rechtlichen Gestaltung der Wirtschaftsmigration, der gesellschaftlichen Integration, den Grenzen der Ausweisungsbefugnis und der Effektuierung des Kontrollregimes. Als Untersuchungsmaßstab dient die zeitgenössische Diskussion über die Grundlagen des Verwaltungsrechts; dieser Blickwinkel erlaubt eine Rekonstruktion des Ausländer-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrechts als einheitliches Rechtsgebiet namens Migrationsrecht. Seine Bestimmungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene bekräftigen den Anspruch des Migrationsrechts zur Steuerung des Zuzugs und der Integration von Ausländern.

Herrmann, Christoph

Währungshoheit, Währungsverfassung und subjektive Rechte

Band 187
2010. XXX, 473 Seiten.
ISBN 9783161500084
Leinen 119,00 €
ISBN 9783161512681
eBook PDF 119,00 €

»Geld ist geprägte Freiheit« heißt es; es spielt also für die Lebenswirklichkeit von Menschen in einer arbeitsteiligen Wirtschaft eine zentrale Rolle. Ungeachtet dieses offenkundigen Bezugs des Geldes zur Freiheitsentfaltung von Individuen wird Geld dennoch nahezu ausnahmslos im Rahmen einer staatlichen oder auch supranationalen rechtlichen Zwangsordnung bereitgestellt, die dem Staat beziehungsweise der Europäischen Gemeinschaft das Währungsmonopol sichert. Zugleich wird die Freiheit von Individuen im Umgang mit Geld rechtlich erheblich beschränkt, während eine individualrechtliche Gewähr seines Werterhalts vom Staat jedoch nicht übernommen wird. Ausgehend von diesen Problemen unterzieht Christoph Herrmann in diesem Buch die geltende Währungsverfassung vor dem Hintergrund der interdisziplinären Grundlagen des Geldwesens einer subjektivrechtlichen Überprüfung und Rekonstruktion.

Wallrabenstein, Astrid

Versicherung im Sozialstaat

Band 186
2009. XXI, 481 Seiten.
ISBN 9783161497254
Leinen 109,00 €
ISBN 9783161512674
eBook PDF 109,00 €

Versicherungen, sowohl Sozialversicherungen als auch private Versicherungen gegen Lebensrisiken, sind Bausteine des Sozialstaats. Bereits zur Entstehungszeit moderner Versicherung und Sozialversicherung lassen sich in der deutschen Rechts- und Wirtschaftswissenschaft Diskussionen nachweisen, die sich in ihrem Grundanliegen bis heute gehalten haben. Astrid Wallrabenstein schildert und interpretiert die Debatte um den Versicherungsbegriff, der besonders um 1900 zu intensiven Kontroversen über den Versicherungscharakter der Sozialversicherung geführt hat. In der Bundesrepublik verlagerte sich die Auseinandersetzung auf die Bedeutung von Äquivalenz in der Sozialversicherung. Die Autorin spürt den verschiedenen Interpretationen und Funktionen von Äquivalenz im privaten Versicherungsrecht und im Sozialversicherungsrecht nach. Zwei auch heute aktuelle Fragenkomplexe leiten sich daraus ab. Zum einen geht es um die Organisation und Kontrolle von Versicherung, die sowohl besondere Funktionen erfüllen soll als auch spezifische Risiken birgt. Dieser Bereich lässt sich als Frage der Gewährleistungsverantwortung des Staates und der daraus resultierenden Regulierung bearbeiten, wie die Autorin am Beispiel der Krankenversicherung aufzeigt. Zum anderen verlangt die Umverteilung innerhalb 'sozialer' Versicherungen nach Legitimation. Sie gelingt auf der Grundlage eines individualistischen Grundrechtsansatzes, der für jede Umverteilung eine Rechtfertigung fordert und sie aus den Gemeinwohlzielen schöpfen kann, die mit der regulierten Versicherung verfolgt werden.

Winkler, Markus

Verwaltungsträger im Kompetenzverbund

Die gemeinsame Erfüllung einheitlicher Verwaltungsaufgaben durch verschiedene juristische Personen des öffentlichen Rechts

Band 185
2009. XIII, 396 Seiten.
ISBN 9783161501050
Leinen 104,00 €
ISBN 9783161512667
eBook PDF 104,00 €

Die Zuständigkeit für die Erledigung von Verwaltungsaufgaben in Deutschland ist auf eine Vielzahl juristischer Personen verteilt. Oft werden die zunächst ausdifferenzierten und verteilten Aufgaben auch gemeinsam ausgeführt. Sowohl die Kompetenzverteilung als auch die Kooperation bergen indes Probleme. Sie führen praktisch zu Entscheidungsblockaden und Mehraufwand aufgrund von Abstimmungsbedürfnissen sowie rechtlich zu Gefährdungen der demokratischen und der rechtsstaatlichen Funktionen der Kompetenzordnung. Markus Winkler entwickelt einen neuen Ansatz, um diese Probleme dauerhafter Verwaltungskooperation zu lösen. Den Schlüssel zur Lösung bilden die besonderen Rechtsverhältnisse im Kompetenzverbund. Sie umfassen Pflichten der Beteiligten im gegenseitigen Verhältnis, insbesondere eine Pflicht zu sorgfältiger Zusammenarbeit, sowie gegenüber den Legitimationssubjekten und Adressaten der Verwaltungstätigkeit.

Kirchhof, Gregor

Die Allgemeinheit des Gesetzes

Über einen notwendigen Garanten der Freiheit, der Gleichheit und der Demokratie

Band 184
2009. XXI, 715 Seiten.
ISBN 9783161501494
Leinen 139,00 €
ISBN 9783161512650
eBook PDF 139,00 €

Die Idee des Gesetzes ist die der Allgemeinheit. Dieser ideengeschichtliche Befund droht in Vergessenheit zu geraten. Ausdrückliche rechtliche Allgemeinheitserfordernisse werden kaum beachtet. Gesetz ist das, was das rechtsetzende Organ als Gesetz erlässt. Dieser formale Gesetzesbegriff beschreibt die Kernkompetenz des Parlaments. Doch läuft er Gefahr, das große Freiheitsversprechen zu vernachlässigen, das von alters her im allgemeinen Gesetz ruht. Gleichheit ist nur vor einem allgemeinen Gesetz möglich. Das allgemeine Gesetz ergänzt den vom Einzelfall bestimmten Grundrechtsschutz. Die Gesetzesallgemeinheit stärkt die Gestaltungskraft der Gesetze und damit die Demokratie. Gregor Kirchhof fragt in einer Zeit, in der anspruchsvolle Rechtsetzungsaufträge zu erfüllen sind, nach der Allgemeinheit des Gesetzes, nach einem notwendigen Garanten der Freiheit, der Gleichheit und der Demokratie.

Windthorst, Kay

Der verwaltungsgerichtliche einstweilige Rechtsschutz

Zugleich eine Untersuchung des Erkenntnis- und Steuerungspotenzials der Rechtsdogmatik

Band 183
2009. XLVII, 794 Seiten.

ISBN 9783161498282
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161512643
eBook PDF 139,00 €

Die uneinheitliche Judikatur im verwaltungsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutz sorgt für zunehmende Verunsicherung und widerspricht dem Verfassungsgebot der Rechtssicherheit. Dies ist vor allem auf unzureichende normative Vorgaben für die Entscheidungsfindung zurückzuführen. Versuche der Rechtsprechung und Rechtswissenschaft, dieses Steuerungsdefizit durch Entwicklung verallgemeinerungsfähiger Kriterien und Leitsätze zu kompensieren, waren bislang nur partiell erfolgreich. Dies liegt vor allem daran, dass ihre dirigistische Kraft im Rahmen des gerichtlichen Entscheidungsprozesses nicht hinreichend geklärt ist.

Kay Windthorst will dem begegnen, indem er auf der Basis des Erkenntnis- und Steuerungspotenzials der Rechtsdogmatik ein Konzept für die Entscheidungsfindung entwirft. Grundlegend ist dabei die Unterscheidung zwischen Rechtsaussagesätzen der Rechtsdogmatik und durch sie legitimierten rechtlichen Leitsätzen. Sie ermöglicht eine Verifizierung des Inhalts dieser Leitsätze und grundsätzliche Aussagen über ihre Wirkkraft. Auf diese Weise können wesentliche Streitfragen des Eilrechtsschutzes, etwa die Voraussetzungen der Aussetzungsentscheidung, durch ein konsistentes homogenes Entscheidungsprogramm ausgeräumt werden. Der Ausgang der Rechtsschutzverfahren wird dadurch berechenbarer. Das dient der Rechtssicherheit. Zugleich wird anhand dieses Referenzgebietes deutlich, welchen Nutzen ein rechtstheoretisches Steuerungsmodell für die Klärung von Fragen der Rechtspraxis entfalten kann.

Gärditz, Klaus Ferdinand

Hochschulorganisation und verwaltungsrechtliche Systembildung

Band 182
2009. XXIII, 727 Seiten.

ISBN 9783161512636
eBook PDF 129,00 €

Die Hochschulorganisation befindet sich erneut in einer Phase des Umbruchs. Ökonomisierung, Hierarchisierung, Entstaatlichung und administrative Professionalisierung bezeichnen Leitbilder, welche die traditionell kollegiale, akademisch-fachliche und auf Betroffenenrepräsentation gründende Hochschulbinnenorganisation erschüttern. Dies irritiert auch die überkommene Verwaltungsrechtsdogmatik, die bislang Fragen der Verwaltungsorganisation eher als instrumentelle Randprobleme behandelt hat. Klaus Ferdinand Gärditz unternimmt im vorliegenden Buch eine Standortbestimmung des Hochschulorganisationsrechts im Spannungsfeld von Allgemeinem Verwaltungsrecht, Wissenschaftsfreiheit und akademischer Selbstverwaltung. Dabei werden auch grundsätzliche Strukturfragen des Verwaltungsorganisationsrechts aufgeworfen und ihre Bezüge zur Reformdiskussion in der Verwaltungsrechtswissenschaft kritisch beleuchtet.

Stein, Katrin

Die Verantwortlichkeit politischer Akteure

Band 181
2009. XLII, 732 Seiten.

ISBN 9783161498671
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161512629
eBook PDF 139,00 €

Nach politischen Fehlleistungen wird regelmäßig der Ruf nach demjenigen laut, der hierfür »zur Verantwortung zu ziehen ist«. Ob einer realen Person ein Geschehen tatsächlich zugerechnet werden kann und diese Person Nachteile in Form von Sanktionen in Kauf nehmen muss, hängt allerdings häufig von eher zufälligen Faktoren ab, wie etwa dem Rückhalt in der eigenen politischen Partei oder der Reaktion in der Öffentlichkeit. Die Verantwortlichkeit politischer Akteure wird demgemäß meistens als außerrechtliches Phänomen wahrgenommen; die Resultate der Suche nach dem »Verantwortlichen« werden in weiten Teilen der Öffentlichkeit als unbefriedigend empfunden. Bleiben aber fühlbare Konsequenzen aus, kann der Eindruck einer privilegierten Sonderstellung politischer Akteure entstehen, der geeignet ist, das Vertrauen in die politischen Institutionen und Entscheidungsträger nachhaltig zu erschüttern; die Bürger reagieren mit Wahlenthaltung und Politikverdrossenheit. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, unternimmt es Katrin Stein, zu klären, ob der Vorwurf eines Nimbus der Nichtverantwortlichkeit politischer Akteure gerechtfertigt ist. Sie legt dazu die relevanten Verantwortlichkeitsmaßstäbe offen und systematisiert die Verantwortlichkeitsbeziehungen. Ziel ihrer aus staatsrechtlicher Perspektive unternommenen Untersuchung ist dabei einerseits der Nachweis der (persönlichen) Verantwortlichkeit politischer Akteure als Forderung höherrangigen Rechts und andererseits die Festlegung der Grenzen dieser Forderung, um nicht einer weiteren Skandalisierung von Politik Vorschub zu leisten.

Siegel, Thorsten

Entscheidungsfindung im Verwaltungsverbund

Horizontale Entscheidungsvernetzung und vertikale Entscheidungsstufung im nationalen und europäischen Verwaltungsverbund

Band 180
2009. XXVII, 482 Seiten.

ISBN 9783161498916
Leinen 109,00 €

ISBN 9783161512612
eBook PDF 109,00 €

In einer zunehmend komplexen Welt sind Wissen, Engagement, Handlungsressourcen und Problemlösungskompetenzen auf verschiedene Akteure mit vielfältigen Interessen verteilt. Gerade in Verbundsituationen mit der für sie typischen Vielfalt beteiligter Akteure verkompliziert dies auch die Findung administrativer Entscheidungen. Thorsten Siegel greift diese hochaktuelle Thematik mit ihren öffentlich-rechtlichen, aber auch verwaltungswissenschaftlichen Bezügen auf. Im Mittelpunkt steht eine juristische Systembildung der verschiedenen Formen der Entscheidungsfindung im Verwaltungsverbund. Diese unterzieht der Autor in Anknüpfung an das Verständnis der Verwaltungsrechtswissenschaft als Steuerungswissenschaft jeweils einer steuerungsbezogenen Bewertung. Nach einer einführenden Darlegung der Grundlagen der Entscheidungsfindung im Verwaltungsverbund behandelt der Autor zunächst die Entscheidungsfindung auf nationaler Ebene. Im Rahmen der horizontalen Entscheidungsnetzwerke analysiert er die drei Grundmodelle der Separation, der Koordination sowie der Konzentration, im Rahmen der vertikalen Entscheidungsstufung die verschiedenen Arten echter, unechter und scheinbarer Entscheidungsstufen. Sodann beleuchtet er die zunehmend bedeutsamen Entscheidungsabsichtungen im Recht der Europäischen Union. Dabei werden Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede zwischen der Entscheidungsfindung im nationalen Verwaltungsverbund und derjenigen im europäischen Verwaltungsverbund aufgezeigt. Abschließend führt der Autor eine zusammenfassende Systembildung der Entscheidungsfindung im Verwaltungsverbund durch.

Schlacke, Sabine

Überindividueller Rechtsschutz

Phänomenologie und Systematik überindividueller Klagebefugnisse im Verwaltungs- und Gemeinschaftsrecht, insbesondere am Beispiel des Umweltrechts

Band 179
2008. XXXV, 578 Seiten.

ISBN 9783161494574
Leinen 124,00 €

ISBN 9783161512605
eBook PDF 124,00 €

Rechtsbehelfe, die unabhängig von der Verletzung eines subjektiven Rechts erhoben werden können, erschüttern das bewährte, verfassungsrechtlich in Art. 19 Abs. 4 GG verankerte deutsche Individualrechtsschutzsystem, in dem grundsätzlich nur derjenige zur gerichtlichen Klage befugt ist, der eine Verletzung eigener Rechte geltend machen kann. Ganz entscheidende Verantwortlichkeit für diese sich sprunghaft entwickelnden überindividuellen Klagebefugnisse kommt – neben dem Völkerrecht, namentlich der Århus-Konvention – dem Gemeinschaftsrecht zu, das die Mitgliedstaaten im Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzrecht zur Einführung überindividueller Rechtsbehelfe verpflichtet. Sabine Schlacke untersucht neben dem Umweltrecht als Referenzgebiet sämtliche überindividuellen Klagebefugnisse im öffentlichen Recht sowie vergleichbare zivilrechtliche Regelungen, insbesondere jene des Unterlassungsklagengesetzes. Sie zeigt, dass überindividuellen Klagebefugnissen keine punktuelle oder bereichsspezifische, sondern eine grundlegende Bedeutung für die deutsche und europäische Rechtsordnung zukommt. Mit der vorliegenden Untersuchung wird erstmalig eine wissenschaftliche Fundierung dieses Systems überindividueller Rechtsschutzes im deutschen und gemeinschaftseigenen (Verwaltungs-)Prozessrecht unternommen. Über eine Systematisierung und Harmonisierung überindividueller Klagebefugnisse hinaus analysiert die Autorin den hiermit einhergehenden Funktionswandel der Verwaltungsgerichtsbarkeit und seine Bedeutung für eine moderne Staatlichkeit, so dass ihr Buch auch zur Entwicklung eines (Verwaltungs-)Prozessrechts im europäischen Mehrebenensystem beiträgt.

Graser, Alexander

Gemeinschaften ohne Grenzen?

Zur Dekonzentration der rechtlichen Zugehörigkeiten zu politischen Gemeinschaften

Band 178
2009. XVIII, 387 Seiten.

ISBN 9783161494536
Leinen 109,00 €

ISBN 9783161512599
eBook PDF 109,00 €

Die integrierende Kraft des Rechts, und insbesondere die eines gebündelten Staatsbürgerstatus, sind seit langem Standardthemen der staatswissenschaftlichen Literatur. In neuerer Zeit jedoch zeichnet sich ab, dass der Staatsbürgerstatus allmählich zerfällt. Mit diesem Zerfallsprozess und seinen drohenden Folgen befasst sich Alexander Graser. Im Zentrum seiner Untersuchung steht eine knappe rechtswissenschaftliche Betrachtung. Deren Gegenstand sind jene subjektiven Rechtspositionen, die verknüpft sind mit der Zugehörigkeit zu verschiedenen politischen Gemeinschaften – von der Gemeinde bis in den supranationalen Raum. Noch vor wenigen Jahrzehnten war eine weitgehende Konzentration dieser Positionen im Status der nationalen Zugehörigkeit zu verzeichnen. Heute lässt sich eine umgekehrte Tendenz ausmachen: Die rechtlichen Inhalte des Staatsbürgerstatus schwinden, ohne sich in der Hülle irgendeines anderen Zugehörigkeitsstatus neu zu bündeln. Der Autor beschreibt diese Dekonzentration, mitsamt der Mechanismen, die sie vorantreiben, und eröffnet damit eine individualrechtliche Perspektive auf den viel beschworenen Niedergang des Nationalstaats. Darüber hinaus widmet er sich der soziologischen Deutung dieses Befundes, leuchtet den sozialwissenschaftlichen Hintergrund seiner juristischen Analyse aus und zeigt die möglichen Konsequenzen der Dekonzentration auf: eine Desintegration politischer Gemeinschaften und eine Delegation der öffentlichen Gewalt.

Franzius, Claudio

Gewährleistung im Recht

Grundlagen eines europäischen Regelungsmodells öffentlicher Dienstleistungen

Band 177
2009. XIV, 767 Seiten.

ISBN 9783161512582
eBook PDF 129,00 €

Immer weniger gelingt es, die Herausforderungen des Rechts in der Dichotomie von Staat und Markt zu verarbeiten. Das gilt auch für die Aufgaben der Daseinsvorsorge unter dem neuen Leitbild des Gewährleistungsstaates. Claudio Franzini zeigt die Notwendigkeit eines Regelungsmodells öffentlicher Dienstleistungen auf. Hierfür muss vom Staat abstrahiert und die europäische Rechtsordnung als Gewährleistungs- und Regelungsverbund rekonstruiert werden. Die Transformation des Mitgliedstaates zum Gewährleistungsstaat setzt die Anerkennung sozialen Vertrauens als Legitimationskategorie für die Entfaltung eines Strukturgewährleistungsrechts voraus. Der Umbau der Daseinsvorsorge unter Schärfung des Wettbewerbs kann hingegen ohne Vernachlässigung des Gemeinwohls verarbeitet werden. Der Autor fordert, dass das Verwaltungsrecht Regulierung und Ausschreibung als neue Formen aufnimmt, die Recht und Politik ohne Rückgriff auf den Staatsbegriff verkoppeln. Öffentliches Gewährleistungsrecht soll die Organisation, Finanzierung und Qualitätssicherung der Leistungserbringung durch private Akteure akzentuieren. Erkennbar wird dabei ein Zurücktreten der territorialen Logik der Handlungskoordination hinter die funktionale Logik der Einheitsbildung, die mit dem marktbezogenen Regulierungsbegriff nicht angemessen beschrieben wird. Der Veränderungsdruck reicht weiter, muss aber in der eigenen Welt des Rechts verarbeitet werden und verlangt nach Ansicht des Autors zur Erfassung transnationaler Regelungsstrukturen eine neue Autonomie des Rechts.

Martini, Mario

Der Markt als Instrument hoheitlicher Verteilungslenkung

Möglichkeiten und Grenzen einer marktgesteuerten staatlichen Verwaltung des Mangels

Band 176
2008. XX, 912 Seiten.

ISBN 9783161493324
Leinen 174,00 €

ISBN 9783161512575
eBook PDF 174,00 €

In einer Zeit, in der die Schere zwischen den Bedürfnissen und den vorhandenen Ressourcen immer weiter auseinander zu klaffen droht, wird der Ruf nach knappheitsgerechten Verteilungsmechanismen immer lauter. Namentlich die Ökonomik reklamiert für sich den Anspruch, einen sinnvollen Beitrag zur Optimierung der staatlichen Verteilungsordnung erbringen zu können. Mario Martini geht den komplexen Fragen grundrechtlicher wie finanzverfassungsrechtlicher Natur nach, die eine Implementierung des Marktes als Instrument staatlicher Verwaltung des Mangels aufwirft. Ihre Bandbreite reicht von der Gemeinwohlorientierung des Zuteilungsmechanismus, der Steuerungsverantwortung des Parlaments über die Gefahren staatlicher Pleonexie, der Vereinbarkeit mit dem Gedanken des Steuerstaates sowie dem finanzverfassungsrechtlichen Äquivalenzprinzip bis hin zu Fragen der Gleichheit in der Zeit und der Risikoordnung zwischen Staat und Grundrechtsträgern. Ausgehend von dem Gedanken, dass die Wahl des Marktes als Handlungsinstrument den Staat nicht der Verantwortung für die Verteilungsergebnisse enthebt, rekonstruiert der Autor die Grundrechte als verfassungsrechtliche Grenze der Risikozuweisung. Die Ergebnisse werden auf die wichtigsten denkbaren Referenzbereiche marktwirtschaftlicher Primär- und Sekundärallokation heruntergebrochen, insbesondere Frequenzen, Umweltnutzungsrechte, Start- und Landrechte, Rohstoffabbaurechte oder Außenwirtschaftsgenehmigungen.

Heinig, Hans Michael

Der Sozialstaat im Dienst der Freiheit

Zur Formel vom »sozialen« Staat in Art. 20 Abs. 1 GG

Band 175
2008. XXVII, 668 Seiten.

ISBN 9783161496530
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161512568
eBook PDF 129,00 €

Das Sozialstaatsprinzip findet in der gegenwärtigen Staatsrechtslehre kaum Beachtung. Der Sozialstaat gilt verfassungsrechtlich als diffuses Phänomen. Teils wird der Rechtscharakter der Formel vom sozialen Staat generell bestritten, teils wird ihr kein materieller Inhalt zugesprochen, sondern ihre Ausfüllung pauschal dem Gesetzgeber überlassen. Dabei bedarf die Praxis des Sozialstaates durchaus der verfassungsrechtlichen Anleitung. Hans Michael Heinig veranschaulicht gute Gründe dafür, daß der Sozialstaat des Grundgesetzes normativ zuvörderst der Sicherstellung von Mindestbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben dienen soll. Er zeigt auf, dass die Herstellung von Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Sicherheit demgegenüber als verfassungsrechtliche Primärziele zurücktreten. Auf diese Weise von seinem Dienst an der Freiheit her begriffen, gewinnt der soziale Staat theoretisch wie dogmatisch Konturen: Die Freiheitsfunktionalität bildet von Verfassungs wegen Grund wie Grenze des Sozialstaates. Freiheit meint dabei sowohl die individuelle Selbstbestimmung wie die Teilhabe an der demokratischen Selbstregierung. Hieraus entsteht ein spannungsvolles Wechselspiel zwischen Freiheitsschutz durch und gegenüber dem Sozialstaat. Denn der Dienst der Freiheit bestimmt verfassungsunmittelbare Mindestanforderungen an den sozialen Staat, markiert aber auch die Grenze des jedem sozialstaatlichen Geben vorgeschalteten Nehmens. Fragen nach sozialen Grundrechten oder nach der Begründung eines Existenzminimums finden so ebenso sinnvolle Antworten wie solche nach den Grenzen sozialstaatlicher Umverteilung.

Englisch, Joachim

Wettbewerbsgleichheit im grenzüberschreitenden Handel

mit Schlussfolgerungen für indirekte Steuern

Band 174
2008. XXIII, 892 Seiten.

ISBN 9783161494154
Leinen 164,00 €

ISBN 9783161512551
eBook PDF 164,00 €

Infolge des stetigen Abbaus zolltarifärer und sonstiger Marktzutrittsschranken verlieren spezifisch an den Grenzübertritt anknüpfende Hemmnisse für den grenzüberschreitenden Handel zunehmend an Bedeutung. In den Fokus rücken stattdessen solche Vorgaben, die den internationalen Güteraustausch auch hinsichtlich der allgemeinen rechtlichen Rahmenbedingungen vor Wettbewerbsnachteilen schützen sollen. Vom deutschen Gesetzgeber sind insofern vor allem die Bestimmungen des EG-Vertrages sowie des Welthandelsrechts zu beachten. Joachim Englisch analysiert die einschlägigen Diskriminierungsverbote und kontrastiert sie mit den Anforderungen des Grundgesetzes. Er untersucht zunächst die rechtsdogmatischen Strukturen gleichheitsrechtlicher Direktiven und bettet sie in die Lehre vom Rechtsprinzip ein. Von besonderem Interesse sind sodann die wechselseitigen Verschränkungen im Mehrebenensystem und die verbleibenden Gestaltungsspielräume des nationalen Gesetzgebers bei der Verfolgung kollidierender Ziele. Neben dem Gebot folgerichtiger



Wertung kommt hier dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz auch gleichheitsrechtlich eine zentrale, obschon je nach dem Entwicklungsstand der Rechtsordnung abgestufte Rolle zu. Der Autor rundet die Untersuchung mit Schlussfolgerungen zur Anwendung der gewonnenen Erkenntnisse auf dem Gebiet der indirekten Steuern ab. Im Vordergrund stehen dabei die Bedeutung des Leistungsfähigkeitsprinzips, versteckt diskriminierende Steuersysteme sowie die internationale Doppelbesteuerung.
Das Buch wurde mit dem Albert-Hensel-Preis 2007 ausgezeichnet.

Wißmann, Hinnerk

Generalklauseln

Verwaltungsbefugnisse zwischen Gesetzmäßigkeit und offenen Normen

Band 173
2008. XVIII, 363 Seiten.

ISBN 9783161495557
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161512544
eBook PDF 114,00 €

Der Verfassungsgrundsatz der 'Gesetzmäßigkeit' verlangt, daß die öffentliche Verwaltung durch Parlamentsgesetze gesteuert und durch Gerichte kontrolliert wird. Die Untersuchung von Wißmann zeigt zunächst, wie sich das Verhältnis von Gesetz, Freiheit und 'guter policey' seit dem Ausgang des Mittelalters entwickelt hat. Für die Verfassungsordnung des Grundgesetzes folgt daraus, daß insbesondere die Grundrechte – gegen die Tendenz ihrer Diversifizierung in Sonderdogmatiken – den überzeugenden Ausgangspunkt einer entsprechenden übergreifenden, förmlich-rationalen Aufgabenteilung der Staatsfunktionen bilden. Verfassungsrechtlich gefordert ist dabei ein hinreichendes Maß an inhaltlicher Bestimmtheit, die die Vorhersehbarkeit wie den Nachvollzug von Verwaltungsentscheidungen ermöglicht, nicht hingegen eine maximale Standardisierung der Regelungen.
Die 'Eigenständigkeit' der Verwaltung ist das funktional sowie rechtlich vorausgesetzte Widerlager der Gesetzesbindung. Ihre Gestaltungsaufgabe kann vielfach nicht einmal im Modell als 'Anwendung' von Gesetzen rekonstruiert werden. Daher muß die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung zu einem differenzierten Steuerungs- und Kontrollverbund weiterentwickelt werden. Dabei kann auf Generalklauseln als Regelungstypus nicht verzichtet werden. Sie sichern in vielen Sachbereichen die Rückbindung an gesetzliche Aufgabenbestimmungen und gewährleisten zugleich die Offenheit für die Weiterentwicklung der Verwaltungstätigkeit wie eine wirksame Kontrolle der Verwaltung durch die Gerichte.

Hecker, Jan

Marktoptimierende Wirtschaftsaufsicht

Öffentlich-rechtliche Probleme staatlicher Wirtschaftsinterventionen zur Steigerung der Funktionsfähigkeit des Marktes

Band 172
2007. XVII, 303 Seiten.

ISBN 9783161489808
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161512537
eBook PDF 99,00 €

Der moderne Interventionsstaat schränkt zugunsten nichtökonomischer Zielwerte das freie Spiel der Marktkräfte partiell ein. Staatliche Aufsichtsbehörden werden aber auch zur Steigerung der Funktionsfähigkeit des Marktes tätig. Jan Hecker erfaßt diesen Typus staatlicher Wirtschaftsinterventionen mit dem Begriff der *marktoptimierenden Wirtschaftsaufsicht*. Anhand des Kartellrechts, des Telekommunikationsrechts und des Wertpapierhandelsrechts analysiert er, unter welchen öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen der Staat die Systemrationalität des Marktes zur Geltung bringt. Der Autor relativiert verbreitete Deutungsmuster, die diese Gebiete rein als Ordnungen individuellen Freiheitsausgleichs wahrnehmen und so zu bestimmten verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Problemschichten nicht vorstoßen. Er entwirft eine auf den Aspekt des Funktionsschutzes orientierte Dogmatik der marktoptimierenden Wirtschaftsaufsicht und leuchtet ihre Bezüge zur ökonomischen Theorie des Marktversagens aus. Besonderes Augenmerk wird verfassungsrechtlichen Fragen der Aufsichtsgesetzgebung gewidmet. Der Autor begründet, dass marktoptimierende Aufsichtsnormen als Grundrechtseingriffe gewertet werden müssen, obwohl sie Funktionsbedingungen eines freiheitlichen ökonomischen Handlungssystems absichern. Er legt dar, welche Anforderungen das Grundgesetz an die technokratisch-wissenschaftliche Qualität der legislativen Entscheidungsfindung stellt. Die verwaltungsrechtlichen Untersuchungsabschnitte beschäftigen sich mit Fragen der verwaltungsgerichtlichen Kontrolldichte und mit der Anwendung des Untersuchungsgrundsatzes in Verwaltungsstreitverfahren über marktoptimierende Aufsichtsakte.

Cancik, Pascale

Verwaltung und Öffentlichkeit in Preußen

Kommunikation durch Publikation und Beteiligungsverfahren im Recht der Reformzeit

Band 171
2007. XVII, 507 Seiten.

ISBN 9783161492952
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161512520
eBook PDF 119,00 €

Pascale Cancik untersucht die Offizialisierung und Professionalisierung von Verwaltungskommunikation im Preußen des frühen 19. Jahrhunderts. Zu dieser Zeit erreichte der aufklärerische Öffentlichkeitsdiskurs der 'Sattelzeit' verschiedene Bereiche von Gesellschaft und Recht (Parlamente, Gerichte, Presse). Die Verwaltung indessen, die damals ihre modern-bürokratische Form entwickelte, wird von der historischen Forschung kaum mit jenen liberalen Öffentlichkeitsforderungen in Verbindung gebracht. Ist das gegenwärtig wieder viel untersuchte Thema Verwaltung und Öffentlichkeit zu Recht kein Thema (rechts-)historischer Forschung? Die Autorin zeigt zunächst, dass es durchaus einen zeitgenössischen Publizitätsdiskurs gab, der sich gerade auch auf Verwaltung bezog. Aber kam dieser auch in der Praxis von Recht und Verwaltung an? Da Öffentlichkeiten sich in Kommunikationen manifestieren, werden zwei Felder von Verwaltungskommunikation genauer untersucht: die Publikation staatlichen Handelns durch die Verwaltung sowie die Entwicklung konkreter Verwaltungsverfahren, innerhalb derer die Verwaltung mit Bürgern kommuniziert. Im Zentrum stehen dabei jeweils die Rolle von Recht und Rechtspraxis. Es ergibt sich ein komplexes Bild von Motiven und Intensitäten der Einbeziehung oder gar Beteiligung von Bürgern. Bis heute genutzte Techniken, Medien und Verfahren wurden damals mit Hilfe von Recht konzipiert und eingeübt. Sie sind nicht, wie manchmal behauptet, ausschließlich mit Demokratie

verbunden.

Pöcker, Markus

Stasis und Wandel der Rechtsdogmatik

Von der rationalistischen Rechtsvorstellung zu einer rechtstheoretisch angeleiteten Dogmatik des Öffentlichen Rechts

Band 170
2007. XII, 280 Seiten.

ISBN 9783161492877
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161512513
eBook PDF 99,00 €

Die heutige Rechtsdogmatik basiert mit ihren zentralen Figuren auf theoretischen Annahmen des 19. Jahrhunderts. Dieser Umstand versperrt der Dogmatik den Weg zu einer adäquaten rechtlichen Bearbeitung der Probleme der gegenwärtigen ausdifferenzierten Gesellschaft. Behindert wird die dringend notwendige Weiterentwicklung der rechtstheoretischen Grundlagen der Rechtsdogmatik durch den Umstand, daß Rechtsdogmatik und Rechtstheorie heute als Kommunikationszusammenhänge weitgehend gegeneinander abgeschottet sind und ein Austausch zwischen beiden nicht mehr stattfindet. Markus Pöcker sieht den Grund dieser aktuellen kommunikativen Abschottung der Dogmatik gegenüber der Rechtstheorie in einer routinemäßigen Verfestigung ihrer auf ihre überholten theoretischen Grundlagen gegründeten Kommunikationsstruktur. Auf der Grundlage dieser Beobachtung kann eine Öffnung der Dogmatik zur Theorie im Sinne eines beide Elemente verbindenden Diskurses nur im Wege einer Veränderung dieser Kommunikationsroutine, also als Veränderung der Dogmatik von innen heraus, erfolgen. Der Autor schlägt insofern vor, in der dogmatischen Kommunikation die Aporien aufzuzeigen, in die die Dogmatik wegen ihrer gegenwärtigen theoretischen Grundannahmen gerät. Wo dies möglich ist, skizziert er – in Anlehnung an die Systemtheorie Niklas Luhmanns – außerdem auch schon Rekonstruktionsmöglichkeiten.

Schenke, Ralf P.

Die Rechtsfindung im Steuerrecht

Konstitutionalisierung, Europäisierung und Methodengesetzgebung

Band 169
2007. XXVII, 574 Seiten.

ISBN 9783161512506
eBook PDF 129,00 €

Die Steuerrechtslehre konnte sich erst vergleichsweise spät als eigenständige Disziplin konstituieren und ist seit ihren Anfängen durch tiefe rechtsmethodische Gegensätze bestimmt. Ralf Peter Schenke rekonstruiert die Debatte, indem er die zentralen Positionen und Argumentationslinien des steuerrechtlichen Methodenstreits analysiert und die sich weitgehend verselbständigte Kontroverse wieder in den Kontext der aktuellen rechtsmethodischen Entwicklung stellt. Ein Schwerpunkt seiner Untersuchung liegt auf der Bedeutung der Verfassung für die Rechtsmethodik. Hier zeigt sich, dass die auch in anderen Disziplinen bemühte 'Konstitutionalisierung' als dem vermeintlichen Königsweg aus dem Methodenstreit an Grenzen stößt, weil klare Kriterien für die Abwägung divergierender Prinzipien des Methodenverfassungsrechts fehlen. Zusätzlich herausgefordert sieht sich die konstitutionalisierte Methodenlehre durch die Europäisierung der (Steuer-) Rechtsordnung. Diese nötigt dazu, tradierte Grundsätze der Methodenlehre erneut zu prüfen. Der Autor begreift die Verfassung lediglich als Rahmenordnung der Rechtsfindung. Dies eröffnet dem Gesetzgeber Gestaltungsspielräume, die er im Wege der Methodengesetzgebung ausfüllen kann. Entsprechende Methodennormen können im Steuerrecht auf eine lange Tradition zurückblicken und sind Ausdruck einer vom Gesetzgeber zu verantwortenden Gewichtung von Rechtssicherheit und Steuergerechtigkeit sowie der von ihm beabsichtigten Funktionenteilung zwischen den rechtsanwendenden Gewalten.

Schmidt am Busch, Birgit

Die Gesundheitssicherung im Mehrebenensystem

Band 168
2007. XXIV, 463 Seiten.

ISBN 9783161493089
Leinen 109,00 €

ISBN 9783161512490
eBook PDF 109,00 €

An die Stelle des Nationalstaats ist ein 'multi level government' getreten. Damit stellen sich neue rechtspolitische Herausforderungen und rechtsdogmatische Fragen. Eine Schlüsselfrage im Mehrebenensystem ist die Verteilung der Aufgaben zwischen den Ebenen.

Birgit Schmidt am Busch untersucht, ob sich Kriterien finden, die eine systematische Aufgabenzuordnung zu den jeweiligen staatlichen Ebenen ermöglichen. Als Referenzgebiet dient ihr dabei der hoch aktuelle, komplexe Bereich der Gesundheitssicherung. Am Beispiel der vier Grundaufgaben der Gesundheitssicherung – Prävention, Kuration, Rehabilitation, Sterbebegleitung – stellt sie unter eingehender Analyse Struktur und Funktion des europäischen Mehrebenensystems dar. Ihr Augenmerk richtet sie dabei auch auf den sogenannten Dritten Sektor, d.h. auf die zwischen Staat und Markt angesiedelten Institutionen.

Die Autorin zeigt, dass sich die Aufgaben der Gesundheitssicherung auf zwei Aufgabentypen zurückführen lassen: Sie sind entweder produktbezogen, d.h. zielen auf die Eindämmung der von einem Produkt ausgehenden Gefahrenquellen für die menschliche Gesundheit (Lebensmittel), oder verhältnisbezogen, d.h. zielen auf die Bekämpfung der vom Menschen selbst ausgehenden Gefahren (Epidemien). Die Aufgabenverteilung im Mehrebenensystem hängt entscheidend davon ab, ob es sich um eine reine Wirtschaftsgemeinschaft handelt oder um ein integratives System. Die produktbezogenen Aufgaben werden in der Regel zentral wahrgenommen. In integrativen Systemen werden darüber hinaus auch die verhältnisbezogenen Aufgaben von der zentralen Ebene koordiniert, um einheitliche Lebensverhältnisse zu erzielen.

Schorkopf, Frank

Grundgesetz und Überstaatlichkeit

Konflikt und Harmonie in den auswärtigen Beziehungen Deutschlands

Band 167
2007. X, 355 Seiten.

ISBN 9783161494802
Leinen 109,00 €

ISBN 9783161512483
eBook PDF 109,00 €

Deutschland gehört zu den einflussreichsten Staaten der Gegenwart. Zugleich ist der deutsche Bundesstaat in allen lebensweltlichen Bereichen in hohem Maße mit überstaatlichen Strukturen verbunden. Hoheitliches Handeln scheint grundsätzlich nur noch in einem Flechtwerk aus sachlichen Zwängen, politischen Rücksichtnahmen und rechtlichen Notwendigkeiten möglich zu sein. Auf diesem Entwicklungspfad ist das nationale Verfassungsrecht für die Politik zuweilen eher ein Hindernis als ein Handlungsmaßstab. Frank Schorkopf setzt sich in seinem Buch zum Ziel, den deutschen Verfassungsstaat und sein Recht aus dieser Problemperspektive und aus den Widersprüchen der Internationalisierung der Staatenbeziehungen erfassbar zu machen. Er unternimmt es, das deutsche Außenstaatsrecht in den Zusammenhang einer neuen Auffassung über die verfassungsrechtlichen Grundlagen der auswärtigen Beziehungen zu stellen. Anhand ausgewählter Problemlagen der Überstaatlichkeit wird diskutiert, wie die Auslegung des Rechts für die Außenbeziehungen anzupassen ist. Im Mittelpunkt der Argumentation steht ein Verständnis des modernen Verfassungsstaates im Kraftfeld von Universalität und Partikularität. Danach ist der Schlüssel für die freiheitsgerechte Organisation politischer Herrschaft in der Ausbildung einer überstaatlichen Gewaltenbalance zu suchen, die vom staatlichen Harmoniewillen, aber auch von seiner Konfliktbereitschaft geprägt ist.

»Die Veröffentlichung wurde von der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung gefördert.«.

Schröder, Rainer

Verwaltungsrechtsdogmatik im Wandel

Band 166
2007. XVII, 379 Seiten.

ISBN 9783161512476
eBook PDF 109,00 €

Ist die Verwaltungsrechtswissenschaft in der Lage, gesellschaftliche Veränderungen ohne Verlust ihrer wissenschaftlichen Identität aufzunehmen? Rainer Schröder geht dieser Frage in drei Teilen nach: Zunächst widmet er sich der Entstehung und frühen Entwicklung der Wissenschaft vom Verwaltungsrecht. Im zweiten Teil untersucht er den Funktionswandel der öffentlichen Verwaltung unter dem Grundgesetz. Über Art. 28 Abs. 1 GG erweisen sich hier zunächst Eingriffs- und Leistungsverwaltung verklammert. Art. 1 Abs. 3 und 3 Abs. 1 GG führen zur Figur der Selbstbindung der Exekutive und relativieren so administrative Freiheitsräume in den Bereichen des unbestimmten Rechtsbegriffs und Ermessens. Eine Revision der Lehre vom besonderen Gewaltverhältnis wird von einem Risikoverwaltungsrecht begleitet. Das Recht der Planung löst Forderungen nach einem grundlegenden Methodenwandel aus, und die Phänomene der Europäisierung und Privatisierung leiten auch in der Verwaltungsrechtswissenschaft einen Rückzug des Staats ein.

Vor diesem Hintergrund setzt der Autor im dritten Teil zu einer Neujustierung der Verwaltungsrechtswissenschaft an. In Auseinandersetzung mit der wissenschaftlichen Debatte um die Reform des Allgemeinen Verwaltungsrechts überprüft er die verbleibende Relevanz der juristischen Methode der Verwaltungsrechtswissenschaft und erarbeitet abschließend Innovationen im Verhältnis von Öffentlichem Recht und Privatrecht, dem Recht der Verwaltungsorganisation und der Handlungsformenlehre. Dogmatische Leitunterscheidungen wie Staat und Gesellschaft, Innen und Außen, Privatrecht und Öffentliches Recht, Eingriff und Leistung werden dabei intakt gehalten.

Müller-Terpitz, Ralf

Der Schutz des pränatalen Lebens

Eine verfassungs-, völker- und gemeinschaftsrechtliche Statusbetrachtung an der Schwelle zum biomedizinischen Zeitalter

Band 165
2007. XXV, 637 Seiten.

ISBN 9783161489143
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161512469
eBook PDF 139,00 €

Schon seit der Antike wird in der Philosophie, Theologie, Medizin, aber auch in der Rechtswissenschaft über den Status des pränatalen menschlichen Lebens gestritten. Durch jüngere biomedizinische Entwicklungen erhielt diese Debatte abermals kräftigen Auftrieb. Ralf Müller-Terpitz nimmt dies zum Anlaß, erneut der Frage nach dem rechtswissenschaftlichen Status des pränatalen Lebens im nationalen wie internationalen Recht nachzugehen. Er bezieht dabei die Statusdebatten anderer Fachdisziplinen (Naturwissenschaft, Ethik, Theologie) in seine Betrachtung mit ein und untersucht ihre Relevanz für den rechtswissenschaftlichen Diskurs. Seine Analyse beschränkt sich im übrigen nicht nur auf den verfassungsrechtlichen Status des pränatalen Lebens, sondern auch auf seine rechtliche Stellung im Völker- und Gemeinschaftsrecht. Für das nationale Verfassungsrecht kommt der Autor dabei zum Ergebnis, dass der Embryo – sei es *in vivo* oder *in vitro* – schon ab der Fertilisation oder einem vergleichbar frühen Entstehenszeitpunkt (Zellkerntransfer) grundrechtlichen Würde- und Lebensschutz genießt, der auch nicht unter Berufung auf sein noch frühes biologisches Entwicklungsstadium »prozesshaft abgestuft« werden darf. Im Völker- und Gemeinschaftsrecht wird das pränatale Leben zwar als schützenswertes Rechtsgut anerkannt; diese Rechtsordnungen gewähren ihm aber nur einen auf bestimmte Verwendungsverbote reduzierten »angemessenen« (relativen) Überlebensschutz. Abschließend erörtert der Autor die Frage, welche konkreten Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen im Hinblick auf bestimmte biomedizinische Gefährdungstatbestände für das pränatale Leben zu ziehen sind.

Haack, Stefan

Verlust der Staatlichkeit

Band 164
2007. XXXII, 528 Seiten.

ISBN 9783161493980
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161512452
eBook PDF 139,00 €

Die Frage nach der Bedeutung und nach dem Bestand der Staatlichkeit im europäischen Einigungsprozeß zählt gegenwärtig zu den am meisten diskutierten Grundproblemen der Staatstheorie und des Öffentlichen Rechts. Stefan Haack erschließt das Wesen der Staatlichkeit von einem eigenen staatswissenschaftlichen Ansatz her, indem er »Staatlichkeit« als die Form der grundlegenden politischen Bindung eines Gemeinwesens versteht und Kriterien zu ihrer Identifizierung im Zusammenspiel verschiedener politischer Ebenen entwickelt. Verfassungsrecht wird dabei als die rechtliche Umsetzung eines solchen grundlegenden politischen Gebundenseins interpretiert. Anhand des geltenden EU-Rechts und anhand des gescheiterten Verfassungsvertrages untersucht der Autor, welche Elemente des Staatseins auf der Ebene der Europäischen Union bereits vorhanden sind und welche weiteren Reformen einen europäischen Bundesstaat ins Leben rufen würden. Aufgeklärt wird dabei auch, in welchem Zusammenhang die Staatlichkeitsfrage zu bestimmten Vorgehensweisen, insbesondere zu einem möglichen Verfassungsreferendum, steht. Auch ein möglicher Wandel der Staatsform im europäischen Einigungsvorgang wird erörtert. Abschließend werden die verfassungsrechtlichen Konsequenzen dieser Erkenntnisse diskutiert. Es zeigt sich, daß bereits das bestehende EU-Primärrecht die Verbürgungen des Art. 79 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 20 GG verletzt. Die Preisgabe der deutschen Staatlichkeit in einem gesamteuropäischen Bundesstaat müßte sich dabei, auch bei einer Inanspruchnahme von Art. 146 GG, als Bruch der grundgesetzlichen Ordnung erweisen.

Bungenberg, Marc

Vergaberecht im Wettbewerb der Systeme

Eine rechtsebenenübergreifende Analyse des Vergaberechts

Band 163
2007. XV, 376 Seiten.

ISBN 9783161493096
Leinen 109,00 €

ISBN 9783161512445
eBook PDF 109,00 €

Auf Grund von Systemwettbewerb, immer stärkerer Privatisierungstendenzen und der Einführung marktwirtschaftlicher Parameter im Bereich der öffentlichen Aufgabenbewältigung hat das Recht der öffentlichen Auftragsvergabe in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Angesichts der Grundsätze der Offenheit und des Vorrangs der deutschen Wirtschaftsverfassung müssen Europäisierung und Internationalisierung bei der Ermittlung verfassungsrechtlicher Grundprinzipien des öffentlichen Beschaffungswesens umfassender einbezogen werden. Unter Berücksichtigung der relevanten völker- und europarechtlichen Vorgaben untersucht Marc Bungenberg die das Recht der öffentlichen Beschaffungen prägenden Prinzipien. In einer rechtsebenenübergreifenden Analyse macht er deutlich, dass die Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Aufgabenbewältigung das prägende Leitmotiv für die Auftragsvergabe darstellt. Er arbeitet einzelne rechtliche und ökonomische Komponenten heraus, welche die »wirtschaftliche Auftragsvergabe« umsetzen. Dabei werden unter anderem die grundsätzlichen Anforderungen an Vergabeverfahren und Rechtsschutz auch unterhalb der sogenannten Schwellenwerte deutlich. Zur Wirtschaftlichkeit der Auftragsvergabe tragen insbesondere die Gewährleistung wirtschaftlicher Freiheiten der potentiellen Auftragnehmer bei. Zudem bezieht er in die Effizienzanalyse der Auftragsvergabe ökologische und soziale Gesichtspunkte ein. Abschließend wird erörtert, inwieweit die Erarbeitung und Verabschiedung eines multilateralen Beschaffungsabkommens sinnvoll erscheint.

Dammann, Jens

Materielles Recht und Beweisrecht im System der Grundfreiheiten

Band 162
2007. XXI, 572 Seiten.

ISBN 9783161493409
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161512438
eBook PDF 129,00 €

Die Grundfreiheiten des EG-Vertrages begrenzen die Regelungsautonomie der Mitgliedstaaten. In einer Welt, die durch das Bestehen tatsächlicher Unsicherheiten geprägt ist, werden diese Grenzen nicht allein durch materielle rechtliche Anforderungen an die mitgliedstaatliche Gesetzgebung bestimmt. Vielmehr kommt auch beweisrechtliche Aspekte, insbesondere der Beweislastverteilung und dem Beweismaß, eine tragende Rolle zu. Materielles Recht und Beweisrecht stehen dabei nicht isoliert nebeneinander, sondern entfalten erst im Zusammenspiel ihre Wirkung. Für die Auslegung des EG-Vertrages ist diese Interdependenz von wesentlicher Bedeutung. Es ist anerkannt, dass teleologische Erwägungen bei der Auslegung des EG-Vertrages eine zentrale Rolle spielen. Ob eine bestimmte Auslegung den Zielen einer Vorschrift oder des Vertrages insgesamt dient, lässt sich jedoch nicht ohne Blick auf die Konsequenzen dieser Auslegung beurteilen. Diese Konsequenzen ergeben sich ihrerseits erst durch das Zusammenwirken von Beweisrecht und materiellem Recht. Sucht man deshalb nach derjenigen Auslegung, die der *ratio conventionis* am ehesten gerecht wird, so kommt man nicht umhin, sowohl beweisrechtliche als auch materielle rechtliche Aspekte zu bedenken: Aus teleologischer Sicht ist diejenige Auslegung des Vertrages geboten, die beweisrechtliche und materielle rechtliche Vorgaben in optimaler Weise verbindet. Jens Dammann schlägt eine Auslegung der Grundfreiheiten vor, die dieser Einsicht gerecht wird.

Fassbender, Bardo

Der offene Bundesstaat

Studien zur auswärtigen Gewalt und zur Völkerrechtssubjektivität bundesstaatlicher Teilstaaten in Europa

Band 161
2007. XVII, 495 Seiten.

ISBN 9783161492181
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161512421
eBook PDF 119,00 €

Bardo Fassbender entwickelt den Typus des »offenen Bundesstaats« europäischer Prägung. Diesen sieht er durch eine Öffnung gegenüber der Völkerrechtsgemeinschaft gekennzeichnet, indem seine Teil- oder Gliedstaaten eigene völkerrechtliche Beziehungen zu auswärtigen Staaten und anderen Völkerrechtssubjekten unterhalten können. Er untersucht insbesondere die auswärtige Gewalt und die Völkerrechtsfähigkeit der bundesstaatlichen Teilstaaten und die Bedeutung einer solchen Rechtsstellung für die von Umbrüchen und Widersprüchen geprägte internationale Ordnung der Gegenwart. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht der deutsche Bundesstaat von 1867/71, 1919 und 1949, doch finden in vergleichender Analyse auch andere europäische Bundes- und dezentralisierte Staaten, die Europäische Union und – im Kontrast – die USA Beachtung. In den Grenzen seines Themas zeichnet der Autor die großen Linien der deutschen und ausländischen Rechtsentwicklung seit dem siebzehnten Jahrhundert nach, begnügt sich dabei aber nicht mit einem nur grob



gezeichneten Bild, sondern dringt dort, wo es angezeigt erscheint, unter Auswertung der historischen Quellen auch in die Einzelheiten von Recht und Verfassungspolitik ein. Auf dieser Grundlage trägt er auch zur Lösung dogmatischer Probleme des geltenden deutschen Verfassungsrechts bei, insbesondere der Frage, ob sich das völkerrechtliche Vertragschließungsrecht des Bundes auch auf den Bereich der ausschließlichen Gesetzgebung der Länder erstreckt.

Inhaltsübersicht

Einleitung

1. Kapitel: Der offene Bundesstaat in Europa
 2. Kapitel: Die Grundlegung der Völkerrechtsfähigkeit der deutschen Länder im Zeitalter der Gründung des Deutschen Reiches (1866–1871)
 3. Kapitel: Der Weg zum Bundesstaat: Auswärtige Hoheitsrechte der deutschen Territorien und Einzelstaaten vor der Reichsgründung
 4. Kapitel: Die »Blütezeit«: Auswärtige Hoheitsrechte der Einzelstaaten und Bundesstaatsdogmatik im Kaiserreich
 5. Kapitel: Demokratisierung und Unitarisierung: Die auswärtige Gewalt der Länder unter der Weimarer Reichsverfassung
 6. Kapitel: Auswärtige Beziehungen im offenen Verfassungsstaat: Die auswärtige Gewalt der Länder der Bundesrepublik Deutschland
 7. Kapitel: Stabilität versus Pluralität? Der offene Bundesstaat in der Völkerrechtsordnung der Gegenwart
- Schlußbetrachtung: Zukunftsperspektiven – Ein Versuch
Quellen- und Literaturverzeichnis
Sach- und Personenregister

Röben, Volker

Außenverfassungsrecht

Eine Untersuchung zur auswärtigen Gewalt des offenen Staates

Band 160
2007. XXIX, 570 Seiten.

ISBN 9783161493751
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161512414
eBook PDF 129,00 €

Ziel der Untersuchung ist, ein angemessenes Verständnis staatlicher Rechtsetzung in auswärtigen Gegenständen mit Wirkung nach außen und nach innen zu erlangen. Auf diese Rechtsetzung erheben Völkerrecht und nationales Verfassungsrecht einen Regelungsanspruch. Auswärtige Rechtsetzung ist daher als Gegenstand des Völkerrechts und des Verfassungsrechts zu betrachten. Die auswärtige Gewalt des vom Grundgesetz verfaßten Staates ist mithin öffentliche Gewalt eines Verfassungsstaates im vollen Sinne, also gesetzgebend, vollziehend und rechtsprechend, mit Wirkung nach außen und nach innen. Das kann mit dem Begriff des Außenverfassungsrechts erfaßt werden. Die Verfassung stellt neben den innerstaatlichen einen auswärtigen (völkerrechtlichen) Rechtsetzungsprozeß. Beide unterliegen konsistenter Verfassungsbindung. Die Untersuchung gliedert sich in sieben Teile. Zunächst stellt Volker Röben die Rechtsetzung im differenzierten Völkerrecht dar, um die eine Seite des normativen Rahmens auswärtiger Rechtsetzung zu beleuchten. Anschließend zeigt er die andere, verfassungsrechtliche Seite dieses Rahmens und prüft, wie das Grundgesetz diese Rechtsetzung rezipiert, sie innerstaatlichen Entscheidungsverfahren unterwirft und ihren Vollzug organisiert. Die drei Untersuchungsteile ergeben ein allgemeines Modell der auswärtigen Rechtsetzung als Problem des Völkerrechts und des Verfassungsrechts. Danach erprobt und vertieft Volker Röben dieses Modell an drei Referenzsystemen. Die Referenzsysteme sind die kollektive Sicherheit, die europäische Integration und der Grundrechtsschutz. Anhand jedes Bereichs kann eine zentrale dogmatische Frage des Außenverfassungsrechts demonstriert werden.

Lang, Heinrich

Gesetzgebung in eigener Sache

Eine rechtstheoretische und rechtssystematische Untersuchung zum Spannungsverhältnis von Distanzgebot und Eigennutz

Band 159
2007. XIX, 570 Seiten.

ISBN 9783161491948
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161512407
eBook PDF 139,00 €

In Verwaltung und Rechtsprechung gilt der verfassungs- und vielfach auch einfachgesetzlich normierte Grundsatz, dass niemand in eigener Sache entscheiden darf. Für die Gesetzgebung fehlen scheinbar entsprechende Regelungen. Das wird vor allem im Bereich des staatlichen Politikfinanzierungsrechts zunehmend als offene Flanke des Verfassungsstaats empfunden. Heinrich Lang untersucht Grund und Grenzen eigeninteressierter Gesetzgebung. Verfassungsrechtliche gebundene Herrschaftsausübung, so die Hauptthese des Autors, ist legitimatorisch auf eine Distanz zwischen Entscheidungsträger und Entscheidungsgegenstand angewiesen, die bei Entscheidungen in eigener Sache verletzt wird. Am Beispiel des geltenden Abgeordnetenfinanzierungsrechts zeigt er zunächst in einer umfangreichen Analyse die strukturelle Schwäche selbstbegünstigender Entscheidungsstrukturen auf. Das Fehlen wirksamer Kontrollmechanismen hat zu einer in weiten Teilen verfassungswidrigen Ausgestaltung des Abgeordnetenfinanzierungsrechts geführt. Im rechtstheoretischen Teil wird gezeigt, dass die strukturelle Defizienz der Entscheidungen in eigener Sache in der parlamentarischen Demokratie nicht das Ergebnis einer Selbstbedienungsmentalität der Abgeordneten, sondern einer Selbstbedienungskonstellation ist. Sie verweist auf einen Webfehler in der parlamentarischen Entscheidungsfindung. Während die Durchsetzung »störender« Sonderinteressen im Normalfall des parlamentarischen Repräsentationsprozesses durch den notwendigen Ab- und Ausgleich divergierender Interessen verhindert wird, führt bei eigeninteressierter Gesetzgebung die Distanzlosigkeit zum Entscheidungsgegenstand zu defizitären Ergebnissen. Der Autor zeigt auch Wege auf, wie die verfassungsstaatliche Distanz wiederhergestellt und gerade das Politikfinanzierungsrecht dem Streit entzogen werden kann.

Hofmann, Ekkehard

Abwägung im Recht

Chancen und Grenzen numerischer Verfahren im Öffentlichen Recht

Band 158
2007. XXIII, 601 Seiten.

ISBN 9783161492389
Leinen 154,00 €

ISBN 9783161512391
eBook PDF 154,00 €

Die Abwägungsdogmatik hält nach einer langjährigen und umfangreichen Rechtsprechungsgeschichte nicht nur eine Fülle von Lösungen für Einzelfragen des Planungsrechts bereit. Darüber hinaus lässt sich das dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz entstammende Gebot gerechter Abwägung auch ohne weiteres als allgemeine Grundstruktur komplexer hoheitlicher Handlungen entfalten. Bisher nur wenig beachtet wurde hingegen, dass das Abwägungsgebot bestimmte Anforderungen im Sinne einer Handlungsnorm an Verwaltung und Gesetzgeber stellt, die mit der üblichen natürlich-sprachlichen Darstellungsweise nicht hinreichend bewältigt werden können. Insbesondere die Durchführung einer Gesamtabwägung unter Heranziehung einer bilanzierenden Betrachtungsweise stellt die Praxis vor methodische Probleme. Da aber der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz Grundvoraussetzungen rationalen Handelns formuliert, erscheint eine Weiterentwicklung des Rechts angezeigt. Ekkehard Hofmann zieht hierfür die wirtschaftswissenschaftliche Entscheidungstheorie heran, in der eine Vielzahl leistungsfähiger Methoden zur Beschreibung und Anleitung von Entscheidungsvorgängen entwickelt worden ist. Um die Übertragbarkeit dieser Verfahren auf den Kontext hoheitlicher Entscheidungen zu überprüfen, werden die bisherigen Anwendungsfelder formaler Ansätze in der Praxis ausführlich analysiert. Die zunehmend erkennbaren Bemühungen der deutschen Bundesregierung, der US-Regierung und in jüngster Zeit auch der EU-Kommission um eine transparente und kalkulatorisch leistungsfähige Methodik lassen erwarten, dass derartige Instrumente in Zukunft bei Rechtsanwendung und Rechtsetzung verstärkt zum Einsatz kommen werden.

Leisner, Walter Georg

Existenzsicherung im Öffentlichen Recht

Minimum – Grundlagen – Förderung

Band 157
2007. XXXIII, 530 Seiten.

ISBN 9783161492891
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161512384
eBook PDF 139,00 €

Walter Georg Leisner stellt die hochaktuelle Problematik der Existenzsicherung in ihrer historischen Entwicklung aus kirchlicher Caritas, Wohlfahrtsstaatlichkeit und Armenfürsorge dar. Dabei untersucht er ihre geistesgeschichtlichen Hintergründe bis hin zur Existenzphilosophie. Davon ausgehend entwickelt der Autor Grundlinien einer Dogmatik der Existenzsicherung, die auf dem Schutz des Existenzminimums, der Existenzgrundlagen und der Existenzförderung basiert. Normative Grundlagen finden sich im Verfassungsrecht, im Satz von der Menschenwürde sowie in zentralen Grundrechten, wie etwa dem Recht auf Leben oder der Berufsfreiheit. Das Bundesverfassungsgericht verpflichtet insbesondere die staatliche Steuergewalt auf den Schutz des Existenzminimums. Ihren Schwerpunkt findet Existenzsicherung im Öffentlichen Recht: Im Sozialrecht, im Abgabenrecht, im Asyl- und Ausländerrecht sowie im Subventionsrecht soll elementaren Lebensbedürfnissen Rechnung getragen werden. Sogar im Zivilrecht sichern dies die Pfändungsgrenzen und das Verbot der Knebelungsverträge. All diese vielfältigen, aber normativ zersplitterten Regelungen müssen zusammengesehen und koordiniert werden. Dabei möchte Walter Georg Leisner kein ökonomisches Minimum bestimmen, wohl aber Wertigkeiten und Prioritäten aufzeigen, die dabei zu beachten sind.

Rensmann, Thilo

Wertordnung und Verfassung

Das Grundgesetz im Kontext grenzüberschreitender Konstitutionalisierung

Band 156
2007. XIX, 463 Seiten.

ISBN 9783161491061
Leinen 109,00 €

ISBN 9783161512377
eBook PDF 109,00 €

Das wertorientierte Grundrechts- und Verfassungsverständnis des Bundesverfassungsgerichts bleibt als prätorische Rechtsschöpfung in seiner Rationalität und Legitimität prekär. Thilo Rensmann legt mit der Einbeziehung des grenzüberschreitenden Kontexts eine 'Rationalitätsreserve' frei, die bislang noch nicht hinreichend gewürdigt worden ist. Die Grundthese seiner Untersuchung lautet, daß das Grundgesetz und die Wertordnungsjudikatur des Bundesverfassungsgerichts von Anfang an in den Kontext des nach dem Zweiten Weltkrieg aufkeimenden transnationalen Menschenrechtskonstitutionalismus eingebunden waren und daher nur aus diesem Zusammenhang vollständig verstanden werden können. Ein wesentliches Anliegen des Autors liegt in der Aufschlüsselung dieses genetischen Zusammenhangs zwischen den Grundrechten des Grundgesetzes und dem menschenrechtlichen Wertesystem der internationalen Gemeinschaft, wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte seinen authentischen Ausdruck gefunden hat. Rationalität und Legitimität der Wertordnungsjudikatur des Bundesverfassungsgerichts werden aber auch in ihrem aktuellen grenzüberschreitenden Kontext überprüft. Dabei werden nicht nur die 'Wertordnungsverfassungen' anderer Staaten, sondern auch die Verfassung der Vereinigten Staaten als der wirkmächtige liberal-rechtsstaatliche Gegenentwurf ('Verfassung ohne Wertordnung') in das Untersuchungsspektrum einbezogen. Schließlich zieht der Autor die Linien des Wertordnungsdenkens in den übernationalen Raum aus, indem er die Transformation der Europäischen Union von einer supranationalen Wirtschaftsgemeinschaft zu einer konstitutionalisierten Wertegemeinschaft sowie die allmähliche Wandlung des Völkerrechts von einer staatenorientierten Konsensordnung zu einer anthropozentrischen Wertordnung nachzeichnet.



Winterhoff, Christian

Verfassung – Verfassunggebung – Verfassungsänderung

Zur Theorie der Verfassung und der Verfassungsrechtserzeugung

Band 155
2007. XXX, 506 Seiten.

ISBN 9783161491412
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161512360
eBook PDF 119,00 €

Im Hinblick auf die Schaffung neuen Verfassungsrechts wird gemeinhin zwischen Verfassunggebung und Verfassungsänderung differenziert. Von Verfassunggebung ist die Rede, wenn eine neue Verfassung – wie z.B. 1949 das Grundgesetz – unabhängig von einer früheren Verfassung ins Werk gesetzt wird. Verfassungsänderung meint demgegenüber die nach Maßgabe einer geltenden Verfassung erfolgende Revision einzelner Verfassungsbestimmungen (vgl. etwa Art. 79 GG). Doch wie verhält es sich mit der Differenzierung zwischen Verfassunggebung und Verfassungsänderung in atypischen Konstellationen: Kann Verfassungsänderung auch vorliegen, wenn eine neue Verfassung geschaffen wird? Und ist umgekehrt die Novellierung bloß einzelner Verfassungsbestimmungen qua Verfassunggebung denkbar? Christian Winterhoff geht zuerst auf die Verfassung, den gemeinsamen Bezugspunkt von Verfassunggebung und Verfassungsänderung, ein. Er beschreibt und analysiert dabei neben der historischen Entwicklung vor allem das Zusammenwirken der heute als typisch angesehenen formellen und materiellen Verfassungsmerkmale. Den Schwerpunkt seiner Untersuchung bildet die Entwicklung einer Theorie, welche die Voraussetzungen für eine Unterscheidbarkeit von Verfassunggebung und Verfassungsänderung ebenso benennt wie die konkret anwendbaren Abgrenzungskriterien. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse ermöglichen nicht nur eine zutreffende verfassungstheoretische Einordnung selbst atypischer Fälle der Verfassungsrechtserzeugung, sondern sind auch für die Lösung verfassungsrechtlicher Streitfragen, z.B. hinsichtlich Existenz und Inhalt ungeschriebener Schranken der Verfassungsrevision, bedeutsam.

Talmon, Stefan

Kollektive Nichtanerkennung illegaler Staaten

Grundlagen und Rechtsfolgen einer international koordinierten Sanktion, dargestellt am Beispiel der Türkischen Republik Nord-Zypern

Band 154
2006. XXXIX, 1052 Seiten.

ISBN 9783161479816
Leinen 179,00 €

ISBN 9783161580871
eBook PDF 164,00 €

Mehr als 100 Jahre war die Debatte über die Wirkung der Anerkennung von Staaten geprägt von der Auseinandersetzung zwischen der deklaratorischen und der konstitutiven Theorie. Am Beispiel der international nicht anerkannten Türkischen Republik Nord-Zypern zeigt Stefan Talmon, daß keine der beiden Theorien die Nichtanerkennung von Wirkungseinheiten erklären kann, die die Staatskriterien erfüllen, aber unter Verstoß gegen das Völkerrecht entstanden sind. Der Nichtanerkennung eines bestehenden Staates kommt weder statusverhindernde noch statusbestätigende, sondern statusverneinende, d.h. negatorische Wirkung zu. Bei der kollektiven Nichtanerkennung handelt es sich um eine von der Staatengemeinschaft seit den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts eingesetzte Sanktion gegen schwerwiegende, die wesentlichen Interessen der Staatengemeinschaft als Ganzes verletzende Völkerrechtsverstöße. Bei der vom Völkerbund bzw. von den Vereinten Nationen koordinierten Nichtanerkennung werden dem 'illegalen Staat' nicht nur die optionalen zwischenstaatlichen Beziehungen und die sich der daraus ergebenden Rechte und Privilegien, sondern auch die zwingenden Grundrechte eines Staates (d.h. alle aus der Staatsqualität resultierenden Rechte, Kompetenzen und Privilegien) vorenthalten.

Hochhuth, Martin

Die Meinungsfreiheit im System des Grundgesetzes

Band 153
2007. XXIV, 401 Seiten.

ISBN 9783161490736
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161512353
eBook PDF 114,00 €

Wie sind die modernen, nachdiktatorischen Verfassungen zu handhaben, für die das Grundgesetz ein besonders erfolgreiches Beispiel ist? Wieviel demokratische Politik ist angesichts der großen Richtermacht noch möglich? Martin Hochhuth entwickelt ein neues Verfassungsverständnis. Danach ist das Grundgesetz ein System, bei dessen Interpretation stets die Gesamtarchitektur im Blick bleiben muß. Zu dieser Gesamtarchitektur gehört die starke Dynamik bestimmter Freiheitsrechte, insbesondere der geistigen Freiheiten. Sie gelten zwar nicht schrankenlos, aber sie sind schwerer zu begrenzen als die bloß wirtschaftlichen Freiheiten. An der Meinungsfreiheit wird gezeigt, wie jenes am 23. Mai 1949 qualitativ gewandelte Verfassungsrecht sich einer bereits vorgefundenen, ihrerseits ebenfalls schon kodifizierten Rechtsordnung überstülpt. Die wettbewerbsrechtliche Reklamerechtsprechung und die Ehrschutzproblematik spiegeln die Wandlung durch Konstitutionalisierung. Eigenständige Systeme sinken zu Subsystemen der Verfassungsordnung ab, indem sie der neue Anspruch eines klagbaren Freiheitsrechts durchdringt. Aus dem neuartigen Verfassungssystem folgen Kriterien, durch die manche der bei Art. 5 Abs. 1 und 2 GG aufgebrochenen Verwerfungen unvermeidlich erscheinen, andere aber als richterliche Anmaßung erkennbar werden. Die »Lüth«-Rechtsprechung, aber auch »Elfes«, »Abtreibung 1« und »Apothekenurteil« markieren den neuen, aber eben unvermeidlichen Anspruch dieses Verfassungstyps. Der Streit um die Fälle »Stolpe« oder »Benetton« wird von diesem neuen Konzept aus verständlich.

Anderheiden, Michael

Gemeinwohl in Republik und Union

Band 152
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2006. XXVIII, 736 Seiten.

ISBN 9783161580420
eBook PDF 134,00 €

Michael Anderheiden arbeitet in diesem Buch den für das öffentliche Recht zentralen Begriff des Gemeinwohls so heraus, dass er sowohl auf nationaler als auch auf europäischer und globaler Ebene Anwendung finden kann. Ausgehend von der Notwendigkeit eines materiellen und individualistischen Gemeinwohlbegriffs, der um holistische Inhalte ergänzt wird, untersucht er vor allem den interaktiven Gebrauch von Grundrechten und Grundfreiheiten und die Bereitstellung und Pflege kollektiver Güter. Dieser Ansatz verknüpft viele Facetten des Verfassungsrechts miteinander und verleiht dessen grundlegenden Zielbestimmungen schärfere Konturen. Dabei wird insbesondere das Republikprinzip historisch angemessen erfasst. Exemplarische Vertiefungen geben Impulse für das Verwaltungs-, Finanzverfassungs- und Völkerrecht.

Alleweldt, Ralf

Bundesverfassungsgericht und Fachgerichtsbarkeit

Band 151
2006. XVII, 375 Seiten.

ISBN 9783161490002
Leinen 109,00 €

ISBN 9783161580710
eBook PDF 99,00 €

Kaum ein Thema des deutschen Verfassungsrechts ist so ausführlich und gleichzeitig so ergebnisarm diskutiert worden wie der Prüfungsumfang des Bundesverfassungsgerichts bei der Urteilsverfassungsbeschwerde. Das Verfassungsgericht selbst agiert uneinheitlich nach schwer nachvollziehbaren Kriterien; immer wieder werden ihm Kompetenzüberschreitungen vorgeworfen. Den Kritikern ist es bislang jedoch nicht gelungen, den zutreffenden Umfang der verfassungsgerichtlichen Befugnisse in einem rechtsdogmatischen Modell zu beschreiben. Mehr und mehr Stimmen behaupten die Unlösbarkeit des Problems. Nahezu einhellig wird allerdings angenommen, die verfassungsgerichtliche Kontrolle könne nicht einfach den Anforderungen des materiellen Grundrechtsschutzes folgen. Ralf Alleweldt untersucht die Gründe für diese Annahme und arbeitet heraus, daß sie auf brüchigen Prämissen beruht. Er zieht die Verbindungslinien vom prozessualen Problem des Prüfungsumfangs zur materiellen Grundrechtsdogmatik. Die Uneinheitlichkeit der Rechtsprechung erklärt sich teilweise dadurch, daß die Verfassung je nach der im Einzelfall betroffenen Grundrechtsdimension unterschiedliche Anforderungen an eine gerichtliche Entscheidung stellt. Es ist nur in Teilbereichen begründbar, warum sich die Kontrolltätigkeit des Verfassungsgerichts von der materiellen Reichweite der Grundrechte lösen sollte. Auf der Grundlage dieser Erkenntnis entwickelt der Autor ein strukturiertes, interpretativ aus der Verfassung ableitbares und praxisbezogenes Modell der verfassungsgerichtlichen Überprüfung von Gerichtsentscheidungen.

Inhaltsübersicht

EINLEITUNG

TEIL 1: HISTORISCHE UND MATERIELLRECHTLICHE GRUNDLAGEN

1. Kapitel: Der Weg zur Unlösbarkeit: Das Dilemma der Grundrechtsprüfung
2. Kapitel: Einzelfallbezogene Grundrechtsbindung in der heutigen Grundrechtsdogmatik

TEIL 2: DIE RECHTSPRECHUNGSPRAXIS DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS

3. Kapitel: Entwicklung des Prüfungsumfangs im verfassungsgerichtlichen Selbstverständnis
4. Kapitel: Kontrolltypen
5. Kapitel: Tatsächliches Entscheidungsverhalten des Bundesverfassungsgerichts
6. Kapitel: Erkenntnisse aus der Kontrollpraxis

TEIL 3: DIREKTE GRUNDRECHTSKONTROLLE: LÖSUNGSMODELLE IN DER LITERATUR

7. Kapitel: Begrenzungsmodelle
8. Kapitel: Die Beiträge der Staatsrechtslehretagung 2001

TEIL 4: DIREKTE GRUNDRECHTSKONTROLLE: ANALYSE UND EIGENER VORSCHLAG

9. Kapitel: Überprüfung der traditionellen Problemsicht
10. Kapitel: Eingriffskontrolle
11. Kapitel: Ausstrahlungskontrolle
12. Kapitel: Vollständige Grundrechtsprüfung, verfassungsgerichtliche Kontrollpraxis und Staatsrechtslehre

TEIL 5: RECHTSBINDUNGSKONTROLLE

13. Kapitel: Willkürkontrolle
14. Kapitel: Rechtsfortbildungskontrolle
15. Kapitel: Grundlagenkontrolle

TEIL 6: TATSACHEN- UND DEUTUNGSKONTROLLE

16. Kapitel: Tatsachenkontrolle
17. Kapitel: Deutungskontrolle

ERGEBNIS

LITERATURVERZEICHNIS

Walter, Christian

Religionsverfassungsrecht

in vergleichender und internationaler Perspektive



Band 150
2006. XXXI, 664 Seiten.

ISBN 9783161489907
Leinen 154,00 €

ISBN 9783161580116
eBook PDF 139,00 €

Christian Walter stellt das bislang überwiegend institutionell verstandene Staatskirchenrecht aus der Perspektive der Grundrechte dar. Er betrachtet die unterschiedlichen Transformationsprozesse der Systeme der Trennung von Staat und Kirche in Frankreich und den USA und stellt diesen die Veränderungen im deutschen Modell der Kooperation gegenüber. Dabei zeigt sich trotz fortbestehender Unterschiede im Theoretischen und Grundsätzlichen eine Angleichung der Lösungen in der praktischen Rechtsanwendung. Um die historische Tiefendimension der Entwicklungen deutlich zu machen, erfolgt zunächst eine historisch-vergleichende Betrachtung der drei Rechtsordnungen anhand der Leit motive der Säkularisierung und der Individualisierung. Die 'Vergrundrechtlichung' des institutionellen Staatskirchenrechts wird anschließend an ausgewählten Beispielen vergleichend belegt, bevor ihre Verstärkung auf europäischer und internationaler Ebene durch die europäischen und internationalen Menschenrechtsgarantien analysiert wird. Schließlich präsentiert der Autor die dogmatischen Konsequenzen der beschriebenen Vergundrechtlichung für das deutsche Staatskirchenrecht. Seine Grundthese ist, dass ein modernes Religionsverfassungsrecht Freiräume für die diskriminierungsfreie Ausübung der individuellen und korporativen Religionsfreiheit in einer säkularen Rahmenordnung schaffen und erhalten muss, aber nicht in den Dienst kultureller Assimilation gestellt werden darf. Dieser grundrechtliche Ansatz wird den Problemen einer religiös zunehmend pluralen Gesellschaft und der Notwendigkeit der Integration der in Deutschland lebenden Muslime besser gerecht als das eher institutionell ausgerichtete traditionelle Staatskirchenrecht.

Stumpf, Christoph A.

Alternative Streitbeilegung im Verwaltungsrecht

Schiedsgerichtsverfahren – Schiedsgutachten – Mediation – Schlichtung

Band 149
2006. XXIII, 349 Seiten.

ISBN 9783161489815
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161580567
eBook PDF 89,00 €

Das Verwaltungsrecht ist traditionell vom Bild eines obrigkeitlichen Staates geprägt, der dem Bürger vor allem mit hoheitlichen Maßnahmen begegnet. Hier ist allerdings ein Wandel erkennbar: Vormalig öffentlichrechtliche Funktionen werden zunehmend auf Privatpersonen übertragen, während sich der Staat aus zahlreichen Bereichen zurückzieht oder mit dem privaten Sektor auf Augenhöhe kooperiert. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit gilt freilich bislang weiterhin als klassische staatliche Domäne. Dennoch wurden mittlerweile auch hier die Voraussetzungen geschaffen, um Konflikte zwischen der staatlichen Verwaltung und Privaten mit alternativen Methoden der Streitbeilegung jenseits der staatlichen Gerichtsbarkeit anzugehen. Die wachsende Zahl von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Privaten, die Gegenstand von Schiedsgerichtsverfahren auf internationaler Ebene sind, mag die praktische Relevanz der alternativen Streitbeilegung in diesem Bereich illustrieren. Christoph A. Stumpf untersucht die verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Rahmenbedingungen für derartige Methoden der alternativen Streitbeilegung, wobei das 'echte' und das 'unechte' Schiedsverfahren, das Schiedsgutachten, die Mediation und die Schlichtung im Zentrum des Interesses stehen. Hierbei werden zum einen die grundsätzliche verfassungsrechtliche Zulässigkeit dieser Methoden auf nationaler Ebene sowie ihre Bedeutung auf internationaler Ebene erörtert und zum anderen die praktische Durchführung entsprechender Verfahren dargestellt. In diesem Kontext werden auch die Vorzüge der einzelnen Methoden, insbesondere ihre Sachnähe zu den beizulegenden Konflikten und ihre praktische Effektivität, näher beleuchtet.

Inhaltsübersicht

1. KAPITEL: Einleitung

2. KAPITEL Die echte Verwaltungsschiedsgerichtsbarkeit

Abschnitt 1: Begrifflichkeit der echten Verwaltungsschiedsgerichtsbarkeit A. Der Begriff der echten Schiedsgerichtsbarkeit B. Der Begriff des Verwaltungsrechts im Schiedsverfahren

Abschnitt 2: Der verfassungsrechtliche Rahmen echter verwaltungsgerichtlicher Schiedsgerichtsbarkeit

- A. Das staatliche »Rechtsprechungsmonopol«
- B. Die Garantie des Rechtsweges gegen Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt
- C. Die Vereinbarkeit der verwaltungsrechtlichen Schiedsgerichtsbarkeit mit dem Rechtsstaatsprinzip
- D. Verfassungsrechtlicher Schutz der verwaltungsrechtlichen Schiedsgerichtsbarkeit

Abschnitt 3: Die Grundlagen des Schiedsverfahrens

- A. Die gesetzlichen Grundlagen des Schiedsverfahrens im Verwaltungsrecht
- B. Beteiligte des Schiedsverfahrens
- C. Die vertraglichen Grundlagen der echten Schiedsgerichtsbarkeit im Verwaltungsrecht
- D. Das Verhältnis zwischen der Verwaltungsschiedsgerichtsbarkeit und dem staatlichen Rechtsweg

Abschnitt 4: Die Durchführung des Schiedsverfahrens

- A. Grundprinzipien des Schiedsverfahrens
- B. Ablauf des Schiedsverfahrens
- C. Beendigung des Schiedsverfahrens
- D. Einstweiliger Rechtsschutz im Schiedsverfahren
- E. Durchsetzung und Aufhebung von Schiedssprüchen

Abschnitt 5: Resumé

3. KAPITEL: Die unechte Verwaltungsschiedsgerichtsbarkeit

Abschnitt 1: Begrifflichkeit der unechten Verwaltungsschiedsgerichtsbarkeit A. Der Begriff der unechten Verwaltungsschiedsgerichtsbarkeit

B. Der Begriff des Verwaltungsrechts und die unechten Schiedsgerichte

Abschnitt 2: Obligatorische Verwaltungsschiedsgerichte

- A. Die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen für obligatorische Verwaltungsschiedsgerichte
- B. Die Gerichtsverfassung obligatorischer Verwaltungsschiedsgerichte



- C. Das Verfahren vor unechten Verwaltungsschiedsgerichten
- D. Die Entscheidungsgrundlage der obligatorischen Verwaltungsschiedsgerichtsbarkeit
- E. Wirkung der Entscheidungen von obligatorischen Verwaltungsschiedsgerichten
- F. Einstweiliger Rechtsschutz
- G. Das Verhältnis zwischen unechten Verwaltungsschiedsgerichten und der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Abschnitt 3: Obligatorische Verwaltungsschiedsbehörden als unechte Verwaltungsschiedsgerichte im weiteren Sinne

- A. Die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen von Verwaltungsschiedsbehörden
- B. Die Struktur von Verwaltungsschiedsbehörden
- C. Das Verfahren vor unechten Verwaltungsschiedsbehörden
- D. Die Wirkung der Entscheidung von Verwaltungsschiedsbehörden
- E. Einstweiliger Rechtsschutz durch Verwaltungsschiedsbehörden
- F. Das Verhältnis zwischen unechten Verwaltungsschiedsgerichten und dem Verwaltungsrechtsweg

Abschnitt 4: Resumé

4. KAPITEL: Das Schiedsgutachten im Verwaltungsrecht

Abschnitt 1: Begriff und Rechtsnatur des Schiedsgutachtens im Verwaltungsrecht

- A. Der Begriff des verwaltungsrechtlichen Schiedsgutachtens und seine Abgrenzung zu anderen Methoden der alternativen Streitbeilegung im öffentlichen Recht
- B. Die Rechtsnatur von Schiedsgutachten im Verwaltungsrecht

Abschnitt 2: Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen des Schiedsgutachtens

- A. Die Zulässigkeit öffentlichrechtlicher Schiedsverträge im Verwaltungsrecht nach dem Rechtsstaatsprinzip
- B. Die Gewährung rechtlichen Gehörs im schiedsgutachterlichen Verfahren
- C. Die Garantie des Weges zu den staatlichen Gerichten bei Verletzungen durch die öffentliche Gewalt

Abschnitt 3: Die Einordnung von Schiedsgutachten im Verwaltungsrecht in das System öffentlichrechtlicher Verträge

- A. Das Schiedsgutachten im Verwaltungsrecht als öffentlichrechtlicher Vergleichsvertrag
- B. Grenzen der Zulässigkeit von Schiedsgutachten im Verwaltungsrecht aufgrund des öffentlichrechtlichen Vertragsrechts

Abschnitt 4: Die Stellung der Parteien eines schiedsgutachterlichen Vertrages

Abschnitt 5: Der Schiedsgutachter

- A. Die Ernennung des Schiedsgutachters
- B. Das Verhältnis des Schiedsgutachters zu den Parteien

Abschnitt 6: Das Schiedsgutachten

- A. Rechtsnatur des Schiedsgutachtens
- B. Entscheidungsmaßstab

Abschnitt 7: Das Verhältnis von verwaltungsrechtlichen Schiedsgutachten zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren

Abschnitt 8: Resumé

5. KAPITEL: Die Mediation im Verwaltungsrecht

Abschnitt 1: Begrifflichkeit und Rechtsnatur der verwaltungsrechtlichen Mediation

- A. Der Begriff des verwaltungsrechtlichen Mediationsverfahrens und seine Abgrenzung zu anderen Methoden der alternativen Streitbeilegung im öffentlichen Recht
- B. Rechtsnatur des verwaltungsrechtlichen Mediationsverfahrens

Abschnitt 2: Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen des verwaltungsrechtlichen Mediationsverfahrens

- A. Rechtsstaatsprinzip und Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
- B. Garantie des rechtlichen Gehörs

Abschnitt 3: Gesetzliche Rahmenbedingungen der verwaltungsrechtlichen Mediation

- A. Verhältnis des Mediationsverfahrens zum Verwaltungsverfahren
- B. Gesetzliche Regelungen über die Durchführung von verwaltungsrechtlichen Mediationsverfahren
- C. Die verwaltungsverfahrensrechtliche Umsetzung von Ergebnissen des verwaltungsrechtlichen Mediationsverfahrens

Abschnitt 4: Typologie der verwaltungsrechtlichen Mediation

- A. Funktion des Konfliktmittlers
- B. Beteiligung des Staates an der Mediation
- C. Zeitlicher Zusammenhang zwischen Mediationsverfahren und Verwaltungsverfahren

Abschnitt 5: Beteiligte am Mediationsverfahren

- A. Vorhabenträger
- B. Private Beteiligte am Mediationsverfahren
- C. Die staatliche Verwaltung
- D. Der Konfliktmittler

Abschnitt 6: Durchführung von Mediationsverfahren

- A. Initiierungsphase
- B. Vorbereitungsphase
- C. Verhandlungsphase
- D. Umsetzungsphase

Abschnitt 7: Das Verhältnis zwischen verwaltungsrechtlicher Mediation und der Verwaltungsgerichtsbarkeit



Abschnitt 8: Resumé

6. KAPITEL: Das Schlichtungsverfahren im Verwaltungsrecht

Abschnitt 1: Begriff und Rechtsnatur des Schlichtungsverfahrens im Verwaltungsrecht

- A. Begriff des verwaltungsrechtlichen Schlichtungsverfahrens
- B. Rechtsnatur des verwaltungsrechtlichen Schlichtungsverfahrens

Abschnitt 2: Verwaltungsrechtliche Schlichtungsverfahren als gerichtliche Verfahren

- A. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen des gerichtlichen Schlichtungsverfahrens
- B. Die Durchführung von verwaltungsrechtlichen Schlichtungsverfahren als gerichtliche Verfahren
- C. Verhältnis des verwaltungsgerichtlichen Schlichtungsverfahrens vor Gericht zum eigentlichen Gerichtsverfahren

Abschnitt 3: Verwaltungsrechtliche Schlichtungsverfahren als Verwaltungsverfahren

- A. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen des verwaltungsbehördlichen Schlichtungsverfahrens
- B. Grundsätze des verwaltungsbehördlichen Schlichtungsverfahrens
- C. Verhältnis des verwaltungsrechtlichen Schlichtungsverfahrens zum herkömmlichen Vorverfahren

Abschnitt 4: Resumé

7. KAPITEL: Resumé

von Arnauld, Andreas

Rechtssicherheit

Perspektivische Annäherungen an eine 'idée directrice' des Rechts

Band 148
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2006. XXVI, 801 Seiten.

ISBN 9783161580413
eBook PDF 139,00 €

Neben der Gerechtigkeit ist die Rechtssicherheit einer der Hauptzwecke des Rechts. Bei der Gestaltung von Rechtsregeln spielt sie die Rolle eines Fluchtpunkts. Aus dem rechtlichen Diskurs einer institutionalisierten Rechtsordnung, zumal der deutschen, aber auch einer gemeineuropäischen, ist sie nicht wegzudenken. Andreas von Arnauld verdeutlicht und rekonstruiert eine *idée directrice* des Rechts, die gerade wegen ihrer Allgegenwart im juristischen Diskurs Gefahr läuft, verschüttet zu werden. Er legt dabei einen primär induktiv-phänomenologischen Ansatz zu Grunde. Aus verschiedenen Blickwinkeln heraus (begriffsgeschichtlich, genealogisch, topologisch, antinomisch) leuchtet er die Teleologie der Rechtssicherheit, ihre wesentlichen normativen Strukturen sowie Erscheinungsformen und Verwendungen des Rechtssicherheitsarguments aus. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf einer Darstellung der Vielschichtigkeit, mit welcher die Forderung nach Rechtssicherheit im deutschen öffentlichen Recht der Gegenwart umgesetzt wird. Der kritisch-wertende Vergleich mit anderen europäischen Rechtsordnungen trägt dazu bei, Einseitigkeiten der nationalen Perspektive zu korrigieren und einen differenzierten Blick auf Inhalt und Funktionsweise eines Verfassungsprinzips Rechtssicherheit zu werfen, welches vom Bundesverfassungsgericht seit langem dem Grundgesetz entnommen wird.

Tschentscher, Axel

Demokratische Legitimation der dritten Gewalt

Band 147
2006. XXIII, 410 Seiten.

ISBN 9783161487828
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161580017
eBook PDF 104,00 €

Die dritte Gewalt ist im Bereich der richterlichen Entscheidungstätigkeit von Weisungen freigestellt. Axel Tschentscher zeigt, daß die demokratische Legitimation nach dem herrschenden organisatorisch-formalen Modell zu Inkonsistenzen führt. Das Demokratieprinzip des Grundgesetzes interpretiert er im Sinne eines Kontrollmodells demokratischer Legitimation, bei dem die potentielle Inhaltskontrolle als primäres Kriterium dient. Das grundgesetzlich gebotene Legitimationsniveau kann bei funktionierender sachlich-inhaltlicher demokratischer Legitimation in einzelnen Bereichen auch ohne das personell-organisatorische Element der Legitimationskette verwirklicht werden. Die legitimatorische Reichweite der richterlichen Gesetzesbindung würde unterschätzt, wollte man dem Gesetzgeber eine tatsächlich ausgeübte, flächendeckende Steuerung statt bloß potentieller Inhaltskontrolle abverlangen. Nach dem Kontrollmodell bietet sich den Ländern ein breites Spektrum grundgesetzkonformer Verfahren der Richterbestellung, unter denen selbst kooperative Elemente nicht von vornherein ausgeschlossen sind.

Baer, Susanne

»Der Bürger« im Verwaltungsrecht

Subjektkonstruktion durch Leitbilder vom Staat

Band 146
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2006. X, 304 Seiten.

ISBN 9783161580406
eBook PDF 94,00 €

Wer ist Rechtssubjekt, wer ist der Bürger im deutschen Verwaltungsrecht? Welchen Leitbildern folgt das Verwaltungsverfahrensgesetz – und als was werden Bürgerinnen und Bürger im Rahmen dieser Leitbilder wahrgenommen? Bietet der aktivierende Staat eine Neuorientierung auch für das Verwaltungsrecht? Welche grundlegenden Weichen müssen juristisch gestellt werden, um das neue Leitbild in der Praxis zu verwirklichen? Susanne Baer untersucht zunächst, wie das Recht mit Menschen umgeht, sobald diese mit der Verwaltung in Kontakt treten. Die Auseinandersetzung mit der Rechtsprechung reicht dabei von der Rechts- und Handlungsfähigkeit über die Beteiligungsrechte bis hin zum Organisationsrecht. Die so gewonnenen Ergebnisse bezieht Susanne Baer dann auf die Leitbilder, die hinter der Dogmatik erscheinen. Die Autorin belegt, dass nur ein Recht des aktivierenden Staates private Subjekte als Bürgerinnen und Bürger richtig wahrnehmen und selbst mit konstruieren kann. Sie leistet damit einen Beitrag zur Diskussion um moderne

Schönberger, Christoph

Unionsbürger

Europas föderales Bürgerrecht in vergleichender Sicht

Band 145
2005. XXVI, 597 Seiten.

ISBN 9783161488375
Leinen 154,00 €

ISBN 9783161579981
eBook PDF 139,00 €

Die europäische Bürgerschaft bereitet der rechtswissenschaftlichen Analyse wie der politischen Theorie gleichermaßen Kopfzerbrechen. Die eingeführten Kategorien wie Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft sind auf den Staat bezogen. Verbreitet ist deshalb der negative Abgleich zwischen Unionsbürgerschaft und Staatsangehörigkeit. Er führt aber kaum über das tautologische Ergebnis hinaus, die Unionsbürgerschaft sei keine Staatsangehörigkeit, weil die Union kein Staat sei. Gegenstück dazu ist eine Deutung der Unionsbürgerschaft als menschenrechtlich-universeller Status (*post-national membership*). Beide Perspektiven sind negativ staatsfixiert und föderalismusblind. Die europarechtliche Sondersprache führt hier ebenfalls nicht weiter, sondern verharrt bei aussagearmen sui-generis-Formeln. Christoph Schönberger bietet einen Ausweg aus dieser Sackgasse der Diskussion. Er analysiert die Unionsbürgerschaft im Lichte föderaler Erfahrung und nutzt hierfür die Rechtsvergleichung mit Entstehung und Struktur der Bundesangehörigkeit in den Vereinigten Staaten, der Schweiz und Deutschland. Unterschiedliche Rechtspositionen der Unionsbürger wie etwa Aufenthalts-, Wahl- und soziale Rechte in den anderen Mitgliedstaaten, ihr diplomatischer Schutz oder das Wahlrecht zum Europäischen Parlament werden in einen systematischen föderativen Kontext eingeordnet. Die doppelte Zugehörigkeit des Unionsbürgers zu Mitgliedstaat und Union, so zeigt sich dabei, ist keineswegs ein Sonderphänomen der europäischen Integration; sie kennzeichnet vielmehr die fragile Normalität eines jeden Bundes.

Borowski, Martin

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit des Grundgesetzes

Band 144
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2006. XXXIV, 837 Seiten.

ISBN 9783161580390
eBook PDF 139,00 €

Das Grundrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit steht im Zentrum einer ganzen Reihe fundamentaler Kontroversen, beispielsweise des Streits um das Kreuzifix in der Schule, um das religiöse Kopftuch muslimischer Lehrerinnen oder um das Schächten. Strukturelle Besonderheiten der Glaubens- und Gewissensfreiheit und ihr Verhältnis zu den staatskirchenrechtlichen Artikeln des Grundgesetzes stellen den Interpreten vor besondere Herausforderungen. Martin Borowski unternimmt es, diesen besonders traditionell geprägten Komplex vor dem Hintergrund der Erkenntnisse der modernen Grundrechtsdogmatik zu rekonstruieren. Dies umfaßt insbesondere die exakte Analyse des Verhältnisses grundrechtlicher Rechte und staatskirchenrechtlicher Berechtigungen, der kollektiven und der individuellen Seite der Glaubensfreiheit, eine eingehende Untersuchung der Definition von 'Religion' sowie der Schrankenseite der Glaubens- und Gewissensfreiheit. Neben der abwehrrechtlichen Seite werden auch grundrechtliche Leistungsrechte im religiösen Bereich sowie die religiöse Gleichheit in den Blick genommen. Eingeleitet wird das Buch mit einem historischen Kapitel und der Analyse der Einbindung der grundgesetzlichen Gewährleistungen in das supranationale und internationale Recht.

Wittreck, Fabian

Die Verwaltung der Dritten Gewalt

Band 143
2006. XLI, 883 Seiten.

ISBN 9783161487835
Leinen 164,00 €

ISBN 9783161579998
eBook PDF 149,00 €

Die Verwaltung der deutschen Gerichtsbarkeit liegt traditionell in den Händen der Justizministerien des Bundes und der Länder. Dieses gewaltenverschränkende System wird zunehmend als hierarchielastig angegriffen. Ihm wird ein Konzept richterlicher Selbstverwaltung durch Justizverwaltungsräte gegenübergestellt. Fabian Wittreck weist nach, daß dieses Selbstverwaltungsmodell sowohl verfassungsrechtlich prekär als auch verfassungspolitisch verfehlt ist. Seine historische Genese wie die rechtsvergleichende Analyse weisen es als primär standespolitisches Projekt richterlicher Interessenvertretungen aus. Der Autor zeigt, daß das traditionelle System der Gerichtsverwaltung durch die Exekutive für die demokratische Legitimation der rechtsprechenden Gewalt unverzichtbar ist und plädiert deshalb für eine Revitalisierung der Dienstaufsicht. Als Grundlage dieser Thesen dient eine vollständige Bestandsaufnahme der Verwaltung der Dritten Gewalt, die sich über die Gerichte des Bundes und der Länder hinaus auch auf die europäische und internationale Gerichtsbarkeit erstreckt, die kirchlichen Gerichte nicht ausspart und der Sonderrolle der Verwaltung der Verfassungsgerichte breiten Raum widmet. In rechtsvergleichender Perspektive werden ferner die Systeme der Gerichtsverwaltung in Europa und den USA analysiert.

Baumeister, Peter

Der Beseitigungsanspruch als Fehlerfolge des rechtswidrigen Verwaltungsakts

Band 142
2006. XX, 482 Seiten.

ISBN 9783161485602
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161579752
eBook PDF 109,00 €

Das deutsche Verwaltungsrecht (einschließlich des Sozial- und Finanzverwaltungsrechts) kennt eine Vielzahl von Fehlerfolgenregelungen für den rechtswidrigen Verwaltungsakt: Neben den materiellrechtlichen Vorschriften über seine Aufhebung, die »Unbeachtlichkeit« von Fehlern und die verschiedenen Möglichkeiten der Heilung oder Nachbesserung finden sich zudem prozessuale Vorschriften. Gegen die betreffenden Normen werden seit ihrer Schaffung eine Vielzahl verfassungsrechtlicher Bedenken erhoben. Peter Baumeister unternimmt den Versuch, die Gesamthematik ausgehend vom subjektiven Recht, das durch den Verwaltungsakt verletzt wird, zu durchdringen. Die Rechtsverletzung löst als Reaktion einen Beseitigungsanspruch aus, dessen Grundlage nach Einschätzung des Autors, die durch Überlegungen zum Verhältnis von einfachrechtlichen subjektiven Rechten und den Grundrechten gestützt wird, stets in den Grundrechten als subjektiven Abwehrrechten zu sehen ist. Vor diesem Hintergrund werden – nach Klärung der Voraussetzungen der Rechtswidrigkeit und der Rechtsverletzung – die einzelnen gesetzlichen Beschränkungen und Ausschlüsse des Beseitigungsanspruchs unter

Berücksichtigung gemeinschaftsrechtlicher Vorgaben der kritischen Prüfung unterzogen. Das im Schrifttum verbreitete Verdikt der Verfassungswidrigkeit wie auch das der Gemeinschaftsrechtswidrigkeit erweist sich dabei, von Ausnahmen im Planfeststellungsrecht abgesehen, als meist überzogen. Andererseits belegt die Untersuchung die Notwendigkeit zu zahlreichen Änderungen der Auslegung des einfachen Rechts.

Möllers, Christoph

Gewaltengliederung

Legitimation und Dogmatik im nationalen und internationalen Rechtsvergleich

Band 141
2005. XXII, 515 Seiten.

ISBN 9783161486708
Leinen 124,00 €

ISBN 9783161579950
eBook PDF 114,00 €

Warum sind Staatsorganisationen traditionell in drei Gewalten gegliedert? Auf diese Frage gibt Christoph Möllers eine legitimationstheoretisch begründete Antwort und macht diese juristisch nutzbar: Moderne Verfassungen legitimieren sich durch den Schutz individueller Freiheit und die Ermöglichung demokratischer Selbstbestimmung, lassen jedoch den Vorrang zwischen beiden Legitimationsformen offen. Statt einer materiellen Vorrangregel dient das Prinzip der Gewaltengliederung dem Ausgleich beider Legitimationsansprüche durch Organisation und Verfahren. Auf Grundlage dieser Einsicht leitet der Autor Kriterien zur Bestimmung der drei Gewalten her, die die Auslegung von Art. 20 Abs. 2. S. 2 GG präzisieren, und im Vergleich mit dem Verfassungsrecht der USA auf Einzelprobleme Anwendung finden: Verfassungsgerichtsbarkeit, gerichtliche Kontrolle der Verwaltung und Delegation der Rechtsetzung. In einem zweiten Argumentationsgang bewährt sich dieses Modell auch bei föderalen Rechtsordnungen und übernationalen Organisationen wie der EU, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Welthandelsorganisation (WTO). Probleme der Kompetenzbestimmung zwischen Ebenen, der Verbundverwaltung oder der Anwendbarkeit von internationalem Recht werden durch das Modell auf eine systematische Grundlage gestellt.

Odendahl, Kerstin

Kulturgüterschutz

Entwicklung, Struktur und Dogmatik eines ebenenübergreifenden Normensystems

Band 140
2005. XLVII, 724 Seiten.

ISBN 9783161486432
Leinen 164,00 €

ISBN 9783161579844
eBook PDF 149,00 €

Kulturgüter sind als unwiederbringliche Zeugnisse geistiger und geschichtlicher Entwicklung von essentiellen Wert für jede Gesellschaft. Gleichwohl ist der Kulturgüterschutz als eigenständiges Rechtsgebiet vergleichsweise jung. Schwerpunktmäßig vom Öffentlichen Recht erfasst, aber gekennzeichnet durch das Ineinandergreifen zahlreicher Rechtsgebiete, leidet er unter einer erheblichen Unübersichtlichkeit und Fragmentierung. Kerstin Odendahl zeichnet zunächst die historische Entwicklung des Kulturgüterschutzes auf nationaler, völker- und europarechtlicher Ebene nach, um auf dieser Grundlage das heute bestehende Normensystem herauszuarbeiten. Darauf aufbauend wird untersucht, ob der Kulturgüterschutz über dogmatische Elemente verfügt, die allen Ebenen gemeinsam sind. Deutlich wird, dass es trotz aller Divergenzen zwischen den Normebenen eine ebenenübergreifende Dogmatik im Kulturgüterschutzbereich gibt. Abschließend zeigt die Autorin Wertungswidersprüche sowie Systembrüche auf und erarbeitet systemkohärente Lösungsvorschläge. Die »ebenenübergreifende Dogmatik«, exemplarisch für den Kulturgüterschutz entwickelt, beansprucht dabei als neuer wissenschaftlicher Ansatz auch für die übrigen Rechtsgebiete Geltung.

Welti, Felix

Behinderung und Rehabilitation im sozialen Rechtsstaat

Freiheit, Gleichheit und Teilhabe behinderter Menschen

Band 139
2005. XXVIII, 841 Seiten.

ISBN 9783161487255
Leinen 164,00 €

ISBN 9783161580031
eBook PDF 149,00 €

Behinderung, Rehabilitation, Gleichstellung, Selbstbestimmung und Teilhabe behinderter Menschen sind grundlegende Begriffe des Verfassungsrechts, des öffentlichen Rechts und hier speziell des Sozialrechts geworden. Felix Welti arbeitet die Rechtsbegriffe Behinderung und Rehabilitation aus ihren gesellschaftlichen, sozialmedizinischen, sozialwissenschaftlichen, institutionellen und politischen Bezügen heraus und berücksichtigt insbesondere die Bemühungen der Weltgesundheitsorganisation um einen einheitlichen wissenschaftlichen Begriff der Behinderung. Auf historischer, verfassungsrechtlicher und systematischer Ebene untersucht er die Verantwortung des sozialen Rechtsstaats für behinderte Menschen und ihre Rehabilitation. Der Autor begründet, dass Anerkennung und Schutz der Menschenwürde und der Grundrechte allen behinderten Menschen zukommt und entfaltet dogmatisch ihren Benachteiligungsschutz durch das Grundgesetz und die europäischen Antidiskriminierungsregeln. Dieser Schutz wird dabei als Regel rechtlicher Gleichheit und Prinzip sozialer Gleichheit gedeutet. Selbstbestimmung und Teilhabe behinderter Menschen sind Wirkungsweisen staatlich geschützter Grundrechte behinderter Menschen. An zahlreichen Beispielen aus dem Sozialrecht, Betreuungsrecht, Schadensersatzrecht und Arbeitsrecht erläutert der Autor diese Wirkungsweisen.

Die Arbeit wurde 2006 mit dem Zarnekow-Förderpreis für Rehabilitationsforschung ausgezeichnet.



von Coelln, Christian

Zur Medienöffentlichkeit der Dritten Gewalt

Rechtliche Aspekte des Zugangs der Medien zur Rechtsprechung im Verfassungsstaat des Grundgesetzes

Band 138
2005. XXX, 576 Seiten.

ISBN 9783161486616
Leinen 149,00 €

ISBN 9783161580024
eBook PDF 134,00 €

Öffentlichkeit der Rechtsprechung wird heute in erster Linie durch die Medien bewirkt; sie setzt die Zugänglichkeit der Dritten Gewalt für die Medien voraus. Die massenhafte Vergrößerung des Publikums verschärft jedoch zugleich die negativen Folgen der Öffentlichkeit. In der Frage nach der Zulassung von Fernsehkameras im Gerichtssaal kommt die Problematik besonders deutlich zum Ausdruck, ohne sich freilich auf diese Konstellation zu beschränken. Christian von Coelln leistet einen Beitrag zur Klärung der insofern bestehenden verfassungsrechtlichen Gemengelage von Grundrechten (Medienfreiheiten, Persönlichkeitsrechten) und Staatsstrukturprinzipien (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit). Er qualifiziert die Medienöffentlichkeit der Rechtsprechung als Verfassungsgrundsatz, der sich auf sämtliche Medien und auf die Tätigkeit der Rechtsprechung als Ganzes erstreckt. Neben der Teilnahme von Journalisten an Gerichtsverhandlungen behandelt er namentlich die Frage der Zulässigkeit von Bild- und Tonaufnahmen in und um den Gerichtssaal, wobei besonderes Augenmerk auf der grundrechtlichen Position der Medien liegt. Das umfassende gesetzliche Verbot von Rundfunkaufnahmen während laufender Verhandlungen hält der Autor für verfassungswidrig. Schließlich geht er u.a. noch auf die Veröffentlichung von Entscheidungen und auf die Öffentlichkeitsarbeit der Gerichte ein.

Schmidt, Thorsten Ingo

Kommunale Kooperation

Der Zweckverband als Nukleus des öffentlich-rechtlichen Gesellschaftsrechts

Band 137
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2005. XXXV, 695 Seiten.

ISBN 9783161580383
eBook PDF 124,00 €

Das öffentliche Recht, vormals lediglich von Kategorien der Über- bzw. Unterordnung gekennzeichnet, entwickelt sich im Zuge der Europäisierung zu einem umfassenden Recht der Hoheitsträger weiter und umschließt zunehmend auch Gleichordnungsverhältnisse. Dieses veränderte Leitbild betrifft nicht nur das Verhältnis der Bürger zum Staat, sondern auch die Beziehung verschiedener Hoheitsträger untereinander. Deren wechselseitiges Verhältnis kann nicht mehr adäquat mit den Kategorien des traditionellen, hierarchisch konzipierten Verwaltungsorganisationsrechts erfasst werden. Es bedarf der Öffnung hin zu einem modernen öffentlich-rechtlichen Gesellschaftsrecht. Am Beispiel des Rechts der kommunalen Zusammenarbeit nimmt Thorsten Ingo Schmidt eine handbuchartige dogmatische Grundlegung des öffentlich-rechtlichen Gesellschaftsrechts einschließlich seiner europa- und völkerrechtlichen Bezüge vor. Er zeigt, dass öffentlich-rechtliche Kooperationstypen wie der Zweckverband nicht nur erhebliche praktische Vorzüge aufweisen, sondern auch verfassungsrechtlichen Vorgaben besser genügen als privatrechtliche Formen der Zusammenarbeit. Dies widerspricht der These von der Formenwahlfreiheit der Verwaltung.

Inhaltsübersicht

Grundlagen kommunaler Kooperation
Bildung des Zweckverbandes und Hinzutreten weiterer Mitglieder
Mitglieder, Angehörige und Verbandsgerechtigkeit
Ausscheiden von Mitgliedern, Veränderungen des Zweckverbandes und besondere Organisationsformen
Interne Organisation des Zweckverbandes, Handlungsformen, Haftung und Vollstreckung
Finanz- und Wirtschaftsrecht des Zweckverbandes
Kontrolle des Zweckverbandes und prozessuale Stellung
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit
Ergebnisse und Anhänge

Haltern, Ulrich

Europarecht und das Politische

Band 136
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2005. XIV, 636 Seiten.

ISBN 9783161580000
eBook PDF 124,00 €

Die Mehrzahl der Bürger Europas steht der europäischen Integration gleichgültig gegenüber. Dieser Dichotomie müssen sich Juristen annehmen, denn Fragen der bürgerlichen Identität und der sozialen Legitimation sind eng mit dem Recht verbunden. Ulrich Haltern macht anhand einer kulturtheoretischen Analyse des Rechts die Unterschiede zwischen der Imagination des Politischen im Nationalstaat und in der Europäischen Union sichtbar. Die Unterschiede spiegeln sich im Recht: Recht ist nicht gleich Recht. Diese theoretische Erkenntnis wird an der europäischen Rechtspraxis in den Bereichen des Warenverkehrs, des Rechtsschutzes, der Grundrechte und der Unionsbürgerschaft erprobt. Dabei wird deutlich, daß der EuGH die Union aus ihrer Fixierung zwischen Interesse und Vernunft zunehmend in den Bereich kollektiven Willens und damit nationalstaatlicher Imagination des Rechts und des Politischen führt.

Inhaltsübersicht

Erster Teil: Das Politische in Europa

1. Kapitel: Das Studium Europas. Rechtswissenschaft und kulturtheoretischer Ansatz
2. Kapitel: Das Politische des Rechts und das Recht des Politischen
3. Kapitel: Die Identität Europas. Vernunft und Interesse

Zweiter Teil: Europarecht im Übergang?



- 4. Kapitel: Der Handel Europas. Freier Warenverkehr und ökonomische Rationalität
- 5. Kapitel: Das Recht Europas. Rechtsgemeinschaft und Individualrechtsschutz
- 6. Kapitel: Die Grundrechte Europas. Grundrechtsschutz und Identität
- 7. Kapitel: Die Bürgerschaft Europas. Marktbürgerschaft und Unionsbürgerschaft
- 8. Kapitel: Der Wille Europas. Das Politische und das Post-Politische

Zusammenfassung
Literaturverzeichnis
Register

Wernsmann, Rainer

Verhaltenslenkung in einem rationalen Steuersystem

Band 135
2005. XXIII, 525 Seiten.

ISBN 9783161484599
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161580048
eBook PDF 124,00 €

Soll das Steuerrecht auch die Umwelt schützen, die Gesundheit fördern, soziales Verhalten belohnen? Oder soll die Steuer den Staat nur mit Finanzmitteln ausstatten?

Rainer Wernsmann geht diesen Fragen nach und bemüht sich um eine differenzierte Sichtweise. Er unterscheidet zwischen dem rechtspolitisch Wünschenswerten und dem verfassungs- bzw. europarechtlich Gebotenen. Behandelt werden zunächst die historischen und ökonomischen Grundlagen der Verhaltensbeeinflussung durch Steuern. Darauf aufbauend werden vor allem die Verfassungsmaßstäbe für die Instrumentalisierung des Steuerrechts für nicht-fiskalische Zwecke herausgearbeitet. Dürfen steuerliche Lenkungsstatbestände den Regelungen des Sachgesetzgebers widersprechen? Darf der Gesetzgeber Zweckbindungen hinsichtlich des Steueraufkommens vorsehen? Handelt der Steuergesetzgeber, der durch steuerliche Vergünstigungen oder Sonderbelastungen oder durch die Einführung besonderer Steuern (wie der Mineralölsteuer oder der Tabaksteuer) Verhaltensempfehlungen gibt, widersprüchlich? Oder erzielt der Staat eine »doppelte Dividende«, nämlich Einnahmen einerseits und eine Verminderung sozialschädlichen Verhaltens andererseits? Im Ergebnis zeigt sich, dass Lenkungssteuern nicht hinsichtlich beider Zwecke (des Fiskal- und des Lenkungszwecks) geeignet, erforderlich und angemessen sein müssen. Die Bestandsinteressen der von Steuervergünstigungen Privilegierten genießen nur eingeschränkten Schutz. Auf Sonderabgaben »mit Lenkungszweck« will der Autor dieselben strengen verfassungsrechtlichen Anforderungen anwenden, die für andere Sonderabgaben gelten.

Musil, Andreas

Wettbewerb in der staatlichen Verwaltung

Band 134
2005. XXIV, 473 Seiten.

ISBN 9783161487170
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161580055
eBook PDF 124,00 €

Andreas Musil widmet sich der Frage, inwieweit der aus der Privatwirtschaft bekannte Anreizmechanismus des Wettbewerbs auch in der staatlichen Verwaltung der Bundesrepublik Deutschland wirksam werden kann. Dabei geht es insbesondere um verfassungsrechtliche Vorgaben und Grenzen für Verwaltungsreformen, die eine Ökonomisierung der Verwaltung anstreben. Der Autor legt zunächst den wirtschaftswissenschaftlichen und den globalen Kontext sowie das staatsrechtliche Leitbild der Verwaltungsreformen dar und gibt einen Überblick über durchgeführte und geplante Verwaltungsreformen in Deutschland, deren vorrangige Ziele Effizienzsteigerung und Kostenersparnis sind. Unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten untersucht er die Bedeutung von Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit im Grundgesetz und deren Schranken. Er betrachtet das neue Steuerungsmodell und die Dienstrechtsreform und bestimmt die Grenzen des Schul- und Hochschulwettbewerbs. Da sich die staatliche Verwaltung nur begrenzt reformierbar und ökonomisierbar zeigt, werden abschließend Aufgabenprivatisierung und funktionale Privatisierung als mögliche Alternativen aufgezeigt.

Lenze, Anne

Staatsbürgerversicherung und Verfassung

Rentenreform zwischen Eigentumsschutz, Gleichheitssatz und Europäischer Integration

Band 133
2005. XXII, 570 Seiten.

ISBN 9783161487101
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161579820
eBook PDF 124,00 €

Seit der Grundsatzentscheidung des BVerfG aus dem Jahr 1980 hat jede grundlegende Rentenreform in Deutschland am Eigentumsschutz der Rentenanwartschaften anzusetzen. Anne Lenze zeichnet die Rechtsprechung des BVerfG zum Eigentumsschutz sozialversicherungsrechtlicher Positionen nach und lotet den maximalen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers aus, indem sie die Möglichkeit der Implementierung einer Bürgerversicherung nach Schweizer Vorbild in das deutsche Recht prüft. Eine derartige Rentenreform erhielte zusätzliche verfassungsrechtliche Impulse aus den gleichheitsrechtlichen Debatten um Generationengerechtigkeit, Geschlechtergleichbehandlung und die Bewältigung der Massenarbeitslosigkeit. Insbesondere die mit dem Pflegeversicherungsurteil des BVerfG aus dem Jahr 2001 anerkannte Bedeutung der Kindererziehung für die gesellschaftlichen Umlageverfahren wird langfristig den rentenrechtlichen Eigentumsbegriff modifizieren. Abschließend entwickelt die Autorin für den Bereich der Alterssicherung die sozialen Kriterien, die gemäß Art. 23 Abs. 1 GG das Handeln der Bundesrepublik bei der Entwicklung der Europäischen Union leiten sollen.

Ohler, Christoph

Die Kollisionsordnung des Allgemeinen Verwaltungsrechts

Strukturen des deutschen Internationalen Verwaltungsrechts

Band 131
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2005. XX, 405 Seiten.

ISBN 9783161581182
eBook PDF 99,00 €

Die Frage, ob das öffentliche Recht ein internationales Kollisionsrecht entwickeln kann, beschäftigt die Rechtswissenschaft seit bald 100 Jahren. Neuere Entwicklungen im Recht der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Verwaltungsbehörden, z.B. im Polizeirecht und im Finanzaufsichtsrecht, zeigen die praktische Notwendigkeit der Problematik. Lange Zeit war die deutsche Doktrin jedoch durch eine generelle Ablehnung eines öffentlichen Kollisionsrechts oder durch die Annahme gekennzeichnet, deutsche Behörden könnten nur deutsches Recht vollziehen. Christoph Ohler legt einen Entwurf der verfassungsrechtlichen Begründung für die Anwendung fremden öffentlichen Rechts in Deutschland vor. Er entwickelt ferner Zurechnungsnormen, die Aussagen zulassen, wann eine Behörde als deutsche Behörde oder als Einrichtung eines anderen Staates handelt. Von solchen Zurechnungsnormen hängen nicht nur das anwendbare Recht, sondern auch der gerichtliche Rechtsschutz und die demokratische Legitimation der Behörde ab. Die internationale Behördenkooperation hat schließlich Konsequenzen für den Vorbehalt des Gesetzes, der abhängig von der Form der Zusammenarbeit in unterschiedlichen Ausprägungen auftritt.

Rixen, Stephan

Sozialrecht als öffentliches Wirtschaftsrecht

am Beispiel des Leistungserbringerrechts der gesetzlichen Krankenversicherung

Band 130
2005. XXXIII, 647 Seiten.

ISBN 9783161485732
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161580642
eBook PDF 129,00 €

»Sozialrecht als öffentliches Wirtschaftsrecht« klingt wie eine provokante Dissonanz. Es scheint so, als solle eines der letzten Refugien der Rechtsordnung, das einer anderen, solidarischen Eigenlogik verpflichtet ist, erobert werden: die gesetzliche Krankenversicherung (GKV). Ihre Funktion kann sie nur erfüllen, weil es im Auftrag der Krankenkassen handelnde sog. Leistungserbringer gibt (Ärzte, Krankenhäuser, Apotheken, pharmazeutische Unternehmen, Physiotherapeuten, Hebammen etc.), die Patienten mit Gesundheitsleistungen versorgen. Folge ist ein von Normen des öffentlichen Rechts geprägter hochregulierter »Gesundheitsmarkt«, auf dem die Freiheitsräume von Leistungserbringern aus »sozialen« Gründen stark reduziert werden. Ausgehend von einer Neujustierung des grundrechtlichen Schutzes der Gesundheitsberufsfreiheit rekonstruiert Stephan Rixen Strukturen und Details im System der Leistungserbringung der GKV. Das »gewährleistungsstaatliche« Sozialstaatsprinzip wird auf seine Bedeutung als strikt abhängige Variable des Freiheitssschutzes zurückgeführt. Dabei erweist sich das Leistungserbringerrecht zugleich als spezifisches Verwaltungsrecht, als besondere Materie des europäisierten öffentlichen Wirtschaftsrechts und als öffentliches Sozialwirtschaftsrecht.

Becker, Florian

Kooperative und konsensuale Strukturen in der Normsetzung

Band 129
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2005. XIX, 828 Seiten.

ISBN 9783161580369
eBook PDF 154,00 €

Florian Becker nimmt die Beobachtung, daß der Staat immer öfter Gesetzesinhalte mit privaten Akteuren aushandelt, zum Anlaß einer umfassenden verfassungsrechtlichen Untersuchung solcher kooperativer und konsensualer Strukturen in der Normsetzung und schließt damit aus verfassungsrechtlicher Sicht an die Diskussion um das Phänomen kooperativer Staatlichkeit an.

Der »kooperative Staat« versucht, seine expansiv gewachsenen Aufgaben durch die Integration Privater in staatliche Funktionen zu bewältigen. Individuen und Verbände werden in diesem Zusammenhang auch und gerade an den verschiedenen Formen der Normsetzung beteiligt. Diese Beteiligung erfolgt etwa durch Konsultation oder Anhörung von Sachverständigen und Interessenverbänden, aber auch durch den Abschluß von Normen- und Normsetzungsverträgen zwischen Staat und Privaten. Von nicht geringerer Bedeutung ist der Umstand, daß der Staat ganze Regelungsbereiche partiell oder vollständig in private Hand gibt und sich dabei in ganz unterschiedlichem Maße eine Restverantwortung vorbehält. Die wachsende Zahl kooperativer und konsensualer Strukturen in der Normsetzung ist nur vor dem Hintergrund der sozialwissenschaftlichen Steuerungsdiskussion zu verstehen. Diese analysiert Bedingungen sowie Wirkungen rechtlicher Steuerung und entwickelt Strategien zur Verbesserung von Steuerungserfolgen. Die gewonnenen Erkenntnisse können und dürfen aber die Rahmenbedingungen der Verfassung nicht ignorieren. Die juristische Dogmatik muß den Forschungsergebnissen der Sozialwissenschaften Rechnung tragen, kann sie aber letztlich nur zum Ausgangspunkt ihrer Eigenleistung nehmen, die kooperativen und konsensualen Strukturen der Normsetzung zu systematisieren und in ihren verfassungsrechtlichen Rahmen einzupassen.

Biehler, Gernot

Auswärtige Gewalt

Auswirkungen auswärtiger Interessen im innerstaatlichen Recht

Band 128
2005. XIV, 351 Seiten.

ISBN 9783161484476
Leinen 109,00 €

ISBN 9783161579851
eBook PDF 99,00 €

Zur Rechtfertigung von »unter dem Grundgesetz nicht hinnehmbaren« (BVerfG im Bodenreformurteil BverfGE 84, 90 ff.) Verhalten werden immer wieder auswärtige Interessen angeführt. Sie führen oft zu kaum verständlichen Ergebnissen und sind schwer faßbar. Bei Fragen, die Auslieferungen, Außenwirtschaft, Sanktionen der UNO oder das Baurecht beim Neubau von Botschaften betreffen, werden auswärtige Interessen von der Rechtspraxis berücksichtigt. Allerdings werden im Konflikt mit Individualrechten Abwägungen nötig, denen sich die auswärtigen Interessen oft entziehen. Gernot Biehler untersucht reiches Fallmaterial aus verschiedensten Rechtsbereichen und macht auswärtige Interessen so besser faßbar.

Böse, Martin

Wirtschaftsaufsicht und Strafverfolgung

Die verfahrensübergreifende Verwendung von Informationen und die Grund- und Verfahrensrechte des Einzelnen

Die Informationserhebung folgt im Strafverfahren einerseits und im Verwaltungsverfahren der Wirtschaftsaufsicht andererseits unterschiedlichen normativen Vorgaben. Bei einem ungehinderten Informationsfluss von einem Verfahren in das andere besteht die Gefahr, dass die Vorgaben für die Informationserhebung und das darin verkörperte Schutzkonzept unterlaufen werden. Auf der Grundlage eines Strukturvergleichs zwischen Strafverfahren und Verwaltungsverfahren arbeitet Martin Böse die Grenzen heraus, die staatlichen Eingriffen zur Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten durch die verfassungsrechtlich garantierten Grund- und Verfahrensrechte des Einzelnen gesetzt sind. Weiter werden die bestehenden gesetzlichen Befugnisse zur verfahrensübergreifenden Verwendung von Informationen auf ihre Vereinbarkeit mit der Verfassung überprüft. Dabei zeigt sich insbesondere bei der Untersuchung des Schweigerechts im Strafverfahren, dass die gesetzlichen Regelungen zum Teil gegen die verfassungsrechtlichen Vorgaben verstoßen; zum Teil kann dieses Ergebnis allerdings durch eine verfassungskonforme Auslegung vermieden werden.

Band 127
2005. XXXI, 622 Seiten.

ISBN 9783161485596
Leinen 149,00 €

ISBN 9783161579943
eBook PDF 134,00 €

Cornils, Matthias

Die Ausgestaltung der Grundrechte

Untersuchungen zur Grundrechtsbindung des Ausgestaltungsgesetzgebers

Matthias Cornils untersucht, inwieweit den Freiheitsrechten des Grundgesetzes Normgehalte zugeschrieben werden müssen, welche die Verhaltensspielräume des Gesetzgebers beschränken, ohne daß diese Bindung als prinzipielles Eingriffsverbot im Sinne der herkömmlichen Deutung der Grundrechte als Eingriffsabwehrrechte begriffen werden kann (Ausgestaltungsbindung). Er begründet, daß es leistungsgrundrechtliche Ausgestaltungsbindungen mit schwächerer Bindungswirkung gibt. Diese Bindungen erfassen aber die Ordnungs-Gesetzgebung nicht ausschließlich, sondern stets zugleich mit der Rechtfertigungslast aus den jeweils betroffenen Grundrechtsprinzipien negativer Freiheit. Der Autor wendet sich auf der Basis eingehender Einzelbetrachtungen der Grundrechtsgarantien der Rundfunkfreiheit, der Vertragsfreiheit, des Eigentums, der Ehe, der Vereinigungsfreiheit und des effektiven Rechtsschutzes gegen die verbreitete Auffassung, derzufolge alle oder einige Grundrechte mehr oder weniger weitgehend durch den Gesetzgeber inhaltlich geprägt würden. Gegen den Vorschlag einer einheitlichen Deutung aller Grundrechtsgehalte als Prinzipien wird eingewandt, daß die auf die Schaffung von Freiheits-Ausübungsvoraussetzungen gerichtete Ausgestaltungspflicht des Gesetzgebers nicht die für Optimierungsgebote charakteristische Finalität aufweist und daher in einer anderen normtheoretischen Struktur rekonstruiert werden muß.

Band 126
2005. XVI, 720 Seiten.

ISBN 9783161484698
Leinen 149,00 €

ISBN 9783161579974
eBook PDF 134,00 €

Appel, Ivo

Staatliche Zukunfts- und Entwicklungsvorsorge

Zum Wandel der Dogmatik des Öffentlichen Rechts am Beispiel des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung im Umweltrecht

Während zukunftsfähiges politisches Handeln das Konzept der nachhaltigen Entwicklung als Leitlinie für das 21. Jahrhundert entdeckt hat, besteht in der Rechtswissenschaft ein beträchtliches Maß an Skepsis. Die große inhaltliche Weite, der betont internationale Ansatz und die intergenerationelle Ausrichtung begründen den hohen Anspruch des Konzepts, stehen aber zugleich für die spezifischen Schwierigkeiten einer Verwirklichung mit Mitteln des Rechts. Ivo Appel greift die unübersichtlich gewordene Diskussion auf und stellt sie in den größeren Zusammenhang der staatlichen Verantwortung für Zukunft und Entwicklung. Konkrete Ausformungen des Nachhaltigkeitskonzepts werden am Beispiel des Umwelt- und Planungsrechts untersucht. Dabei erweist sich das Konzept als Exempel und Anwendungsfall für grundsätzlichere Entwicklungen im öffentlichen Recht, die sich aus einer neu gewichteten Staatsaufgabe Zukunfts- und Entwicklungsvorsorge ergeben. Die Anforderungen des Konzepts stellen die Prozesse der Rechtsentstehung und Rechtskonkretisierung in den weiteren Kontext eines europäischen und internationalen Mehr-Ebenen-Systems, wobei der Kategorie des 'rechtssetzungsorientierten Rechts' und der (Wieder)Entdeckung der Ziele als einer Handlungsform Scharnierfunktionen zukommen. Vor diesem Hintergrund versteht sich der Band auch als Plädoyer, dem Nachhaltigkeitskonzept konstruktiv zu begegnen und die rechtlichen Möglichkeiten, die in der Aufstellung von Leitbildern und Zielen liegen können,

Band 125
2005. XVIII, 618 Seiten.

ISBN 9783161478574
Leinen 124,00 €

ISBN 9783161579967
eBook PDF 114,00 €

systemprägend zu nutzen.

Seiler, Christian

Der souveräne Verfassungsstaat zwischen demokratischer Rückbindung und überstaatlicher Einbindung

Band 124
2005. XXI, 432 Seiten.

ISBN 9783161483738
Leinen 104,00 €
ISBN 9783161579790
eBook PDF 94,00 €

Christian Seiler widmet sich aus staatsrechtlicher Perspektive den Rückwirkungen der völker- und europarechtlichen Integration auf den Verfassungsstaat, betrachtet am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. Die oftmals überladenen Kernbegriffe von Staat und Verfassung werden auf ihren eigentlichen, historisch gewachsenen Bedeutungsgehalt zurückgeführt, um sie dergestalt systematisierend erfassen, in die zeitgeschichtliche Evolution einordnen und in sinnwahrer Kontinuität fortführen zu können. Rechtswissenschaftlich betrachtet bleiben nahezu alle die Verfassungsstaatlichkeit prägenden Elemente von der aktuellen Entwicklung unberührt oder können jedenfalls modifiziert fortgeschrieben werden. So weisen die Staatlichkeit als solche sowie die sie kennzeichnende Eigenschaft der Souveränität eine spezifische Wechselbezüglichkeit von Staat und Recht auf, die ersteren an der Beweglichkeit des letzteren teilhaben, die Staatlichkeit mithin als von vornherein entwicklungs offen deutlich werden läßt. Auch die am autonomen, zur sittlichen Selbstgesetzgebung befähigten Individuum ausgerichteten Grundprinzipien der Verfassung können in ihren Grundgedanken weitgehend kontinuierlich beibehalten werden. Lediglich die Demokratie, die Selbstorganisation einer Gemeinschaft Zugehöriger, wird durch einen partiellen Übergang vom parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren zur konsens- und kompromissorientierten überstaatlichen Entscheidungsfindung geschwächt, eine Entwicklung, die sich derzeit weder auf völker- noch auf europarechtlicher Ebene kompensieren, wohl aber durch ein eigenständig interpretiertes Subsidiaritätsprinzip mäßigen läßt.

Franz, Thorsten

Gewinnerzielung durch kommunale Daseinsvorsorge

Zugleich eine Untersuchung zu den Zwecken und Formen der kommunalen wirtschaftlichen Betätigung

Band 123
2005. XXIX, 874 Seiten.

ISBN 9783161485824
Leinen 169,00 €
ISBN 9783161579929
eBook PDF 154,00 €

Thorsten Franz untersucht, welche Möglichkeiten und Schranken der Gewinnerzielung durch kommunale Daseinsvorsorge bestehen. Während die Unzulässigkeit der kommunalen Wirtschaftstätigkeit allein zum Zweck der Gewinnerzielung heute unbestritten ist, sind die Fallgruppen zulässiger Formen der Gewinnmitnahme und der Umfang zulässiger Gewinnmitnahme wenig geklärt. Die Gewinnerzielung ist im Bereich kommunaler Daseinsvorsorge durch ein hochkomplexes Normengeflecht verschiedener Rechtsetzungsebenen unmittelbar wie auch mittelbar gesteuert und wirft vielfältige, ungeklärte rechtliche Fragestellungen in den unterschiedlichsten Rechtsgebieten auf. Der Autor beleuchtet in Zeiten des Umbruchs und der Neubestimmung der Kommunalwirtschaft den europa-, verfassungs- und einfachgesetzlichen Rahmen der Gewinnerzielung umfassend. Dabei versucht er, mit größerer Trennschärfe als bisher die Fallgruppen unzulässiger Gewinnerzielung und die Schwelle von der zulässigen zur unzulässigen Gewinnerzielung in justiziabler Deutlichkeit herauszuarbeiten. Gleichzeitig werden nicht nur die Formen »offener«, sondern gerade auch die vielfältigen Formen »verdeckter« Gewinnerzielung behandelt. Insoweit sei etwa auf die Problemfelder kalkulatorische Kosten und Veräußerungsgewinne hingewiesen.

Schwartzmann, Rolf

Private im Wirtschaftsvölkerrecht

Band 122
2005. XLIII, 551 Seiten.

ISBN 9783161484575
Leinen 129,00 €
ISBN 9783161579936
eBook PDF 119,00 €

Der weltweite Handel mit Waren, Dienstleistungen und geistigem Eigentum ist in Zeiten der Globalisierung menschlichen Zusammenlebens zu einem wichtigen Thema des Völkerrechts geworden. Der seit 1995 unter dem Dach der Welthandelsorganisation (World Trade Organization, WTO) organisierte Welthandel ist nicht mehr vornehmlich zollrechtlich geprägt. Mit der Schaffung der WTO wurde das Spektrum der Aufgaben im Vergleich zur früheren Rechtslage unter dem GATT 1947 erheblich erweitert. Nach den heutigen völkerrechtlichen Regeln werden zum Beispiel private Dienstleistungen liberalisiert, die Folgen ökologischer Normen für den Handel geprüft und die Einhaltung von Rechten an geistigem Eigentum, etwa Patente und Lizenzen, überwacht. Rolf Schwartzmann untersucht das WTO-Recht und zeigt, dass es in vielen Teilen einen für alle Mitglieder der Welthandelsorganisation und deren Staatsangehörige einheitlichen und verbindlichen völkerrechtlichen Rechtsstandard setzt. Er setzt sich mit der Recht der Rechtsprechung der WTO-Schiedsgerichte, des EuGH und dem Schrifttum auseinander. Danach kommt er zu dem Ergebnis, dass sich im Wirtschaftsvölkerrecht eine Vielzahl von Normen findet, die Privaten eine subjektive Rechtstellung einräumt. Diese Normen sind teilweise unmittelbar anwendbar und setzen so auch in den Mitgliedstaaten in materieller und verfahrensrechtlicher Hinsicht verbindliches Recht. Diese Konsequenz ergibt sich vereinfacht gesagt aus der rechtlichen Bindung der WTO-Mitgliedstaaten an die WTO-Verträge. Sie ist insbesondere bei privaten Investitionen durch In- oder Ausländer in schwächer entwickelten Staaten von besonderer Bedeutung. Der Autor macht deutlich, dass sich dem WTO-Recht neben materiellen Vorgaben auch Verfahrensrechte entnehmen lassen, die für Private gelten. Das Völkerrecht schließt so Lücken, die das nationale Recht offen gelassen hat. Insofern genießen Private den Schutz des Wirtschaftsvölkerrechts.

Uhle, Arnd

Freiheitlicher Verfassungsstaat und kulturelle Identität

Band 121
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2004. XXI, 590 Seiten.
erscheint im September

ISBN 9783161580352
eBook PDF 134,00 €

Arnd Uhle untersucht das Verhältnis von freiheitlichem Verfassungsstaat und kultureller Identität, das bislang kaum – wenn, dann lediglich partiell – erforscht wurde. Der Autor beleuchtet die Relevanz der kulturellen Identität für Entstehung, Gestalt und Fortbestand des freiheitlichen Verfassungsstaates aus verfassungstheoretischer, aus verfassungsrechtlicher und schließlich aus europarechtlicher Perspektive.

Bereits aus verfassungstheoretischer Sicht ergibt sich dabei, daß die kulturelle Identität gleichermaßen Entstehungs- wie auch Geltungsbedingung freiheitlicher Verfassungsstaatlichkeit ist, weil der freiheitliche Staat in vielfältiger Weise an die kulturelle Identität anknüpft. Eine Betrachtung aus verfassungsrechtlicher Perspektive unterstreicht diesen Befund und belegt, daß namentlich das deutsche Grundgesetz in einer prima facie zwar komplex und unüberschaubar erscheinenden, letztlich aber systematisch geordneten und differenzierenden Weise an die kulturelle Identität anknüpft – und diese angesichts ihrer Bedeutung für den dauerhaften Fortbestand des freiheitlichen Verfassungsstaates überdies durch das in der Habilitationsschrift erstmals entfaltete grundgesetzliche Staatsziel der Vitalität und Dauerhaftigkeit der freiheitlichen Verfassungsordnung mit verfassungsrechtlichem Schutz umhegt. In der Konsequenz dieses Staatsziels ist der grundgesetzgebundene Staat zur Pflege und zum Schutz der kulturellen Identität verpflichtet. Eine abschließende europarechtliche Betrachtung verdeutlicht, daß die grundgesetzliche Anknüpfung an die kulturelle Identität wie auch deren verfassungsrechtliche Sicherung den Schutz des Art. 6 Abs.3 EUV genießen, der die Achtung der nationalen Identität anordnet.

Lindner, Josef Franz

Theorie der Grundrechtsdogmatik

Band 120
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2005. XXI, 611 Seiten.

ISBN 9783161580345
eBook PDF 119,00 €

Die Grundrechtsdogmatik in Deutschland hat ein Maß an Ausdifferenzierung erreicht, das einer Hypertrophierung nahe kommt und mittlerweile häufig beklagt wird. Vor diesem Hintergrund rekonstruiert Josef Franz Lindner die dogmatischen Strukturen der Grundrechte, um eine Komplexitätsreduktion zu erreichen. Diese Rekonstruktion erfolgt auf drei Ebenen. Zunächst legt der Autor auf der Metaebene die erkenntnistheoretischen und methodologischen Bedingungen grundrechtsdogmatischen Argumentierens offen. Auf dieser methodologischen Basis analysiert er sodann die materielle Grundrechtstheorie des Grundgesetzes. Darunter wird die Gesamtheit der Aussagen verstanden, welche die Grundrechtsbestimmungen des Grundgesetzes im Hinblick auf die normative Ausgestaltung eines gedachten natürlichen Freiheitszustandes, des »status libertatis naturalis fictivus«, bereithalten. Auf einer dritten Ebene wird schließlich die materielle Grundrechtstheorie des Grundgesetzes für die Anwendung der Grundrechtsnormen auf den konkreten Lebenssachverhalt operationabel gemacht. Zum Zwecke der Komplexitätsreduktion entwirft Josef Franz Lindner ein vereinfachtes Denk- und Argumentationsschema, das für die Lösung jedes Grundrechtsfalls geeignet und ausreichend ist, insbesondere auch für den Problembereich »Grundrechte und Privatrecht«. Dieses Schema, das sich auch auf andere Grundrechtsordnungen anwenden lässt, besteht aus drei Teilen: einer Interessenanalyse, einer Beeinträchtigungsanalyse sowie einer Reaktionsanalyse. Auf diese Weise kann der Grundrechtsdogmatik insgesamt ein erhebliches Vereinfachungspotenzial erschlossen werden.

Durner, Wolfgang

Konflikte räumlicher Planungen

Verfassungs-, verwaltungs- und gemeinschaftsrechtliche Regeln für das Zusammentreffen konkurrierender planerischer Raumansprüche

Band 119
2005. XXXII, 615 Seiten.

ISBN 9783161485084
Leinen 154,00 €

ISBN 9783161579868
eBook PDF 139,00 €

Das Problem unvereinbarer räumlicher Planungen hat angesichts des knapper werdenden Bodens und der wachsenden Zahl räumlicher Nutzungskonflikte stark an Bedeutung gewonnen und durchzieht wie ein roter Faden das gesamte Rechtsgebiet der Raumplanung. Dabei treffen unterschiedliche Planungsträger – Bund, Länder, Gemeinden, Private und zunehmend auch die Europäische Gemeinschaft – aufeinander, die in vielfältigen Handlungsformen und mit oft divergierenden Zielsetzungen und Präferenzen räumliche Vorgaben aufstellen. Diese können harmonisch zusammenwirken – etwa wenn eine Gemeinde die Trasse für eine Ortsumgehung freihält –, entwickeln jedoch vielfach inkompatible Plankonzepte, so daß bisweilen ein und dieselbe Fläche zugleich als Truppenübungsplatz, Wohngebiet und Naturschutzgebiet beansprucht wird. Wolfgang Durner entwickelt und diskutiert rechtliche Koordinationsinstrumente für solche Konflikte und leistet damit zugleich einen Beitrag zur Systematisierung des Raumplanungsrechts insgesamt. Durch den Nachweis der Existenz dreier verfassungsrechtlich fundierter, sich ergänzender Koordinationsregeln und flankierende verfahrens- und prozessrechtlichen Folgerungen bietet er für den gesamten Komplex ein einheitliches Lösungsmodell. Zahlreiche Beispiele belegen die praktische Tragfähigkeit dieser Maßstäbe.

Sydow, Gernot

Verwaltungskooperation in der Europäischen Union

Zur horizontalen und vertikalen Zusammenarbeit der europäischen Verwaltungen am Beispiel des Produktzulassungsrechts

Band 118
2004. XIX, 380 Seiten.

ISBN 9783161485534
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161579912
eBook PDF 104,00 €

In den letzten Jahren sind zahlreiche Formen der Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen der EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission entstanden. Sie sprengen die Dichotomie von direktem und indirektem Vollzug des Europarechts. Normative Grundlage dieser horizontalen und vertikalen Kooperationsbeziehungen ist das europäische Verwaltungskooperationsrecht, das primär- und sekundärrechtliche Kooperationsbestimmungen, mitgliedstaatliche Normen und völkervertragliche Verwaltungskooperationsabkommen umfaßt. Gernot Sydow erarbeitet in diesem Buch systemprägende Grundstrukturen dieses europäischen Verwaltungskooperationsrechts. Hierfür dient ihm das Produktzulassungsrecht als Referenzgebiet. Als Instrument zur verwaltungsrechtlichen Systembildung konturiert er vier Kooperations- und Vollzugsmodelle, die Bezugspunkt einer detaillierten Analyse ausgewählter Kooperationsverfahren sind. Der Autor klärt in einem verwaltungswissenschaftlichen Zugriff institutionelle, personelle und informationelle Voraussetzungen der europäischen Verwaltungszusammenarbeit. Er formuliert normative Anforderungen an die Legitimation administrativer Kooperationsstrukturen. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Verwirklichung von Verfahrensgrundrechten in mehrstufigen Kooperationsverfahren.

Bumke, Christian

Relative Rechtswidrigkeit

Systembildung und Binnendifferenzierungen im Öffentlichen Recht

Band 117
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2004. XVIII, 309 Seiten.

ISBN 9783161581175
eBook PDF 84,00 €

Kann ein Rechtsakt ein »bisschen« rechtswidrig sein? Dieser Frage geht Christian Bumke nach. Ziel seiner Untersuchung ist es aufzuzeigen, auf welche Weise die Rechtsordnung ihre innere und äußere Einheit gewinnt und welche Bedeutung dabei dem Phänomen unterschiedlicher Rechtswidrigkeiten zukommt. Zu diesem Zweck beschäftigt er sich mit der Vorstellung von der Einheit und Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung sowie mit Grundproblemen des Öffentlichen Rechts, wie der Stellung von Weisung und Verwaltungsvorschrift zwischen Innen- und Außenrecht, dem Rechtswidrigwerden von Gesetzen und Verwaltungsakten, der Bindung von Bundesbehörden an Landesrecht, den Beziehungen zwischen öffentlichem und privatem Nachbarrecht und den unterschiedlichen Folgen rechtswidriger Rechtsakte. Während dessen verfolgt er die Rolle, die das Rechtswidrigkeitsurteil bei der Ordnungsbildung einnimmt. Er zeigt dabei, dass die Rechtsordnung zu ihrer Konstituierung und Fortentwicklung über den Rechtscode mit seiner Unterscheidung »rechtmäßig/rechtswidrig« hinaus auf andere Unterscheidungen, wie etwa die zwischen Rechtsakt oder Nichtrechtsakt und Wirksamkeit oder Unwirksamkeit zurückgreift.

Jochum, Heike

Verwaltungsverfahrenrecht und Verwaltungsprozeßrecht

Die normative Konnexität von Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozeßrecht und die Steuerungsleistung des materiellen Verwaltungsrechts

Band 116
2004. XXXVIII, 553 Seiten.

ISBN 9783161485404
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161579899
eBook PDF 129,00 €

Heike Jochum bietet eine im Kern verwaltungsrechtsdogmatische Untersuchung, die auch rechtssystematische und -soziologische Ansätze hinzuzieht. Ausgehend von der Erkenntnis, daß das behördliche Verwaltungsverfahren und der verwaltungsgerichtliche Prozeß in vielerlei Hinsicht funktional verwoben sind, setzt sie sich zum Ziel, die *normativen* Verbindungslinien zwischen Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozeßrecht aufzuspüren. Dieses Unterfangen führt im ersten Teil der Untersuchung zu der Frage, welche Bedeutung der Steuerungskraft und dem Steuerungscharakter des materiellen Verwaltungsrechts zukommen. Die auf diese Weise entwickelte These der normativen Konnexität von Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozeßrecht wird in einem umfangreichen zweiten Teil des Buches an Hand zahlreicher Referenzgebiete des besonderen Verwaltungsrechts exemplifiziert und verifiziert. Insbesondere Fragestellungen aus den Bereichen Umweltrecht, Städtebaurecht, Sozialversicherungsrecht, öffentliches Haushaltsrecht, Vergaberecht, Kartellrecht, Güterkraftverkehrsrecht und Hochschulrecht stehen dabei im Vordergrund. Über ihren grundlegenden Charakter hinaus gewinnt die Untersuchung damit an Aktualität und Anschaulichkeit. Zahlreiche neue Einsichten bezüglich des normativen Verhältnisses von Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozeßrecht stehen am Ende der Untersuchung.

Kersten, Jens

Das Klonen von Menschen

Eine verfassungs-, europa- und völkerrechtliche Kritik

Band 115
2004. XL, 679 Seiten.

ISBN 9783161484643
Leinen 154,00 €

ISBN 9783161579882
eBook PDF 139,00 €

Die Geburt des Klonschafs »Dolly« markiert einen entwicklungsbiologischen Paradigmenwechsel. Aber steht »Dolly« auch für einen Paradigmenwechsel im Recht? Jens Kersten diskutiert das Klonen von Menschen zu reproduktiven, therapeutischen, wissenschaftlichen und diagnostischen Zwecken vor dem Hintergrund der nationalen, europäischen und völkerrechtlichen Klonverbote. Damit nimmt er eine der zentralen bioethischen Fragestellungen auf, die auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene aktuell diskutiert werden. Der Autor plädiert für eine verantwortungsvolle Daseinsvorsorge für künftige Menschen, deren Würde, Integrität und Gleichheit sich durch das Klonen in Frage gestellt sieht. Auf dieser Grundlage kommt er zu dem Ergebnis, dass bereits das Klonen totipotenter menschlicher Zellen untersagt werden sollte, und unterbreitet entsprechende Regelungsvorschläge für ein Verbot des Klonens auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Khan, Daniel-Erasmus

Die deutschen Staatsgrenzen

Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen

Band 114
2004. XXIV, 744 Seiten.

ISBN 9783161484032
Leinen 154,00 €

ISBN 9783161579837
eBook PDF 139,00 €

Staatsgrenzen sind ein Phänomen, das nicht nur Historiker, Sozialwissenschaftler und Geographen angeht. Als konstituierendes Element (moderner) Staatlichkeit stellt die Grenze vielmehr auch ein genuin rechtswissenschaftliches Thema von eminent praktischer Bedeutung dar. Um so erstaunlicher ist es daher, daß eine monographische Behandlung der »Grenzen des deutschen Staatsgebietes« bisher nicht existiert. Mit weit mehr als nur flüchtigen Seitenblicken auf die benachbarten Wissenschaften unternimmt es Daniel-Erasmus Khan, diese Forschungslücke zu schließen. Die teilweise bereits im Mittelalter gelegten Fundamente des räumlichen Umfangs der Bundesrepublik Deutschland werden nicht nur ganz allgemein in ihrer (verfassungs-)rechtshistorischen Dimension dargestellt und analysiert. Der Autor zeichnet vielmehr ein über die engen Grenzen der Fachdisziplin hinausweisendes, facettenreiches Bild des Rechtsregimes aller Grenzen Deutschlands zu seinen neun Nachbarstaaten sowie gegenüber den staatsfreien Gebieten Luftraum, Meer und Erdinneres. Einen Schwerpunkt der Untersuchung stellt in diesem Zusammenhang die rechtliche Aufarbeitung derjenigen Grenzabschnitte dar, die noch heute vom Regelfall der linearen Grenzziehung abweichen bzw. Restbestände »unklarer« und »verschränkter« Rechtsverhältnisse früherer Jahrhunderte aufweisen. In einer über die Territorialverschiebungen des letzten Jahrhunderts hinaus erweiterten rechtshistorischen Perspektive erweist sich schließlich, daß jedenfalls von einem generellen Erosionsprozeß des räumlichen Umfangs des Staatsgebietes Deutschlands bzw. seiner Territorien keine Rede sein kann, sondern daß das Rechtsregime der deutschen Außengrenzen vielmehr ganz im Gegenteil durch ein erstaunlich hohes Maß an rechtshistorischer Kontinuität und Stabilität gekennzeichnet ist.

Schmehl, Arndt

Das Äquivalenzprinzip im Recht der Staatsfinanzierung

Band 113
2004. XXII, 289 Seiten.

ISBN 9783161484711
Leinen 84,00 €

ISBN 9783161579875
eBook PDF 84,00 €

Wie und von wem öffentliche Aufgaben finanziert werden, ist eine der Schlüsselfragen für die Handlungsmöglichkeiten, die Legitimation und die Rolle öffentlicher Institutionen. Der tiefgreifende Wandel des Staates verbindet sich dabei mit der Frage, wie unter den veränderten Bedingungen eine als gerecht akzeptierte, rechtsstaatlich geordnete und wirtschaftlich effiziente Staatsfinanzierung gewährleistet werden kann. Dadurch gewinnt gegenwärtig das Äquivalenzprinzip mit seiner spezifisch verantwortungsbildenden Wirkung neues Interesse. Dem geht Arndt Schmehl im vorliegenden Band nach. Er untersucht, ob und wie sich Verbindungen zwischen Abgaben und Aufgaben, Einnahmen und Ausgaben in der rechtlichen Ordnung der Staatsfinanzierung niederschlagen. Hierzu erforscht er die materiellen, verfahrensmäßigen und zuständigkeitsbezogenen Verknüpfungen der Leistungen von Staat und Abgabenzahlern und arbeitet heraus, wie mit diesen Mitteln finanzielle Verantwortung hergestellt und zugeordnet wird.

Schliesky, Utz

Souveränität und Legitimität von Herrschaftsgewalt

Die Weiterentwicklung von Begriffen der Staatslehre und des Staatsrechts im europäischen

Mehrebenensystem

Band 112
2004. XIX, 815 Seiten.

ISBN 9783161481215
Leinen 149,00 €

ISBN 9783161579905
eBook PDF 149,00 €

Die dauerhafte Existenz einer Staats- bzw. Herrschaftsgewalt hängt davon ab, ob sie Souveränität und Legitimität für sich beanspruchen kann. Utz Schliesky zeichnet die Entwicklung dieser Zentralbegriffe der Staatslehre und des Staatsrechts seit dem Mittelalter nach und überprüft, inwieweit ihre heutige Fassung geeignet ist, den Herausforderungen durch die europäische Integration und auch durch innerstaatliche Entwicklungen zu genügen. Die in Zeiten des staatsrechtlichen Positivismus und einer anderen Verfassungsordnung am Vorbild des modernen Nationalstaates entwickelten Konzepte für Souveränität und Legitimität sind weder europatauglich noch können sie vielfältige Verzahnungen zwischen Herrschaftsträgern und Gesellschaft erklären. Aus Sicht der überkommenen Konzeptionen der Staats(rechts)lehre lassen sich insoweit nur »Auflösungserscheinungen« konstatieren. Um der pluralistischen Struktur der Herrschaftsgewalten und der Legitimationssubjekte gerecht werden zu können, ist eine Weiterentwicklung der Begriffe »Souveränität« und »Legitimität« erforderlich. Auf der Grundlage der historischen Entwicklung und der praktischen Herausforderungen an Staatslehre und Staatsrecht entwirft Utz Schliesky ein System gemeinsamer Souveränität der im europäischen Mehrebenensystem existenten Herrschaftsgewalten sowie ein normatives Konzept pluraler demokratischer Legitimation.

Guckelberger, Annette

Die Verjährung im Öffentlichen Recht

Band 111
2004. XIV, 818 Seiten.

ISBN 9783161483745
Leinen 169,00 €

ISBN 9783161579806
eBook PDF 154,00 €

Im Unterschied zum Privatrecht fehlen im Verwaltungsrecht bis heute detaillierte Regelungen zur Verjährung öffentlich-rechtlicher Rechtspositionen. Annette Guckelberger erstellt erstmals eine grundlegende Studie zu diesem Thema. Ausgehend von der historischen Entwicklung und vereinzelt öffentlich-rechtlichen Verjährungsnormen untersucht sie, ob die bislang vorgenommene Übertragung der zivilrechtlichen Verjährungsvorschriften auf verwaltungsrechtliche Sachverhalte zutreffend ist oder nicht die Besonderheiten des Öffentlichen Rechts eine eigenständige Ausgestaltung dieses Rechtsinstituts bedingen. Die bislang fast einhellig angenommene Beschränkung der Verjährung im Verwaltungsrecht auf vermögensrechtliche Ansprüche ist nicht zwingend. Auch ist zu fragen, ob nicht die Schließung von Gesetzeslücken im Verwaltungsrecht durch die analoge Heranziehung anderer Rechtsnormen den verfassungsrechtlichen Vorgaben widerspricht. Für die Juristische Methodenlehre von besonderem Interesse ist die These, daß lückenhafte Gesetze vorrangig durch Normen desjenigen



Rechtsgebiets zu schließen sind, dem sie angehören. Überdies wird die Verjährung im Öffentlichen Recht aus europarechtlicher und rechtsvergleichender Perspektive betrachtet.

Kube, Hanno

Finanzgewalt in der Kompetenzordnung

Band 110
2004. XXXIII, 806 Seiten.

ISBN 9783161483851
Leinen 169,00 €

ISBN 9783161579813
eBook PDF 154,00 €

Der Finanzstaat zeigt sich gestaltungsfreudig. Steuern sollen das Verhalten lenken, Gebühren den Staatshaushalt mehren, Haushaltstitel die Verwaltung anleiten. Können diese Gestaltungen effizienzförderlich wirken, begründen sie zugleich rechtlich problematische Kompetenzübergänge.

Hanno Kube untersucht diese Übergriffe erstmals im Gesamtzusammenhang der hoheitlichen Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt. Hierzu zeichnet er die historische Herausbildung dieser Gewalten nach und erschließt ihre folgerichtige Ausgestaltung und Verzahnung im Grundgesetz. Vor diesem Hintergrund werden die gegenwärtigen finanzstaatlichen Übergriffslagen systematisch vollständig ermittelt und an den Anforderungen des Verfassungs-, Europa- und Völkerrechts gemessen.

Der Autor formuliert klare Maßstäbe zur Zulässigkeit von Kompetenzübergängen im Verhältnis zwischen der Einnahmen-, Aufgaben- und Ausgabengewalt. Diese Maßstäbe bewähren sich in Beispielfällen und offenbaren, in welcher Weise der Finanzstaat effizienzförderlich weiterentwickelt werden sollte. Über das Finanzrecht hinaus entfaltet das Buch eine überstaatlich eingebundene Kompetenzlehre, die verdeutlicht, daß die Kompetenzordnung nicht nur Gestaltungsmacht zuweist, sondern sie durch kompetenzrechtliche Kompetenzausübungsschranken zugleich begrenzt.

Bultmann, Peter

Beihilfenrecht und Vergaberecht

Beihilfen und öffentliche Aufträge als funktional äquivalente Instrumente der Wirtschaftslenkung – ein Leistungsvergleich

Band 109
2004. XXII, 397 Seiten.

ISBN 9783161484377
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161579738
eBook PDF 104,00 €

Peter Friedrich Bultmann untersucht vergleichend das Recht der staatlichen Beihilfen und der öffentlichen Auftragsvergabe als Instrumente der Wirtschaftslenkung. Ziel seiner Untersuchung ist die Optimierung des Rechts der staatlichen Wirtschaftslenkung.

Das Buch gliedert sich in zwei Teile. Zunächst analysiert der Autor rechtlich und tatsächlich, inwieweit Beihilfen und öffentliche Aufträge als Instrumente der Wirtschaftslenkung einsetzbar sind und inwieweit sie in dieser Funktion austauschbar sind. Es zeigt sich, daß es bestimmte wirtschaftspolitische Ziele gibt, die sowohl durch Beihilfen als auch durch öffentliche Aufträge verfolgt werden können. Für diese Bereiche, in denen Beihilfen und öffentliche Aufträge funktional äquivalent sind, stellt sich die Folgefrage, die im zweiten Teil der Untersuchung behandelt wird: Sollen vorzugsweise Beihilfen oder öffentliche Aufträge als Instrumente der Wirtschaftslenkung eingesetzt werden? Dieser Frage wird durch einen umfassenden rechtlichen und ökonomischen Leistungsvergleich der beiden Instrumente nachgegangen. Im Ergebnis sind öffentliche Aufträge gegenüber Beihilfen das grundsätzlich vorzugswürdigere Instrument der Wirtschaftslenkung. Diese Erkenntnis und weitere Ergebnisse des Leistungsvergleichs werden in ausformulierte Vorschläge zur Novellierung des Haushaltsgrundsatzgesetzes, des Stabilitätsgesetzes und des Verwaltungsverfahrensgesetzes umgesetzt.

Grigoleit, Klaus Joachim

Bundesverfassungsgericht und deutsche Frage

Eine dogmatische und historische Untersuchung zum judikativen Anteil an der Staatsleitung

Band 108
2004. XV, 415 Seiten.

ISBN 9783161483677
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161579745
eBook PDF 104,00 €

Hat das Bundesverfassungsgericht »Anteil an der Staatsleitung«? Auf der Grundlage eines verfassungsstaatlichen Staatsleitungsbegriffs wird der insbesondere auch von Verfassungsrichtern erhobene Teilhabeanspruch verfassungsnormativ zurückgewiesen. Die von der übrigen Gerichtsbarkeit abgehobene Rolle des BVerfG als »Verfassungsorgan« ergibt sich vielmehr erst aus der einfachrechtlichen Ausgestaltung der »balance of powers« durch den politischen Prozeß. Ob das Gericht auf dieser derivativen Grundlage eine die Identität des Gemeinwesens prägende, mit Parlament und Regierung vergleichbare Gestaltungsrolle übernehmen kann, läßt sich nicht allein normativ bestimmen. Klaus Joachim Grigoleit fragt deshalb weiter nach der staatsleitenden Bedeutung des BVerfG als historischem Akteur, die von der Staatsrechtslehre postuliert, von der Zeitgeschichtsschreibung aber kaum zur Kenntnis genommen wird. Am Beispiel der Rechtsprechung des Gerichts zur »Deutschen Frage« (Vergangenheitspolitik, Weststaatsgründung, Teilung und Wiedervereinigung) weist der Autor dem Gericht eine wichtige Legitimations- und Stabilisierungsfunktion zu. Seine juristischen Legitimationsgrundlagen und die »politische« Besetzung verhindern aber, daß das BVerfG als eine Art Gegenregierung gestaltend über die Zukunft des Gemeinwesens mitbestimmt.



Dederer, Hans-Georg

Korporative Staatsgewalt

Integration privat organisierter Interessen in die Ausübung von Staatsfunktionen. Zugleich eine Rekonstruktion der Legitimationsdogmatik

Band 107
2004. XXVIII, 686 Seiten.

ISBN 9783161483028
Leinen 154,00 €

ISBN 9783161579776
eBook PDF 139,00 €

Private Interessenorganisationen sind auf staatliche Veranlassung hin bisweilen so eng mit den Staatsfunktionen der Gesetzgebung, Vollziehung und Rechtsprechung verflochten, daß die privat organisierten Interessen bzw. deren Vertreter die Ausübung dieser staatlichen Funktionen (mit-)steuern. Hans-Georg Dederer untersucht u.a. das zentrale Problem, das sich dabei stellt: die demokratische Legitimation dieser »korporativen Staatsgewalt«. Als das normativ effektivste Legitimations- und Steuerungsinstrument vermag das Parlamentsgesetz neben funktioneller, organisatorischer, prozeduraler und inhaltlicher Legitimation insbesondere auch personelle Legitimation zu vermitteln. Um ein hinreichendes Legitimationsniveau zu erreichen, bedürfen konkrete Formen korporativer Staatsgewalt regelmäßig parlamentsgesetzlicher Steuerung dessen, was im Lichte des Demokratie- und des Rechtsstaatsprinzips in Bezug auf die jeweilige konkrete Form korporativer Staatsgewalt 'wesentlich' ist. Wesentlich sind beispielsweise die Sicherung hinreichender Interessenpluralität, die tendenziell vollständige Auswahl der zu repräsentierenden Interessen und der für diese Interessen repräsentativen privaten Interessenorganisationen oder die Merkmale für Eignung und Befähigung der Interessenvertreter.

Bröhmer, Jürgen

Transparenz als Verfassungsprinzip

Grundsatz und Europäische Union

Band 106
2004. XX, 423 Seiten.

ISBN 9783161484209
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161579769
eBook PDF 109,00 €

Jürgen Bröhmer untersucht den in der politischen und rechtlichen Diskussion häufig gebrauchten Begriff der Transparenz vor dem Hintergrund des Grundgesetzes und des Rechts der Europäischen Union. Der Begriff der Transparenz hat verschiedene Aspekte. Man kann von Ergebnistransparenz sprechen, wenn das Resultat eines Entscheidungsprozesses offen gelegt wird. Damit eng verbunden ist die inhaltliche Transparenz, die sich auf die Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit des Entscheidungsergebnisses bezieht. Die Verfahrenstransparenz bezieht sich auf die Entscheidungsverfahren selbst, die oft gerade in transparenzrelevanten Punkten ganz unterschiedlich ausgestaltet sind. In föderalen Gebilden und der zunehmend »globalisierten« Welt wird die Verantwortungstransparenz immer wichtiger, bei der es um die Frage geht, ob man das Ergebnis eines Entscheidungsprozesses noch einem verantwortlichen Entscheidungsträger zuordnen kann. Transparenz ist kein neues Konzept und ein genauer Blick in das Grundgesetz zeigt, daß viele Vorschriften und Prinzipien des Grundgesetzes die Schaffung von Transparenz der einen und anderen Art zum Gegenstand haben. Es gibt aber auch überkommene Defizite, etwa bei der Interpretation der Informationsfreiheit aus Art. 5 GG, dessen Auslegung an die neuen Bedingungen der Informationsgesellschaft anzupassen ist. Der Vergleich mit dem Recht der Europäischen Union, wo es zuvörderst um den Zugang zu Dokumenten und um den Entscheidungsprozeß im Gesetzgebungsorgan Ministerrat geht, zeigt, daß Forderungen nach mehr Transparenz in Zusammenhang mit einem tatsächlichen oder so empfundenen demokratischen Defizit zu sehen sind. Mit Blick auf das Recht der Europäischen Union stellt der Autor u.a. das Recht auf Zugang zu Dokumenten ausführlich dar.

Müller-Franken, Sebastian

Maßvolles Verwalten

Effiziente Verwaltung im System exekutiver Handlungsmaßstäbe am Beispiel des maßvollen Gesetzesvollzugs im Steuerrecht

Band 105
2004. XXXVIII, 581 Seiten.

ISBN 9783161482809
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161579783
eBook PDF 129,00 €

Die Krise der öffentlichen Haushalte zwingt den Staat, mit seinen finanziellen Ressourcen maßzuhalten. Allerdings unterliegt der demokratische Rechtsstaat anderen Regeln als ein Wirtschaftsunternehmen. Das Prinzip der Effizienz, mit dem das Gebot des Maßhaltens in eine rechtliche Kategorie gebracht werden kann, kann daher nicht die alleinige Richtschnur seines Handelns sein. Sebastian Müller-Franken entwickelt für die Exekutive eine Lehre von den Maßstäben des Verwaltungshandelns, die Effizienz in ein umfassendes System einbindet. Das Referenzgebiet, an dem der Autor sein System exekutiver Handlungsmaßstäbe und deren Umsetzung im Gesetzesvollzug exemplarisch darstellt, ist das Steuerrecht. Die Steuerverwaltung hat Methoden entwickelt, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die ihr gestellte Aufgabe bestmöglich zu erfüllen. Sebastian Müller-Franken zeigt auf, wie einige dieser Methoden einen Beitrag zur Lösung eines der zentralen Probleme des heutigen Verwaltungsrechts leisten können.

Cremer, Wolfram

Freiheitsgrundrechte

Funktionen und Strukturen

Band 104
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2003. XXI, 570 Seiten.

ISBN 9783161580994
eBook PDF 124,00 €

Wolfram Cremer setzt der vielfach beklagten neuen Unübersichtlichkeit' der grundgesetzlichen Grundrechtsverbürgungen mit Hilfe eines freiheitsgrundrechtlichen Gesamtkonzepts einen Ordnungsrahmen entgegen. Unter stetigem Rekurs auf ein eingangs näher erläutertes methodisches Instrumentarium entfaltet er ein kohärentes und feinstrukturiertes freiheitsgrundrechtliches Gewährleistungsgefüge. Er zeigt, daß nur die Abwehr- und die Schutzfunktion als eigenständige und für alle Freiheitsgrundrechte geltende Grundrechtsfunktionen anzuerkennen sind. Demgegenüber lassen sich originäre Leistungsansprüche lediglich bereichsspezifisch nachweisen. Bei den Teilhaberechten handelt es sich um eine nicht den Freiheits-, sondern den Gleichheitsrechten zuzuordnende Kategorie. Zu verabschieden ist auch die Vorstellung, daß die normgeprägten Grundrechte durch grundrechtliche Institutsgarantien abgesichert sind. Ansprüche auf Organisation und Verfahren können zwar grundrechtlich fundiert sein, bezeichnen aber keine eigenständige Grundrechtsfunktion, sondern lediglich bestimmte Anspruchsmodalitäten, welche ihren Ursprung in Abwehr-, Schutz- oder bereichsspezifischen originären Leistungsrechten haben. Die Diskussion um das Verhältnis von Grundrechten und Privatrecht leidet schließlich unter der mangelnden Differenzierung zwischen Grundrechtsinhalt und Grundrechtsadressat. Die Grundrechte gelten auch für Privatrechtsgesetzgeber und Zivilgerichtsbarkeit unmittelbar.

Brüning, Christoph

Einstweilige Verwaltungsführung

Verfassungsrechtliche Anforderungen und verwaltungsrechtliche Ausgestaltung

Band 103
2003. XXI, 612 Seiten.

ISBN 9783161481840
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161580208
eBook PDF 129,00 €

Die verwaltungsrechtlichen Regelungsformen unterstellen, daß auf der Grundlage eines in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht hinreichend aufgeklärten Sachverhalts das materielle Recht grundsätzlich dauerhaft verwirklicht werden kann. Die Verwaltung gerät jedoch schon vorzeitig unter Entscheidungsdruck, wenn bei Durchführung des ordentlichen Verwaltungsverfahrens dessen abschließende Regelung den rechtsnormativ relevanten, tatsächlichen Verhältnissen nicht mehr gerecht würde, weil sie zu spät käme. Christoph Brüning untersucht Lösungsmöglichkeiten und kommt zu dem Schluß, daß durch eine behördliche Zwischenregelung Abhilfe geschaffen werden könnte. Diese Zwischenregelung müßte auf einer Interessenabwägung anstelle einer vollständigen Rechtsanwendung beruhen und unter dem Vorbehalt der endgültigen Regelung stehen. Verwaltungsakt und -vertrag erfassen zwar vielgestaltige Sachverhaltskonstellationen, und -verläufe, sind für die vorliegende Entscheidungssituation aber nicht geeignet. Folglich muß für Eilentscheidungen unter Ungewißheitsbedingungen eine eigenständige Regelungsform entwickelt werden. Im Gegensatz zur Rechtsprechung fehlt es für die Verwaltung – abgesehen von Spezialbestimmungen – an einer allgemeinen Rechtsgrundlage für einstweilige Entscheidungen, so daß die entsprechende Befugnis der Verwaltung anhand der verfassungsrechtlichen Vorgaben abzustecken ist. Abschließend macht der Autor einen Normierungsvorschlag zur verwaltungsrechtlichen Ausgestaltung der Zwischenregelungsform.

Hufeld, Ulrich

Die Vertretung der Behörde

Band 102
2003. XII, 427 Seiten.

ISBN 9783161481314
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161580178
eBook PDF 104,00 €

Ulrich Hufeld verankert das Vertreterhandeln für die Behörde im Allgemeinen Verwaltungsrecht. Er stellt die klassische *Quis iudicabit* -Frage ad personam. Unter der Prämisse, daß jede Entscheidung der Verwaltung nicht nur auf Normen, sondern auch auf Personen zurückgeht, entfaltet er ein demokratisches Verwaltungspersonenrecht. In seiner systematischen Untersuchung behandelt er die internen Beteiligungsformen, erschließt die außen- und innenrechtlich gebundene, aber nicht restlos determinierte Vertretung der hierarchisch formierten Behörden – etwa der Ministerien und der Finanzämter –, erörtert die kollegiale Vertretung und fragt nach dem gesetzlichen Verwaltungsbeamten'. Den Beitrag zur Systembildung erprobt der Autor im letzten Kapitel, das die denkbaren Vertretungsfehler unterscheidet und die Fehlerfolgen aus Gründen personaler Unzuständigkeit in die allgemeine Fehlerlehre einbezieht.

Stoll, Peter-Tobias

Sicherheit als Aufgabe von Staat und Gesellschaft

Verfassungsordnung, Umwelt- und Technikrecht im Umgang mit Unsicherheit und Risiko

Band 101
2003. XXXVI, 528 Seiten.

ISBN 9783161478710
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161581168
eBook PDF 119,00 €

Peter-Tobias Stoll untersucht das Verfassungs-, Umwelt- und Technikrecht mit Blick auf das Risiko- und Risikoverwaltungsrecht und auf die Frage, wie danach die Aufgabe der Gewährleistung von Sicherheit zwischen Staat und Gesellschaft verteilt ist. Er geht von zwei aktuellen verfassungsrechtlichen Diskussionslinien aus, die sich schneiden. Einerseits werden mit einem grundrechtlich und als Staatsaufgabe formulierten Begriff der Sicherheit Pflichten und Befugnisse des Staates akzentuiert. Aus anderer Sicht werden Zweifel an der Steuerungs- und Leistungsfähigkeit des Staates laut. Sie führen mit dem Stichwort der gesellschaftlichen Selbstregulierung zur Forderung nach einer Verlagerung von Aufgaben auf die Gesellschaft und ihre Mitglieder. Der Autor betrachtet unter dieser Fragestellung den Bereich der inneren Sicherheit, den Arbeitsschutz, das Anlagen-, Atom- und Gentechnikrecht sowie das Recht der Produktsicherheit mit dem Lebensmittel- und Arzneimittelrecht. Daraus gewinnt er in einem Querschnitt Aufschlüsse über die Funktionen, zu denen Risikoerkenntnis und Wissensproduktion, Information und Kommunikation, die technische Entwicklung und Fragen der Wiedergutmachung und Entschädigung zählen. Außerdem werden die wesentlichen Prinzipien und Grundsätze, namentlich Vorsorge, Rationalität, Verantwortung, Freiheit, Selbstbestimmung, Selbstregulierung und Zeitlichkeit diskutiert.



Classen, Claus Dieter

Religionsfreiheit und Staatskirchenrecht in der Grundrechtsordnung

Zur besonderen Bedeutung der religionsverfassungsrechtlichen Garantien im Lichte der allgemeinen Grundrechtsdogmatik

Band 100
2003. XI, 195 Seiten.

ISBN 9783161481291
Leinen 89,00 €

ISBN 9783161580192
eBook PDF 79,00 €

Die religiöse Landschaft in Deutschland ist im Wandel begriffen. Claus Dieter Classen stellt die These auf, daß die erforderlichen Anpassungen im Verständnis von Religionsfreiheit und Staatskirchenrecht einen stärkeren Abgleich mit der allgemeinen Grundrechtsordnung gebieten. Ziel ist nicht eine Anpassung des Staatskirchenrechts an das allgemeine Vereinsrecht, sondern eine klare Herausarbeitung der Spezifität von Religion: Im Unterschied zu den Schutzgütern anderer Grundrechte erfaßt Religion ihrem Anspruch nach das gesamte Leben, nicht nur bestimmte Verhaltensweisen; zudem kann sie (in Abgrenzung zum Gewissen) letztlich nur als gruppenbezogenes Phänomen begriffen werden. Der Autor konturiert zunächst (in Anlehnung an die EMRK) die individuelle Religionsfreiheit schärfer. Im Organisationsrecht wird der begrenzten Verfaßtheit nicht abendländisch geprägter Religionsgemeinschaften Rechnung getragen. Sachlich verlangt das religionsgemeinschaftliche Selbstbestimmungsrecht nur solche Freiräume, die durch die Besonderheiten des religiösen Auftrages bestimmt sind. Insgesamt ermöglicht der in dem Buch entwickelte Ansatz auch eine bessere Verarbeitung europarechtlicher Anpassungsprozesse.

Mager, Ute

Einrichtungsgarantien

Entstehung, Wurzeln, Wandlungen und grundgesetzmäßige Neubestimmung einer dogmatischen Figur des Verfassungsrechts

Band 99
2003. XXII, 527 Seiten.

ISBN 9783161480010
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161580161
eBook PDF 124,00 €

Die Lehre von den Einrichtungsgarantien entstand zur Zeit der Weimarer Republik. Die von ihr umfaßten Kategorien Rechtsinstitutsgarantie und institutionelle Garantie finden aber auch heute noch vielfach Verwendung, ohne daß allerdings Klarheit über Inhalt und Funktion, Gemeinsamkeiten und Trennendes oder auch nur über den Anwendungsbereich dieser beiden Kategorien bestünde. Ute Mager weist nach, daß die Lehre von den Einrichtungsgarantien schon zur Zeit der Weimarer Republik bei dem gleichbleibenden Ziel, den Vorrang der Verfassung vor dem einfachen Recht zu begründen, über eine erhebliche, in je unterschiedlichem Vorverständnis gründende Variationsbreite verfügte. Zur Vertiefung des Verständnisses geht die Autorin den ideengeschichtlichen Wurzeln der Lehre nach, die in Grundannahmen der Historischen Rechtsschule über Entstehung und Wesen des Rechts zu finden sind. Sie analysiert ausführlich die heutige Begriffsverwendung und verfolgt Rezeption und Wandel der Kategorie unter dem gegenüber der Weimarer Reichsverfassung in seiner Verbindlichkeit wesentlich gestärkten Grundgesetz. Hieran schließt die Systembildung an, wobei als heutige Funktion von Einrichtungsgarantien der Schutz von Autonomie im Sinne selbstbestimmter Gestaltung von privaten Rechtsverhältnissen bzw. staatsferner Wahrnehmung von öffentlichen Aufgaben ermittelt wird. Schließlich legt Ute Mager die sich daraus ergebenden Konsequenzen für den Anwendungsbereich und den Schutzgehalt der Kategorie »Einrichtungsgarantie« dar.

Poscher, Ralf

Grundrechte als Abwehrrechte

Reflexive Regelung rechtlich geordneter Freiheit

Band 98
2003. XI, 449 Seiten.

ISBN 9783161478673
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161580451
eBook PDF 104,00 €

Ralf Poscher entwickelt eine Theorie und Dogmatik der Grundrechte als Abwehrrechte gegen staatliche Freiheitseingriffe, die das Abwehrrecht trotz seiner konstitutionellen Ursprünge und den dunklen Seiten seiner Geschichte auch für moderne, demokratisch organisierte Gesellschaften freiheits- und staatstheoretisch anschlussfähig macht. Den Schlüssel für eine Fortentwicklung des Abwehrrechts sieht er in der Betonung seiner Reflexivität. Indem das Abwehrrecht das Staat-Bürger-Verhältnis regelt, dient es auch der staatlichen Regelung gesellschaftlicher Konflikte und durchdringt reflexiv die Rechtsbeziehung innerhalb der Gesellschaft. Das hier entfaltete Modell der Grundrechte vermag zu erklären, warum das Abwehrrecht trotz aller theoretischen Kritik weiterhin in der Praxis – auch international – die zentrale Grundrechtsfunktion ausmacht.

Kingreen, Thorsten

Das Sozialstaatsprinzip im Europäischen Verfassungsverbund

Gemeinschaftliche Einflüsse auf das deutsche Recht der gesetzlichen Krankenversicherung



Band 97
2003. XIX, 659 Seiten.

ISBN 9783161479625
Leinen 149,00 €

ISBN 9783161581151
eBook PDF 134,00 €

Thorsten Kingreen arbeitet die Grundstrukturen des Sozialstaatsprinzips auf der Folie des im Begriff Sozialstaat angelegten Gegenübers von Staat und Gesellschaft heraus. Auf dieser Grundlage entwickelt er mit dem Solidarprinzip eine spezifische Steuerungsfunktion des Staates im Bereich der Sozialversicherung, um dann am Beispiel des deutschen Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung den Einfluß des europäischen Gemeinschaftsrechts zu untersuchen. Dabei wird das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes als Bestandteil eines aus europäischer und mitgliedstaatlichen Verfassungen bestehenden Verfassungsverbundes verstanden – ein Konzept, welches das traditionell dichotomische Denken zwischen mitgliedstaatlichem Sozialrecht und europäischem Wirtschaftsrecht überwinden und zu einer sinnvollen Abstimmung zwischen Grundfreiheiten und Kartellrecht auf der einen sowie dem auf dem Solidarprinzip beruhenden Recht der gesetzlichen Krankenversicherung auf der anderen Seite beitragen möchte.

Dörr, Oliver

Der europäisierte Rechtsschutzauftrag deutscher Gerichte

Art. 19 Abs. 4 GG unter dem Einfluß des europäischen Unionsrechts

Band 96
2003. XVIII, 298 Seiten.

ISBN 9783161480089
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161580444
eBook PDF 89,00 €

Die deutsche Verfassungsordnung wird durch die Einwirkung des europäischen Unionsrechts zunehmend europäisiert. Diese bekannte These erörtert Oliver Dörr am Beispiel der Rechtsschutzgarantie des Grundgesetzes (Art. 19 Abs. 4 GG) und untersucht sie vor allem auf ihre praktischen Konsequenzen hin. Die durch den 'Integrationshebel' des Grundgesetzes bewirkte Öffnung der nationalen Rechtsordnung verändert die Verfassungsnorm sowohl im Tatbestand als auch in bezug auf die vorgesehene Rechtsfolge, die Gewährleistung effektiven Gerichtsschutzes. Dabei ist zu unterscheiden zwischen dem Rechtsschutz zur Durchsetzung von Gemeinschaftsrecht, der vor allem von dessen innerstaatlichem Wirkungsanspruch getragen ist, und deutschem Rechtsschutz zur Abwehr von Gemeinschaftsrecht, der ganz wesentlich an die verfassungsrechtlichen Schranken der europäischen Integration anknüpft. Im ersten Bereich erweist sich Art. 19 Abs. 4 GG als ein wesentliches Instrument zur verfassungsrechtlichen Sanktionierung unmittelbar wirksamen Gemeinschaftsrechts. Er garantiert für alle auf europäischer Ebene gewährten subjektiven Rechte den Rechtsweg zu den nationalen Gerichten und modifiziert zu diesem Zweck die verfassungsrechtlichen Vorgaben für das deutsche Prozeßrecht. Davon betroffen ist in gewissem Umfang auch das Verfassungsbeschwerdeverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. In seiner Abwehrdimension gewährleistet Art. 19 Abs. 4 GG dem einzelnen einen effektiven Rechtsschutz zur Durchsetzung der Integrationschranken des Grundgesetzes. Die Untersuchung zeigt auf, inwieweit deutsche Gerichte in diesem Zusammenhang (noch) zuständig sein können.

Remmert, Barbara

Private Dienstleistungen in staatlichen Verwaltungsverfahren

Eine rechts- und verwaltungswissenschaftliche Untersuchung zur privaten Entscheidungsvorbereitung

Band 95
2003. XXX, 616 Seiten.

ISBN 9783161479878
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161580437
eBook PDF 124,00 €

Im Zusammenhang mit der Durchführung von staatlichen Verwaltungsverfahren werden zunehmend Aufgaben auf Private verlagert. Das kann zu einer neuen Verantwortungsverteilung zwischen Staat und Gesellschaft führen. Eine solche Umverteilung von Verantwortung findet aber dann nicht statt, wenn eine staatliche Verwaltungseinheit zur Wahrnehmung ihr zugewiesener Entscheidungszuständigkeiten staatliches Personal durch private Dienstleister ersetzt. Barbara Remmert weist nach, daß der Einsatz von privaten Dienstleistern die Gefahr einer »faktischen Entstaatlichung« von Verwaltungsverfahren beinhaltet. Sie resultiert daraus, daß sich beim Einsatz privater Dienstleister in staatlichen Verwaltungsverfahren die Wahrnehmung staatlicher Entscheidungszuständigkeiten in einem verselbständigten und von Regeln der Privatautonomie geleiteten Rahmen vollzieht. Verwaltungseinheiten haben ihnen zugewiesene Entscheidungen aufgrund der Untrennbarkeit von Entscheidungsverfahren und verfahrensabschließender Entscheidung aber vollständig selbst und nach Maßgabe der für sie geltenden Standards wahrzunehmen. Da das staatliche Personal wesentlicher Garant für die Einhaltung dieser Standards ist, kommt der Einsatz privater Dienstleister nur in Ausnahmefällen in Betracht.

Kischel, Uwe

Die Begründung

Zur Erläuterung staatlicher Entscheidungen gegenüber dem Bürger

Band 94
2003. XVI, 437 Seiten.

ISBN 9783161479014
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161580185
eBook PDF 104,00 €

Die Begründung staatlicher Entscheidungen erfüllt im modernen Staatswesen wesentliche Funktionen. Als Ausdruck aufklärerischen Gedankenguts spiegelt sie die Emanzipation vom Untertan zum Bürger sowie die Rechenschaftspflicht des Staates wider. Dennoch ist die Begründungspflicht heute von zahlreichen, oft weitreichenden Beschränkungen durchsetzt. Uwe Kischel entwickelt die Fragen von Ob und Wie der Erläuterung staatlicher Entscheidungen zu einer einheitlichen Begründungslehre. Ausgangspunkt ist eine differenzierte Analyse der verfassungsrechtlichen Verankerung der Begründungspflicht sowie ihrer dogmatischen Grundstruktur. Diese rechtsstaatlich-demokratische Begründungspflicht wird in ihren praktischen Auswirkungen bei Urteilen, Verwaltungsakten und Gesetzen näher ausgeformt, ihr Wie in Begründungsgrundsätzen strukturiert.



Mann, Thomas

Die öffentlich-rechtliche Gesellschaft

Zur Fortentwicklung des Rechtsformenspektrums für öffentliche Unternehmen

Band 93
2002. XIX, 423 Seiten.

ISBN 9783161477966
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161580499
eBook PDF 109,00 €

Die von einer Euphorie der Ausgliederung geprägte Privatisierungsdiskussion hat bisher einen wichtigen Teilaspekt vernachlässigt. Im Zentrum dieser Untersuchung steht deshalb das Organisationsrecht öffentlicher Unternehmen, also verselbständigter Verwaltungseinheiten, deren sich der Staat oder eine Gemeinde bedient, um »öffentlichen Zwecken dienende wirtschaftliche Tätigkeiten« (§ 7 Abs. 1 S.2 BHO) zu erfüllen. Thomas Mann erarbeitet die durch das Grundgesetz vorgegebenen Organisations- und Strukturdirektiven für die Rechtsformgestaltung öffentlicher Unternehmen. Außerdem untersucht er mit Blick auf das unterverfassungsrechtliche Recht, inwieweit der verfügbare Kanon öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Rechtsformen diesen Direktiven zu entsprechen vermag. Um den hierbei zutage tretenden Defiziten entgegensteuern zu können, werden im dritten Teil Lösungsansätze präsentiert. Der dogmatische Ansatz, der auf die Herausbildung eines Verwaltungsgesellschaftsrechts abzielt, wird verworfen. Der Autor plädiert für eine Konturierung einer eigenständigen Rechtsform öffentlicher Unternehmen auf der Basis einer öffentlich-rechtlichen Anstalt und entwirft deren mögliche Organisationsstruktur.

Grzeszick, Bernd

Rechte und Ansprüche

Eine Rekonstruktion des Staatshaftungsrechts aus den subjektiven öffentlichen Rechten

Band 92
2002. XXV, 606 Seiten.

ISBN 9783161478604
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161580468
eBook PDF 124,00 €

Das deutsche Staatshaftungsrecht bietet das Bild eines dogmatischen Chaos: Eine höchst heterogene Ansammlung von nur partiell gesetzlich geregelten, im übrigen richterrechtlich geformten und zwischen Öffentlichem und Privatem Recht changierenden Ansprüchen. Dieser Zustand ist nicht nur in der Praxis problematisch, sondern grundsätzlich prekär, weil in der haftungsrechtlichen Verantwortlichkeit des Staates gegenüber seinen Bürgern das zugrundeliegende Staatsverständnis unmittelbar zum Ausdruck kommt. Bernd Grzeszick entwickelt eine dogmatische Grundlegung des Staatshaftungsrechts mit Hilfe einer Rekonstruktion von Ansprüchen aus den öffentlichen Rechten des Bürgers. Der Ansatz lautet, staatshaftungsrechtliche Ansprüche als Reaktion auf die Verletzung subjektiver öffentlicher Rechte zu verstehen. Hiervon ausgehend wird das Staatshaftungsrecht theoretisch erklärt, widerspruchsfrei entfaltet und dogmatisch konkretisiert. Neben den Grundrechten, deren staatstheoretische Fundierung zu grundrechtlich verankerten Haftungsansprüchen mit rechtfertigungsbedürftigem Schrankenvorbehalt führt, kann auch die Verletzung einfachrechtlicher subjektiver öffentlicher Rechte Haftungsansprüche begründen. Dies trifft auch auf das Europarecht zu. Bernd Grzeszick stellt eine konsistente Dogmatik des deutschen wie des europäischen Staatshaftungsrechts vor, die an die allgemeine Dogmatik des Öffentlichen Rechts anknüpft und eine tragfähige Basis für die künftige Entwicklung bildet.

Kaufmann, Marcel

Untersuchungsgrundsatz und Verwaltungsgerichtsbarkeit

Band 91
2002. XVI, 486 Seiten.

ISBN 9783161478819
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161580482
eBook PDF 119,00 €

Nach geltendem Verfahrensrecht sind die Verwaltungsgerichte für die Ermittlung des Sachverhalts verantwortlich. Marcel Kaufmann untersucht, ob dieser aus dem 19. Jahrhundert stammende Grundsatz heute in verfassungsrechtlicher und funktionaler Weise noch zu rechtfertigen ist. Er vertritt die These, daß der Untersuchungsgrundsatz zwar historisch plausibel ist, daß er jedoch mit der Ausdifferenzierung der Verwaltungsgerichte, der Normativierung des Gemeinwohls und der subjektiv-rechtlichen Zweckbestimmung des Verwaltungsprozesses seine innere Rechtfertigung verloren hat. Der Autor rekonstruiert den verfassungsrechtlichen Begriff der Rechtsprechung als unparteiische Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten und plädiert für eine restriktive Interpretation des Art. 19 Abs. 4 GG als Garantie individueller Rechtsausübung vor Gericht.

Huster, Stefan

Die ethische Neutralität des Staates

Eine liberale Interpretation der Verfassung

Band 90
2., unveränderte Auflage mit einer neuen Einleitung 2017.
LXV, 764 Seiten.

ISBN 9783161553912
fadengeheftete Broschur 119,00 €

ISBN 9783161553929
eBook PDF 119,00 €

Stefan Huster diskutiert die Möglichkeiten des Staates, auf den gesellschaftlichen Pluralismus in Fragen von Religion, Weltanschauung und persönlicher Lebensführung zu reagieren. Dabei entwickelt er ein Neutralitätsgebot, das sich nicht auf die Wirkungen, sondern auf die Begründungen staatlichen Handelns bezieht.

»Insgesamt betrachtet liegt ein klar geschriebenes Werk vor, das einen großen Argumentationsreichtum aufweist und den Blick für die ethische Neutralität des Staates schärft, die über die häufig erörterte religiöse Neutralität des Staates hinausreicht.«

Christian Starck AöR 2006, S. 148

»Sorgfalt und Souveränität der Argumentation bis in die Fußnoten sind geradezu vorbildlich.«
Werner Heun ZeVfKR 2004, S. 679



»Huster hat ein kluges und spannendes, anspruchsvolles und durchweg gut lesbares Buch geschrieben.«
Dieter Hömig ARSP 2004, S. 117

Hohmann, Harald

Angemessene Außenhandelsfreiheit im Vergleich

Die Rechtspraxis der USA, Deutschlands (inklusive der EG) und Japans zum Außenhandel und ihre Konstitutionalisierung

Band 89
2002. XXV, 611 Seiten.

ISBN 9783161478253
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161580130
eBook PDF 129,00 €

Inwieweit ist es in der Rechtspraxis der sogenannten Triade (USA, EG, Japan) gelungen, soviel Liberalität des Außenhandels wie möglich zu gewährleisten, ohne die von der Rechtsgemeinschaft anerkannten Gemeinwohlüter zu vernachlässigen? Dieser Frage geht Harald Hohmann im vorliegenden Band nach. Im Zuge seiner Analyse nimmt er die nationale Verfassung und das WTO-Recht als Maßstab dafür, Ansatz und Reichweite grundrechtlicher Handelsfreiheit sowie Gemeinwohlüter aufzuzeigen, die vom jeweiligen Staat als essentiell anerkannt werden. Nur die Beschränkung auf diese konsensfähigen Gemeinwohlüter – hierzu gehören vor allem Schutz der Rechte der eigenen Bevölkerung (Gesundheit, Moral, geistiges Eigentum etc.), Frieden/Nonpoliferation, volkswirtschaftliche Belange, Kulturgüter, Umweltschutz, Menschenrechte – erlaubt es, einen Protektionismus im Welthandel zu vermeiden. Grundrechte und Gemeinwohlüter werden im Sinne praktischer Konkordanz zum Ausgleich gebracht. Harald Hohmann vergleicht das Recht der USA, Deutschlands (inklusive der EG) und Japans und leistet so einen wichtigen Beitrag zur Konstitutionalisierung des Welthandels. Gestützt auf zahlreiche Interviews steht die Rechtspraxis in diesem Band im Vordergrund; zur Sprache kommen auch der Schutz vor rückwirkenden Embargoingriffen, der freie Meinungs austausch, das rechtsstaatliche Verwaltungsverfahren und die Gewährleistung der Gewaltenteilung im Außenhandel.

Weiß, Wolfgang

Privatisierung und Staatsaufgaben

Privatisierungsentscheidungen im Lichte einer grundrechtlichen Staatsaufgabenlehre unter dem Grundgesetz

Band 88
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2002. XVIII, 497 Seiten.

ISBN 9783161581144
eBook PDF 114,00 €

Welche Aufgaben hat der Staat? Die Auseinandersetzung mit der Privatisierung erfordert die Klärung dieser Frage. In Verfassungsstaaten stellt die Verfassung den Ausgangspunkt für die Staatsaufgabenlehre dar. Ferner ist die Erkenntnis des Staatszwecks notwendige Voraussetzung einer Staatsaufgabenlehre. Wolfgang Weiß geht den entsprechenden Grundlagen und Bedingungen für eine Staatsaufgabenlehre der Bundesrepublik nach. Zentrale Staatszweckbestimmung des Grundgesetzes ist Art. 1 Abs. 1 GG; das Bekenntnis zur Menschenwürde wird in den Grundrechten konkretisiert. Die Staatsaufgaben ergeben sich daher allein aus den Grundrechten. Das führt zu der Erkenntnis, daß Staatsaufgaben der Bundesrepublik Deutschland alle im öffentlichen Interesse liegenden Angelegenheiten sind, die der Staat unter Einhaltung verfassungsrechtlicher Schranken wahrnimmt und die der Freiheit des einzelnen dienen. Das wird dahin operationalisiert, daß der Staat anstatt eigener Leistung grundsätzlich auf Gewährleistung beschränkt ist. Angelegenheiten, die dem nicht entsprechen, müssen materiell und nicht nur der Form nach privatisiert werden. Dieses Konzept erfordert einen Rückzug des Staates aus nahezu jeder wirtschaftlichen Betätigung. Ferner eröffnet dieser Ansatz Privatisierungspotentiale im Verwaltungsrecht durch stärkere Einbeziehung von Selbstkontrolle und kooperativen Formen. Diese grundsätzliche Beschneidung des Staates auf eine Gewährleistungsverantwortung anstelle von eigenen staatlichen Leistungen entspricht auch einem europäischen Staatlichkeitsbegriff.

Möstl, Markus

Die staatliche Garantie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung

Sicherheitsgewährleistung im Verfassungsstaat, im Bundesstaat und in der Europäischen Union

Band 87
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2002. XXIV, 723 Seiten.

ISBN 9783161581564
eBook PDF 124,00 €

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, ist nicht nur eine der grundlegendsten und ältesten Staatsaufgaben, sondern auch eine Aufgabe, die den Staat stets vor neue Herausforderungen stellt und gerade heute – im Zuge des Wandels der Staatsaufgaben, angesichts neuer Risiken und Kriminalitätsformen sowie im Prozeß der europäischen Integration – neu vermessen werden muß. Markus Möstl behandelt die Reichweite der staatlichen Garantie für die innere Sicherheit sowie die Techniken ihrer Einlösung im Verfassungsstaat, im Bundesstaat und in der Europäischen Union. Zunächst ergründet er die verfassungsrechtliche Fundierung und Bindungskraft der Sicherheitsaufgabe als Staatsaufgabe mit Verfassungsrang, Staatszielbestimmung und grundrechtliche Gewährleistung im Spannungsfeld von Sicherheit und Freiheit. Daraufhin analysiert er den aktuellen Wandel der Techniken staatlicher Sicherheitsgewährleistung, insbesondere die Tendenz einer Vorverlagerung von Eingriffsbefugnissen vor die klassischen rechtsstaatlichen Eingriffsschwellen (Informationsvorsorge und Risikosteuerung im Gefahrenvorfeld) sowie die zunehmende Einschaltung Privater in die Erledigung von Sicherheitsaufgaben. Schließlich zeigt Markus Möstl, in welcher Weise die überkommene verfassungsstaatliche Garantie innerer Sicherheit im Prozeß der europäischen Integration mit ihrem Ziel eines europäischen 'Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts' um Elemente einer überstaatlichen Gewährleistung ergänzt und verstärkt wird.



Schroeder, Werner

Das Gemeinschaftsrechtssystem

Eine Untersuchung zu den rechtsdogmatischen, rechtstheoretischen und verfassungsrechtlichen Grundlagen des Systemdenkens im Europäischen Gemeinschaftsrecht

Band 86
2002. XXIII, 534 Seiten.

ISBN 9783161477157
Leinen 149,00 €
ISBN 9783161580475
eBook PDF 134,00 €

Werner Schroeder stellt das Europäische Gemeinschaftsrecht als ein eigenes Rechtssystem dar. Dies ist erforderlich, weil das Gemeinschaftsrecht anders als staatliche Rechtsordnungen einem permanenten Rechtfertigungszwang unterliegt und sich ständig seiner Grundlagen und Grenzen vergewissern muß. Um die These des Europäischen Gerichtshofs, dem Gemeinschaftsrecht liege ein autonomes System von Rechtsnormen, Institutionen und Zielen zugrunde, zu verifizieren, nimmt Werner Schroeder die Rechtstheorie in Anspruch. Die in der Literatur bislang zur Analyse des Gemeinschaftsrechts als System verwendeten Theorien erweisen sich als defizitär, wenn sie mit der komplexen Realität des Gemeinschaftsrechts konfrontiert werden. Als theoretischer Rahmen dient hier deshalb ein neuer institutionalistischer Ansatz, der die soziale Wirklichkeit bei der Betrachtung eines Rechtssystems berücksichtigt. Basis des sozial wirksamen Gemeinschaftsrechtssystems sind letztlich die Gemeinschaftsverträge als Verfassung. Voraussetzung für ein solches Verständnis ist ein funktionaler Verfassungsbegriff, der die Begriffe 'Verfassung' und 'Staat' voneinander ablöst. Mit seiner Hilfe lassen sich die Gemeinschaftsverträge als Grundordnung deuten, welche die maßgeblichen Funktionsdaten des Gemeinschaftsrechtssystems enthält. Die systemtheoretische Abbildung des Gemeinschaftsrechts hat aber auch eine praktische Dimension, da sie berücksichtigt, ob sich das Systemdenken in der Gemeinschaftspraxis widerspiegelt. Sie leistet deshalb Hilfestellung bei der Lösung gemeinschaftsrechtlicher Grundprobleme.

Beaucamp, Guy

Das Konzept der zukunftsfähigen Entwicklung im Recht

Untersuchungen zur völkerrechtlichen, europarechtlichen, verfassungsrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Relevanz eines neuen politischen Leitbildes

Band 85
2002. XXVI, 482 Seiten.

ISBN 9783161478246
Leinen 129,00 €
ISBN 9783161580598
eBook PDF 119,00 €

Guy Beaucamp untersucht das Verhältnis des Konzepts des *sustainable development* zur Rechtsordnung. Dabei geht er zum einen der Frage nach, inwieweit das Konzept der zukunftsfähigen Entwicklung bereits verrechtlicht ist. Zum anderen untersucht er, welche Möglichkeiten *de lege ferenda* zur Verfügung stehen, um das Konzept in die Rechtsordnung einzubauen.

Während das Völkerrecht noch am Anfang einer Verrechtlichung steht, hat der Amsterdamer Vertrag das Zukunftsfähigkeitskonzept an vielen Stellen in das Europarecht aufgenommen. Wichtige Teilaussagen des Konzepts lassen sich auch im deutschen Verfassungsrecht wiederfinden, wobei die institutionelle Absicherung der langfristigen Orientierung sowie die Integration sozialer, ökonomischer und ökologischer Belange verbessert werden müßte. Das deutsche Verwaltungsrecht bietet ein uneinheitliches Bild. Während das Raumordnungsgesetz und das Bundeswaldgesetz vielversprechende Ansätze enthalten, erweisen sich zahlreiche andere Gesetze (Bundesnaturschutzgesetz, Bundesjagdgesetz, Wasserhaushaltsgesetz) als wenig erfolgreich, wenn es um die Umsetzung einer zukunftsfähigen Entwicklung geht. Ein unter der Bezeichnung Stoffstromrecht diskutiertes Reformmodell für das Verhältnis von Wirtschaft und Umwelt hat ebenfalls nur ein sehr geringes Echo in den relevanten Verwaltungsgesetzen (Bundes-Immissionsschutzgesetz, Chemikaliengesetz, Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz) gefunden.

Fisahn, Andreas

Demokratie und Öffentlichkeitsbeteiligung

Band 84
2002. XI, 396 Seiten.

ISBN 9783161477812
Leinen 109,00 €
ISBN 9783161580109
eBook PDF 99,00 €

Andreas Fisahn verfolgt die Spur der Öffentlichkeitsbeteiligung in planerischen Entscheidungen von den Anfängen im aufgeklärten Absolutismus und der liberalen Epoche bis in die Gegenwart. Dabei geht er der Frage nach, welcher rechtliche Status der Öffentlichkeitsbeteiligung zugeordnet werden kann. Das macht es erforderlich, nicht nur die einzelnen Regelungen, sondern insbesondere den historischen Kontext und die vorherrschende staatsrechtliche Diskussion zu analysieren. Der Autor entwickelt die These, daß der Öffentlichkeitsbeteiligung ein demokratischer Status zuzuschreiben ist. Eben dieser kann in der historischen Spurensuche für den Beginn der Beteiligungsrechte als Kompensation für mangelnde zentralstaatliche Demokratie herausgearbeitet werden. Die Bewertung verschiebt sich mit den antiliberalen Tendenzen im Kaiserreich und macht es heute noch schwierig, die Beteiligungsrechte im Kontext der Staatstheorie angemessen zu erfassen. So unternimmt Andreas Fisahn den Versuch, eine zivilgesellschaftlich orientierte Theorie der Demokratie zu entwickeln, mit deren Hilfe die Beteiligung als Element derselben verstanden werden kann. Eine solche Konzeption hat selbstverständlich Konsequenzen für die konkrete (gerichtliche) Bewertung der Beteiligung in planerischen Verwaltungsverfahren, die in diesem Band herausgearbeitet werden.

Leisner, Anna

Kontinuität als Verfassungsprinzip

Unter besonderer Berücksichtigung des Steuerrechts

Band 83
2002. XXXVII, 728 Seiten.

ISBN 9783161476952
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161580093
eBook PDF 109,00 €

Dogmatische Entfaltung sowie praktische Wirkungsweise eines Gebots der Rechtskontinuität im Sinne einer Fortentwicklung des Rechts in jeweils schonenden Übergängen ohne abrupte 'Brüche' stehen im Zentrum dieser Untersuchung. Anna Leisner erstellt eine wissenschaftstheoretische Begriffsbestimmung des Kontinuums und Kategorien für eine rechtliche Kontinuitätsdogmatik. Sie untersucht den Forschungsstand zur Kontinuität aus der Sicht von Rechtsanthropologie, -philosophie, -soziologie und -semiotik, sowie bisherige Überlegungen zu einem Schutz der Kontinuität im neueren öffentlich-rechtlichen Schrifttum und in der Rechtsprechung. Hierauf aufbauend entwickelt sie eine Dogmatik der Rechtskontinuität als eines objektiv-rechtlichen Verfassungsprinzips. Die Dynamik der Demokratie steht zu einem derartigen Schutz in einem Spannungsverhältnis, das sich jedoch verfassungsrechtlich lösen läßt. Die Ergebnisse der Untersuchung erprobt Anna Leisner an Rechtsfragen des Steuerrechts. Hier verdeutlicht die Autorin die Wirkung des im Grunde mehr progressiven denn konservativen Grundsatzes der Rechtskontinuität als zeitgemäßer rechtlicher Kanalisierung fortlaufenden Wandels in Beständigkeit.

Unruh, Peter

Der Verfassungsbegriff des Grundgesetzes

Eine verfassungstheoretische Rekonstruktion

Band 82
2002. XXVI, 680 Seiten.

ISBN 9783161476969
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161580086
eBook PDF 119,00 €

Auf den Umstand, daß Verfassungsdogmatik nur auf der Grundlage einer Selbstvergewisserung über den Verfassungsbegriff möglich ist, wurde schon vielfach hingewiesen. Für dieses häufig beklagte Problem der Staatsrechtslehre bietet die vorliegende Untersuchung einen Lösungsvorschlag: Peter Unruh beschreibt den Verfassungsbegriff des Grundgesetzes als eine evolutionäre Kategorie, deren Wurzeln sich bis zur Amerikanischen und Französischen Revolution zurückverfolgen lassen. Der Autor zeigt, daß es möglich ist, den Verfassungsbegriff des Grundgesetzes mit Hilfe einer Reihe von Begriffselementen adäquat zu umschreiben. Die ideengeschichtliche und verfassungstheoretische Grundlage dieses Verfassungsbegriffs ist die allgemeine Vorstellung von der menschlichen Autonomie. Aus dem Gedanken der Selbstbestimmung der Freien und Gleichen leiten sich die einzelnen Verfassungsbegriffselemente ab, die sich aus heuristischen Gründen in zwei funktionell ausdifferenzierte Gruppen unterteilen lassen: die Strukturelemente, die den Geltungsgrund, die Geltungsweise und die Form der Verfassung betreffen, sowie die materiellen Begriffselemente, die konkrete inhaltliche Festsetzungen enthalten. Neben verfassungstheoretischen und methodologischen Fragen steht vor allem die Geschichte des Verfassungsbegriffs im Vordergrund des Bandes. Aus dieser evolutionär-verfassungstheoretischen Grundlegung werden Folgerungen für die aktuelle Verfassungsdogmatik abgeleitet.

Lepsius, Oliver

Besitz und Sachherrschaft im öffentlichen Recht

Band 81
2002. XIX, 580 Seiten.

ISBN 9783161476884
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161580147
eBook PDF 119,00 €

Das Verwaltungsrecht knüpft Rechtspflichten entweder an individuelles Verhalten (Modell der Handlungsverantwortlichkeit) oder an Sachherrschaftsbeziehungen (Modell der Zustandsverantwortlichkeit). Im Unterschied zur Handlungsverantwortlichkeit ist die verfassungsrechtliche Begründung und Begrenzung von Sachherrschaftsstellungen und entsprechenden Pflichten bis heute weithin ungeklärt. Selbst die Bemühungen um eine Begrenzung der Zustandshaftung des Eigentümers haben die Pflicht des Inhabers der tatsächlichen Gewalt außer acht gelassen. Die Rechtsordnung knüpft jedoch an solche und ähnliche Besitzbegriffe, wie z. B. Inhaber, Betreiber, Produktverantwortlicher, erhebliche Pflichten. Umgekehrt vernachlässigen aktuelle Regelungstendenzen im Umweltrecht sachherrschaftsbezogene Pflichtenstellungen und zielen durch die Konzentration auf das Verursacherprinzip zu einseitig auf das Modell der Handlungsverantwortlichkeit ab. Oliver Lepsius entwickelt das Modell einer besitz- und sachherrschaftsbezogenen Pflichtendogmatik am Beispiel des Polizei- und Umweltrechts. Dabei verankert er die Rechte des Sachherrschaftsberechtigten in der Eigentumsgarantie und begrenzt die Pflichten durch den Korrelationsgrundsatz. Er interpretiert die Eigentumsgarantie als ein Grundrecht auf Sachherrschaft und gewinnt daraus Kriterien und Maßstäbe für die Ausgestaltung einer allgemeinen, auf Sachherrschaft gestützten Pflichtendogmatik im Verwaltungsrecht. Das Umweltrecht soll auf diese Weise an das Recht der allgemeinen Gefahrenabwehr zurückgebunden und in die Eigentumsdogmatik eingebunden werden. Zudem entwickelt Oliver Lepsius sachherrschaftsbezogene Regelungsalternativen und kritisiert Gegenwartstendenzen im Umweltrecht, die durch die Fixierung auf handlungsverantwortliche Pflichten hinter den Regelungsmöglichkeiten zurückbleiben.

Langenfeld, Christine

Integration und kulturelle Identität zugewanderter Minderheiten

Eine Untersuchung am Beispiel des allgemeinbildenden Schulwesens in der Bundesrepublik Deutschland

Band 80
2001. XXXI, 616 Seiten.

ISBN 9783161475795
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161580079
eBook PDF 109,00 €

Auf der einen Seite fordern die in Deutschland lebenden zugewanderten Minderheiten die Bewahrung ihrer kulturellen Identität. Auf der anderen Seite steht die Notwendigkeit der Integration in die bestehende Gesellschafts- und Rechtsordnung. Die spezielle Problematik dieses Spannungsverhältnisses, das Christine Langenfeld für den Bereich des allgemeinbildenden Schulwesens untersucht, liegt in seiner interkulturellen Dimension. Diese wird durch das Zusammentreffen unterschiedlicher kultureller Wert- und Normensysteme bestimmt. Der rechtsdogmatische Anknüpfungspunkt für dieses Spannungsverhältnis ist in den Grundrechtspositionen der Minderheitsangehörigen im Verhältnis zur staatlichen Schulhoheit (Art. 7 GG) zu suchen. Im Zentrum stehen hierbei das kindliche Entfaltungsrecht und das Recht auf chancengleiche Bildung, das elterliche Erziehungsrecht und die Religions- und Gewissensfreiheit. Nach einer rechtsempirischen Analyse der einschlägigen schulrechtlichen und schulpraktischen Regelungen der Bundesländer zum Umgang mit zugewanderten Minderheiten stellt Christine Langenfeld verfassungstheoretische Überlegungen zum Umgang mit dem Phänomen der 'Multikulturalität' innerhalb eines Gemeinwesens an. Anschließend folgt die Analyse grundrechtsdogmatischer Fragestellungen. Christine Langenfeld zeigt, daß die Wahrnehmung von



Minderheitsrechten sich nicht unbedingt konträr zur Verwirklichung des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrages verhält, sondern daß die Respektierung der kulturellen Identität des Minderheitsangehörigen und die dauerhafte Integration in die Mehrheitsgesellschaft in einer vielfachen Wechselbeziehung stehen, die beiden Zielsetzungen förderlich ist. Hierbei wird die grundrechtlich gebotene Anerkennung und Respektierung der Minderheitsidentität Bestandteil des Integrationsprozesses, den die Schule im Rahmen der ihr zugewiesenen Erziehungsverantwortung zu fördern hat.

Fehling, Michael

Verwaltung zwischen Unparteilichkeit und Gestaltungsaufgabe

Band 79
2001. XXIV, 565 Seiten.

ISBN 9783161476426
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161579714
eBook PDF 119,00 €

Einerseits wird von der öffentlichen Verwaltung im Rechtsstaat unparteiliche Rechtsverwirklichung gefordert, andererseits soll sie über den Vollzug zwingender Rechtsvorschriften hinaus politische Vorgaben konkretisieren und aktiv handelnd umsetzen. Strukturelle Veränderungen im Verwaltungsrecht durch wirtschaftliches Handeln und vermehrte Kooperation mit Privaten lassen diesen ungelösten Grundkonflikt zwischen Unparteilichkeit und Gestaltungsaufgabe in neuem Licht erscheinen. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern unter anderen Vorzeichen auch für die USA. Nach begrifflichen Vorklärungen und einem ideen- und entwicklungsgeschichtlichen Überblick arbeitet Michael Fehling rechtsvergleichend verschiedene Verwaltungstypen heraus. Diesen lassen sich idealtypisch unterschiedliche Konsequenzen für den Standort der Verwaltung zwischen Unparteilichkeit und Dienstleistungs- und Gestaltungsaufgaben entnehmen. Anschließend analysiert der Verfasser die einschlägigen Rechtsvorschriften auf personell-individueller, organisatorisch-institutioneller und auf Verfahrensebene. Ein weiteres zentrales Kapitel widmet er Fragen der Unparteilichkeit bei einer Verantwortungsteilung zwischen Verwaltung und typischerweise (wirtschaftliche) Eigeninteressen verfolgenden Privaten. Michael Fehling präsentiert abschließend ein flexibles Kompensationsmodell, unter Einfluß auch des zwischen materieller Kontrolle der Verwaltung durch die Gerichte und (Unparteilichkeits-) Sicherungen auf Verwaltungsebene bestehenden Potentials wechselseitiger Entlastung.

Storr, Stefan

Der Staat als Unternehmer

Öffentliche Unternehmen in der Freiheits- und Gleichheitsdogmatik des nationalen Rechts und des Gemeinschaftsrechts

Band 78
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2001. XXI, 654 Seiten.

ISBN 9783161581137
eBook PDF 109,00 €

Die Rahmenbedingungen des staatlichen Unternehmertums sind in den vergangenen 15 Jahren grundlegend ausgewechselt worden. Die Daseinsvorsorge Forsthoffscher Prägung hat einem durch den Staat regulierten Wettbewerb Platz gemacht. Die bisherige Dogmatik hat den unternehmerischen Staat vor allem als ein zivilrechtliches Problem begriffen; nunmehr ist er wieder in das öffentliche Recht zurückzuführen. Der unternehmerische Staat wird nicht in einem privaten Raum tätig, auf die Wettbewerbsfreiheit Privater kann er sich nicht berufen. Stefan Storr legt dar, daß sich die aktuellen europarechtlichen und deutschen verwaltungs- und verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen symbiotisch zu einem neuen Regelwerk zusammenfügen. Er entwickelt auf dieser Grundlage eine integrierte Dogmatik, die beide Seiten des unternehmerischen Staates aufnimmt: die des Regulierers und die des Marktteilnehmers. Das Regulierungsrecht wird als Rahmenrecht für die multipolaren Rechtsverhältnisse des Marktes zwischen Staat, öffentlichen Unternehmen, Wettbewerbern und Marktgegenseite konzipiert. Dieses Rahmenrecht versetzt den unternehmerischen Staat in die Lage, angemessen am Wettbewerb teilzunehmen, ohne daß er von seinen öffentlich-rechtlichen Bindungen befreit werden muß. Damit die Wettbewerber und Kunden der öffentlichen Unternehmen ihre Rechte effektiv wahrnehmen können, ist es erforderlich, daß der unternehmerische Staat auch als solcher erkannt werden kann. Dafür wird ein Transparenzprinzip entwickelt: Der Staat ist verpflichtet, seine Unternehmensbeteiligungen zu publizieren.

Heitsch, Christian

Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder

Band 77
2001. XVII, 462 Seiten.

ISBN 9783161476457
Leinen 109,00 €

ISBN 9783161580062
eBook PDF 109,00 €

Indem das Grundgesetz den Ländern die Ausführung der Bundesgesetze sowie des unmittelbar wirkenden Gemeinschaftsrechts zuweist, konstituiert es eine besondere Form der vertikalen Gewaltenteilung. Christian Heitsch arbeitet deren wesentliche Strukturen unter Berücksichtigung der Problemgeschichte deutscher föderaler Ordnung seit 1815 sowie unter Würdigung des demokratischen und sozialen Charakters unseres heutigen Bundesstaats heraus. Dabei zeigt sich, daß die Ingerenzrechte, die der Bundesregierung im Bereich der Landeseigenverwaltung und der Bundesauftragsverwaltung zur Verfügung stehen, den Ländern noch erheblichen Raum lassen, beim Vollzug der Bundesgesetze unterschiedliche Schwerpunkte zu setzen. Geltungsgrund der Bundestreue kann unter dem Grundgesetz weder das 'Wesen' des Bundesstaates sein, noch die Anknüpfung an rechtsstaatliche Grundsätze, noch der offene oder verdeckte Rückgriff auf das 'bündische Prinzip' der Verfassungsverträge von 1867/1870. Vielmehr kommt nur die vorsichtige Erweiterung ausdrücklich normierter Informations-, Rücksichtnahme- und Mitwirkungspflichten in Betracht. Als Maßstab richterlicher Streitentscheidung ist die Bundestreue daher strikt subsidiär. Unter Berücksichtigung politikwissenschaftlicher Erkenntnisse unterzieht der Autor die extensive Auslegung der Zustimmungsrechte des Bundesrats einer Grundsatzkritik. Nach systematischer Betrachtung aller Anwendungsfälle der Auftragsverwaltung kristallisieren sich zwei Varianten dieses Verwaltungstyps mit unterschiedlich weit reichenden Steuerungsbefugnissen der Bundesregierung heraus. Christian Heitsch kommt zu dem Ergebnis, daß die prinzipielle Anknüpfung der Ausgabenlast an die Verwaltungskompetenz entgegen verbreiteter Kritik weiterhin sachgerecht ist, und daß die gegenseitige Haftung des Bundes und der Länder für fehlerhafte Verwaltung eine wesentliche Schutzfunktion für beide staatlichen Ebenen entfaltet.

Pache, Eckhard

Tatbestandliche Abwägung und Beurteilungsspielraum

Zur Einheitlichkeit administrativer Entscheidungsfreiräume und zu deren Konsequenzen im verwaltungsgerichtlichen Verfahren – Versuch einer Modernisierung

Band 76
2001. XIV, 562 Seiten.

ISBN 9783161475993
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161580505
eBook PDF 109,00 €

Man unterteilt den Freiraum der Verwaltung bei der Rechtsanwendung bisher in 'Ermessen' und 'Beurteilungsspielraum'. Eckhard Pache analysiert die Grundlagen und Merkmale dieser Freiräume und führt beide auf die Notwendigkeit einer Tatbestandsergänzung zurück. Erfordert diese Tatbestandsergänzung eine offene Abwägung, so resultiert aus der normativen Offenheit der Abwägung die Offenheit der rechtlichen Vorgaben für die zu treffende Entscheidung. Dies führt auf der Tatbestands- wie auf der Rechtsfolgenseite einer Norm zu einem Entscheidungsspielraum der Verwaltung. Daraus kann bei der Rechtsanwendung eine Vielzahl möglicher Entscheidungsergebnisse resultieren, die die Vorhersehbarkeit der letztendlich getroffenen Entscheidung erschwert. Wie könnte man dieses System vereinfachen und damit eine Beschleunigung der Verfahren und eine erhöhte Transparenz der Entscheidungsgrundlagen erreichen? Eine Antwort darauf könnte möglicherweise in den Rechtsordnungen anderer Länder gefunden werden.

Eckhard Pache untersucht das deutsche System der Trennung von Ermessen und Beurteilungsspielraum rechtsvergleichend und im internationalen Kontext. Er mißt es an den völkerrechtlichen und europarechtlichen Anforderungen und stellt fest, daß diese für eine grundlegende Modifikation des deutschen Systems sprechen. Auf verfassungs-, europa- und völkerrechtlicher sowie rechtsvergleichender Grundlage entwirft Eckhard Pache ein Modell für die Begründung von Letztentscheidungsrechten der Verwaltung, die sowohl auf der Tatbestands- als auch auf der Rechtsfolgenseite einer Norm angesiedelt sein können.

Frenz, Walter

Selbstverpflichtungen der Wirtschaft

Band 75
2001. XXXI, 491 Seiten.

ISBN 9783161476433
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161580123
eBook PDF 109,00 €

Selbstverpflichtungen der Wirtschaft werden von der EU-Kommission in Gestalt von Umweltvereinbarungen besonders geschätzt und erlangen im Zuge zunehmender kooperativer Handlungsformen eine immer größere Bedeutung. Das zeigten im letzten Jahr die Vereinbarungen zum Klimaschutz sowie zum Kernkraftausstieg. Aufgrund dieser beiden unterschiedlichen Beispiele stellt sich die Frage der Charakteristika sowie der Einfügung in die Modernisierung des Verwaltungsrechts. Selbstverpflichtungen können staatliches Handeln ersetzen, sind aber zumeist eng mit ihm verschränkt. Zum einen sind sie Ausdruck wirtschaftlicher Freiheit, zum anderen vielfach staatlich angestoßen oder erzwungen. In welchem Verhältnis stehen sie daher zur Wirtschaftsordnung nach EG-Vertrag und Grundgesetz, zum Demokratie- und zum Rechtsstaatsprinzip?

Walter Frenz untersucht umfassend die positiven Vorgaben und die Grenzen für den Einsatz von Selbstverpflichtungen aus europäischem und nationalem Recht. Er zeigt anhand der einzelnen Abschlußformen Vertrag, Absprache und einseitige Erklärung genauer auf, wie sie zustande kommen, ob der Staat sie auch gegenüber Einzelunternehmen einfordern bzw. umgekehrt keine Normen mehr erlassen kann und inwieweit sich auch nichtbeteiligte Dritte dagegen zu wehren vermögen. Ausführlich benennt er die wettbewerbsrechtlichen Grenzen für das Eingehen auf und die Umsetzung von Selbstverpflichtungen nach EG-Kartellrecht und GWB. Er befürwortet die umfassende steuerliche Anerkennungsfähigkeit von Rückstellungen zur Erfüllung von Selbstverpflichtungen.

Ruffert, Matthias

Vorrang der Verfassung und Eigenständigkeit des Privatrechts

Eine verfassungsrechtliche Untersuchung zur Privatrechtsentwicklung des Grundgesetzes

Band 74
2001. XXIII, 614 Seiten.

ISBN 9783161476280
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161580154
eBook PDF 119,00 €

Spektakuläre Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, allen voran der Bürgerschaftsbeschluß, haben in den neunziger Jahren die Diskussion über das Verhältnis von Verfassung und Privatrecht wiederbelebt. Unter der Überschrift 'Drittwirkung' gehörte die Auseinandersetzung darüber, ob sich die Grundrechte auf das Verhältnis zwischen Privaten auswirken, zu den Grundproblemen der Rechtswissenschaft seit 1949.

Ausgehend von diesem zeitgeschichtlichen Befund erörtert Matthias Ruffert die Problematik zunächst im Lichte der Grundvorstellungen zur Wechselwirkung zwischen Verfassung und einfachgesetzlichem Recht sowie der fundamentalen Bedeutung der Privatautonomie. Dem Geltungsvorrang der Verfassung wird ein Erkenntnisvorrang des Privatrechts zur Seite gestellt. Anschließend zeigt Matthias Ruffert Möglichkeiten auf, wie die neueren Erkenntnisse der Grundrechtsdogmatik zur Lösung dieser Problematik herangezogen werden können. An die Stelle der vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Konzeption einer 'Ausstrahlung' des Grundgesetzes auf das Privatrecht soll die präzisierende Auffächerung der einzelnen Grundrechtsfunktionen treten. Im Privatrecht werden Abwehr- und Schutzfunktion jeweils auf die ihnen eigene Weise wirksam. Sozialstaatliche Gewährleistungen entfalten sich nur punktuell; organisations- und verfahrensrechtliche Garantien sind zu vernachlässigen.

Dieser Ansatz wird auf einzelne Grundrechte und privatrechtliche Fragestellungen bezogen. Den Schwerpunkt bildet eine grundrechtsdogmatische Analyse der Privatautonomie, gefolgt von Einzeluntersuchungen zum Eigentum, zu Ehe und Familie, zu Arbeit und Beruf, zur verfassungsrechtlichen Personalität sowie zur Kommunikation. In diesem Kontext wird die bundesverfassungsgerichtliche Rechtsprechung einer kritischen Würdigung unterzogen.



Kämmerer, Jörn Axel

Privatisierung

Typologie, Determinanten, Rechtspraxis, Folgen

Band 73
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2001. XXII, 617 Seiten.

ISBN 9783161581557
eBook PDF 114,00 €

Privatisierung ist ein Zeichen tiefreichender Wandlungsprozesse im Verhältnis von Staat und Gesellschaft sowie in den Bereichen des öffentlichen und des Privatrechts. Verbreitet ist die Hoffnung, der unter seinen Kompetenz- und Finanzlasten schwerfällig gewordene Staatskoloß könne wieder 'schlank' werden, wenn er sich zugunsten gesellschaftlicher Kräfte aus Tätigkeitsbereichen zurückziehe.

Wichtige Privatisierungsimpulse gehen nach wie vor von den Wettbewerbsbestimmungen des Europäischen Gemeinschaftsrechts aus. Auf kommunaler Ebene ist die 'Organisationsprivatisierung' verbreitet. Mit der Novellierung der Kommunalverfassungen versuchen die Landesgesetzgeber, dem Trend zur kommunalen Eigengesellschaft Einhalt zu gebieten, verletzen jedoch mitunter die Vorgaben des Gesellschaftsrechts.

Jörn Axel Kämmerer weist nach, daß sich der Staat im Zuge des Privatisierungsprozesses keineswegs ganz zurückzieht. Vielmehr nimmt der Staat seine grundlegenden verfassungsrechtlichen Aufgaben auch in der 'Privatisierungsfolgenphase' weiterhin wahr – wenn auch nicht mehr durch eigene Leistungen, sondern als Garant und Regulator. Dabei wächst der Spielraum für 'private Grundrechtseingriffe', und die Grundrechte selbst wandeln sich zu Schutzpflichten. Zugleich bringt 'Organisationsprivatisierung', die Begründung privatrechtlich organisierter Wirtschaftsunternehmen der öffentlichen Hand ohne öffentlich-rechtliche Befugnisse, die Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft zum Verschwimmen. Letztlich hat der Staat eine Gratwanderung vor sich, bei der er weiterhin als ausgleichende Instanz für eine komplexe, zur Selbstregulierung unfähige, aber in den transnationalen Bereich ausgreifende Gesellschaft agieren können muß, ohne in ihr aufzugehen.

Butzer, Hermann

Fremdlasten in der Sozialversicherung

Zugleich ein Beitrag zu den verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Sozialversicherung

Band 72
2001. XX, 795 Seiten.

ISBN 9783161474958
Leinen 169,00 €
ISBN 9783161579721
eBook PDF 154,00 €

Als Fremdlasten werden die Leistungen der Sozialversicherungsträger bezeichnet, deren Finanzierung zwar aus Sozialversicherungsbeiträgen erfolgt, aber eigentlich in anderer Weise finanziert werden müßte. Korrekterweise sollten sie entweder aus Steuermitteln erbracht werden, soweit sie nicht nur im Interesse der Sozialversicherten, sondern im Interesse aller Staatsbürger und der gesamten Gesellschaft sind; oder sie sollten aus finanziellen Mitteln des einzelnen Bürgers erfolgen, sofern man sie dem Selbstverantwortungsbereich des Individuums und nicht einer Kollektivverantwortlichkeit zuordnen kann.

Je nach dem gewählten Abgrenzungsmaßstab wird für bis zu 40 Prozent des Leistungsvolumens der einzelnen Sozialversicherungszweige angenommen, daß es sich in Wahrheit um Fremdlasten handelt. Dennoch hat die seit längerem geäußerte finanz-, ordnungs- und verteilungspolitische Kritik an dieser Falschfinanzierung sozialer Leistungen beim Gesetzgeber kein Gehör gefunden.

Hermann Butzer wählt einen neuartigen, versicherungszweigübergreifenden und zudem rein verfassungsrechtlichen Untersuchungsansatz. Ist der Gesetzgeber bei seiner Entscheidung über Steuerfinanzierung, Beitragsfinanzierung oder Individualfinanzierung einer sozialen Leistung an verfassungsrechtliche Vorgaben gebunden? Falls ja, in welchem Umfang? Hermann Butzer erarbeitet Maßstäbe für eine Unterscheidung von Eigenlasten und Fremdlasten der Sozialversicherungsträger. Dies führt zu einer Analyse der kompetenz- und grundrechtlichen Vorgaben des Grundgesetzes für die Sozialversicherungsgesetzgebung. Damit leistet Hermann Butzer neben der rechtsdogmatischen Konturierung des Problems der Fremdlasten einen Beitrag zu einer stärkeren Dogmatisierung des Sozialversicherungsrechts.

Calliess, Christian

Rechtsstaat und Umweltstaat

Zugleich ein Beitrag zur Grundrechtsdogmatik im Rahmen mehrpoliger Verfassung

Band 71
2001. XXI, 685 Seiten.

ISBN 9783161475788
Leinen 139,00 €
ISBN 9783161579660
eBook PDF 124,00 €

Christian Calliess untersucht das Spannungsverhältnis zwischen dem verfassungsrechtlichen Rechtsstaatsprinzip und dem insbesondere in Art. 20a GG zum Ausdruck kommenden Umweltstaatsprinzip. Hintergrund ist die in den Sozialwissenschaften konstatierte 'Risikogesellschaft', in der (z.B. in der Biotechnologie) der Umgang mit naturwissenschaftlicher Ungewißheit und Risiken eine permanente Herausforderung für den Staat darstellt. Folglich muß der Staat seine aus dem Gewaltmonopol fließende Schutzaufgabe wahrnehmen und ist über die klassische Gefahrenabwehr hinaus nunmehr zur Risikoversorgung verpflichtet. Daher ist der Umweltstaat rechtlich gesehen Vorsorgestaat. Mit dem Vorsorgeprinzip, das Christian Calliess zunächst ausführlich konkretisiert und konturiert, können weitreichende Eingriffe in die grundrechtlich garantierte Wirtschaftsfreiheit verbunden sein. Das so skizzierte Spannungsverhältnis löst sich im materiellen Rechtsstaat auf der Ebene der Grundrechte, die als Abwehrrechte einerseits und als Schutzansprüche andererseits ein mehrpoliges Verfassungsrechtsverhältnis begründen. Auf dieser Grundlage entwickelt der Autor grundrechtsdogmatische Vorgaben (z.B. Gleichberechtigung von Abwehr- und Schutzdimension; Notwendigkeit einer mehrpoligen Verhältnismäßigkeitsprüfung), die sodann mit Blick auf konkrete, in Wissenschaft und Praxis diskutierte Lösungsansätze im Verfassungs- und Verwaltungsrecht angewandt werden.

Lorz, Ralph A.

Interorganrespekt im Verfassungsrecht

Funktionenzuordnung, Rücksichtnahmegebote und Kooperationsverpflichtungen

Band 70
2001. XXIV, 733 Seiten.

ISBN 9783161474460
Leinen 169,00 €

ISBN 9783161579691
eBook PDF 154,00 €

Alle modernen westlichen Verfassungen stehen vor dem Problem der richtigen Machtverteilung in der Ausübung der öffentlichen Gewalt. Die meisten Lösungsansätze sind mit dem Gewaltenteilungsprinzip verknüpft. Dessen praktische Umsetzung ist jedoch problematisch. Zum einen erweist sich die strikte Abgrenzung der Gewalten als unmöglich, zum anderen birgt jede Einräumung wechselseitiger Kontroll- und Verhinderungskompetenzen die Gefahr einer fruchtlosen Konfrontation und Blockade der beteiligten Organe.

Der Gedanke des Interorganrespekts als notwendiges Komplementärprinzip der Gewaltenteilung zeigt einen Weg zur rechtlichen Bewältigung dieser Probleme auf. Er wirkt in dreifacher Weise: Die Vorgabe einer organadäquaten Funktionenzuordnung erlaubt eine Veränderung der klassischen Gewaltenteilungskonzeption; das Gebot wechselseitiger Rücksichtnahme der Verfassungsorgane aufeinander sichert die damit bestimmten Funktionsbereiche auch in Fällen zweifelhafter Kompetenzzuweisung gegen Übergriffe; und eine allgemeine Verpflichtung der Organe zu konstruktivem Zusammenwirken soll die Wahrscheinlichkeit von Entscheidungsblockaden minimieren.

Wie ein Vergleich der Verfassungssysteme Deutschlands und der USA sowie des Vertragssystems der Europäischen Union demonstriert, gehören diese Postulate zum Konsens all jener Verfassungsordnungen, die auf ihrer obersten Ebene mehrere Verfassungsorgane als gleichberechtigte Entscheidungsträger nebeneinander installieren. Damit wird die Notwendigkeit des Interorganrespekts als grundlegendes Verfassungsprinzip deutlich.

Luthe, Ernst-Wilhelm

Optimierende Sozialgestaltung

Bedarf – Wirtschaftlichkeit – Abwägung

Band 69
2001. XVII, 529 Seiten.

ISBN 9783161475283
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161579684
eBook PDF 119,00 €

Ernst-Wilhelm Luthe untersucht das Spannungsverhältnis zwischen Bedürfnissen und Ressourcen, das allen sozialstaatlichen Bedarfsentscheidungen zugrunde liegt. Insbesondere der stark auf Prozesse der Personenveränderung ausgerichtete Bereich sozialstaatlicher Bedarfsbefriedigung fordert die Offenlegung dieses Widerspruchs mit den Mitteln juristischer Dogmatik. Denn einerseits soll eine möglichst wirksame Hilfe geleistet werden, andererseits kann diese nicht ohne die umfassende Einbeziehung des Einzelfalles in die Entscheidung erfolgen. Damit werden neue Herausforderungen an die Sozialverfassung und das Sozialrecht gestellt. Der Wirtschaftlichkeitsgedanke muß dabei immer in die abwägende Konkretisierung des Gesetzesrechts eingebracht werden. Auf der Gegenseite wirkt die mit einem bedingten Vorrang ausgestattete Sozialschutzposition des Einzelnen.

Ernst-Wilhelm Luthe deckt das Grundkollisionsverhältnis von Bedürfnissen und Ressourcen als bestimmendes Merkmal gesetzlicher Bedarfskonkretisierungstätigkeit von Verwaltung und Gerichten innerhalb des sozialen Leistungsrechts auf. Es wird deutlich, daß das Gesetzesrecht auf abwägende Rechtsanwendungsformen erkennbar reagiert. Erst dann ist der Weg frei für den abwägungsrelevanten Einfluß sowohl individualrechtsbezogener Sozialschutzargumente als auch gemeinwohlbezogener Wirtschaftlichkeitsargumente. Für deren Platzierung entwirft der Autor eine auf Bedarfskonstellationen zugeschnittene Abwägungsdogmatik.

Becker, Joachim

Transferechtigkeit und Verfassung

Die Finanzierung der Rentenversicherung im Steuer- und Abgabensystem und im Gefüge der staatlichen Leistungen

Band 68
2001. XXIII, 392 Seiten.

ISBN 9783161474392
Leinen 104,00 €

ISBN 9783161579677
eBook PDF 94,00 €

Stimmt die Finanzierung der Rentenversicherung mit dem Verfassungsrecht überein?

Joachim Becker entwirft ein System der Transferechtigkeit, das alle staatlichen Abgaben und staatlichen Leistungen umfaßt. Dabei geht er von dem allgemeinen Gleichheitssatz aus, der für die Transferechtigkeit entscheidend ist. Aus diesem Gleichheitssatz leitet Joachim Becker ein alle Abgaben- und Leistungsarten umfassendes Verfassungsgebot der individuellen Belastungs- und Begünstigungsgleichheit ab. Die staatlichen Abgaben sind damit insgesamt nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip zu bemessen, während sich die staatlichen Leistungen insgesamt am Bedürftigkeitsprinzip orientieren müssen. Abweichungen von der individuellen Belastungs- und Begünstigungsgleichheit sind nur zulässig, wenn sie der Wahrung und dem Schutz von kollektiven Werten und Gütern dienen. Ihr Gewicht muß jedoch mit dem Anspruch des einzelnen auf Gleichbehandlung abgewogen werden.

Aus der umfassenden Forderung nach Belastungs- und Begünstigungsgleichheit folgt außerdem, daß bei nichtsteuerlichen Abgaben und bei bestimmten staatlichen Leistungen grundsätzlich ein Äquivalenz- oder Ausgleichsprinzip eingehalten werden muß. Dies ist insbesondere für die Sozialversicherung von großer Bedeutung. Joachim Becker vertritt das Prinzip der Individualäquivalenz zwischen Beiträgen und Leistungen in der Sozialversicherung. Er fordert die Einhaltung eines Äquivalenz- und Ausgleichsprinzips und bewertet die geltenden Prinzipien zur Bemessung der Rentenversicherungsbeiträge und der staatlichen Zuschüsse zur Rentenversicherung als verfassungswidrig. Zusätzlich stellt er die von der Verfassung geforderte Bemessung von Beiträgen und Zuschüssen vor.



Gröpl, Christoph

Haushaltsrecht und Reform

Dogmatik und Möglichkeiten der Fortentwicklung der Haushaltswirtschaft durch Flexibilisierung, Dezentralisierung, Budgetierung, Ökonomisierung und Fremdfinanzierung

Band 67
2001. XXXVIII, 674 Seiten.

ISBN 9783161475412
Leinen 109,00 €

ISBN 9783161579707
eBook PDF 99,00 €

Das Haushaltsrecht regelt die interne Finanzordnung des Staates und anderer juristischer Personen des öffentlichen Rechts. Vereinfachend ausgedrückt, befaßt es sich mit der Verteilung der öffentlichen (Steuer-)Gelder auf die einzelnen Behörden, mit der Verausgabung und Verbuchung dieser Gelder sowie mit der vorausgehenden Einnahmen- und Ausgabenplanung. Hauptsächlich bedingt durch staatswissenschaftliche Tradition ist das Haushaltsrecht 'kameralistisch' ausgeformt; es unterscheidet sich somit grundlegend von der Finanzwirtschaft privater Unternehmen. Seit einiger Zeit wird in Politik, Verwaltung und Literatur verstärkt bezweifelt, daß das Haushaltsrecht in seiner hergebrachten Form den Anforderungen des 'modernen' Finanzstaats noch genügt. Mittlerweile durchziehen Reformmodelle die gesamte öffentliche Verwaltung, die durchweg pragmatisch konzipiert sind und sich mehr oder minder stark an die Entwicklung in der Privatwirtschaft anlehnen. Die Frage nach den rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen wurde in diesem Zusammenhang bislang noch nicht befriedigend beantwortet. Christoph Gröpl stellt sich dieser Aufgabe, indem er zunächst die Dogmatik des geltenden Haushaltsrechts kritisch prüft, die Reformmodelle vorstellt und diese einer (verfassungs-)rechtlichen Würdigung unterzieht. Schließlich untersucht er besonders relevante Einzelgebiete wie das Rechnungswesen, die Schulden- und Personalbewirtschaftung und die Liegenschaftsverwaltung.

Niedobitek, Matthias

Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge

Bund, Länder und Gemeinden als Träger

Band 66
2001. XXIV, 536 Seiten.

ISBN 9783161474477
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161579653
eBook PDF 124,00 €

Seit Jahrzehnten arbeiten Bund, Länder und Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit Nachbarstaaten sowie deren Untergliederungen zusammen. Diese Form nachbarschaftlichen Zusammenwirkens über Staatsgrenzen hinweg wird heute im allgemeinen als 'grenzüberschreitende Zusammenarbeit' bezeichnet. Nachdem lange Zeit die rechtlich unverbindlichen Kooperationsformen ausreichend erschienen, verlangt die Staats- und Verwaltungspraxis – entsprechend der zunehmenden Marginalisierung der Staatsgrenzen – verstärkt nach Möglichkeiten rechtsverbindlicher und somit vertraglicher Gestaltung ihrer grenzüberschreitenden Beziehungen. Der Abschluß grenzüberschreitender Verträge wirft jedoch erhebliche und bis heute nicht hinreichend geklärte rechtliche Schwierigkeiten auf. Dies ist vor allem der Fall, wenn es sich bei den Vertragspartnern nicht um Staaten, sondern um innerstaatliche Körperschaften wie etwa Gemeinden handelt. Eingebettet in die aktuellen Entwicklungen der Staats- und Verwaltungspraxis rekonstruiert Matthias Niedobitek den grenzüberschreitenden Vertragsschluß und überprüft die Möglichkeit grenzüberschreitender Verträge von Bund, Ländern und Gemeinden in den in Betracht kommenden Rechtsordnungen (Völkerrecht, Europäisches Gemeinschaftsrecht, nationales Recht). Abschließend widmet er sich der Übertragung von Hoheitsrechten als der intensivsten Form des grenzüberschreitenden Vertragsschlusses.

Kugelman, Dieter

Die informatorische Rechtsstellung des Bürgers

Grundlagen und verwaltungsrechtliche Grundstrukturen individueller Rechte auf Zugang zu Informationen der Verwaltung

Band 65
2001. XII, 399 Seiten.

ISBN 9783161474453
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161581021
eBook PDF 109,00 €

Dieter Kugelman beschäftigt sich mit Fortentwicklungen des Verwaltungsrechts im Kontext der Informationsgesellschaft. Information als Gegenstand des Rechts gewinnt parallel zu den gesellschaftlichen Entwicklungen an Bedeutung. Damit stellt sich für den Bürger die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen er Zugang zu Informationen der Verwaltung erhalten kann. Anstöße ergeben sich aus dem Recht der Europäischen Union und aus einem modifizierten Verständnis des Verfassungsrechts, insbesondere der Grundrechte. Die Regelungen des Verwaltungsrechts über die Akteneinsicht können weiter entwickelt werden. Darüber hinaus gewährt das Umweltinformationsgesetz einen voraussetzungslosen Anspruch auf Informationen über die Umwelt. Dieser wirft die Frage auf, inwieweit überhaupt allgemeine Informationsrechte eingeräumt werden sollen.

Dieter Kugelman behandelt eingehend die Ausgestaltung bestehender einschlägiger Rechte des Verwaltungsrechts. Gegenläufige Rechtspositionen, wie der Schutz personenbezogener Daten Dritter, sind mit den grundsätzlichen Gewährleistungen von Informationsrechten in Ausgleich zu bringen. Vor diesem Hintergrund werden bestehende Vorschriften, insbesondere über Akteneinsicht, neu interpretiert. Anschließend leitet Dieter Kugelman allgemeine Strukturen von Informationsrechten des Bürgers ab. Diese Strukturen erlauben ein geschlossenes Verständnis geltender Informationsrechte und die Ausgestaltung neu zu schaffender Informationsrechte.

Hase, Friedhelm

Versicherungsprinzip und sozialer Ausgleich

Eine Studie zu den verfassungsrechtlichen Grundlagen des deutschen Sozialversicherungsrechts

Band 64
2000. XVIII, 470 Seiten.

ISBN 9783161474439
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161580543
eBook PDF 109,00 €

Wenn man der seit Jahrzehnten in der juristischen Literatur wie in der Rechtsprechung vorherrschenden Auffassung folgt, bedeutet Sozialversicherung eine 'echte Versicherung'. Sie soll sich von der Privatversicherung vor allem dadurch unterscheiden, daß sie mit ihrem Regelwerk nicht nur an 'versicherungstechnischen' Kalkülen, sondern zugleich am Prinzip des 'sozialen Ausgleichs' ausgerichtet ist. Sie erscheint damit als System, in dem sich Strukturmuster des privaten Sektors und des Marktes mit Elementen einer staatlich verantworteten oder doch ermöglichten 'Umverteilung' und der 'Solidarität' zu einer Einheit verbinden. Eine solche Sicht wird der sozialen Vorsorge nicht gerecht, die nicht einmal teilweise auf private Sicherungsformen zurückgeführt werden kann. Mit der Errichtung der verschiedenen Sozialversicherungssysteme hat die staatliche Gesetzgebung vielmehr spezifische Kapazitäten des öffentlichen Rechts genutzt, um vor allem erwerbstätigen Personen Möglichkeiten des Schutzes gegenüber Gefährdungen existentiellen Gewichts zu eröffnen, die für sie in den Grenzen des Privatrechts nicht erreichbar sind.

Daraus ergibt sich zum einen, daß die Mobilisierung sozialversicherungsrechtlichen Zwangs verfassungsrechtlich nur insoweit legitimiert werden kann, als der einzelne bei der Wahrnehmung der Verantwortung für die eigenen Belange typischerweise überlastet ist. Zum anderen müssen aus der praktischen Anwendung des Sozialversicherungsrechts verfassungsrechtliche Konsequenzen gezogen werden. Freiheitseinbußen und Belastungen, die das Recht der sozialen Vorsorge auferlegt, müssen stets durch Absicherungsvorteile der Versicherten und ihrer Angehörigen, durch eine Vermehrung persönlicher Freiheit aufgewogen werden.

Gurlit, Elke

Verwaltungsvertrag und Gesetz

Eine vergleichende Untersuchung zum Verhältnis von vertraglicher Bindung und staatlicher Normsetzungsautorität

Band 63
2000. XXIV, 692 Seiten.

ISBN 9783161474422
Leinen 169,00 €

ISBN 9783161580826
eBook PDF 154,00 €

Der Verwaltungsvertrag ist eine rechtlich verfaßte Variante im Set der kooperativen Handlungsformen von Staat und Verwaltung. Das rechtliche Regime, das diese Verträge leitet, wurde indessen gesetzlich nur rudimentär geregelt. Die Dogmatik des Verwaltungsvertrages weist erhebliche Rückstände nicht nur zum Verwaltungsakt, sondern auch zum zivilrechtlichen Vertragsrecht auf.

Elke Gurlit zeigt, wie das Gesetz auf den Verwaltungsvertrag einwirkt. In seinen Ausprägungen vom Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes stellt zum einen das Gesetzmäßigkeitsprinzip besondere Anforderungen an den Verwaltungsvertrag. Die staatliche Normsetzungsautorität setzt aber auch der Verknüpfung von Vertrag und Gesetzgebung durch sogenannte Normsetzungsverträge verfassungsrechtliche Grenzen.

Elke Gurlit legt ein phasenspezifisches Vertragsmodell zugrunde, in dem Abschluß, Zustandekommen, Wirksamkeit und Bestandskraft von Verwaltungsverträgen an den Anforderungen staatlicher Normsetzungsautorität gemessen werden. Sie stellt dabei zum einen die Hypothese auf, daß die Rechtsnatur von Verwaltungsverträgen nicht den Mittelpunkt einer Dogmatik bilden kann. Zum anderen geht sie davon aus, daß sich vor allem aus den bereichsspezifischen Konkretisierungen des Verwaltungsvertragsrechts Anhaltspunkte für schrittweise Verallgemeinerungen finden lassen. Zu diesen zählen seit geraumer Zeit auch die Vorgaben des Europäischen Gemeinschaftsrechts, die in eine Verwaltungsvertragsdogmatik eingebaut werden müssen. Schließlich berücksichtigt die Autorin rechtsvergleichend das U.S.-amerikanische Verfassungsrecht, das mit der *Contract Clause* Vertrag und Gesetzgebung systematisch aufeinander bezieht.

Koch, Thorsten

Der Grundrechtsschutz des Drittbetroffenen

Zur Rekonstruktion der Grundrechte als Abwehrrechte

Band 62
2000. XXII, 528 Seiten.

ISBN 9783161474446
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161580512
eBook PDF 119,00 €

Staatliches Handeln ist nicht nur für den jeweiligen Maßnahmeadressaten von Bedeutung, sondern es vermag auch und gerade gegenüber Dritten Auswirkungen zu entfalten, die sich als Einwirkungen auf grundrechtliche Schutzgüter begreifen lassen. So kann die Auferlegung einer Handlungs- oder Unterlassungspflicht zur Folge haben, daß der Maßnahmeadressat sein Verhalten gegenüber Dritten namentlich im rechtsgeschäftlichen Verkehr an den ihm gesetzten Vorgaben orientieren muß. Daneben bedient sich der Staat vielfach nicht-regelnder Instrumente, die – wie etwa die Warnung vor bestimmten Produkten – Folgen für Dritte haben können. Auch empfinden Dritte staatlich zugelassene oder geduldete Handlungen von Privatpersonen vielfach als Beeinträchtigung von Nichtstörungsinteressen.

Thorsten Koch entwickelt Kriterien, mit deren Hilfe die Unterscheidung zwischen einerseits rechtserheblichen Einwirkungen auf die grundrechtlich geschützte Freiheit eines Dritten und andererseits bloßen 'Reflexwirkungen' staatlichen Handelns getroffen werden kann. Darüber hinaus legt er dar, daß sich auch die grundrechtliche Relevanz einer staatlichen Zulassung oder Duldung drittbeeinträchtigenden Verhaltens Privater mit der Funktion der Grundrechte als Abwehrrechte bestimmen läßt. Dabei wird deutlich, daß ein Rückgriff auf eine tendenziell freiheitsfeindliche 'Schutzpflichtendogmatik' nicht notwendig ist. Abschließend zeigt Thorsten Koch, daß für die Geltung der Grundrechte keine Besonderheiten gelten, wenn der Staat im Wege der Schaffung und Anwendung zivilrechtlicher Bestimmungen auf privatrechtliche Beziehungen einwirkt.



Gellermann, Martin

Grundrechte im einfachgesetzlichen Gewand

Untersuchung zur normativen Ausgestaltung der Freiheitsrechte

Band 61
2000. XXIV, 491 Seiten.

ISBN 9783161474415
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161580734
eBook PDF 109,00 €

In der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts taucht in unterschiedlichen Zusammenhängen immer wieder der Begriff der normativen 'Ausgestaltung der Grundrechte' auf, der auf eine positiv grundrechtsentfaltende Funktion des einfachen Gesetzgebers verweist. Grundlegende und ihn bindende Garantien des Grundgesetzes wie die des Eigentums, der Koalitions- oder der Rundfunkfreiheit werden hierdurch unversehens einem gestaltenden Zugriff der Legislative geöffnet. Mit dieser harmonischen Seite des Beziehungsgefüges zwischen Grundrechten und einfachem Recht ist ein grundrechtsdogmatisch noch weitgehend unerschlossenes Problemfeld angesprochen. Martin Gellermann füllt diese Lücke, indem er grundlegende Regeln für den Umgang mit ausgestaltenden Normen des subkonstitutionellen Rechts entwirft. Seinen Ausgangspunkt bildet die Unterscheidung zwischen der subjektiv-abwehrrechtlichen und der ihr gegenüberliegenden so genannten objektiven Grundrechtsseite. Vor diesem Hintergrund untersucht er die Einsatzfelder einer Ausgestaltungsdogmatik, erarbeitet die Charakteristika ausgestaltenden Rechts und entwirft ein verfassungsrechtliches 'Anforderungsprofil', dem ausgestaltende Aktivitäten des Gesetzgebers zu ihrer Verfassungskonformität genügen müssen. Der unter dem Stichwort der 'Umgestaltung' diskutierte Zugriff des Gesetzgebers auf den Bestand ausgestaltenden Rechts erfährt eine eigenständige Behandlung.

Britz, Gabriele

Kulturelle Rechte und Verfassung

Band 60
2000. XIII, 337 Seiten.

ISBN 9783161474408
Leinen 104,00 €

ISBN 9783161580574
eBook PDF 94,00 €

In der (verfassungs-)politischen Diskussion ist einerseits der Ruf nach stärkerer Anerkennung rechtlicher Positionen kultureller Minderheiten zu vernehmen. Andererseits wird eine Stärkung 'kultureller Rechte' jedoch mit äußerster Skepsis betrachtet.

Gabriele Britz zeigt Möglichkeiten und Grenzen einer Begründung kultureller Rechte auf. Trotz spärlicher gesetzlicher Vorgaben sind die Gerichte für eine Anerkennung besonderer kultureller Rechtspositionen aufgeschlossen, lassen allerdings überzeugende rechtsdogmatische Begründungen vermissen. Anknüpfend an sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse analysiert Gabriele Britz die tatsächlichen Grundlagen kultureller Differenz. Sie zeigt, daß kulturelle Differenz durch Selbst- und Fremdzuschreibung kultureller Zugehörigkeiten und Merkmale auf Grundlage ethnischer Grenzziehungen konstruiert wird und im individuellen Selbstverständnis große Bedeutung erlangen kann. Entsteht damit eine 'kulturelle Identität', wird diese Grundlage für die Artikulation kultureller (Minderheiten-)Belange.

Inwieweit besteht dann im Rahmen verfassungsdogmatisch etablierter Rechtspositionen die Notwendigkeit, besondere kulturell motivierte Bedürfnisse anzuerkennen? Welche theoretische Funktion könnten weitergehende besondere kulturelle Rechte haben? Wie lassen sich diese im geltenden Verfassungsrecht begründen?

Die grundrechtliche Relevanz des individuellen Selbstverständnisses ist der Schlüssel zur normativen Verortung kultureller Differenz. Der gewählte grundrechtstheoretische Ansatz gestattet einerseits die Begründung bestimmter kultureller Rechte, setzt dieser andererseits aber auch deutliche Grenzen.

Kahl, Wolfgang

Die Staatsaufsicht

Entstehung, Wandel und Neubestimmung unter besonderer Berücksichtigung der Aufsicht über die Gemeinden

Band 59
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2000. XXII, 656 Seiten.

ISBN 9783161581205
eBook PDF 134,00 €

Die Verwaltungsrechtsdogmatik befindet sich im Umbruch. Im Mittelpunkt dieses Umbruchs steht nicht zuletzt das Institut der Staatsaufsicht. Die Staatsaufsicht verkörpert seit 200 Jahren einen Grundbegriff des deutschen Staats- und Verwaltungsrechts, der auf das Engste mit den jeweiligen Vorstellungen vom Staat allgemein zusammenspielt. Wolfgang Kahl untersucht umfassend und systematisch die Begriffs- und Dogmengeschichte der Aufsicht über verselbständigte Verwaltungseinheiten. Dabei analysiert er insbesondere die Stellung der Gemeinden. Aufbauend auf einer verfassungs- und vor allem einer veraltungsgeschichtlichen Bestandsaufnahme, die eine Darstellung der Entwicklung in den ersten fünfzig Jahren der Bundesrepublik Deutschland mit einschließt, unterbreitet er einen Vorschlag zur Neubestimmung der Staatsaufsicht im kooperativen Staat. Das Interesse von Wolfgang Kahl gilt dabei primär den Grundsatzfragen im Spannungsverhältnis von Staat und Selbstverwaltungsträgern, die gleichsam zu einem Allgemeinen Teil der Staatsaufsicht sowie zu einer Lehre vom gegliederten Staat zusammengeführt werden können.

Inhaltsübersicht

Reformationszeitalter und Absolutismus – Die Epoche der bürgerlichen Reformen – Die konstitutionelle Monarchie – Die Weimarer Republik – Der Nationalsozialismus – Die Staatsaufsicht im Rahmen der Gründung der Bundesrepublik Deutschland – Die Entwicklung der Staatsaufsicht in den ersten fünfzig Jahren der Bundesrepublik Deutschland – Ausgangspunkt einer Neubestimmung. Ordnung der Begrifflichkeit – Die begrenzte Leistungsfähigkeit des tradierten hierarchisch-bürokratischen Aufsichtsmodells – Grundbausteine einer Dogmatik der kooperativen Staatsaufsicht

Pielow, Johann Ch.

Grundstrukturen öffentlicher Versorgung

Vorgaben des Europäischen Gemeinschaftsrechts sowie des französischen und des deutschen Rechts unter besonderer Berücksichtigung der Elektrizitätswirtschaft

Band 58
2001. XXVIII, 800 Seiten.

ISBN 9783161471742
Leinen 169,00 €
ISBN 9783161579646
eBook PDF 154,00 €

Mit dem Ausbau des Europäischen Binnenmarktes schreitet die Liberalisierung wichtiger Sektoren der öffentlichen Versorgung wie Post-, Telekommunikations- und Rundfunkwesen, Energieversorgung sowie öffentlicher Personen- und Güterverkehr voran. Dadurch ist auf diesem Gebiet erneut die Problematik des 'richtigen' Verhältnisses von Staat und Markt in den Vordergrund gerückt. Aus gemeinschaftsrechtlicher Sicht stellen sich vor allem folgende Fragen: Ist es den EU-Staaten gestattet, sich gegenüber dem Binnenmarktpostulat auf einen Staats-, Souveränitäts- oder Infrastrukturvorbehalt zu berufen? In welchem Umfang lassen sich Sonder- oder Vorzugsstellungen von Versorgungsunternehmen, die vom europarechtlich vorgezeichneten Wettbewerbsregime abweichen, rechtfertigen? Zur Beantwortung dieser Fragen ist es notwendig, sich die gängigen Ordnungszusammenhänge in den Mitgliedstaaten der Union zu vergegenwärtigen. Johann-Christian Pielow untersucht die rechtlichen Grundstrukturen der öffentlichen Versorgung und ihre sektorspezifischen Ausprägungen auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung in ausgewählten EU-Staaten. Er verdeutlicht die auf unterschiedlichen Entwicklungslinien beruhenden strukturellen Unterschiede und zeigt Lösungsmöglichkeiten zur Bewältigung gemeinschaftsrechtlicher Spannungslagen. Schwerpunktmäßig betrachtet er das französische Ordnungssystem vom service public und stellt diesem die Charakteristika des deutschen Rechts gegenüber. Auf diese Weise werden Rahmenvorgaben eines deutschen Rechts der öffentlichen Versorgung für den weiteren europäischen Dialog aufbereitet.

Band 57
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2000. XXXIV, 610 Seiten.

ISBN 9783161581540
eBook PDF 134,00 €

Blanke, Hermann-Josef

Vertrauensschutz im deutschen und europäischen Verwaltungsrecht

Band 56
2000. XIX, 353 Seiten.

ISBN 9783161473517
Leinen 104,00 €
ISBN 9783161580611
eBook PDF 94,00 €

Hösch, Ulrich

Eigentum und Freiheit

Ein Beitrag zur inhaltlichen Bestimmung der Gewährleistung des Eigentums durch Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG

Sarcevic, Edin

Das Bundesstaatsprinzip

Eine staatsrechtliche Untersuchung zur Dogmatik der Bundesstaatlichkeit des Grundgesetzes

Band 55
2000. XVI, 291 Seiten.

ISBN 9783161472633
Leinen 99,00 €
ISBN 9783161580802
eBook PDF 89,00 €

Am Ende des 20. Jahrhunderts hatte die bundesstaatliche Ordnung an Ansehen gewonnen. Können die Merkmale des Bundesstaates auf ein Verfassungsprinzip der Bundesstaatlichkeit zurückgeführt werden, das auf einer höheren Abstraktionsebene angesiedelt ist? Ist das Bundesstaatsprinzip ein Grundsatz des geschriebenen oder ungeschriebenen Verfassungsrechts? Kann dieses Prinzip Grundlage für weitere juristische Ableitungen sein oder ist es entbehrlich? Edin Sarcevic fragt nach einem Verfassungsprinzip, das aus dem Grundgesetz hergeleitet werden kann; er erörtert seine etwaigen Inhalte, Strukturen und seine Leistungsfähigkeit für die juristische Dogmatik. Die Existenzberechtigung eines Verfassungsprinzips 'Bundesstaat' für die juristische Problemlösung und Dogmatik schließt die methodische Erörterung der dogmatischen Argumentation ein. Soweit dabei die methodischen Analysen als 'Dekonstruktion' eines Verfassungsprinzips Bundesstaat erscheinen, ist dies vor allem als ein Plädoyer für die Schärfung des methodenkritischen Bewußtseins bei der Verfassungsinterpretation zu verstehen. Ein Rückgriff auf das Bundesstaatsprinzip ist dogmatisch überflüssig, seine Tragweite reicht nicht über die sprachliche Hilfeleistung, die argumentationstechnische und kognitive Bedeutung hinaus. Das Prinzip dient weniger der Wahrung der Eigenstaatlichkeit der Länder, es beschreibt vielmehr eine verfassungsrechtlich definierte Bund-Länder-Beziehung und stellt keine Grenze gegen die Übertragung von Hoheitsrechten und keine strukturelle Absicherung der Länderstaatlichkeit dar.

Hellermann, Johannes

Örtliche Daseinsvorsorge und gemeindliche Selbstverwaltung

Zum kommunalen Betätigungs- und Gestaltungsspielraum unter den Bedingungen europäischer und staatlicher Privatisierungs- und Deregulierungspolitik

Band 54
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2000. XXIII, 390 Seiten.

ISBN 9783161580987
eBook PDF 99,00 €

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist das gemeindliche Engagement in der örtlichen Daseinsvorsorge ein wesentlicher Bestandteil kommunaler Selbstverwaltung. In den letzten Jahren wurde jedoch das Betätigungsfeld der Gemeinden zunehmend mit Deregulierungs- und Privatisierungsvorgaben des europäischen Rechts und der staatlichen Gesetzgebung konfrontiert.

Welche Spielräume verbleiben den Kommunen, um sich selbst wirtschaftlich zu betätigen und die Bewältigung der Aufgaben durch privatwirtschaftliche Unternehmen zu regulieren? Johannes Hellermann untersucht und berücksichtigt sowohl die historische Entwicklung als auch aktuelle Probleme der kommunalen Daseinsvorsorge und ihrer hoheitlichen Reglementierung. Er analysiert ihre Grundlagen im europäischen Gemeinschaftsrecht und im nationalen Verfassungsrecht. Dabei geht er besonders auf die Reichweite und Intensität des Schutzes durch Art. 28 Abs. 2 GG gegenüber gesetzgeberischen Verlagerungen der Aufgaben auf die Privatwirtschaft ein. Zur Untersuchung der einfachrechtlichen Aufgabenverteilung zwischen Kommunen und Privatwirtschaft folgt Johannes Hellermann den allgemeinen Rahmenbedingungen, wie sie dem Kommunalwirtschaftsrecht sowie dem allgemeinen Wirtschafts-, insbesondere dem Wettbewerbsrecht entspringen. Exemplarisch bezieht er die zwei aktuellen Problemfelder Elektrizitätsversorgung und Telekommunikation als konkrete Beispiele der rechtlichen Ordnung in seine Analyse mit ein.

Sacksofsky, Ute

Umweltschutz durch nicht-steuerliche Abgaben

Zugleich ein Beitrag zur Geltung des Steuerstaatsprinzips

Band 53
2000. XVII, 297 Seiten.

ISBN 9783161472237
Leinen 94,00 €

ISBN 9783161580666
eBook PDF 84,00 €

In der politischen Diskussion ist die Forderung nach einer ökologischen Orientierung des Abgabensystems weit verbreitet. Welche rechtlichen Rahmenbedingungen müssen bei einer Umsetzung solcher Forderungen beachtet werden? Ute Sacksofsky beantwortet diese Frage für den Bereich nicht-steuerlicher Umweltabgaben. Sie analysiert die umweltökonomischen Grundlagen und zeigt, inwieweit Umweltabgaben bisher Eingang in die Praxis gefunden haben. Für die Beurteilung der rechtlichen Zulässigkeit nicht-steuerlicher Abgaben sind die Normen der Finanzverfassung von entscheidender Bedeutung. Generell wird das sogenannte Steuerstaatsprinzip herangezogen, um strenge Anforderungen an nicht-steuerliche Abgaben zu begründen; das Steuerstaatsprinzip soll nach herrschender Meinung ein tragender Grundgedanke der Finanzverfassung sein. Demgegenüber weist Ute Sacksofsky nach, daß das Steuerstaatsprinzip als normatives Prinzip nicht, oder zumindest nicht in dieser Ausprägung, existiert. Dies hat zur Folge, daß nicht-steuerliche Abgaben in weit größerem Ausmaß zulässig sind, als vielfach angenommen wird. Welche Grenzen der Einführung von Umweltabgaben durch Bund und Länder aus anderen grundgesetzlichen Vorschriften gesetzt sind, konkretisiert sie für Abgaben auf die Nutzung natürlicher Ressourcen.

Rodi, Michael

Die Subventionsrechtsordnung

Die Subvention als Instrument öffentlicher Zweckverwirklichung nach Völkerrecht, Europarecht und deutschem innerstaatlichem Recht

Band 52
2000. XXXVIII, 845 Seiten.

ISBN 9783161471759
Leinen 169,00 €

ISBN 9783161580888
eBook PDF 154,00 €

Subventionen stellen nicht nur für Bund, Länder und Kommunen, sondern auch für die Europäische Union ein zunehmend bedeutsames Instrument öffentlicher Zweckverwirklichung dar. Entsprechend vielfältig sind die Rechtsgebiete, die Art und Inhalt der Subventionsvergabe bestimmen: sie reichen vom Kommunalrecht über das Haushaltsrecht, das Verfassungsrecht und das Europäische Gemeinschaftsrecht bis hin zum Weltwirtschaftsrecht (GATT/WTO).

Jenseits dieser Vielfalt zeigt Michael Rodi Konturen einer sich herausbildenden Subventionsrechtsordnung auf. Seine Analyse folgt den Sachstrukturen der Subventionsvergabe als einem Entscheidungsprozeß, der folgende Bereiche umfaßt: die Vereinbarung internationaler Vorgaben, die Setzung von Subventionszwecken in der föderalen Mehrebenenordnung, die Erstellung des Subventionsprogrammes im Zusammenwirken verschiedener Organe und anderer Maßnahmen eines Subventionsträgers, die Verwirklichung des Subventionszwecks in der konkreten Subventionsmaßnahme bis hin zur Kontrolle der Zweckverwirklichung. Für jede Phase dieses Entscheidungsprozesses wird die Subventionsrechtsordnung mit bestimmten Problemen konfrontiert, die Michael Rodi zunächst systematisch darstellt und anschließend für die einzelnen Subventionsträger (Europäische Union, Bund, Länder und Kommunen) getrennt erörtert. Dabei werden nicht nur Abweichungen der Problemlösungsstrategien in den verschiedenen Rechtsordnungen, sondern insbesondere gemeinsame Grundstrukturen einer einheitlichen Subventionsrechtsordnung sichtbar.



Schlette, Volker

Die Verwaltung als Vertragspartner

Empirie und Dogmatik verwaltungsrechtlicher Vereinbarungen zwischen Behörde und Bürger

Band 51
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2000. XXIX, 777 Seiten.

ISBN 9783161581120
eBook PDF 154,00 €

Das Verwaltungsrecht ist auch heute noch in weiten Teilen auf einseitig-hoheitliche Handlungsformen und insbesondere auf die Form des Verwaltungsakts zentriert. Volker Schlette legt dar, daß diese Ausrichtung den Anforderungen an ein zeitgemäßes Verwaltungsrecht nicht gerecht wird und daher vermehrt konsensual-kooperative Formen, und zwar insbesondere verwaltungsrechtliche Verträge verwendet werden müssen. Der verwaltungsrechtliche Vertrag besitzt spezifische Vorteile, über die andere Handlungsformen und auch informelle Absprachen in dieser Kombination nicht verfügen. Unter anderem eröffnet er breite inhaltliche Gestaltungsmöglichkeiten, wirkt akzeptanzfördernd und gestattet flexible, an Einzelfälle angepaßte und zugleich rechtssichere Lösungen für die unterschiedlichsten Problemkonstellationen. Die Untersuchung ist in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil legt Volker Schlette die dogmatischen Fundamente des verwaltungsrechtlichen Vertragsrechts. Anschließend erörtert er die praktische Dimension des verwaltungsrechtlichen Vertrages. Im dritten und umfangreichsten Teil entwirft er ein allgemeines öffentliches Vertragsrecht, in dem die spezifisch öffentlich-rechtlichen Probleme von Vertragsanbahnung, Vertragsschluß, Rechtsverstößen, Leistungsstörungen und zwangsweiser Durchsetzung näher erörtert und zudem der Umfang der verwaltungsvertraglichen Gestaltungsmöglichkeiten im einzelnen bestimmt werden.

Jestaedt, Matthias

Grundrechtsentfaltung im Gesetz

Studien zur Interdependenz von Grundrechtsdogmatik und Rechtsgewinnungstheorie

Band 50
1999. XIII, 428 Seiten.

ISBN 9783161472824
Leinen 119,00 €
ISBN 9783161580765
eBook PDF 109,00 €

Durch die Handhabung der Grundrechte in der Judikatur des Bundesverfassungsgerichts und die sie begleitende Grundrechtsdogmatik haben Grundrechte beträchtlich an Bedeutung gewonnen. Kehrseite dieser Entwicklung ist jedoch ein Bedeutungsverlust des Gesetzesrechts. Die derzeitigen Versuche, dem Gesetz seine Selbständigkeit zu erhalten und damit die Rolle des Gesetzgebers gegenüber dem Bundesverfassungsgericht zu sichern, setzen auf Kurskorrektur mit den Mitteln der Grundrechtsdogmatik oder Grundrechtstheorie. Dies betrifft sowohl die Deutung der Grundrechte als Rahmenrecht oder als Wertordnung als auch die Sicht der Grundrechte als 'Regeln' und 'Prinzipien'. Das immense 'Grundrechtswachstum' ist indes nicht erst und schon gar nicht allein Folge grundrechtsdogmatischer Konstruktion, sondern ganz wesentlich bedingt durch die Wahl des rechtstheoretischen sowie methodologischen Rahmens. Hier hat somit auch die Remedur anzusetzen: Die Bedingung der Durchsetzungsmächtigkeit der Grundrechte ist deren Vorrang vor allem sonstigen, unterverfassungsgesetzlichen Recht. Der Vorrang aber setzt voraus, daß die Rechtsebenen – namentlich Verfassungsnorm und Gesetzesnorm – strikt auseinandergelassen werden. Genau dies aber gelingt auf der Grundlage heutiger Grundrechtsauslegung nur unzureichend. Denn zum einen wird die Stufung sowie die Arbeitsteilung im Rechtserzeugungsprozeß nicht reflektiert. Zum anderen werden die Rechts *erkenntnis* anteile von den Recht *setzungs* anteilen bei der Anwendung von (Grund-)Rechtsnormen nicht geschieden.

Axer, Peter

Normsetzung der Exekutive in der Sozialversicherung

Ein Beitrag zu den Voraussetzungen und Grenzen untergesetzlicher Normsetzung im Staat des Grundgesetzes

Band 49
Unveränderte E-Book-Ausgabe 2019
2000. XV, 483 Seiten.

ISBN 9783161580970
eBook PDF 119,00 €

Normsetzung obliegt im Staat des Grundgesetzes nicht allein und nicht ausschließlich der Legislative. In quantitativ und qualitativ erheblichem Umfang erläßt die Exekutive ebenfalls abstrakt-generelle Regelungen. Gerade im Sozialversicherungsrecht findet sich eine Vielzahl exekutiver Normsetzungsformen jenseits der traditionellen Steuerungsinstrumente Rechtsverordnung, Satzung und Verwaltungsvorschrift, in denen für die Versicherten und für die Leistungserbringer wesentliche Entscheidungen getroffen werden. Umfang und Inhalt der zu erbringenden ärztlichen Leistungen im Krankheitsfall ergeben sich heute beispielsweise in weitem Umfang nicht aus dem Parlamentsgesetz, sondern aus untergesetzlichen Vorschriften. Deren verfassungsrechtliche Zulässigkeit ist zweifelhaft, denn 'Wesentliches' hat nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts das demokratisch legitimierte Parlament in Form des Gesetzes zu regeln. Peter Axer geht anhand der Formenvielfalt des Sozialversicherungsrechts den Fragen der grundgesetzlichen Voraussetzungen und Grenzen für die exekutive Normsetzung nach. Dabei entwickelt er allgemein Kriterien für die Zulässigkeit untergesetzlicher Normsetzung.

Inhaltsübersicht

Das Formenrepertoire der Sozialversicherung – Verfassungsvorbehalt für Normsetzungsformen? – Normsetzung kraft verfassungsrechtlichen Gestaltungsspielraums – Normsetzung kraft gesetzlicher Ermächtigung – Normsetzung kraft Organisations- und Geschäftsleitungsgewalt – Voraussetzungen und Grenzen untergesetzlicher Normsetzung im Staat des Grundgesetzes



von Bogdandy, Armin

Gubernative Rechtsetzung

Eine Neubestimmung der Rechtsetzung und des Regierungssystems unter dem Grundgesetz in der Perspektive gemeineuropäischer Dogmatik

Band 48
2000. XIX, 548 Seiten.

ISBN 9783161471711
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161580758
eBook PDF 124,00 €

Armin von Bogdandy formuliert eine Konzeption der Rechtsetzung, die die Rechtsregime der deutschen Rechtssatzformen im Vergleich mit der Rechtslage in vier anderen europäischen Staaten unter Einbeziehung politikwissenschaftlicher und philosophischer Erkenntnisse neu entfaltet. Er zeigt, daß das Rechtsregime der Rechtsetzung treffender formuliert werden kann, wenn drei Eckpunkte der herkömmlichen Dogmatik aufgegeben und durch drei neue ersetzt werden. Dazu gehört erstens, daß die politische Gestaltung der Rechtsordnung nicht vom Parlament, sondern von der Regierung aus zu verstehen ist. Außerdem kann zweitens das Recht der Rechtsetzung nicht in der Zweiteilung Gesetz – Verordnung entworfen werden, sondern muß als ein System unterschiedlich aufwendiger Regime betrachtet werden, die aufeinander arbeitsteilig abgestimmt sind. Und drittens muß Rechtsetzung nicht allein als ein einseitiger Hoheitsakt, sondern auch als ein Ergebnis umfänglicher kooperativer Prozesse unter Einbeziehung einer Vielzahl von Beteiligten konzipiert werden. Armin von Bogdandy zeigt, wie in dieser Konzeption die verfassungsrechtlichen Partizipations-, Schutz- und Bewirkungsaufträge besser als im traditionellen Modell realisiert werden können.

